

INHALT

EDITORIAL	4
------------------------	---

EUROPA LINKS

MARGARITA TSOMOU Die säkularen Wahrsager	6
Mapping der Proteste in Europa.....	10
PERRY ANDERSON Deutsche EU-Hegemonie und »blaue Blume der Demokratie«	12
PANAGIOTIS SOTIRIS Griechenland und die dunkle Seite der europäischen Integration	20
MICHEL HUSSON Zur Wiederbegründung Europas	28
Griechische Kampagne zum Schuldenaudit	34
HEINZ BIERBAUM Strategien der LINKEN in der europäischen Krise.....	36
THOMAS HÄNDEL UND FRANK PUSKAREV Europa – Ein linkes Projekt?	40
FABIO DE MASI UND RALF KRÄMER Der Traum ist aus – Linke und Europäische Union.....	46
HAJDI RANDJELOVIC UND FILIZ DEMIROVA Wir sind	52
BOB JESSOP Krise des Krisenmanagements?	56
MARICA FRANGAKIS Der Ausverkauf der Commons. Der Fall Griechenland	64
THILO JANSSEN Rechte gegen Europa	74
SILVIU MIHAI Ungarns neue Solidarität.....	80



»15. Mai 2012 in Madrid«, © Anne Steckner

NEUE STREIKS

ASBJØRN WAHL Verteidigung der europäischen Wohlfahrtsstaaten? Strategien für Bewegungen, Gewerkschaften und linke Parteien	84
KERSTIN HAMANN, ALISON JOHNSTON UND JOHN KELLY Generalstreiks in Westeuropa	96
ALEXANDER GALLAS UND JÖRG NOWAK Kampf um Demokratie. Politischer Streik als Strategie gegen die europäische Krisenpolitik	104
KLAUS ERNST Streiks gegen Sozialabbau	114

CLASS AND CARE

CHRISTINE BONNER, BARBRO BUDIN UND KARIN PAPE Die ILO-Konvention Gute Arbeit für Hausarbeiterinnen.....	118
Proteste in Kanada für freie Bildung und freie Meinungsäußerung	124
RESPECT Gratwanderungen. Ein politisch-solidarisches Netzwerk für die Rechte migrantischer Hausarbeiterinnen	126
REBECCA BURNS Kein Leerstand: Occupy the hood	134
EVA ILLOUZ Liebe, Krise und Klassenverhältnisse	138
DAVID MCNALLY Vampire, Zombies und Kapitalismus.....	146
VERFASSERINNEN UND VERFASSER	153

EDITORIAL

Ein neues Gespenst geht durch Europa: Syriza, das Bündnis der radikalen Linken in Griechenland, gilt den einen als »Gefährdung«, den anderen als »Hoffnung« Europas. Die herrschenden Kräfte fürchten einen »Dominoeffekt«, wenn es *einem* Land gelingt, den Kürzungspolitiken Widerstand entgegenzusetzen. Und die zerstreuten Linken in Europa projizieren ihre Sehnsüchte auf die breiten Bewegungen und die Erfolge der Linken bei den Wahlen.

Der europäische Integrationsprozess ist für die Linken ambivalent: Sie kritisierten Liberalisierung und Deregulierung, die Währungsunion, Maastricht-Vertrag und Stabilitätspakt oder die Wettbewerbsorientierung der Lissabon-Verträge. In der Tradition des Internationalismus hat die Linke an einer pro-europäischen Haltung festgehalten, Reformvorschläge entworfen und sich gegen Nationalismen und rechten Protektionismus gewandt. Angesichts der Kräfteverhältnisse erscheinen solche pro-europäischen Positionen bisweilen naiv-idealistisch; umgekehrt wurden europakritische Positionen in der Öffentlichkeit mit rechtsnationalistischen gleichgesetzt und diffamiert. Wie ist der Kampf gegen die Aushöhlung sozialer Rechte auf nationalstaatlicher Ebene möglich, ohne auf ein »progressives« Europäisches Sozialmodell (Habermas) zu setzen, das es nicht mehr gibt? Syriza ist es gelungen – viele Linke ringen noch darum –, sich gegen die autoritär-neoliberale EU zu stellen, nicht gegen Europa, gegen die Erpressung, nicht für den Austritt.

Die Politik der dominanten Regierungen (BRD und bisher Frankreich), der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des IWF, der Banken und Finanzinstitutionen verkehren Ursache und Wirkung der Finanz- zur Staatsschuldenkrise. Sie dividieren die Länder auseinander und stellen die Bevölkerungen gegeneinan-

der. »Faule Griechen«, »verlotterte Italiener« und »stolze Spanier« müssten zu haus-
hälterischer Disziplin erzogen werden; spanische und portugiesische Regierung
kämpfen gegen die Gleichsetzung mit den Griechen. Die deutsche Regierung will –
aufsitzend auf »erfolgreichem« Krisenkorporatismus und -management – Lohnzu-
rückhaltung und die Agenda 2010 exportieren. Dass Leistungsbilanzüberschüsse
und Lohndumping Ursachen der Krisen waren, wird verschwiegen.

In Europa und den USA sind die Kämpfe zurückgekehrt (*LuXemburg 2&4/2011*).
Eine Koordination über die Landesgrenzen fällt jedoch schwer. Zahlreiche Links-
parteien haben ihre Solidarität mit Griechenland bekundet; die LINKE hat eine
gemeinsame Erklärung mit Syriza verfasst.¹ Praktische und ausstrahlungskräftige
Kooperationen aber kommen nur schwer in Gang. Im Europäischen Gewerk-
schaftsbund sind Eigeninteressen der Mitgliedsverbände zu stark, die Bedingun-
gen in den jeweiligen Ländern zu unterschiedlich. Deutsche Gewerkschaften sind
zerrissen zwischen ihrer Kritik an neoliberaler Kürzungspolitik und der Einbin-
dung in deutsches Krisenmanagement auf Kosten anderer, spät formulieren eine
Reihe bekannter Gewerkschafter ihre Kritik an der EU und ihre Solidarität mit
Griechenland (www.europa-neu-begrunden.de). Auch die Bewegungen der Empör-
ten und von Occupy überschreiten nur langsam und punktuell Grenzen, wie bei
den europaweit abgestimmten Aktionstagen zum Jahrestag der Besetzung der
Puerta del Sol in Madrid und Blockupy Frankfurt im Mai. Lernprozesse, in den-
nen die Zusammenarbeit von neuen (Demokratie-)Bewegungen, Linksparteien,
sozialen Bewegungen und Gewerkschaften erweitert werden, gibt es nicht nur in
Griechenland: In Spanien haben die *Indignados* Bewegungen neu belebt, Anstöße
zur Gründung der Vereinigten Linken und für die strategische Neuorientierung
der Gewerkschaften gegeben. In Frankreich bringt Mélenchons Linksfront Protest
und offene, verbindende Parteipolitik zusammen – und hat Erfolg bei den Wahlen,
nicht zuletzt mit einer Kampagne gegen den Front National. Die europäischen Be-
wegungen beginnen, sich über Mindestforderungen zu verständigen. Ähnlich wie
in Ecuador 2007 könnte ein Kristallisationspunkt eine Kampagne für ein »Schul-
denaudit« sein: Welche Schulden sind legitim? Müssen Schulden an vom Staat
gerettete Banken zurückgezahlt werden?

Mit welchen verbindenden Perspektiven also können die Linken ihre strate-
gischen Probleme und Dilemmata bearbeiten, wie kann die Linke zum Subjekt in
der Krise Europas werden?

1 »Alternativen zu Austeritätspolitik und Bankenrettung.« 6-Punkte-Programm von SYRIZA und DIE
LINKE, www.linksfraktion.de/positionspapiere/alternativen-austeritaetspolitik-bankenrettung/

DIE SÄKULAREN WAHRSAGER WAHRSAGER DIE SÄKULAREN

MARGARITA ■ ■ TSOMOU

Auszüge aus: Wir sind ein Bild aus der Zukunft: Nachrichten von Krise, Aufstand und Ausnahmezustand – Ein Projekt von Margarita Tsomou & Tim Stüttgen. Das Stück entstand in Kooperation mit dem Theater Hebbel am Ufer, wo es am 26.4.2012 Premiere hatte. Die Fachsprache der Börsenmathematik im Text ist maßgeblich von Josef Vogls Buch »Das Gespenst des Kapitals« inspiriert (alle Fotos: Christian Haase).

..... **VORTRAG ZUM PUBLIKUM, DAHINTER BILDER VON FUTURES,**

..... **VORNE LEUTE, DIE KURVEN MALEN**

Future-trading, das Handeln mit der Zukunft, Voraussehen von Trends, Geschäfte machen auf der Basis von Vorhersagen: Der ganze Trubel der Finanzwelt basiert auf Hellsehen. Die absoluten Ober-Wahrsager sind Broker und Trader. Ausgangspunkt von Geld, Kreditverkehr, Investitionen und Kapitalmärkten ist stets eine Geld-jetzt-für-Geld-später-Korrelation. Der Preis des Geldes ist durch Zahlungen bestimmt, die in der Zukunft passieren: die Börse, das säkuläre Orakel der modernen Welt. Eine zeitkonsumierende Veranstaltung, die auf Zukunftserwartungen beruht.

Hier, im Takt der Nanosekunden, den die Oszillatoren der Börsen- und Devisenmärkte diktieren, den die Computer des Cyberkapitals ausspucken, wird die Zukunft automatisch ausgerechnet, in Kurven aufgezeichnet und in leuchtende Blitzlichter materialisiert. Das ist die kalkulierte Zukunft, so sieht sie aus, das ist ihr Bild.

..... **ZEIGEN AUF DEN FUTURE CHART**

Hier ist es, wo die Gegenwart gefangen genommen wird, im Sog der Futures und Derivate. Hier ist es, wo die Lebenszeit des verschuldeten Menschen im Voraus aufgefressen wird – des neuen Subjektes, des Staatsbürgers des überschuldeten Staates. Das verschuldete Subjekt ist durch die unsichtbaren Fesseln der Staatsschulden im endlosen Jetzt festgebunden. In Termingeschäfte eingesperrt, durch Derivate vorprogrammiert. Das ist die Macht vorherbestimmter Ereignisse, die sich im Ende der Geschichte erfüllt. Die Zukunft ist sicher-gestellt? Nicht ganz. Der Finanzmarkt funktioniert als System von Antizipationen, die das ökonomische Verhalten auf das Erraten dessen verpflichten, was der Markt selbst von der Zukunft denken mag.

Vorhersagen über Vorhersagen – der Trendsetter neben mir hat erraten, dass der Trendsetter neben ihm es voraussagen wird: Die Zukunft muss korri-



giert werden. Im Nachhinein. Und folglich auch die Gegenwart, die wiederum hängt von einer Zukunft ab, die sich nach ihr richtet, weil sich die Gegenwart als Wirkung einer Zukunft manifestiert, die sie selbst anstößt.

Der zeitliche Zirkelschluss hat es in sich. Und er macht Spaß. Denn *no risk – no fun*. Mit Sicherheit lässt sich kein Geld machen. Wir brauchen Volatilität, wie ein Surfer seine Welle.

FILMAUSSCHNITT, WO DIE BROKER ÜBER DEN SUPER-TREND SPRECHEN

Der Super-Trend, der automatisierte Indikator, den ich einfach in meinem Chart abonnieren kann, misst den Windstoß und zeigt an, wann er zum Sturm wird, wann die trendigen Köpfe so durch den Wind sind, dass der Super-Trend zum unkontrollierten Tsunami wird. Da braucht man keine Wahrsagerin, sondern einen Meteorologen. Und da ist es: Der Himmel trübt sich und kotzt Schicksal aus. Die Zahlen stellen sich auf die Hinterbeine und fangen an zu quietschen, sie *freaken out*. Wissenschaft hat Fachbegriffe für ihren Übergang zur Metaphysik: Wir sind im sogenannten »Freak Event«! Preisbewegungen sind langfristig doch nicht berechenbar: keine Periodizität, keine Systemkonsistenz, keine Regelmäßigkeit, kein prognostischer Wert, keine stetigen Ströme, sondern Strömungsturbulenzen mit anomalem Charakter, ausgezeichnet durch wilde Zufälligkeit, bestimmt von einer launischen, monströsen Ereignisheftigkeit, den Freak Events! Die Wirtschaftswissenschaften haben die Kontrolle verloren, es kontrollieren die Freaks! Das ist doch wenigstens eine Ansage mit einem konkreten Adressaten. Andere Verantwortliche: der schwarze Schwan.

FILM SCHWARZER SCHWAN IN DER NATUR.....

Die Epoche des schwarzen Schwans ist die des Unerwartbaren. Er kommt in der Natur extrem selten vor. Noch wichtiger aber ist: Es gibt ihn. Er ist das verkörperte Restrisiko, die lebende Wahrscheinlichkeit, dass alles anders kommt, als wir es bisher angenommen haben. Er kann fatale Wirksamkeit entfalten und provoziert Erklärungsnot. Der schwarze Schwan schwenkt seinen



Hals um die Börsenkurven und steht Modell für die Allianz-Fonds-Manager-Ratgeberbroschüre

..... **BILD VON DER BROSCHÜRE MIT DEM ALLIANZ-SCHWAN**

..... **NÄCHSTER MENSCH, PARALLEL DAZU ZEICHNET EIN ANDERER MENSCH**

..... **EINE KURVE AUF EINEM TISCH AM BESTEN MIT SOUND**

Prognose für 2012 aus der Börse: Die Märkte werden runtergehen ... runter ... runter ... abwärts ... abnehmende Erwartungen ... insgesamt ... hmmm ... rosig ... hmmm ... nichts ist stabil ... Hohe Volatilität, hohe Schwankungen, Surfer nehmen die Wellen und werden steil heruntergerissen in ihren Strom, beißender Schmerz, wenn man auf diese Kurven prallt, und es gibt kaum Aussicht auf Stabilisierung... die Bildlichter spielen verrückt, sie rechnen immer noch in die Zukunft mit Zahlen, die es nicht mehr gibt.

Die Kurve nimmt launische Formen an: Keine Gauß'sche, sondern Hyperbolische oder Paret-Verteilung, die Schwankungen sind skalenvariant und haben eine fraktale Struktur, d.h. man muss damit rechnen, dass sich in ökonomischen Zeitreihen keine erwartbaren periodischen Bewegungen, sondern allenfalls Fluktuationen mit »Nonsens-Momenten« und »Nonsens-Periodizitäten« abzeichnen werden. Bestimmte Abfolgen und Schwankungen erscheinen mit »Noah-Effekten«, d.h. sintflutartigen, sprunghaften Um- und Einbrüchen kombiniert.

..... **DAS KANN SO LAUFENDE FACHSPRACHE WERDEN, DIE MAN NICHT GANZ VERSTEHEN MUSS UND...**

..... **EINFACH WEITERGEHT WÄHREND DER AKTION, WIE EINE SCHLEIFE,**

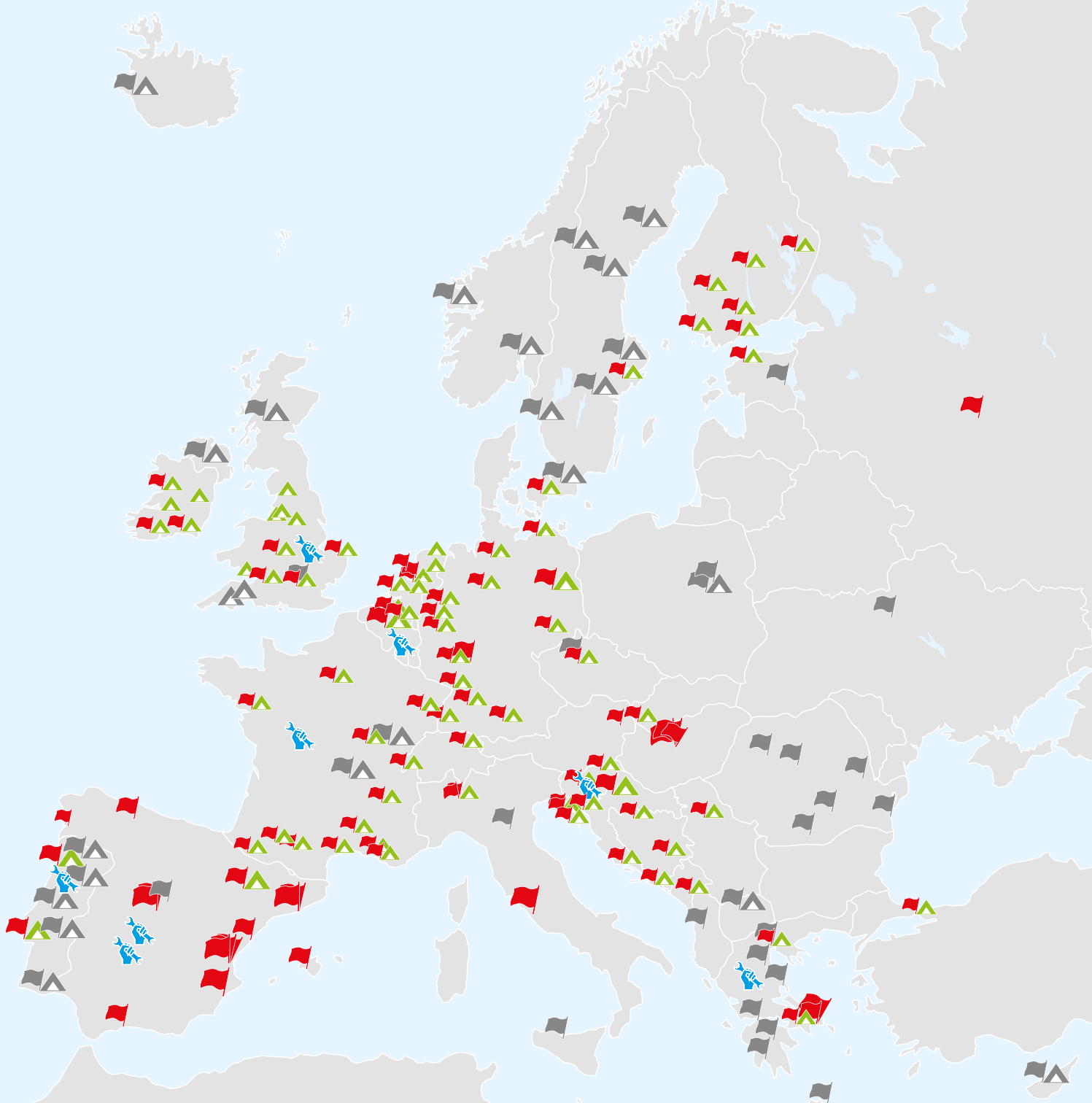
..... **BIS DER SOUND DER KURVE ÜBERNIMMT UND DAS ZENTRALE ELEMENT WIRD.**

Der schwarze Schwan fliegt majestätisch über dieses Trauertal, es kommt, was bei Börsenprognostikern nicht existiert, das Unerwartbare. Ab jetzt wird nur das Unerwartbare zu erwarten sein. Der ständige Bruch im Linear der historischen Zeit.

PROTESTE IN EUROPA IN EUROPA PROTESTE

Ein Jahr in Europa: Demonstrationen, Besetzungen von öffentlichen Plätzen und politische Streiks zeichnen eine neue Kartographie des Protests. Eine Karte der Unzufriedenheit mit dem Europa von Kürzung und Enteignung des Öffentlichen, eine Karte der Krise

der Repräsentation. Ob es den Linken gelingen kann, an die Verweigerung, die Selbstorganisation, die Gegenwürfe anzuknüpfen, ist offen. Ein gemeinsames linkes Projekt, eine europäische Linke könnte von dieser Karte ausgehen.



DEMONSTRATION	BESETZUNG	STREIK
0-5000	0-5000	landesweit
5000-50000	5000-50000	
über 50000	Anzahl unbekannt	
Anzahl unbekannt		

DEUTSCHE EU-HEGEMONIE UND »BLAUE BLUME DER DEMOKRATIE«

GEDANKEN ZUR EUKRISE

PERRY ANDERSON

Der Großteil der Literatur zur Europäischen Union ist äußerst spezialistisch und unter Nicht-Experten wenig bekannt, auch ist vieles davon ideologisch so einförmig, dass es das Interesse an den vielfältigen politischen Konflikten und Kulturen in Europa eher erstickt als entfacht. Das Ergebnis, verstärkt durch einen verbreiteten Konformismus der Medien, ist ein erstaunlicher geistiger Provinzialismus – das Fehlen einer wirklichen europäischen Öffentlichkeit. Das wird sich erst ändern, wenn das politische Interesse ganz natürlich in einem ständigen Hin und Her die Staatsgrenzen überqueren kann, so wie es für die europäische Gelehrtenrepublik zur Zeit Montesquieus oder Humes kennzeichnend war, oder sogar zu der eines Curtius oder Benda, ganz zu schweigen von ihren revolutionären Varianten bei Trotzki oder Gramsci. In meinem Buch *The New Old World* (2009) befasste ich mich mit den Kernländern der EU und ihrer Osterweiterung auf einer Ebene, auf der Politik für die Menschen ungleich größere Bedeutung hat als in der abgeschlossenen Maschinerie von Brüssel; das soll eine – und sei es auch noch so entfernte – Erinnerung an diese Tradition sein.

Die nationale Nabelschau ging einher mit kontinentaler Selbstzufriedenheit. In *The New Old World* kritisierte ich den europäischen Narzissmus, der vor einigen Jahren einen Höhepunkt erreichte: die Behauptung, dass die Union – mit den Worten des verstorbenen Tony Judt (2005, 799), die bei so vielen anderen europäischen Geistesgrößen Widerhall finden – ein »Musterbeispiel« der sozialen und politischen Menschheitsentwicklung sei. Seit 2010 haben die Havarien der Eurozone diesen Eitelkeiten ihren sarkastischen Kommentar hinzugefügt. Aber sind sie deshalb verschwunden?

Dass es verfrüht wäre, dies anzunehmen, wird an einem prominenten Beispiel deutlich. Jürgen Habermas hat nach *Ach, Europa* (2008) ein weiteres Buch *Zur Verfassung Europas* (2011) veröffentlicht. Sein Kernstück, ein Essay mit dem Titel *Die Krise der Europäischen Union im Lichte einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts*, ist eine bemerkenswerte Illustration der genannten Denkmuster. Es enthält auf weniger als 60 Seiten rund hundert Literaturhinweise, drei Viertel davon zu deutschen Autoren. Von diesen wiederum ist fast die Hälfte ihm selbst oder drei Kollegen gewidmet, denen er für ihre Mithilfe dankt. Der Rest bezieht sich ausschließlich auf angelsächsische Autoren, wobei der Löwenanteil – ein Drittel der Angaben – auf einen einzigen britischen Bewunderer entfällt, den jüngst durch Gaddafi-Gelder bekannt gewordenen David Held. Keine andere europäische Kultur ist in dieser denkwürdigen Dokumentation des Provinzialismus vertreten.

Noch bemerkenswerter ist das Thema des Essays. 2008 hatte Habermas den Lissabon-Vertrag kritisiert, weil er es versäumt habe, das Demokratiedefizit der EU zu beseitigen oder dafür eine politisch-moralische Perspektive zu schaffen. Durch die Verabschiedung des Vertrags werde »das bestehende Gefälle zwischen Eliten und Bürgern eher zementiert« (2008, 105), ohne dass für Europa eine positive Richtung herauspringt. Nötig sei stattdessen ein europaweites Referendum, das die Union mit der notwendigen sozialen und finanziellen Harmonisierung, der militärischen Stärke und – vor allem – einer direkt gewählten Präsidentschaft ausstatte, um zu verhindern, dass die Zukunft des Kontinents »im Sinne der neoliberalen Orthodoxie entschieden ist« (ebd., 85). Ich habe damals bemerkt (2009, 513), wie weit diese Begeisterung für einen demokratischen Ausdruck des Volkswillens, den Habermas in seinem eigenen Land nie auch nur andeutungsweise unterstützt hatte, von seiner traditionellen Einstellung entfernt war, und ich habe prophezeit, dass er sie nach der Durchsetzung des Vertrags stillschweigend zurücknehmen würde.

Diese Vorhersage war untertrieben. Nicht stillschweigend, sondern in den höchsten Tönen lobt Habermas nun den Vertrag, der kein Gefälle mehr zwischen Eliten und Bürgern zementiert, sondern nichts weniger als die Charta eines beispiellosen Schritts zu menschlicher Freiheit ist – die Verdopplung der Grundlagen europäischer Souveränität in Bürger und Völker (statt Staaten) der Union, ein leuchtendes Beispiel für ein künftiges Weltparlament. Das Europa von Lissabon treibe in einem »Zivilisierungsprozess«, der die zwischenstaatlichen Beziehungen befriedet und den Einsatz von Gewalt auf das Bestrafen von Menschenrechtsverletzungen beschränkt, den Übergang von unserer heutigen, unverzichtbaren, aber verbesserungswürdigen »internationalen Gemeinschaft« zu einer zukünftigen »kosmopolitischen Gemeinschaft« voran, einer wirklichen Union, die auch noch den letzten Erdenbürger umfasst.¹

Statt einen Dämpfer zu bekommen, hat der Narzissmus der letzten Jahrzehnte in solchen Aufwallungen einen neuen Gipfel erreicht. Dass der Lissabon-Vertrag nicht von den Völkern, sondern von den Staaten Europas spricht, dass er durchgedrückt wurde, um den in drei Referenden ausgedrückten Volkswillen zu umgehen, dass die Verhältnisse, die er festschreibt, bei den ihnen Unterworfenen auf verbreitetes Misstrauen stößt, und dass die Union, die er kodifiziert, so weit davon entfernt ist, ein Hort der Menschenrechte zu sein, dass sie sich mit Folter- und Besatzungspraktiken arrangiert, ohne darüber ein Wort zu verlieren – all das geht unter in einem Rausch der Selbstbeweihräucherung.

Kein einzelner Kopf kann als solcher für eine Perspektive stehen. Habermas, inzwischen mit europäischen Auszeichnungen überhäuft wie ein mit Orden gespickter Sowjetgeneral, ist zweifellos auch ein Opfer seiner Eminenz – eingekapselt, wie vor ihm Rawls, in eine geistige Welt, in der sich überwiegend Anhänger und Bewunderer sammeln, zunehmend unfähig, sich mit Positionen zu beschäftigen, die von seiner eigenen mehr als ein paar Millimeter entfernt sind. Oft als Nachfahre Kants gepriesen, droht er zu einem modernen Leibniz zu werden, der mit unerschütterlichen Euphemismen eine Theodizee konstruiert, in der auch die Übel der Finanzmarktderegulierung durch die »List der ökonomischen Vernunft« (2011, 77) zu den Segnungen des kosmopolitischen Aufbruchs beitragen, während sich der Westen auf dem Wege von Menschenrechten und Demokratie auf das Paradies gesamt menschlicher Legitimität zubewegt.

Habermas stellt einen Sonderfall dar, was den Rang wie dessen Korruptiertheit betrifft. Aber die Haltung, von Europa als einem Musterbeispiel für die Welt zu sprechen, ohne das wirkliche politische und kulturelle Leben, das darin herrscht, übermäßig zur Kenntnis zu nehmen, ist nicht verschwunden. Während Alain Supiot (2012) auf eine Zeit zurückblickt, in der die Europäische Gemeinschaft die Prinzipien des Sozialstaats respektierte, stellt sich Jan-Werner Müller (2012) die Frage, ob Deutschland seine Macht dazu nutzen könnte, die EU gleichzeitig effizienter und demokratischer zu machen. Die Realität war bisher das genaue Gegenteil: Berlin hat sowohl den Wirrwarr als auch die Autokratie des Brüsseler Systems noch verstärkt. Um zu begreifen warum, muss man ein Verständnis der tieferen Dynamik entwickeln, die in der Krise der Eurozone am Werk ist.

Einfach gesagt, kommen darin zwei voneinander unabhängige Entwicklungen zusammen. Die erste ist die allgemeine Implosion des fiktiven Kapitals, mit dem die Märkte im langen Zyklus der Finanzialisierung in Gang gehalten wurden – der Aufblähung des Finanzsektors, die in den 1980er Jahren begann, als die Rentabilität der Realwirtschaft unter dem internationalen Wettbewerbsdruck zusammenschumpfte und die Wachstumsraten Jahr für Jahr weiter zurückgingen. Die Me-

chanismen dieser Entschleunigung, die der Kapitalverwertung selbst innewohnt, sind jedem Leser der Arbeiten von Robert Brenner (2006; 2009) vertraut. Ihre Auswirkungen auf die gewaltige Aufblähung der Privat- und Staatsverschuldung – zur Abstützung der Profitraten wie der politischen Wählbarkeit – wurden von Wolfgang Streeck (2011) meisterhaft aufgezeigt. Die amerikanische Wirtschaft ist das Musterbeispiel für diese Entwicklung. Ihre Logik war aber systemimmanent.

In Europa wurde eine weitere Entwicklung in Gang gesetzt – durch die deutsche Wiedervereinigung und durch die Gestaltung der in Maastricht vereinbarten Währungsunion mit dem nachfolgenden Stabilitätspakt, die beide auf deutsche Forderungen abgestellt waren. Über die Gemeinschaftswährung sollte eine Hayekianisch konzipierte Zentralbank wachen, die weder Regierungen noch Wählern verpflichtet ist, sondern dem alleinigen Ziel der Preisstabilität. Beherrscht wurde die neue Währungszone von ihrer größten Volkswirtschaft, die sich nach Osten erweitert hatte und direkt jenseits der Grenze über ein großes Reservoir von Billigarbeitskräften verfügte. Die Kosten der Wiedervereinigung waren hoch und zogen das Wirtschaftswachstum nach unten. Um sich zu erholen, übte das deutsche Kapital einen beispiellosen Druck auf die Löhne aus, der von den Beschäftigten – unter der Drohung von Standortverlagerungen nach Polen, in die Slowakei oder sonstwohin – akzeptiert wurde. Mit zunehmender Produktivität und sinkenden Lohnkostenanteilen erlangte die deutsche Exportindustrie eine nie da gewesene Wettbewerbsfähigkeit und immer größere Marktanteile auf den Märkten der Eurozone. An deren Peripherie wurde die entsprechend verminderte Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften durch einen Zustrom von billigem Kapital narkotisiert, dessen Zinssätze nach deutschen Vorschriften in der gesamten Eurozone praktisch einheitlich waren.

Als die in den Vereinigten Staaten losgetretene Überfinanzialisierungskrise in Europa zuschlug, brach das Vertrauen in diese peripheren Schuldenländer zusammen. Es drohte eine Serie von Staatsbankrotten. In den USA wurde der Zusammenbruch insolventer Banken, Versicherungen und Firmen durch massive Staatshilfen verhindert und die Notenpressen der Federal Reserve konnten den Rückgang der Nachfrage stoppen. In der Eurozone standen einer solchen temporären Lösung zwei Hindernisse im Weg: Die im Maastrichter Vertrag festgelegten EZB-Statuten verbieten den Ankauf von Schuldentiteln der Mitgliedsstaaten; und es gibt keine Weberianische »Schicksalsgemeinschaft«, die Regierende und Regierte in eine gemeinsame politische Ordnung zwingt, in der es die ersteren teuer zu stehen käme, wenn sie die Grundbedürfnisse der letzteren ignorierten. Im europäischen Scheinföderalismus konnte es keine »Transferunion« nach amerikanischem Muster geben.

Als die Krise kam, ließ sich die Eurozone also nicht durch Staatsausgaben zusammenhalten, nur durch ein politisches Diktat – indem Deutschland an der Spitze eines Blocks nördlicher Länder für die südliche EU-Peripherie, die ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch Abwertungsmaßnahmen wiederherstellen konnte, drakonische Sparprogramme durchsetzte, die für die eigenen Bürger undenkbar wären. Unter diesem Druck fielen die Regierungen der schwächeren Staaten um wie die Fliegen. Die politischen Mechanismen sahen unterschiedlich aus. In Irland, Portugal und Spanien wurden die bei Ausbruch der Krise amtierenden Regierungen abgewählt und von Nachfolgern abgelöst, die dieselben Mittel in höheren Dosen verschrieben. In Italien kamen innere Verwesung und äußere Einmischung zusammen, ein parlamentarisches Kabinett wurde ohne Rekurs auf Wahlen durch ein technokratisches ersetzt. In Griechenland hat eine von Berlin, Paris und Brüssel verordnete Spardiät das Land auf einen Status reduziert, der an Österreich im Jahre 1922 erinnert, als von der Entente ein Hochkommissar eingesetzt wurde (unter der Flagge des Völkerbunds), der in Wien die Wirtschaft führte.

Die alles andere als einheitlichen Vorschriften, die das Vertrauen der Finanzmärkte in die Verlässlichkeit der einheimischen Intendanturen wiederherstellen sollen, umfassen die Kürzung der Sozialausgaben, die Deregulierung der Märkte und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum – die neoliberale Hausapotheke, ergänzt durch verstärkte Steuerbelastungen. Um sie festzuschreiben, sind Berlin und Paris gegenwärtig entschlossen, die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt in der Verfassung aller siebzehn Länder der Eurozone verankern zu lassen – ein Gedanke, der in Amerika lange als alter Hut der durchgeknallten Rechten galt.

Die Rezepte von 2011 werden die Gebrechen der Eurozone nicht heilen. Die Spreads auf Staatsanleihen werden nicht auf das Vorkrisenniveau sinken. Nach Schätzungen könnten sich die ungedeckten Bankverbindlichkeiten auf 1,3 Billionen Euro summieren. Die Probleme sind größer, die Mittel schwächer und die Vollstrecker unsicherer, als die offiziellen Verlautbarungen zugeben können. Wenn sich zeigt, dass das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit nicht weicht, dürfen die von Merkel und Sarkozy zusammengeschusterten Lösungen nicht tragen. Deutschland, das durch ein System von Kapitalderegulierung nach außen und Lohndrücken nach innen mehr als jeder andere Staat letztlich die Eurokrise verursacht hat, hat sich als Bock zum Gärtner gemacht. In diesem Sinne ist die Stunde eines neuen europäischen Hegemons gekommen. Pünktlich zu diesem Zeitpunkt ist auch das erste ungenierte Manifest deutscher Vorherrschaft in der Union erschienen.

In einem Leitessay im *Merkur*, dem wichtigsten intellektuellen Meinungsorgan der Bundesrepublik, erklärt der Konstanzer Staatsrechtler Christoph Schön-



berger (2012, 2), dass mit der »Hegemonie«, die Deutschland in Europa zufallen solle, »nicht das diffuse Schlagwort eines antiimperialistischen Diskurses à la Gramsci gemeint ist« – der Begriff sei vielmehr in dem von Heinrich Triepel (1938!) ausgeführten verfassungsrechtlichen Sinn zu verstehen, der die Führungsrolle des mächtigsten Staates in einem Bündnissystem – etwa die Preußens im Deutschland des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – bezeichnet. Die EU sei ein genau solches System – ein wesentlich intergouvernementales Konsortium, verkörpert durch den Europäischen Rat, der zwangsläufig unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt. Nur politische Science-Fiction käme auf die Idee, darin »die blaue Blume der Demokratie jenseits aller institutionellen Erdenreste zu suchen« (ebd., 5). Da die im Rat vertretenen Staaten in ihrer Größe und ihrem Gewicht größtenteils ungleich sind, sei es unrealistisch anzunehmen, dass sie sich auf gleichem Fuße miteinander abstimmen könnten. Die Union könne nur dann funktionieren, wenn ihr der an Bevölkerung und Reichtum ungleich größere Staat ihren Zusammenhalt und eine Richtung verleiht. Europa bedürfe also der deutschen Hegemonie, und Deutschland dürfe sich nicht länger scheuen, sie auszuüben. Frankreich, dessen »militärisch-außenpolitische Sonderinsignien, sein ständiger Sitz

Protest gegen die Demonstrationsverbote in Frankfurt/M, Demonstranten halten das Grundgesetz hoch, © Sven Ulfig

im Weltsicherheitsrat und sein Status als Atommacht, nicht länger von prägender Bedeutung sind«, habe sich darauf einzustellen. Deutschland müsse Frankreich so behandeln, wie Bismarck in jenem anderen föderalen System, dem Kaiserreich, Bayern behandelt hat – indem er darauf bedacht war, das untergeordnete Mitglied »durch symbolische Auszeichnung und bürokratische Abstimmung an der Seite Preußens zu halten« (ebd., 4).²

Ob sich Frankreich so leicht auf die Stellung Bayerns im Zweiten Reich degradieren lässt, bleibt abzuwarten. Ein modernerer Vergleich könnte zutreffender sein. Das Bestreben der französischen Politikerklasse, stets im Schulterschluss mit Deutschland zu handeln, erinnert immer mehr an jene andere *special relationship*, die das verzweifelte britische Anklammern an die Rolle des Adjutanten der Vereinigten Staaten darstellt. Die Frage ist, wie lange diese französische Selbstunterordnung anhalten kann, ohne dass es eine Gegenreaktion gibt. Wenn der Fraktionschef der CDU damit renommiert, dass »in Europa auf einmal Deutsch gesprochen wird«, ruft dies weniger Übereinstimmung als Ressentiments hervor. Der neue Hegemon kann zwar mit seinen Muskeln spielen. Er bleibt aber ein Koloss auf tönernen Füßen, der weder die für Unordnung sorgende Währungsunion abschaffen noch den Schritt darüber hinaus zu einer politischen Union vollziehen kann, in der die Union finanzielle Transferleistungen akzeptieren müsste, die von ihren Wählern abgelehnt werden.

Genauso brüchig sind andere Einrichtungen der politischen Landschaft. Die Hayekianischen Dämme der EZB dürften durch die Schuldenflut unter zunehmenden Druck geraten, wenn die Krise andauert. Wenn der Pegel weiter steigt, werden sie kaum standhalten. Für die Ideologie der EU ist nichts so zentral wie ihr Anspruch, eine Rechtsordnung zu sein; keine Bürokratie hat so flexibel nach Wegen gesucht, sie zu umgehen. Wer wäre noch überrascht, von ihren Juristen zu hören, dass die Bestimmungen des Maastrichter Vertrags der EZB zwar den Ankauf von Staatsanleihen verbieten, dass sie aber, wenn man ihren Sinn richtig versteht, besagen, dass die EZB in Wirklichkeit dazu verpflichtet ist?

Auch die beiden Regierungslager, die das restliche Europa in ihrem Stabilisierungsgehege einpfirchen wollen, sehen nicht besonders wetterfest aus. In Deutschland hat Merkel eine Landtagswahl nach der anderen verloren, sogar in der sichersten Bastion christlicher Demokratie, Baden-Württemberg, während der Koalitionspartner FDP – nicht zum ersten Mal – vor dem elektoralen Exitus steht. In Frankreich hat Sarkozy die Nationale Front preisgegeben, ohne in der Mitte zuzulegen. Er verlor nun die Wahl gegen den blassesten PS-Funktionär. Ob die Rückkehr der Sozialdemokratie an die Macht in Paris und Berlin den Gang der Krise großartig verändern würde, ist eine andere Frage. Für sich genommen dürf-

te sie aller Wahrscheinlichkeit nach kaum einen Unterschied machen; man kann sich leicht vorstellen, dass Hollande oder Gabriel genauso wie Rajoy an die Macht kommen würden, ohne positives Wählerengagement, nur weil es keine Alternativen gibt. Ein ernsthafter Volksaufbruch würde natürlich etwas verändern. Bisher kam das nur in Griechenland auf. Anderswo haben die Eliten von den Massen noch nichts zu hören bekommen. Dass es auch bei akuter Not keine Garantie dafür gibt, dass die Krise zu einer Explosion statt zu einer Abstumpfung führt, hat man an Russlands Passivität unter der Katastrophe der Jelzin-Herrschaft gesehen. Die Bevölkerungen der EU sind allerdings weniger leidgeprüft. Wenn sich die Verhältnisse gravierend verschlechtern, dürfte ihr Geduldsfaden eher reißen. Im Hintergrund all dieser Szenarien lauert der nackte Tatbestand, dass auch dann, wenn die Eurokrise – unwahrscheinlich genug – ohne dramatische Opfer auf Kosten der Schwächsten gelöst werden kann, der ihr zugrundeliegende Wachstumsrückgang bestehen bliebe.

Gekürzte Fassung von »The New Old World« in New Left Review, Nr. 73, 1–2/2012.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

- Anderson, Perry, 2009: *The New Old World*, London/New York
- Brenner, Robert, 2006: *The Economics of Global Turbulence*, London/New York
- Ders., 2009: What is Good for Goldman Sachs is Good for America, *Center for Social Theory and Comparative History*, Paper 2009–11; <http://escholarship.org/uc/item/osgo782h>, 30.4.2012
- Habermas, Jürgen, 2005: Das illusionäre Nein der Linken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 6, 755–57
- Ders., 2008: *Ach, Europa*, Frankfurt/M
- Ders., 2011: *Zur Verfassung Europas*, Frankfurt/M
- Judt, Tony, 2005: *Postwar*, London (dt.: *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006)
- Müller, Jan-Werner 2012: Beyond Militant Democracy?, in: *New Left Review* 73, 39–47
- Schönberger, Christoph, 2012: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union, in: *Merkur*, Nr. 752, Januar, 1–8
- Streck, Wolfgang, 2011: Völker und Märkte. Demokratischer Kapitalismus und Europäische Integration, in: *Lettre Internationale* 95, 15–17
- Supiot, Alain 2012: Under Eastern Eyes, in: *New Left Review* 73, 29–37
- Triepel, Heinrich, 1938: *Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten*, Stuttgart

1 Habermas' leidenschaftliche Intervention zum französischen Referendum über den EU-Verfassungsvertrag (2005), die im Falle der Ablehnung vor einer Katastrophe warnte, war umhüllt von völligem Schweigen über das Fehlen jedweder Volksbefragung in Deutschland, wie schon im Falle von Maastricht.

2 Der geistige Mentor von Schönbergers Konstruktion, der Berliner Staatsrechtslehrer Heinrich Triepel (1868–1946), bewunderte nicht nur Bismarcks Neuordnung Deutschlands unter preußischer Hegemonie. Er hat 1933 die Machtergreifung Hitlers als »legale Revolution« begrüßt, und er beschließt sein Buch über *Die Hegemonie* (1938, 578) mit einer Hymne an den »Führer«, der durch die Angliederung Österreichs und des Sudetenlands den alten deutschen Traum vollständiger staatlicher Einheit verwirklicht habe.

GRIECHENLAND UND DIE DUNKLE SEITE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

SPARPOLITIK, EINGESCHRÄNKTE SOUVERÄNITÄT UND SOZIALE VERWÜSTUNG

PANAGIOTIS SOTIRIS

Seit zwei Jahren ist die griechische Gesellschaft ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt. Die Staatsschuldenkrise hat zur Durchsetzung drastischer Sparprogramme geführt, die die Gesellschaft schon jetzt an den Rand einer sozialen Katastrophe geführt haben. Die Durchschnittslöhne sind um mehr als 20 Prozent gefallen,¹ Schulen und Krankenhäuser haben Schwierigkeiten, die Versorgung aufrechtzuerhalten, und die offizielle Arbeitslosenquote hat die 20-Prozent-Marke schon überschritten. Suppenküchen, Obdachlosigkeit und andere Zeichen von Armut gehören nun zum alltäglichen Bild in den Städten. Seit über 100 Jahren bestehende Rechte der Beschäftigten wurden aufgehoben und das gesamte Tarifverhandlungssystem geändert, was zu weiteren Lohnsenkungen führen wird. Griechenland ist zum Versuchslabor eines extrem aggressiven neoliberalen Umbaus der Gesellschaft geworden – und einer ideologischen Erpressung: Griechenland muss den Sparkurs befolgen oder bei Zahlungsunfähigkeit mit einem Ausschluss aus der Eurozone

rechnen. Das ist eine Herausforderung für die Linke. Ist es die richtige Strategie, schrittweise auf die Beendigung der Sparpolitik zu drängen und in der Eurozone zu bleiben? Oder ist es besser, eine radikale Alternative zu formulieren, die auch einen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone bedeutet?

Letzterer scheint mir der einzig gangbare Weg; alle progressiven Lösungsansätze beginnen mit einer Ablehnung der Europäischen Union und des gesamten Europäischen Integrationsprozesses. Um dies zu verstehen, müssen wir bei der europäischen Dimension der Krise beginnen. Denn obwohl die Ereignisse in Griechenland ein Aspekt der globalen Wirtschaftskrise sind, sind sie eben auch Ausdruck der Krise der Eurozone und des gesamten europäischen Projekts.

Der Euro war von Anfang an ein Mechanismus für die Vergrößerung von Ungleichheiten und Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone.² In einem Wirtschaftsraum, der von Unterschieden hinsichtlich Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Länder gekennzeichnet ist, vergrößert eine gemeinsame Währung dieses Ungleichgewicht tendenziell. Die Bestimmungen der Maastrichter Verträge beziehen sich nur auf die Gefahren, die für die Währungsunion aus großen Unterschieden in den Inflations- und Zinsraten erwachsen können, nicht aber auf strukturelle Widersprüche. Demnach konnte der Euro nur in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität und für Länder eines ähnlichen Grades wirtschaftlicher Entwicklung erfolgreich als gemeinsame Währung fungieren. Da Unterschiede in Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bestehen und Handelsbilanzen

unausgeglichen blieben, war die materielle Grundlage für die jetzige Krise seit dem Beginn der Eurozone gegeben.

Die europäische Integration und insbesondere die Währungsunion müssen als Klassenstrategien und imperialistische Politik begriffen werden. Einerseits war die Währungsunion nicht nur eine Erleichterung für Investitionen und zwischenstaatliche Handels- und Finanzströme. Sie war auch eine bewusste Entscheidung der hegemonialen »Kernländer« der EU und der nicht-hegemonialen Länder, schützende Barrieren abzubauen und den daraus entstehenden Wettbewerbsdruck als Mittel für kapitalistische Umstrukturierungen zu nutzen. Andererseits war sie eine Strategie der hegemonialen Kräfte, um von dem größeren Wirtschaftsraum für Investitionen und von der Architektur der Eurozone selbst zu profitieren. In diesem zweiten Sinne war es eine imperialistische Strategie. Schon die Architektur der Eurozone führt zu einer Situation, in der Deutschland durch die Unterschiede in Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Inflation einen ständigen Abwertungs-Wettkampf gegen Länder wie Griechenland führt. Die derzeitigen Wachstumstendenzen der deutschen Wirtschaft sind das Resultat anhaltender Angriffe auf die Beschäftigten – und sie beruhen auf der Funktionsweise der Eurozone.

Diese Unausgeglichenheiten könnten in Zeiten relativen Wachstums und relativer Stabilität toleriert werden. Die herrschenden Eliten peripherer Gesellschaften wie der griechischen könnten die günstigeren Kredite oder den leichteren Zugang für Importe nutzen oder sie als politische Instrumente einsetzen, um die Zustimmung zur neoliberalen

Politik innerhalb der subalternen Klassen zu verbreitern. Dies ist einer der Mechanismen, die zur griechischen Staatsschuldenkrise führten, denn nur durch zunehmende Verschuldung konnten die Konsumgewohnheiten und Staatsausgaben aufrecht erhalten werden.

Der Euro konnte Unterstützung gewinnen, da er stabiler erschien als die meisten nationalen Währungen – vor allem im Vergleich zu denjenigen, die mit Inflation assoziiert wurden. Dadurch wurde der Euro zu Anfang positiv gesehen, obwohl er in den meisten Fällen mit Preissteigerungen einher ging. Jetzt zeigt sich die wahre Natur des Euro als wirtschaftspolitischem Mechanismus. Er kann nur zu einem »Negativ-Wettlauf« der Sparmaßnahmen führen, zu endlosen Opfern und einer fortwährenden Erosion der produktiven Basis peripherer Länder. Das ist das wahre Gesicht des europäischen Integrationsprozesses.

Entgegen der vorherrschenden Erzählung, dass die griechische Gesellschaft durch Subventionen, die Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben und die Modernisierung von Institutionen von der EU-Mitgliedschaft profitieren würde, ist die Bilanz der Beziehung Griechenlands zur europäischen Integration unter dem Strich negativ: Umstrukturierung der Landwirtschaft, Zwangsprivatisierung der Infrastruktur, Handelsdefizite, Implementierung von Hochschulreformen im Rahmen des »Bologna-Prozesses«, steigende Verschuldung.

Die Europäische Union könnte ein Vehikel zur Umverteilung von Ressourcen sein, ein Raum der Annäherung und des sozialen Zusammenhalts, der von zwischenstaatlicher Solidarität getragen wird, oder eine föderale demokratische politische Einheit, die den Euro

als Währung teilt. Die derzeitigen Kräfteverhältnisse lassen dies nicht zu. Alle institutionellen Entwicklungen der Europäischen Union wirken in die entgegen gesetzte Richtung.

In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Wende der EU-Maßnahmen entscheidend. Von Anfang an waren Einschränkungen nationaler Souveränität im Namen der Integration Teil der Logik des europäischen Projekts. Heute nimmt dies nicht mehr nur die Form einer freiwilligen Aufgabe von Souveränität unter Gleichen zugunsten eines Machtzuwachses der europäischen Institutionen und Behörden an; den EU-Mechanismen und hegemonialen Ländern wird immer mehr Macht eingeräumt, um zu intervenieren und Maßnahmen zu diktieren. In der heutigen Situation der Schuldenkrise wurden die peripheren Länder offen zur Aufgabe der Souveränität ihrer Regierungen gedrängt.³

Griechenland ist ein Beispiel für die Entwicklung hin zu eingeschränkter Souveränität. Im Zuge der Rettungs-Pakete erlangten EU und IWF – als Teil der so genannten Troika aus EU, IWF und EZB – die Macht, nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch Formen der Governance zu diktieren. Die Erpressung der politischen Eliten Griechenlands, im November 2011 die Regierung unter Premierminister Papadimos zu bilden, zeigte dies anschaulich. Die neuen Kreditvereinbarungen bemächtigen RepräsentantInnen der EU und des IWF, die politischen Prozesse des Landes zu überwachen und einzuschreiten.⁴

Vielfach geht dies mit fast neokolonialen Andeutungen einher, wie unfähig die Griechen seien, ihre Probleme zu lösen, da sie chronisch faul seien und keinerlei kapitalistische

Disziplin an den Tag legen würden.⁵ Trotz allen angeblichen Ermunterungen, dass Griechenland mit ein wenig Hilfe der europäischen Institutionen wieder auf die Beine kommen würde, wird ein riesiger Apparat zur Aufsicht der Wirtschaft aufgebaut, der parallel zu den eigentlichen Entscheidungsprozessen der Regierung funktioniert. In den oberen Etagen der griechischen Ministerien schreiben die Repräsentanten der Troika nicht nur in Zusammenarbeit mit Angehörigen der jeweiligen Ministerien griechische Gesetze um, sie gestalten auch das soziale Gefüge neu. Die Rhetorik wirklicher Annäherung und technologie- und innovationsbasierten Wachstums ist verhallt. Das neue »Wachstumsmodell« für Griechenland basiert auf Exportvorteilen durch niedrige Löhne und darauf, jegliche umweltpolitischen, archäologischen oder sozialen Hindernisse für Investitionen zu beseitigen.

Dies bedeutet nicht, dass die EU einfach einem ganzen Land diktieren würde, was zu tun sei. Das wäre eine zu grobe Vereinfachung der Art und Weise, wie die Maßnahmen der EU und die Klassen-Strategien verbunden werden. Das griechische Kapital unterstützt diese Politik offen, obwohl eine lang andauernde Rezession auch von den kapitalistischen Unternehmen einen hohen Tribut fordert. Tatsächlich scheinen sie diesen Zustand eingeschränkter Souveränität zu nutzen, um auf gewalttätige Weise die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben und sich der Rechte der Beschäftigten zu entledigen, die in mehr als einem Jahrhundert erkämpft worden waren.⁶

Alle Versuche, die europäische Einigung voranzutreiben – den gescheiterten Versuch

einer europäischen Verfassung, der schließlich zum Lissabonner Vertrag führte, eingeschlossen –, sind offen und aggressiv neoliberal. Und diese Wende zu eingeschränkter Souveränität ist tief reaktionär und undemokratisch: Die verfassungsmäßige Festschreibung des Neoliberalismus und des »Freien Marktes« durch die Zunahme an Wichtigkeit, Umfang und Befugnissen der supranationalen europäischen Legislative und Regulierung vollzieht sich auf Kosten der Demokratie und der Souveränität der Bevölkerung. Sie schränkt gezielt die Möglichkeitsräume sozialer Bewegungen und der politischen Linken ein, die Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Gesellschaften zu verschieben.

Die Diskussion um eine »Europäische Wirtschafts-Regierung«, die sich in der Unterzeichnung des europäischen Fiskalpaktes durch die Mitgliedsländer niederschlägt, stärkt weiter die Institutionen der EU: etwa die Verweise auf Zwangsmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Strafmechanismen für Länder mit zu hohen Staatsausgaben sowie die Forderungen, permanente Sparpolitik in den Länderverfassungen festzuschreiben. An Griechenland lässt sich ablesen, was auf andere europäische Länder noch zukommen wird.

Die Bestimmungen des Kreditvertrages – die endlose Liste gewalttätiger Maßnahmen, die vor jeder Teilzahlung des Rettungspaketes an Griechenland durchgesetzt werden müssen, die Mechanismen permanenter Aufsicht, die an koloniales Regierungswesen erinnern – all diese Entscheidungen haben nichts mit einem »griechischen Sonderweg« zu tun, sondern sind integrale Bestandteile der derzeitigen Form europäischer Integration.



Beide: »Athen«,
© Mehran Khalili
mehralkhalili.com

Die neuen Formen der Kooperation zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union markieren einen entscheidenden Wendepunkt innerhalb der Politik der EU und der Strategien der Integration. Sie umfassen auch aggressive »Strukturanpassungsmaßnahmen« des IWF, deren katastrophale Auswirkungen vor allem in lateinamerikanischen Ländern umfassend dokumentiert sind. Hinzu kommt eine wachsende Entschlossenheit Deutschlands und anderer europäischer »Kernländer« eine offener hegemoniale Rolle einzunehmen, was der ideologischen Mythologie von der »Gemeinschaft der Gleichen« ein Ende bereitet (vgl. Anderson in diesem Heft).

Diese Wende ist post-demokratisch und post-hegemonial: Neoliberale Politikansätze

werden weiter verfolgt, obwohl die derzeitige kapitalistische Krise das Scheitern des Neoliberalismus bereits bezeugt hat. Politik wird lediglich als Autopilot-Programm immer aggressiverer Lösungen präsentiert, die keinerlei Rücksicht auf gesellschaftliche Bündnisse oder soziale Kosten nehmen. Das erklärt auch die autoritäre Wende, die überall in Europa zu beobachten ist. Es ist nicht so, dass sie nicht um die Gefahren sozialer Explosionen wüssten. Das Problem ist, dass sie absolut unfähig zu sein scheinen, diese Einschätzung in ihr politisches Kalkül mit einzubeziehen und ihr Vorgehen entsprechend zu ändern.

In den letzten zwei Jahren wurden wir Zeugen, wie ein Bankier der EZB zwangsweise als Premierminister eingesetzt wurde, wie Ver-

abschiedungen umfangreicher Gesetzestexte ohne jegliche Diskussion erzwungen wurden (in Griechenland ist es nicht ungewöhnlich, dass mehrere hundert Seiten Gesetzestexte an einem einzigen Tag vom Parlament abgesehnet werden). Parteien und Parlamentsabgeordnete, die jegliche Form der Legitimität eingebüßt hatten, wurden als nützliche Zombies instrumentalisiert, um die Forderungen der Gläubiger in Gesetze zu überführen.

Ich denke, es ist notwendig, für einen Bruch mit dem Projekt der europäischen Integration zu plädieren. Dabei will ich nicht die Wichtigkeit aller demokratischen und internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der europäischen Linken außer Acht lassen, die in der Vision eines Europa der Demokratie, Zusammenarbeit und der sozialen Gerechtigkeit zum Ausdruck kommen (vgl. Händel in diesem Heft). Aber diese haben nichts mit der materiellen Realität des tatsächlichen institutionellen Rahmens der Europäischen Union zu tun. Der berühmte *acquis communautaire* ist nichts anderes als der Versuch, kapitalistische Imperative in ganz Europa durchzusetzen. Nicht einmal die Vision einer demokratischen Europäischen Union hat etwas mit der Eurozone oder der derzeitigen Politik zu tun.

Die Argumente, soziale Bewegungen könnten auf europäischer Ebene bessere Ergebnisse erzielen, sind gut gemeint. Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Die europäischen Institutionen mit ihrem inhärenten Neoliberalismus und strukturellen »Demokratiedefizit« sind in keinem Fall ein besseres Umfeld für Kämpfe als die sozialen Strukturen und politischen Einheiten innerhalb der Länder. Außerdem



stellt die finanzpolitische und monetäre Architektur der EU, für die der Euro ein Beispiel ist, ein zentrales Hindernis für gesellschaftliche Veränderungen dar.

Durch einen Bruch mit der Europäischen Union eine gewisse Form der monetären und wirtschaftlichen Souveränität wiederzugewinnen, erscheint derzeit als einzig gangbarer Weg zu einem sozial gerechten Umgang mit der Krise. Es geht nicht darum, die Eurozone lediglich als »technische« monetäre Maßnahme zu verlassen.⁷ Dieser Schritt sollte mit einer Reihe anderer radikaler Maßnahmen einhergehen, wie einer unverzüglichen Einstellung des Schuldendienstes, der Verstaatlichung von Banken und strategischer Infrastruktur sowie der Wiedereinführung von Maßnahmen zur

Kapitalkontrolle. Darüber hinaus muss dieser Schritt als Auftakt eines Prozesses gesellschaftlicher Veränderung verstanden werden – bei dem eine Stärkung von öffentlichem Eigentum, das Prinzip der Selbstverwaltung, alternativer, nicht-kommerzieller Netzwerke für die Distribution von Waren und des Umweltschutzes als Aspekte einer notwendigen Neudefinition sozialistischer Strategien verstanden werden. Dafür sind breite soziale und politische Bündnisse mit radikaler antikapitalistischer Ausrichtung notwendig. Nichts von alledem wird möglich sein, solange die Europäische Zentralbank die Finanzpolitik beherrscht, die EU und der Internationale Währungsfonds die griechischen Ministerien beaufsichtigen und die EU-Richtlinien weiter bestehen, die Privatisierungen obligatorisch machen und jede Form nationaler Industriepolitik untersagen.

Ein Austritt aus der Eurozone zielt nicht auf eine wettbewerbsbedingte Abwertung der Währung. Er ist vielmehr ein Versuch, die monetäre Souveränität wieder zu erlangen – als Teil eines Bruchs mit dem »real existierenden Neoliberalismus« durch ein gegenhegemoniales Bündnis der subalternen Klassen. Er ist keine Form ökonomischen Protektionismus, sondern ein Versuch, kollektive Produktivkräfte gegen die Gewalt kapitalistischer Internationalisierung zu verteidigen. Er ist kein Wirtschaftsnationalismus, sondern der Versuch, das aggressive imperialistische kapitalistische Währungssystem zu zerschlagen, das nur den Interessen multinationaler Konzerne und großer Banken dient.

Dies ist ein internationalistischer Standpunkt. Nur die Auflösung des monetären und politischen Rahmens der Europäischen Union

kann das wirkliche Potenzial der Kooperation europäischer sozialer Bewegungen und Bevölkerungen frei setzen. Es erfordert einen langen Kampf, die Europäische Union durch eine neue Form der Kooperation zu ersetzen. Er muss damit beginnen, dass einzelne Länder die Eurozone oder die EU verlassen bzw. ihre Beziehung zu ihr neu definieren. Es ist unmöglich, solch tiefgreifende Veränderungen durch einfache Beschlüsse und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU zu bewirken. Sie müssen die Form eines Bruchs annehmen. Anstatt darüber nachzudenken, wie soziale Bewegungen Druck auf Institutionen ausüben können, deren institutionelle Beschaffenheit sie schon immun gegen solchen Druck macht, oder nach Möglichkeiten einer tatsächlich progressiven Mehrheit innerhalb der EU zu suchen, die sich nach ihrer Erweiterung zudem politisch nach rechts verschoben hat – ist es nicht sinnvoller, nach Wegen zu suchen, wie soziale Bewegungen und die politische Linke wirkliche Brüche mit der Politik und den Institutionen der Europäischen Union bewirken können?

Dies erscheint umso wichtiger, wenn wir bedenken, dass eine zentrale Herausforderung für soziale und politische Kämpfe ist, die »Souveränität des Volkes« neu zu definieren. Dabei dürfen wir nicht die Mystifizierung der Tradition europäischer Verfassungen wiederholen. Die Souveränität der Bevölkerung muss verstanden werden als die kollektive Fähigkeit breiter Bündnisse von Beschäftigten und anderen subalternen Klassen, ihren Willen gegenüber kapitalistischen Imperativen durchzusetzen. Das bedeutet, dass die Versuche, den sozialen und politischen Raum Europas grundlegend anders zu denken und zu gestal-

ten, kein gesamt-europäischer Prozess sein können. Es müssen komplexere und unebene Wege gewählt werden, bei denen bestimmte Länder als »schwache Glieder der Kette« Wege für breitere Transformationsprozesse eröffnen.

Jedes Nachdenken über einen sozial gerechten und demokratischen Weg aus der Krise muss eine radikale Neudefinition der griechischen Außenbeziehungen mit sich bringen, unter anderem zur Eurozone und zur EU.

Neue Formen der Kooperation können auch jenseits der Beschränkungen der Europäischen Integration entwickelt werden, das soll nicht außer Acht bleiben. Mit der neoliberalen Europäischen Union zu brechen, ist aber der einzige Weg, um internationale Beziehungen aufzubauen, die auf Prinzipien wie Gerechtigkeit, Solidarität und beidseitigem Nutzen beruhen. In Zeiten, in denen die Liberalisierung der Finanz- und Warenströme zum Schlachtruf aggressiver kapitalistischer Imperative geworden ist, kann nur eine Art Abkopplung von der kapitalistischen Internalisierung Raum für alternative Formen des Austausches und der Solidarität schaffen. In den letzten zwei Jahren sind wir Zeugen einer beeindruckenden Welle sozialer Proteste und Aufstände geworden, vom »arabischen Frühling« bis auf die griechischen Plätze. Gesellschaftliche Veränderungen scheinen wieder möglicher. Man kann wohl annehmen, dass Gesellschaften, die mit anderen Formen sozialer Organisation experimentieren, nicht allein dastehen werden. Die Art und Weise, wie sich Länder auf internationaler Ebene verhalten, hängt vor allem davon ab, welche gesellschaftlichen Beziehungen in ihnen vorherrschen. Länder und Gesellschaften, die sich in Prozessen sozialer

Veränderung befinden, werden eher bereit sein, ihre Beziehungen auf Gerechtigkeit und Solidarität auszurichten. Dies beantwortet auch die Frage nach der Isolation. Die Eurozone zu verlassen, führt nicht in die Isolation, sondern eröffnet den einzigen Weg zu einem breiteren Spektrum möglicher Formen internationaler und wirtschaftlicher Beziehungen.

In der griechischen Mythologie wird Europa mit Gewalt und Trauma assoziiert. Auf eine merkwürdige Weise ereignen sich beide gerade. Der Kampf nicht innerhalb, sondern gegen das »Europäische Projekt« ist der einzige Weg, Europa für seine Bevölkerung wieder zurück zu gewinnen.

Aus dem Englischen von Tashy Endres

1 Die Bank von Griechenland prognostiziert, dass bis Ende 2012 die Reallöhne im Vergleich zu 2009 um mehr als 25% fallen werden. (Währungspolitischer Bericht 2011-2012 der Bank von Griechenland, Athen, 2012, S. 75 (auf griechisch) www.bankofgreece.gr/BogEkdoseis/Nom-Pol20112012.pdf)

2 Zur Krise der Eurozone vgl. C. Lapavistas *et al.*, *Breaking up? A Route out of the Eurozone Crisis*, London: Research on Money and Finance, 2011, www.researchonmoneyandfinance.org/wp-content/uploads/2011/11/Eurozone-Crisis-RMF-Report-3-Breaking-Up.pdf

3 Der Vorsitzende der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker forderte öffentlich, in einem Interview im Juli 2011, die Souveränität Griechenlands massiv einzuschränken (www.reuters.com/article/2011/07/03/us-greece-juncker-idUSTRE7620ZK20110703).

4 Zu den aktuellen Entwicklungen in Griechenland vgl. S. Kouvelakis, »The Greek Cauldron« in: *New Left Review*, 72, 2011 und P. Sotiris, »Greece: From Despair to Resistance« in: *Greek Left Review* <http://greekleftreview.wordpress.com/2012/02/13/greece-from-despair-to-resistance/>.

5 Vgl. Stephan Kaufmann, *Sell your islands, you bankrupt Greeks. 20 popular fallacies concerning the debt crisis*, Rosa Luxemburg Stiftung, 2011.

6 Vgl. P. Sotiris, »Growth Model« or strategy for disaster? www.thepressproject.net/detailsen.php?id=15793

7 Zu den technischen und soziopolitischen Aspekten eines möglichen Austritts aus der Eurozone vgl. Lapavistas *et al. op.cit.*

ZUR WIEDERBEGRÜNDUNG EUROPAS

MICHEL HUSSON

Wir scheinen vor einem Dilemma zu stehen: Sollen wir uns auf das riskante Abenteuer eines Ausstiegs aus dem Euro einlassen – oder eine utopische europäische Harmonisierung anstreben, die Arbeiterkämpfen eine »Stimme gibt«? Sozialisten sollten sich dieser Entscheidung verweigern, weil sie in die Irre führt. Mittel und Zweck müssen unterschieden werden: Ziel eines Programms der gesellschaftlichen Transformation ist es sicherzustellen, dass alle BürgerInnen gut leben können, und zwar in allen Lebensbereichen: Beschäftigung, Gesundheit, Rente, Wohnen usw. Dies kann durch eine Veränderung der Primärverteilung zwischen Profiten und Löhnen und durch eine Steuerreform erreicht werden. Will man jedoch die Kämpfe um diese Ziele voranbringen, bedeutet das auch, dass man die vorherrschenden gesellschaftlichen Interessen in Frage stellen muss, also Privilegien und Machtgefüge. Die entsprechenden Auseinandersetzungen finden in erster Linie innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens statt. Der

Widerstand der herrschenden Klassen und ihre möglichen Gegenangriffe gehen jedoch über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus. Die einzig mögliche Strategie besteht darin, sich darauf zu verlassen, dass progressive, linke Lösungen legitim erscheinen, weil sie auf Kooperation setzen. Neoliberale Rezepte richten sich allesamt auf Wettbewerbsfähigkeit, die sich in Lohn- und Steuersenkungen sowie Absenkungen der Sozialversicherungsbeiträge realisieren soll; Marktanteile sollen erhöht werden. Seit Beginn der Krise in Europa bleibt das Wachstumsniveau schwach. Die einzige Möglichkeit für Einzelstaaten, Arbeitsplätze zu schaffen, besteht darin, mit Nachbarstaaten zu konkurrieren. Schließlich findet der Großteil des Außenhandels europäischer Staaten innerhalb von Europa statt. Das trifft sogar auf Deutschland zu, den zweitgrößten Exporteur der Welt – auch hier kann nicht allein auf Schwellenländer gesetzt werden. Der neoliberale Weg aus der Krise ist ganz und gar unsozial: Man kann nur gewinnen, wenn man sich gegen andere durchsetzt. Dies ist letztlich der Grund für die sich vertiefende Krise der europäischen Integration.

Im Gegensatz dazu beruhen linke Lösungen auf Kooperation; sie funktionieren besser, wenn sie auf eine größere Zahl von Ländern ausgedehnt werden. Wenn alle europäischen Länder zum Beispiel die Arbeitszeit senken und den gleichen Steuersatz auf Kapitaleinkommen erheben würden, könnten die Gegenangriffe koordiniert abgewehrt werden, die durchschlagen würden, wenn solche Maßnahmen nur in einem Land eingeführt würden. Linksregierungen müssen also eine Strategie der Ausdehnung verfolgen:

- 1 | »Gute« Maßnahmen werden unilateral durchgesetzt, zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer;
- 2 | begleitend werden Schutzmaßnahmen wie Kapitalverkehrskontrollen eingeführt;
- 3 | das politische Risiko, das ein Bruch der EU-Richtlinien bedeutet, ist einzugehen;
- 4 | die EU-Vorschriften müssen verändert werden, indem die fraglichen Maßnahmen auf die europäische Ebene ausgedehnt werden, andere EU-Staaten können sie aufgreifen – etwa die Ausdehnung der Finanztransaktionssteuer;
- 5 | einer Konfrontation mit der EU oder anderen europäischen Staaten sollte nicht aus dem Weg gegangen werden – mit dem Ausstieg aus dem Euro zu drohen, ist nicht ausgeschlossen, nur weil er vermeintlich undurchführbar ist.

Dieser strategische Entwurf berücksichtigt, dass »gute« politische Maßnahmen nicht warten können, bis ein »gutes Europa« geschaffen wurde. Gegenangriffen muss mit Abwehrmaßnahmen begegnet werden, die – wenn nötig – auch auf die Mittel des Protektionismus zurückgreifen. Aber nicht auf den althergebrachten Protektionismus: Die Strategie dient der Verteidigung einer gesellschaftlichen Transformation, die von der Bevölkerung ausgeht und nicht von Kapitalinteressen. Es handelt sich um einen »Ausdehnungsprotektionismus«, der zurücktritt, wenn die »guten« Maßnahmen auf ganz Europa ausgedehnt worden sind.

Dass mit den EU-Richtlinien gebrochen werden soll, geht auf keine anderen Prinzipien zurück als Gerechtigkeit und die Interessen der Mehrheit der Menschen. Dadurch erhalten die Maßnahmen ihre Legitimität, die auch von den Nachbarstaaten unterstützt werden. Dieser

strategische Vorstoß kann auf Mobilisierungen in anderen Ländern aufbauen und ein Kräfteverhältnis schaffen, das eine Veränderung der Institutionen der EU möglich macht. Die neoliberalen Rettungspläne, durchgesetzt von EZB und Europäischer Kommission, zeigen, dass es sehr wohl möglich ist, eine Reihe von Vorgaben der EU-Verträge zu umgehen.

AUS DEM EUROPÄISCHEN NEOLIBERALISMUS AUSSTEIGEN, NICHT AUS DEM EURO!

Der Ausstieg aus dem Euro ist keine Vorbedingung dieser Strategie des Bruchs. Er ist eher als Waffe zu sehen, die nur als »letztes Mittel« zum Einsatz kommt. Der unmittelbare Bruch sollte mit Hilfe von zwei Eingriffen vollzogen werden: Verstaatlichung der Banken und Umschuldungsmaßnahmen. Dadurch würde sich ein wirklicher Handlungsspielraum eröffnen.

Unterstützung kann sich daran entwickeln, dass Kapitalinteressen so beschädigt werden: Ein Transformationsland kann umschulden, sich ausländisches Kapital aneignen und weitere Schritte ergreifen – oder damit drohen. Angesichts der Verflechtung der Wirtschaftsräume ist es selbst für kleine Länder wie Griechenland oder Portugal möglich, einen solchen Weg einzuschlagen. Viele könnten verlieren; die Konfrontation würde nicht auf völlig ungleichen Ausgangspositionen beruhen. Ihr stärkster Rückhalt würde sich daraus ergeben, dass die Maßnahmen gemeinsam ergriffen würden: »Wenn ein Land in Europa die Austeritätspläne zurückweisen und sich weigern würde, Schulden zu bedienen, würde dies einen enormen Dominoeffekt mit mobilisierender Wirkung in ganz Europa hervorrufen.« (Onaran 2011, Übers. A.G.)

Der Strategie des Bruchs liegt eine Erzählung zu Grunde, die auf gemeinsamen, grenzüberschreitenden Interessen beruht: Wir wollen Kapital besteuern und ergreifen die dafür notwendigen Schutzmaßnahmen. Wir schlagen vor, diese Maßnahme auf ganz Europa auszudehnen. Der Bruch mit dem real existierenden Europa wird im Namen eines anderen Europas eingeleitet. Wir müssen den Zusammenhang vom Bruch mit dem neoliberalen Europa und einem Projekt zur Wiederbegründung Europas in den Vordergrund stellen – und vermeiden, Bruch und Wiederbegründung als gegensätzliche Handlungsoptionen zu sehen.

Jede linke Alternative für Europa muss zum Ziel haben, die gesellschaftlichen Bedürfnisse so gut wie möglich zu befriedigen. Am Anfang steht daher eine Umverteilung des Reichtums. Aus kapitalistischer Perspektive besteht der Weg aus der Krise darin, durch zusätzlichen Druck auf Löhne und Beschäftigung Profitabilität wiederherzustellen. Die wirkliche Ursache der Krise bleibt unberücksichtigt – der Rückgang der Lohnquote hat die Finanzblase weiter aufgetrieben. Und neoliberale Konterreformen haben schon vor Ausbruch der Krise die Haushaltsdefizite vergrößert.

Die politische Gleichung für die Linke ist einfach: Wir werden nicht gut aus der Krise kommen, wenn es keine radikale Veränderung der Einkommensverteilung gibt. Dieses Problem stellt sich noch, bevor wir uns mit Wirtschaftswachstum befassen. Ein größeres Wachstum könnte sicherlich zu höherer Beschäftigung und höheren Löhnen führen. Doch eine solche wachstumsfixierte Strategie muss auch mit Blick auf die Umwelt beurteilt



»Athen«,
© Mehran Khalili
mehrankhalili.com

werden. Und wenn die Einkommensverteilung immer ungleicher wird, können wir uns nicht auf Wachstum verlassen.

Wir müssen soziale Ungleichheiten von beiden Seiten in die Mangel nehmen: durch höhere Löhne und durch Steuerreformen. Die Ausdehnung der Lohnquote sollte auf Grundlage der Regel der »drei Drittel« erfolgen: ein Drittel für den Direktlohn, ein Drittel für den Soziallohn (oder für Sozialleistungen) und ein Drittel, das zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung genutzt wird. Diese Lohnerhöhungen würden auf Kosten der Dividenden durchgeführt, die weder wirtschaftliche Rechtfertigung noch gesellschaftlichen Nutzen haben. Das Haushaltsdefizit sollte nach und nach gesenkt werden, aber nicht durch

Ausgabenkürzungen, sondern indem alle Formen von Einkommen dem Fiskus unterworfen werden, die in der Vergangenheit schrittweise von Besteuerung befreit worden sind (dadurch würden sie wieder in die öffentlichen Haushalte zurückgeleitet). Die unmittelbaren Kosten der Krise sollten von jenen getragen werden, die für sie verantwortlich sind. Bei der Staatsverschuldung muss es einen umfassenden Schuldenschnitt geben – und die Banken sollten verstaatlicht bzw. vergesellschaftet werden.

Arbeitslosigkeit und Prekarisierung sind zwei der schwersten sozialen Unzulänglichkeiten des Neoliberalismus und des kapitalistischen Systems. Die Krise verschlimmert beide Probleme, denn die Kürzungsprogramme treffen vor allem die Ärmsten. Auch an dieser

Stelle sollte nicht ein neues, hypothetisches Wachstumsregime als Lösung gesehen werden – also die Vorstellung, dass man mehr produzieren sollte, um somit zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Damit würde das Pferd von hinten aufgezäumt. Ein grundsätzlicher Perspektivwechsel ist notwendig, der *nützliche* Arbeitsplätze zum Ausgangspunkt macht. Ob durch Arbeitszeitverkürzung im privaten Sektor oder durch die Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze – das Ziel muss sein, auf gesellschaftliche Bedürfnisse zu reagieren und »wirklichen« Reichtum zu erschaffen, der nicht notwendig die Form von Waren hat. Eine solche Herangehensweise ist ökonomisch schlüssig, und sie steht im Einklang mit dem Umweltschutz: Zwei zentrale Bausteine eines radikalen Programms im Kampf gegen den Klimawandel bestehen darin, Freizeit und nützliche Beschäftigung zu Prioritäten zu machen.

Özlem Onaran (2011) schreibt: »Innerhalb der antikapitalistischen Kräfte in Europa entsteht ein Konsens bezüglich einer Strategie gegen die Krise, der auf vier Pfeilern aufruht: **1** | Widerstand gegen die Kürzungspolitik und alle Kürzungsmaßnahmen, **2** | ein radikales, progressives Steuersystem mit Umverteilungswirkung und Kapitalverkehrskontrollen, **3** | die Verstaatlichung und Vergesellschaftung sowie die demokratische Kontrolle der Banken, und **4** | eine Schuldenrevision unter demokratischer Kontrolle, auf die Insolvenz folgt.« (Üb. A.D.)

Ein Programm, das nur auf die Regulierung des kapitalistischen Systems an seinen Rändern zielt, würde nicht nur zu klein geraten, sondern auch nicht ausreichend motivieren. Umgekehrt kann eine radikale

Perspektive auf Grund der schieren Größe der Aufgaben entmutigend erscheinen. Als Sozialisten müssen wir bestimmen, wieviel Radikalität in der gegebenen Konjunktur am besten ist. Die Schwierigkeit besteht nicht in der Entwicklung effizienter Eingriffsinstrumente (wie oft suggeriert): Viele sind hoch entwickelt und sie sind wichtig. Doch so schlaue Maßnahmen auch gestaltet ist – sie verhindert nicht, dass widerstreitende Interessen aufeinanderprallen.

In Bezug auf die Banken reicht die Spannbreite möglicher Transformationen von der vollständigen Verstaatlichung über die Gründung eines öffentlichen Finanzinstituts, bis hin zu mehr oder weniger restriktiven Regulierungen. Ähnlich sollte die Staatsverschuldung gestrichen, gestundet, neu verhandelt werden – was immer auf Grundlage der zahlreichen unterschiedlichen Vorgaben möglich ist. Die vollständige Verstaatlichung der Banken und die Streichung der Staatsverschuldung sind legitim und durchführbar. Aber unter Bedingungen der gegebenen Kräfteverhältnisse scheinen sie außerhalb unserer Reichweite zu sein. Der wirkliche Streitpunkt ist also: Wie radikal kann und muss eine Strategie des Bruchs sein, um Beschäftigte und politische Bewegungen zu mobilisieren? Es ist offensichtlich, dass diese Frage nicht von Ökonomen entschieden werden kann.

Aus dem Englischen von Alexander Gallas

LITERATUR

Onaran, Özlem, 2011: An Internationalist Transitional Program towards an Anti-Capitalist Europe: A Reply to Costas Lapavistas, in: *International Viewpoint*, Nr. IV, Online-Magazin, April 2011, <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article2096>



»Liebe und Protest, Syntagma Platz«
© Mehran Khalili, mehrankhalili.com

GRIECHISCHE KAMPAGNE ZUM SCHULDENAUDIT

ATHEN, 12. FEBRUAR 2012

Der internationale Vertrag und das Memorandum, die den Sicherungsabschlag (HAIRCUT) der griechischen Staatsverschuldung begleiten, führen zu einer stärkeren Verarmung der Bevölkerung. Sie werden die Lebensstandards und die Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtern und uns letztlich zu Sklaven unserer Gläubiger machen. Die Renten- und Lohnkürzungen, die Abschaffung der Tarifautonomie-Gesetze (die gegen Artikel 22 unserer Verfassung verstößt) und die 150 000 Entlassungen im öffentlichen Sektor bedeuten massenweise Hunger und Monatslöhne von nur 300 oder 400 Euro. Die schon jetzt hohe Arbeitslosigkeit wird auf 30 Prozent steigen. Die neuen Kürzungen bei Sozialausgaben, besonders im Gesundheitsbereich, werden unsere Lebenserwartung senken und die Sterblichkeitsrate auf ein mit Afrika vergleichbares Niveau steigen lassen. Die neuen Privatisierungen werden das Vermögen der griechischen Bevölkerung rauben und den Staat um zukünftige Einkünfte bringen. Wir betrachten die neuen Verpflichtungen, die vom englischen Gesetz und dem Großherzog von Luxemburg gedeckt werden (Artikel 13 der neuen Vereinbarung), nicht nur als Beleidigung und Erniedrigung für einen unabhängigen Staat, sondern auch als eine Form der Gefangenschaft, da sie sehr viel

beschwerlichere Neuverhandlungen der Schulden bedeuten. Außerdem schützen sie die Gläubiger vor den Konsequenzen, wenn Griechenland die Eurozone verlässt. Aus all diesen Gründen schließt sich die Greek Debt Audit Campaign (Kampagne für eine Schuldenrevision in Griechenland) der Bevölkerung an und verlangt, dass über den neuen Vertrag und das neue Memorandum nicht abgestimmt wird, da diese einer kompletten Einbeziehung des Privatsektors den Boden bereiten. Wir verlangen, dass die Zahlungen an unsere Gläubiger sofort und bedingungslos eingestellt werden und dass die Schuldbücher offengelegt werden, damit wir durch eine Schuldenrevision unsere Forderung nach einer Einstellung der Zahlungen rechtfertigen können. Ein sofortiges Ende der Zahlungen und die folgende Verschiebung des Anleihaustausches (*Deferral of the bonds exchange*) wird viele Übel abwenden. Erstens gäbe es keinen Bankrott unserer Rentenfonds, deren Vermögen in Folge des *Private Sector Involvement Agreement* (einer Vereinbarung zur stärkeren Beteiligung des Privatsektors) um 12 Milliarden Euro gekürzt würden. Zweitens käme es nicht zur skandalösen Rückzahlung unseres ersten Bailout-Darlehens von 110 Milliarden Euro von der Troika, über das nicht einmal im Parlament abgestimmt wurde, das

aber heute wie üblich zurückgezahlt und nicht um einen einzigen Euro verringert würde. Drittens fänden wir möglicherweise endlich Gehör für unsere schon lange bestehende Forderung an Deutschland, die Darlehen zurückzuzahlen, die es erhielt, während Griechenland sich unter der Terrorherrschaft der Nazis befand.

Die Einstellung der Zahlungen an unsere Gläubiger ist für Griechenland verfassungsrechtlich notwendig, da wir uns in einer Notsituation befinden: Es ist unmöglich, gleichzeitig unsere Schulden zu begleichen und staatliche Leistungen wie Gesundheitsvorsorge, Bildung und soziale Sicherheit zu erbringen. Die Notsituation als Grund für einen Rückzug von internationalen Verpflichtungen (speziell durch die Ankündigung, Zahlungen nicht zu leisten) wird von der UN-Völkerrechtskommission und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anerkannt. [...]

Die politischen Maßnahmen des Staates und der Troika sind nicht nur katastrophal und unmenschlich, sondern auch illegal und verfassungswidrig. Aus diesen Gründen werden alle Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden. Verträge wie der neue internationale Vertrag, der die Lebensbedingungen der griechischen Bevölkerung so radikal verändert, können nur durch ein Referendum legitimiert werden. Solange Verträge nicht in dieser Form gerechtfertigt sind und sie die griechische Bevölkerung versklaven, wird die Bevölkerung sie als null und nichtig betrachten – ebenso wie alle Memoranden und Policen, die sie begleiten. [...]

Die Regierung und die Troika erzwingen eine brutale strategische Einkommensumverteilung zum Nachteil der Ärmsten; der Wohl-

fahrtsstaat (Gesundheitsvorsorge, Bildung, soziale Sicherheit und öffentliche Versorgung) wird vollkommen zusammenbrechen, und Griechenland wird zu einer Kolonie unter der Herrschaft deutscher Gauleiter werden. Die Greek Debt Audit Campaign und andere soziale Gruppen haben dies vorhergesehen: Es handelt sich um einen reinen Klassenkonflikt, der die Gesellschaft ins Unglück stürzen und Rechte vernichten wird, die über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurden.

Wir, die wir bei dieser Strategie die Verlierer sind, schlagen vor: sofortige Einstellung der Zahlungen, Schuldenrevision, sofortige finanzielle Unterstützung für Geringverdiener, Erhöhung der Löhne, der Renten und des Arbeitslosengeldes, Verstaatlichung des Bankensystems und eine großzügige Zahlung zugunsten sozialer Sicherungsnetze und des Wohlfahrtsstaates. Dies ist die einzige Lösung für die Bevölkerung und das genaue Gegenteil derjenigen, die die Troika und die Regierung vorschlagen. Diese Lösung bedeutet eine Umverteilung des Einkommens, mehr Reichtum für die am wenigsten Verdienenden, eine Verminderung der sozialen Ungleichheit und eine Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens.

All das ist möglich und könnte sogar zu einem neuen Wirtschaftswachstum führen. Aber es kann nur funktionieren, wenn die Gesellschaft auf die Straße geht und die Banker aus der Regierung vertreibt. Auch wenn über das Monster, das Papadimos, der Internationale Währungsfonds und die EU erschaffen haben, im Parlament abgestimmt worden ist – noch ist nichts vorbei. Der Kampf der Bevölkerung wird ihre Gesetze zunichte machen.

STRATEGIEN DER LINKEN IN DER EUROPÄISCHEN KRISE

HEINZ BIERBAUM

Europa durchlebt eine tiefe Krise, die Eurozone droht auseinanderzubrechen. Die demokratische Entwicklung ist in Gefahr. Rechte, nationalistische und rassistische Strömungen nehmen zu. Es ist Aufgabe der LINKEN, eine politische Alternative der Solidarität aufzuzeigen.

Durch die Fiskalunion wird die Krise nicht gelöst, sondern verschärft. Den Ländern wird die deutsche »Schuldenbremse« aufgezwungen. Haushaltskonsolidierungen sollen über rigoroses Sparen erreicht werden, während die Einnahmenseite weitgehend außer Betracht bleibt – ein Irrweg. Öffentliche Ausgaben werden gekürzt, daraus folgen drastischer Sozialabbau und eine forcierte Politik der Privatisierung. Eine solche Politik ist nicht nur sozial desaströs, sie ist auch ökonomisch kontraproduktiv. Wie das Beispiel Griechenlands und Portugals zeigt, führt diese Politik zu wirtschaftlicher Rezession – mit der Konsequenz, dass die Verschuldung nicht abnimmt, sondern steigt. Gleichzeitig wird die Demokratie unterminiert, wenn diese Politik

von der »Troika« aus Vertretern der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF exekutiert wird. Nicht nur die Rechte der Parlamente werden unter der Drohung, ansonsten den Geldhahn zuzudrehen, eingeschränkt, auch Arbeitnehmer- und gewerkschaftliche Rechte werden beschnitten. Ein Beispiel ist die spanische »Arbeitsmarktreform«, womit die gewerkschaftliche Tarifpolitik ausgehöhlt werden soll.

Die herrschende europäische Politik geht an den eigentlichen Ursachen der Krise – einer Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus – vorbei: an der Umverteilung von unten nach oben, der Ungerechtigkeit der Verteilung, den deregulierten Finanzmärkten mit der damit verbundenen Finanzspekulation und dem enormen Handelsungleichgewicht zu Gunsten von Deutschland, das durch deutsches Lohndumping mit verursacht wird. An diesen Ursachen müssen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise ansetzen. Ohne eine Regulierung der Finanzmärkte, eine gerechte Verteilungspolitik und ohne Abbau der Handelsungleichgewichte wird sich die Krise nicht bewältigen lassen.

Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzspekulation und der Regulierung der Finanzmärkte sind dringend; damit muss eine Reorganisation des Bankwesens einher gehen. Die Banken müssen auf ihre Kernfunktionen des Zahlungsverkehrs, der Ersparnisbildung und der Finanzierung sinnvoller Investitionen ausgerichtet werden. Der Bankensektor muss einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden, was auch die Vergesellschaftung der privaten Großbanken erfordert. Anstatt den Privatbanken durch die EZB immer mehr bil-

liges Geld zur Verfügung zu stellen, die dieses als Kredite mit entsprechendem Zinsaufschlag und damit enormem Gewinn ausleihen, ist es notwendig, die Finanzierung der Staaten von den Finanzmärkten abzukoppeln und sie über eine öffentliche europäische Bank direkt zu finanzieren. Und da die Schulden der einen die Vermögen der anderen sind, gilt es diejenigen zur Finanzierung heranzuziehen, die davon profitieren, also die Vermögenden: durch (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer in Deutschland wie eine europäische Vermögensabgabe. Anstatt Löhne weiter zu drücken und Sozialausgaben zu senken, müssen beide erhöht werden. Dies gilt besonders für Deutschland, wo die im europäischen Vergleich niedrigen Lohnstückkosten wesentlich zu den Handelsungleichgewichten beitragen. Erforderlich ist auch eine Wirtschaftspolitik mit öffentlichen Investitionsprogrammen besonders für die Länder, die mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Es bedarf also eines europäischen Programms gesellschaftlich sinnvoller Investitionen.

Obwohl die Maßnahmen der deutschen Regierung und der europäischen Kommission mit den verschiedenen Rettungsschirmen, den Milliardenhilfen für die Banken, den damit verbundenen Sparauflagen, der Entmachtung der Parlamente skeptisch beurteilt und zum Teil heftig kritisiert werden, ist es offensichtlich schwierig, den Menschen politische Alternativen nahezubringen. In europäischen Ländern, die von der Krise stärker betroffen sind und denen drastische soziale Einschnitte verordnet werden, kommt es auch zu breiten Widerstandsbewegungen: etwa in Spanien der Generalstreik am 29. März, der entgegen der



»Athen«
© Mehran Khalili,
mehralkhalili.com

hiesigen Berichterstattung ein großer Erfolg war; vier Millionen Menschen nahmen teil. Der moderate Krisenverlauf in Deutschland ließ keine breite Protestbewegung entstehen. Umgekehrt stoßen die Schuldenbremse und ihre Übertragung auf Europa in Form des Fiskalpakts in der Bevölkerung auf Zustimmung – nach dem Motto: »die sollen erst einmal ihren Haushalt in Ordnung bringen, bevor sie irgendwelche Ansprüche stellen«. Es ist kaum im Bewusstsein, dass der relativ moderate Krisenverlauf sich gerade keynesianisch inspirierten Konzepten der aktiven Konjunkturpolitik durch die öffentliche Hand verdankt, die bislang immer verteufelt wurden.

Eine breite politische Kampagne muss die eigentlichen Ursachen der europäischen

Krise aufzeigen und Alternativen deutlich machen. Schon im September letzten Jahres hat deshalb die LINKE die europäische Krise zum Aktionsschwerpunkt erklärt: Unter dem Motto »Profiteure zur Kasse!« Eine Kampagne wurde geplant, Materialien erarbeitet und Aktiventreffen organisiert. Die LINKE ist auch an lokalen Aktionsbündnissen beteiligt. Vom 16. bis 19. Mai waren in Frankfurt am Main unter dem Titel »Blockupy« zentrale Aktionen linker Gruppen gegen das Krisenregime der EU geplant wurden und zum Teil auch durchgeführt. Seitens der herrschenden Politik wurde alles getan, um diesen Protest zu unterdrücken. Bis auf die Demonstration am 19. Mai wurden alle Veranstaltungen verboten und die Innenstadt von einem massiven Polizeiaufgebot praktisch lahm gelegt.

Elementare demokratische Rechte wie die Versammlungsfreiheit wurden außer Kraft gesetzt. Mit über 30 000 Teilnehmenden an der Demonstration war »Blockupy« ein großer Erfolg. Entgegen der inszenierten Stimmungsmache war sie überaus lebendig und friedlich. In dem linken Bündnis – getragen von der Occupy-Bewegung, Erwerbsloseninitiativen, Umwelt- und Friedensbewegung, Jugend- und Studierenden-Organisationen, antirassistischen Gruppen und antifaschistischen Initiativen, Attac- und Gewerkschaftsaktivisten – spielte die LINKE eine ganz wesentliche Rolle. Sie beteiligte sich in dem Bewusstsein, dass nur ein wirklich breites Bündnis in der Lage ist, gesellschaftliche Wirkung zu erzielen.

In dieser Hinsicht hat das Bündnis Schwächen: Vor allem die Gewerkschaften fehlen. Zwar arbeiten eine Reihe gewerkschaftlicher Aktivisten mit, doch die gewerkschaftlichen



»15. Mai 2012
in Madrid«,
© Anne Steckner

Organisationen stehen abseits. Hier herrscht nach wie vor die Strategie eines betrieblichen Krisenbündnisses vor, das darauf setzt, mit Hilfe betrieblicher Vereinbarungen einigermaßen durch die Krise zu kommen. Damit werden die Auswirkungen der europäischen Krise auf Deutschland krass unterschätzt. Es ist notwendig, die vorhandenen kritischen Kräfte in den Gewerkschaften anzusprechen und sie einzubeziehen. Der jüngste Aufruf von Gewerkschaftern zur Unterstützung der Aktionstage in Frankfurt ist ein guter Anknüpfungspunkt. Gleichzeitig müssen Krisenproteste mit den laufenden Tarifaufeinandersetzungen verbunden werden.

Wirksame Proteste in Deutschland sind gerade mit Blick auf Europa nötig. Wenn es keinen Widerstand und keine sichtbare

Alternative in dem Land gibt, das die Hauptverantwortung für die herrschende europäische Politik trägt, dann schwächt dies auch den Widerstand in anderen europäischen Ländern; die von der LINKEN geforderte »europäische Lohn- und Sozialoffensive« würde wirkungslos bleiben. Ein Zeichen der Solidarität mit dem Protest und dem Widerstand ist notwendig, der in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern mit Massendemonstrationen und Generalstreiks beachtliche Dimensionen hat. Die Bewegungen in den einzelnen Ländern zu einer europäischen Bewegung zu machen, ist das Anliegen der in der Europäischen Linken zusammengeschlossenen linken Parteien. Die deutschen Linken haben hier eine hohe Verantwortung.

EUROPA – EIN LINKES PROJEKT?

**THOMAS HÄNDEL UND
FRANK PUSKAREV**

Die Europäische Union ist in den letzten Jahrzehnten zu einem abgehobenen Elitenprozess entwickelt worden. Demokratie und ihre europäischen Institutionen wurden nur scheinbar gestärkt. Mitsprachen am »Europäischen Projekt« wurden verweigert oder – wo dies nicht ging, wie in Frankreich, den Niederlanden oder Irland – deren Ergebnisse schlicht ignoriert. Die passive Frustration, Distanz und Kritik der Menschen an diesem Europa wächst und lässt die Mythen des Nationalstaates wieder aufleben.

In der europäischen Linken wird seit jeher der Streit um Europa erbittert geführt. Die Positionen reichen vom »Zerschlagen des zentralistisch-imperialistischen Gebildes«, wie es etwa die griechischen Kommunisten fordern, bis zur Forderung nach den »Vereinigten Staaten von Europa«, wie sie in Teilen der deutschen LINKEN, bei den Grünen oder manchen Sozialdemokraten vertreten wird. Die linke Debatte um Europa hat freilich ihre eigene, oft ignorierte Geschichte.

Weit vor 1848 begann die Debatte, ob Europa nur ein Kontinent oder mehr sein sollte. Kein Standardwerk zur Geschichte der Europäischen Union und ihrer Vorgänger kommt ohne ein Zitat von Victor Hugo aus. »Ein Tag wird kommen...«, so beginnen die Sätze seiner Rede auf dem Pariser Friedenskongress im August 1949 (vgl. Hugo 1875, 151ff). Seine Vision war ein friedliches, soziales und demokratisches Europa als Bundesstaat (»die Vereinigten Staaten von Europa«). Dies könne die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen zumindest soweit eindämmen, dass nicht mehr Hunderttausende auf den Schlachtfeldern Europas zurück blieben. Um 1848/49 lag Europa geradezu unter einem Dunst von Schwefel; bürgerliche Revolutionen wurden allorts blutig niedergeschlagen. Hugo erkannte die Chancen, die sich aus der immer schneller entwickelnden Industrie und den Verkehrsmitteln für die Lebensbedingungen der Menschen und das Zusammenwachsen der Völker ergaben. Und seine Rede enthielt eine Warnung: »Ein Tag wird kommen, wo es keine Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und der Geist, der sich den Ideen öffnet.« (ebd., 154) Wäre Hugo noch so euphorisch gewesen, wenn er geahnt hätte, welch zerstörerische Kraft »die Märkte« dereinst annehmen werden?

Diese Ideen finden vor allem in der wachsenden Arbeiterbewegung viele Anhänger: Kautsky, Ledebour, Lenin, Luxemburg und Trotzki haben sich mit der europäischen Frage auseinandergesetzt. Gleiches gilt später für Spinelli, Rossi, Siemsen, Abendroth, Hufschmid und Habermas, die als Politiker oder Intellektuelle die Diskussion um das Leitbild

eines friedlichen, sozialen und demokratischen Europa beeinflusst haben. Sie sind hier exemplarisch genannt für mehrere Generationen von Linken – Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten –, die aufgrund von Ausbeutung, Faschismus und Krieg ein anderes Gesellschaftsmodell für Europa gedacht und dafür gekämpft haben.

Karl Kautsky vertrat (1911), dass ein geeintes Europa stark genug wäre, um alle Nicht-Mitglieds-Staaten zu zwingen, ihre Armeen abzuschaffen und so dauerhaften Frieden zu sichern. Ein europäisches Heer wäre dann damit obsolet. Er hatte konkrete Vorstellungen, wie dieses Europa aussehen könnte: mit Parlament, Regierung und gemeinsamer Handelspolitik. Die Positionen trafen auf massiven Widerspruch: Rosa Luxemburg geißelte die Gedanken Kautskys als »unsozialdemokratisch« (Luxemburg, 1911), Lenin hielt sie für politisch richtig, aber ökonomisch falsch (vgl. Lenin 1915).

Luxemburg argumentierte, die Forderung nach einem geeinten Europa sei zwar plausibel, jedoch »utopistisch« (vgl. Luxemburg 1911). Sie fürchtete ein imperialistisches »Wirtschaftsganzes«, das in Zeiten der Kolonisierung der halben Welt durch europäische Staaten ein rassistisches Projekt sein müsse. Kautsky stelle dieselben Forderungen, wie sie von »bürgerlicher Seite [...] mit reaktionärer Tendenz« (ebd.) in die Debatte gebracht worden seien. Damit war Luxemburg gleichermaßen visionär wie ungerecht. Visionär, weil ein ausschließlich auf wirtschaftlicher Einheit basierendes, kapitalistisch organisiertes Europa zum Scheitern verurteilt sei. Ungerecht, weil Kautsky gerade etwas anderes gefordert hatte: Er ging davon aus, dass allein eine

europäische Revolution, ein sozialistisches Europa seine Idee durchsetzen könne. Er ist von Luxemburgs Vorwurf so weit entfernt wie seine Idee von Europa von der heutigen EU.

Lenin hielt die Einigung Europas aus ökonomischer Sicht »unter kapitalistischen Verhältnissen« für »entweder unmöglich oder reaktionär« (a.a.O.). Angesichts der unter den Großmächten aufgeteilten Welt könne ein Zusammenschluss unter europäischer Flagge nur zu mehr Ausbeutung führen. Ein »gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten« sei unter kapitalistischen Verhältnissen »unmöglich« (ebd.). Ein geeintes Europa müsse mit Sozialismus verbunden werden. Lenin sah freilich die Möglichkeit von Sozialismus in einem Land, von dem aus der Welt-Sozialismus im Kampf »gegen die rückständigen«, also kapitalistischen Staaten errungen werden sollte (ebd.).

FRIEDEN, SOZIALISMUS – EUROPA?

Nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich erneut die Frage nach Möglichkeiten, wie man für eine friedliche Entwicklung in Europa Sorge tragen könne. In Russland hatte eine Revolution gesiegt, Millionen Menschen waren gestorben. Trotzki griff die Frage eines geeinten Europas auf und stellte die Friedensfrage wieder in den Mittelpunkt der Debatte (1923). Er setzte sie ins Verhältnis zum kapitalistischen System: In Zeiten der Kapital-Überakkumulation seien es Krisen oder Kriege, die zu einem temporären Ausgleich führen. Nur eine europäische Föderation könne solche Auswege verhindern. Die gegensätzlichen Interessen zwischen den europäischen Mächten, wie sie sich in den

Versailler Restriktionen (Wirtschaftsbeschränkungen, Reparationen und Zollschranken) niederschlugen, stünden einer wirtschaftlichen Erholung Europas entgegen. Anders als Luxemburg hielt er Europa für eine »innerlich eng verbundene wirtschaftliche Einheit« (ebd.). Die Forderung nach einer Weltföderation wäre richtig, aber zu abstrakt.

In dieser Frühphase sind die Ideen eher skizzenhaft und transportieren die damals relevanten Vorstellungen von Demokratisierung und Teilhabe. Faschismus und Weltkrieg entfachten die Debatte dann neu – konkrete Vorschläge und Zielsetzungen wurden entwickelt.

WIDER DEN FASCHISMUS

Der italienische Kommunist Altiero Spinelli entwickelte 1941 zusammen mit Ernesto Rossi, Eugenio Colorni und Ursula Hirschmann konkrete Vorstellungen eines geeinten Europas unter sozialistischer Vorherrschaft. Angesichts der Spur der Verwüstung durch Europa und nach Jahren in faschistischer Haft auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene zeichneten sie das Modell eines sozialistischen Bundesstaates Europa (vgl. Spinelli et al. 1941): Bildung, gerechte Verteilung der durch die Industrialisierung sich stetig vermehrenden Reichtümer, Aufhebung der Klassengesellschaft und freie Gewerkschaften: »Die Grenze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Parteien verläuft demnach nicht mehr längs der formellen Linie ihrer größeren oder geringeren Demokratie, oder des Ausmaßes des einzu-führenden Sozialismus. Der Bruch vollzieht sich zwischen denen, die immer noch das alte Endziel der Eroberung der nationalen politischen Macht im Auge haben, und dadurch, sei

es auch unfreiwillig, den reaktionären Kräften Vorschub leisten, indem sie die glühende Lava der Volksbegeisterung in den alten Formen erstarren lassen, und den anderen, denen die Schaffung eines stabilen internationalen Staates am Herzen liegt, und die die Kräfte des Volkes in diese Richtung lenken.« (ebd.)

Das sozialistische Europa sollte sich deutlich vom Kommunismus sowjetischer Prägung absetzen. Sie setzten auf regulierten Wettbewerb statt Monopole, und soziale Sicherungssysteme, die wirtschaftliche Fehlentwicklungen korrigieren konnten. Das Manifest umfasst selbst die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde »Europa« der neuen Systemauseinandersetzung unterworfen und in der Blockauseinandersetzung funktionalisiert. Die linke europäische Idee geriet »nicht nur in den Zwang zur weltpolitischen Anlehnung in nur einer Richtung, sondern notwendig unter das Vorzeichen antibolschewistischer Vorstellungen« (Abendroth 1951). Diese möchten »die Antriebe der radikalen sozialen Demokratie vernichten« (ebd.) und verunmöglichten jede progressive gesamteuropäische Weiterentwicklung. Im westlichen, kapitalistischen Teil Europas wurde die Idee eines teilweise geeinten Europa aufgenommen – aber eben unter anderen Vorzeichen. Robert Schuman und Jean Monnet schlugen vor, dass zunächst bestimmte Wirtschaftszweige gemeinsam agieren sollten (Montanunion), später ein gemeinsamer Markt, noch später, die politische Union entstehen sollte (vgl. EU 2012). Es blieb im Wesentlichen ein »Regierungseuropa«, dessen politische Ratio die Blockkonfrontation war.



Blockupy Frankfurt, strassenstriche.net
① ⑤

In den »Römischen Verträgen« von 1957 fanden sich neben der Akzentuierung auf wirtschaftliche Interessen und der Betonung einer »sozialen Marktwirtschaft« höchstens Spurenelemente der linken Ideen wie die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten auf das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«.

Anna Siemsen, die vor den Faschisten in die Schweiz geflohene ehemalige sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete, schrieb: »Kommt das geeinte und freie Europa, so kommt mit ihm [...] auch das volle Bürgerrecht aller Europäerinnen.« Sie rief die Frauen Europas auf, sich für ein föderatives, friedliches, soziales und demokratisches Europa einzusetzen, weil nur so die Rechte der Frauen in allen europäischen Ländern denen der Männer

gleichgestellt würden (Siemsen [1945] 2009). Eine solidarische und humane Gesellschaft sei nur ohne Konkurrenzkampf und Unterdrückung durch Kapitalismus machbar und ein geeintes Europa wäre ein gutes Stück des Weges hin zu einer sozialistischen Weltföderation (vgl. von Barga 2009). Tatsächlich aber spielte die gewerkschaftliche, kommunistische und sozialdemokratische Linke in den Integrationsritten der folgenden Jahrzehnte realpolitisch wie konzeptionell keine wesentliche Rolle.

DER ORDOLIBERALE WEG

Seit den späten 1970ern setzte sich über verschärfte kapitalistische Krisen eine neoliberale Denkweise durch, die den Wettbewerb sowohl in der Wirtschaft als auch unter den Staaten in Europa zur Doktrin hatte. Solidarische und kooperative Gedanken, eine linke, progressive Gesellschaftsidee hatten ausgedient – zumal nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa. Es gab eine relativ stabile, »organische« Machtstruktur, die über nationale Grenzen hinweg wirtschaftlich, intellektuell und moralisch einen Block bildete (vgl. Jacobitz 1991). Erst in den letzten Jahren gewann die linke Europa-debatte wieder an Kraft. Noch als Vorsitzender der SPD plädiert Oskar Lafontaine für eine innere Reform der EU, die mit einer Stärkung des Europäischen Parlaments einhergehen müsse. Die politische Union sei das Ziel eines geeinten Europas (vgl. Lafontaine 1998).

Jürgen Habermas stellt die Demokratiefrage. Nicht die Menschen würden der europäischen Einigung feindlich gegenüber stehen. Die gegenseitige Blockade der Mitgliedsstaaten untereinander sei für die

Legitimationskrise Europas verantwortlich. Er setzt darauf, die Politik in der EU zu demokratisieren, die Menschen einzubinden. Angesichts der weltweiten Entwicklungen sei es notwendig, die europäische Einigung als Schritt zur Weltgemeinschaft zu verstehen und so eine globale »Pazifisierung« zu befördern (vgl. Habermas 2011). Jörg Huffschnid hatte das »sozialpolitische Trauerspiel« im EU-Verfassungsentwurf und dem Lissabonvertrag kritisiert, der von Solidarität und Sozialem nicht viel übrig ließ. Eine Alternative müsste sich »auf drei Eckpfeiler stützen: *Erstens eine voll entwickelte Demokratie, die dem europäischen Parlament die volle Souveränität über die europäische Gesetzgebung gibt und gleichzeitig die Rechte der Mitgliedsländer (etwa durch die Umwandlung des Ministerrates in eine zweite Gesetzgebungskammer) wahrt. Zweitens eine wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption, die sich nicht primär am Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet, sondern Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu ihren Orientierungspunkten macht und zu diesem Zweck auch in Marktprozesse eingreift sowie ein vernünftiges Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor etabliert. Drittens eine Konzeption von internationalen Beziehungen, die sehr viel mehr Energie und Geld für friedliche und kooperative Zusammenarbeit sowie Entwicklungshilfe als für Marktöffnung und Militäreinsätze aufwendet*« (Huffschnid 2004).

Die reale Entwicklung jedoch geht in die andere Richtung: autoritärer Demokratieabbau. Als postdemokratische Form eines autoritären Finanzmarkt-Kapitalismus, in der die demokratischen Institutionen durch eine Mischung aus

ausgeklügelten Polittechniken der Eliten und ausufernder politischer Lobbymacht transnationaler Konzerne entwertet werden, hat Europa keine demokratische Zukunft (Crouch 2008).

LINKE OPTION

Der Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konzise und geteilte Idee und Politik für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa umzusetzen. Die europäische *Krisenpolitik* will das herrschende System optimieren und stellt nahezu ausschließlich die Interessen der Wirtschaftseliten und Standortlogiken nach vorn. Eine reaktive Kritik der »Rettungsschirme«, Gipfelergebnisse und sozialen Schandtaten reicht dagegen nicht aus.

Es geht um die – anspruchsvolle – Aufgabe, ein gemeinsames europäisches Alternativprojekt zu formulieren: »Wie wir künftig arbeiten und leben wollen?!« Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit guter Arbeit, hohen sozialen Standards und Sicherheit und dem mittelfristigen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Wesentliche Elemente eines alternativen Europas sind die strikte Reregulierung der Finanzmärkte und die gesellschaftliche Kontrolle über große Finanzmarktakteure. Europa braucht eine koordinierte Lohnpolitik, ein System kooperativer Stabilität mit der Stärkung der Binnenmärkte. Die öffentlichen Sektoren müssen ausgebaut und das gesellschaftliche Eigentum ausgeweitet werden. Europa braucht eine rote und grüne Industrie- und Wirtschaftspolitik und eine wirkliche Demokratisierung durch Stärkung demokratischer Institutionen, die Schaffung

wirtschaftsdemokratischer Strukturen und direkte Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

LITERATUR

- Abendroth, Wolfgang, 1952: Europäische Integration und demokratische Legitimation, in: ders., *Gesammelte Schriften Band 2ff*, Hannover, 208ff
- Bargen, Marleen von, 2009: Europa nach dem Exil. Zu den Europavorstellungen der Sozialdemokratin Anna Siemsen, in: Themenportal Europäische Geschichte (2009), www.europa.clio-online.de/2009/Article=395, 15.3.2011
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Berlin
- Habermas, Jürgen, 2007: Europa: Vision und Votum?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2007, 517ff
- Ders., 2011: Europa am Scheideweg, in: *Handelsblatt online*, 18.6.2011, www.handelsblatt.com/politik/international/essay-europa-am-scheideweg/v_detail_tab_print,4298474.html, 30.3.2012
- Huffschnid, Jörg, 2004: *Sackgasse EU-Verfassung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2004, 775ff
- Hugo, Victor, 1875: *Actes et paroles – Avant l'exil*, Paris, http://fr.wikisource.org/wiki/Congr%C3%A8s_de_la_Paix_1849, 15.3.2012
- Jacobitz, Robin, 1991: Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, in: Arbeitspapier Nr. 5, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a5.pdf, 15.3.2012
- Lafontaine, Oskar, 1998: Geleitwort, in: Axel Schäfer, Christof Tannert und Barbara Weiler, »... als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates«: *Sozialdemokratie und Europa: vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union*, [Electronic ed.] Bonn: FES Library, 2003, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01723.pdf>, 15.3.2012
- Lenin, W. I., 1915: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: *Sozial-Demokrat* vom 23.8.1915, www.vulture-bookz.de/marx/archive/volltext/Lenin_1915-Ueber_die_Losung_der_Vereinigten_Staaten_von_Eur.html, 15.3.2012
- Luxemburg, Rosa, 1911: Friedensutopien, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 6./8.5.1911, URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1911/05/utopien.htm>, 15.3.2012
- Rifkin, Jeremy, 1995: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M, New York
- Spinelli, Alterio, und Rossi, Ernesto, 1941: *Ventotene Manifesto*, Ventotene, www.altierospinelli.org/manifesto/de/manifesto1944de_en.html, 15.3.2012
- Siemsen-Vollenweider, Anna, [1945] 2009: *Die Frau im neuen Europa*, in: *Clio online*, www.europa.clio-online.de/2009/Article=396, 17.3.2012
- Trotzki, Leo, 1923: Über die Aktualität der Parole »Vereinigte Staaten von Europa«, in: *Prawda* vom 30.6.1923, www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1923/06/vse.htm, 14.3.2012

DER TRAUM IST AUS

DIE LINKE UND DIE EUROPÄISCHE UNION

FABIO DE MASI UND RALF KRÄMER

Die Wirtschafts- und Finanzkrise weckte Hoffnungen auf eine Überwindung des neoliberalen Regimes. Sie offenbarte auch die fatale Architektur der EU als Wettbewerbsgemeinschaft. Die politischen Eliten haben die Krise jedoch für einen »antisozialstaatlichen Putsch« genutzt und sind dabei, über institutionelle Reformen ein »europäisches Sozialmodell« zu beerdigen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise wurde unter Verdrehung von Ursache und Wirkung erfolgreich in ein Fiasko der Staatsverschuldung umgedeutet. Die im Interesse von Finanzkapital und Vermögensbesitzern erfolgten «Rettungsmaßnahmen» für Griechen, Iren oder Portugiesen dienen als Hebel für einen Generalangriff auf Löhne, Arbeitsrechte, Gewerkschaften, Sozialstaat und Demokratie in Europa. In Italien und Griechenland regiert mit Ministerpräsidenten, die früher auf den Kommandohöhen von Goldman Sachs bzw. der Zentralbank gedient haben, eine nicht gewählte »Finanz-Junta«. Die drastischen, erzwungenen Kürzungsprogramme treiben

die betroffenen Länder in tiefe Rezessionen. Der Widerstand vor Ort steht vor dem Problem, dass die Option eines Staatsbankrotts und Ausstiegs aus der Eurozone mit einer weiteren Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise verbunden wäre.

Um soziale Alternativen zur herrschenden Politik in der EU durchzusetzen, müssten in den dominierenden Staaten Kerneuropas, insbesondere in Deutschland, andere Kräfteverhältnisse und ein gesellschaftspolitischer Richtungswechsel durchgesetzt werden. Doch hier fehlt die massive Betroffenheit von der Krise. Das Krisenmanagement der Bundesregierung bindet Interessen von Teilen der Gewerkschaften und Beschäftigten ein (vgl. *LuXemburg* 2/2011). Die sozial-ökonomischen Zusammenhänge und die Notwendigkeit, aus Solidarität mit den Menschen in Südeuropa ebenso wie aus eigenen Interessen gegen die herrschende Politik aufzustehen, sind massenwirksam kaum zu vermitteln.

Hinzu kommt eine insbesondere in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften fortwirkende Haltung zur EU, die zu unkritisch ist und die Diskussion über angemessene politische Strategien blockiert. Die europäische Integration wurde teilweise euphorisch unterstützt, um die traditionelle Feindschaft zwischen den europäischen Nationen dauerhaft zu überwinden, und in der Hoffnung auf die fortschreitende Entwicklung eines »europäischen Sozialmodells«. Doch die real existierende EU ist eine radikale Wettbewerbsgemeinschaft, die über den konzertierten Angriff auf die Demokratie zum »Wettbewerbsimperium« der europäischen Kernstaaten wird. Dieses real existierende

Europa ist mit seinen prozessierenden inneren Widersprüchen eine ökonomische und politische Zeitbombe.

DER KERN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Das Vertrauen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die europäische Integration bzw. ein vermeintliches europäisches Sozialmodell war laut Fritz Scharpf (2008), dem früheren Integrationspapst der Sozialdemokratie, eine »Selbsttäuschung«. Peter Gowan spricht mit Blick auf Europa von einer »passiven Revolution« im Sinne Gramscis: Die Einbindung der Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften ermöglichte eine »Hayekische Föderation« (Dräger 2011).

Für Friedrich August von Hayek, intellektueller Vordenker des Neoliberalismus, »gründeten die Probleme Europas im Aufstieg der Volkssouveränität und demokratischer Kontrolle über die Wirtschaftspolitik. Seine Lösung, die er erstmals 1939 veröffentlichte, war eine Europäische Föderation, welche den demokratischen ›Weg in die Knechtschaft‹ versperren würde, indem die europäischen Staaten vertragliche Verpflichtungen zur Beendigung öffentlicher demokratischer Kontrolle über die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingehen« (Gowan 2005).

Tatsächlich ist die europäische Integration spätestens seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1985) keine Antwort mehr auf die Globalisierung, sondern ihr Beschleuniger. Die EU ist eine Vertragsgemeinschaft, die über den »acquis communautaire« (gemeinsamen Besitzstand) der Verträge unabhängig von linken oder rechten politischen Mehrheiten in die nationale Gesetzgebung eingreift. Kern dieser Verträge sind die Binnenmarktfreiheiten des Kapitals (die Waren-,

Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit), die zwischen und in allen Mitgliedstaaten Geltung und im Zweifel Vorrang vor sozialen und demokratischen Rechten haben sollen. Durch der Politik entzogene Urteile des Europäischen Gerichtshofes und eine Vielzahl von Liberalisierungsrichtlinien der Kommission wird der Vorrang des Wettbewerbsrechts immer stärker ausgeweitet (Nölke 2012). Die EU-Verträge lassen sich nur mit der Zustimmung von allen 27 EU-Staaten ändern. Ein neoliberaler Vetospieler reicht, um Vertragsreformen zu blockieren. Die große Erzählung, wonach die europäische Integration den Krieg verbannen und eine politische Antwort auf die Globalisierung geben würde, ist zur Sonntagspredigt der politischen Eliten Deutschlands und Frankreichs verkommen.¹

Die Verwerfungen Europas durften die politische Linke nicht überraschen. Kritiker der EU-Verträge und der Architektur der Euro-Zone haben seit jeher auf das Defizit einer Währungsunion ohne wirtschaftspolitische Koordination hingewiesen.² Auch die Autoren dieses Beitrags haben sich lange für eine demokratische *gouvernance économique* und Euro-Keynesianismus stark gemacht bzw. waren an der Entwicklung der Positionen der LINKEN zur Euro-Krise beteiligt.

Aber »intelligentes Design« von Institutionen ersetzt keine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen und historisch gewachsenen nationalen Lohnfindungs- und Sozialsystemen (Scharpf 2008), die eine koordinierte keynesianische Wirtschaftspolitik erschweren. Und es ändert vor allem nichts an der Notwendigkeit, die realpolitischen Kräfteverhältnisse und Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, die in eine ganz andere Richtung gehen.

DER PUTSCH DER »EURO-RETTER«

Die deutsche Regierung und in ihrem Schlepptau Frankreich sowie die Europäische Kommission haben im Jahr 2011 einen Putsch unter europäischer Flagge vollzogen: Mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie den Verordnungen zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte, die im sogenannten Six-Pack beschlossen wurden, sowie dem »Euro-Plus-Pakt« wurde die demokratische und wirtschaftspolitische Souveränität von Staaten der Euro-Zone begraben. Die ursprünglich keynesianisch inspirierte Vorstellung einer »Europäischen Wirtschaftsregierung« wurde gewendet zu einem Angriff auf demokratische Wirtschaftspolitik: Es ist wohl ein einmaliges politisches Experiment, entwickelte Ökonomien bei Aufgabe der nationalen Geldpolitik auch noch der Fiskalpolitik zu berauben. Der Wettbewerbspakt, die Maßnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordination, die Sanktionierung von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten und die Verankerung von öffentlichen »Schuldenbremsen« in den nationalen Verfassungen und im zwischenstaatlichen Fiskalvertrag sind auf die Steigerung der »Wettbewerbsfähigkeit« durch Senkung der Lohnkosten, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Begrenzung der Sozialkosten ausgerichtet. Das Europäische Parlament – dessen Rolle die LINKE ausweiten möchte – wollte die Dosis der Medizin gar erhöhen (Dräger 2011).

Der Vertrag enthält keine Kündigungsklausel und kann laut geltenden völkerrechtlichen Konventionen nur durch alle Vertragsparteien aufgekündigt werden. Mit anderen

Worten: Auch eine linke Regierung oder eine verfassungsändernde Mehrheit von zwei Dritteln der deutschen Bundestagsabgeordneten kann den Fiskalpakt nicht abwickeln.

Dabei steht im Hintergrund eine klare Auffassung, dass der Ausgleich der Haushalte nicht über höhere Steuereinnahmen, sondern vorrangig über Ausgabenkürzungen bei Sozialleistungen und im Öffentlichen Dienst erreicht werden soll. EZB-Präsident Mario Draghi (*Wall Street Journal*, 23.2.12) erklärt das europäische Sozialmodell als »vergangen« und meint: »In Europa sind die Steuersätze hoch und die staatlichen Ausgaben konzentrieren sich auf laufende Ausgaben. Eine ›gute‹ Konsolidierung ist, wenn die Steuern niedriger sind und die niedrigeren staatlichen Ausgaben in Infrastruktur und Investitionen fließen.«

Mit der geplanten Monti II-Verordnung soll sogar die Zulässigkeit von Streiks künftig durch die EU überwacht werden. Die EU-Staaten sollen dazu verpflichtet werden, Streiks, die angeblich die effiziente Ausübung der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit berühren und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts schwerwiegend beeinträchtigen, an die Kommission zu melden.

STRATEGISCHE PROBLEME DER LINKEN

Die Gewerkschaften und der linke Mainstream reagieren bisher zuweilen hilflos auf das wachsende Unbehagen in der Bevölkerung. Sie versuchen sich gegen die Stimmungsmache des Boulevards und der politischen Eliten gegen die Südstaaten aufzulehnen. Dies ist ehrenwert und im Sinne der politischen Aufklärung auch unverzichtbar.

Jedoch sollten keine hohen Erwartungen an eine solche Strategie geknüpft werden.

Die europäische Solidarität wird von vielen Menschen als Unterstützung der real existierenden EU bzw. der in Europa praktizierten Politik verstanden. Europäische Solidarität prallt daher an den Menschen ab, wenn ihre unmittelbare Lebenserfahrung mit Europa die Abschaffung der Demokratie, Rentenkürzungen oder Rettungspakete bedeuten. Wenn es kaum gelingt, die Beschäftigten innerhalb Deutschlands gegen den Niedriglohnsektor oder Hartz IV in Stellung zu bringen, weshalb sollte dies gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst in Griechenland oder mit dem Verweis auf die Außenhandelsbilanzen innerhalb der EU ungleich besser gelingen? Zumal der Eindruck vorherrscht, Deutschland sei als Export-Europameister gut durch die Krise gekommen. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen bedeutet eine Transferunion, dass die Lohnabhängigen in Deutschland für die Finanzindustrie und die deutsche Exportindustrie haften, während hohe Vermögen in Griechenland ebenso wie in Deutschland unangetastet bleiben.

Die Idee, politische Eliten oder auch die Gewerkschaften könnten auf Basis der gegebenen Strukturen der EU über technische Instrumente wie Sozialkorridore, eine Ausgleichsunion oder die zweifellos erforderliche wirtschaftspolitische Koordination eine Politik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen, ist jedenfalls eine Illusion. »Ein europäisches Sozialmodell wird es nicht geben. Das hat die deutsche Diskussion bis heute nicht wirklich zur Kenntnis genommen«, so Fritz Scharpf (2008).

Diese Entwicklung des europäischen Projekts war sicher nicht vorgezeichnet. Die Antwort auf den »europäischen Putsch« ist auch nicht die Antithese: der Rückzug auf den Nationalstaat. Aber die Versuchung in der deutschen Linken ist groß, sich an den »europäischen Traum zu klammern«, statt die politischen Realitäten hinreichend zur Kenntnis zu nehmen. Europa ist kein gewachsener föderaler Staat, sondern ein Staatenverbund.

Die deutsche Linke muss die Empörung über die Verursacher und Profiteure der Krise entfachen. Dies ist der beste Beitrag zur »Rettung« Europas. Sonst überließe sie den berechtigten Unmut in der Bevölkerung der europäischen Kernstaaten den Rechtspopulisten.

Der Unmut in der Bevölkerung wird sich auch in anti-europäischen Gefühlen niederschlagen. Es besteht daher die Gefahr, dass eine Linke oder Gewerkschaften, die sich weiterhin vor allem positiv auf Europa beziehen, aber der Ohnmacht gegenüber der realen Entwicklung Europas keine Stimme geben, einen unfreiwilligen Beitrag zur Nationalisierung der Politik leisten. In diesem Sinne führt mehr Supra-Nationalismus zu Super-Nationalismus.

KLASSENKAMPF UND NEUSTART DER EU

Die Auseinandersetzung ist nur erfolgreich zu führen, wenn es gelingt, den Diskurs von der Frage »national« versus »europäisch« zur Frage »sozial und demokratisch« versus »antisozial und autoritär« zu verschieben. Der Umgang mit der europäischen Krise muss als Klassenfrage artikuliert werden, gegen die neoliberale Zerstörung von Sozialstaat, Arbeitsrechten und Demokratie.

Eine Mobilisierung der Lohnabhängigen für einen Richtungswechsel in Europa wird nach unserer Überzeugung nur möglich sein, wenn es um ihre eigenen sozialen Interessen geht, nicht durch Appelle an eine »neue europäische Leitidee« und das Werben um »Zustimmung und Zuneigung der Menschen« zu Europa.³ Gewerkschaften und politische Linke sollten sich deshalb auf die aktuellen Verteilungskämpfe konzentrieren und dabei auch der verbreiteten EU-Skepsis eine vernehmbare Stimme geben und sie gegen die richtigen Gegner richten, statt vorrangig auf eine allzu ferne Reform der europäischen Institutionen zu spekulieren.

Im Mittelpunkt muss der Kampf um höhere Löhne und gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch immer mehr prekäre Beschäftigung und den Abbau sozialen Schutzes durch Leiharbeit, Hartz IV, Rentenkürzungen usw. stehen. In der Auseinandersetzung um den Umgang mit der Krise muss der Kampf gegen die Macht der Banken und für Alternativen der Finanzierung des Öffentlichen durch Besteuerung großer Vermögen, Finanztransaktionen, Kapitalerträge, hoher Einkommen und Gewinne geführt werden.

Selbst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wartet neuerdings mit einem kapitalismuskritischen Feuilleton auf und kritisiert die Post-Demokratie in Europa (Schümer 2012). Hans-Jürgen Urban (IG Metall) hat Recht, wenn er Gewerkschaften und Linken empfiehlt, den Kampf um die nationalstaatliche Demokratie in einem Staatenverbund ohne europäische Öffentlichkeit ernst zu nehmen (Urban 2011). Bei aller Kritik an der Sprachlosigkeit des konservativen Bundesverfassungsgerichtes

über die neoliberale Substanz der EU-Verträge sind die Vorbehalte gegen eine Entleerung der nationalstaatlichen Demokratie berechtigt. Der Blick ins europäische Ausland zeigt, dass linke Kräfte mit einem realistischen Blick auf die EU und sozialen Kernthemen besser gefahren sind, z.B. in den Niederlanden.

Hinzu kommt: Eine »neue europäische Leitidee« ist mit den bestehenden Verträgen und Verordnungen der EU unvereinbar. Notwendig ist eine auch institutionelle und rechtliche Neugründung der EU. Dazu sind nicht nur neue Debatten erforderlich, sondern politischer Druck und/oder Zwang durch scheiterndes Krisenmanagement. Insbesondere die Gewerkschaften müssen dazu den Mut aufbringen, ihre Kritik an der Entwicklung der EU viel härter und öffentlich wirksamer zu artikulieren und der gegenwärtig real stattfindenden europäischen Integration die Unterstützung aufzukündigen.

Die Partei Die Linke hat in ihrem Grundsatzzprogramm die Anforderung formuliert: »Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können. Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel [...], der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der Menschen auf ein neues Fundament stellt. Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht

den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück.«

LITERATUR

- Dräger, Klaus, 2011: EU-Wirtschaftsregierung: Auf dem Weg zum »Deutschen« Europa?, in: *Widerspruch* 61, 21–36
- Gowan, Peter, 2005: The State of the Union – the global context, *Paper zum 11. Workshop der EuroMemogruppe*, Brüssel, 23.–25. September, zit.n. K. Dräger 2011, 21
- Nölke, Andreas, 2012: Rettet Europa! Ohne den Euro?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 3, 55–64
- Scharpf, Fritz, 2008: Interview in: *Mitbestimmung* 7–8, www.mpifg.de/service/pressestelle/Pressespiegel/2008%5C08-07-24_Scharpf_Mitbestimmung.pdf, Köln
- Schulmeister, Stephan, 2010: Deutschland verbrennt sein Vermögen im Ausland, in: *Handelsblatt*, 27.11.2010
- Schümer, Dirk, 2012: Post-Demokratie: Europa schafft sich ab, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.1.2012, www.faz.net/aktuell/feuilleton/postdemokratie-europa-schafft-sich-ab-11630285.html
- Troost, Axel, und Philipp Hersel, 2012: Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik in Europa, www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2082
- UN, 2009: *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System*, New York
- Urban, Hans-Jürgen, 2011: Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7, 77–88

1 Fritz Scharpf (2008) spricht von der »Radikalisierung der Binnenmarktintegration« und empfiehlt, Urteile des EuGH auf nationaler Ebene nicht anzuerkennen. Die in Teilen fortschrittliche Rechtsprechung des EuGH in den Bereichen Antidiskriminierung und Verbraucherschutz hat ihren Ursprung auch in dem Bestreben, die Güter- und Arbeitsmärkte zu harmonisieren.

2 Eine koordinierte Wirtschaftspolitik – etwa im Sinne des von Oskar Lafontaine begründeten Kölner Prozesses – ist nicht gleichzusetzen mit der Aufgabe nationaler Souveränität. Eine Ausgleichsunion (vgl. Troost/Hersel 2012), die etwa Außenhandlungsungleichgewichte symmetrisch sanktioniert (also auch Länder mit Exportüberschüssen wie Deutschland), überlässt die politischen Maßnahmen (z.B. Senkung der Mehrwertsteuer, öffentliche Investitionen oder Mindestlohn) der demokratisch verantworteten Politik in den Mitgliedsstaaten.

3 So in dem in seiner Kritik der herrschenden Politik in Europa und der Zielsetzung eines radikalen Politik- und Pfadwechsels unterstützenswerten Aufruf »Europa neu begründen!«

WIR SIND

HAJDI RANDJELOVIC, FILIZ DEMIROVA

WIR SIND

Rede, gehalten auf der Demonstration »Solidarität mit Roma – Demo gegen Antiziganismus – Willkommen in Neukölln, willkommen Zuhause«, am 3.3.2012 in Berlin, Neukölln



Demonstration
am 3.3.2012 in Berlin,
© PM Cheung

Wir sind Arbeiterinnen und Studentinnen
Wir sind arbeitslos und wir verkaufen Zeitungen,
Wir fragen nach ein paar Cent,
Wir tragen schwere Taschen,
Wir fahren teure Autos und klapprige Fahrräder
Wir sind Künstlerinnen, Tänzerinnen und Kämpferinnen

Wir sind eure Angst und euer Begehren

Die Europäische Union konstituiert sich ohne uns,
wir sind nicht Deutsche oder Jugoslawinnen,
sondern wir sind die einzigen/ersten Europäerinnen
dabei pfeifen wir auf Europa und seine Grenzregime.

Wir sprechen alle Sprachen und manchmal
noch nicht mal unsere eigene.
Rassismus versucht uns den Mund zu verbieten und
wir werden nicht gehört!
Bedrohung ist, wenn wir stark sind. Und wir sind stark!



Rroma Demonstration
Frankreich, Paris 2007
rodolpho.reis ⓘ ⓘ ⓘ

Warum müssen wir euch immer wieder erklären,
wie wir uns selbst nennen!?

Repräsentation? Maximal im Aldiregal zwischen Scheiß-Soße
und Scheiß-Schnitzel! Wir sind nicht zum Essen da!
Ist es euch unangenehm? Fühlt ihr euch etwa angesprochen?

Wir uns nicht so oft, denn ihr redet mit einem Bild von uns!
Weiter als zu Shakira seid ihr nicht gekommen mit eurer
interkulturellen Kompetenz! Carmen ist eure Erfindung!
Eure dreckige Fantasie!

Tanzen wollt ihr mit uns? singen? worüber?
Über den institutionellen Rassismus, der Rroma abschiebt?
Über den unterschweligen Rassismus,
mit dem wir täglich konfrontiert sind?
Wie wär es, wenn ihr meine Miete bezahlt!

Wir brauchen es nicht, dass jemand für uns redet!
Wir müssen selbst reden! Liebe Schwestern, Gadje schreiben
unsere Geschichte und morden uns danach. So geht das nicht,
steht auf und erzählt eure Geschichten, Heute sprechen wir
und lasst es uns auch morgen noch tun!



Roma Straßenfest in
Berlin, ©juppi du

Wir teilen eine kollektive Erinnerung und eine Leidensgeschichte
Unsere Stimmen sind vielfältig und doch gemeinsam

Manchmal leben wir im Verborgenen
Manchmal weil wir uns schämen, wer wir sind
manchmal weil wir Angst vor Repressionen haben müssen
manchmal einfach nur weil wir Angst haben
so nicht geliebt zu werden.

Roma, wir brauchen mehr Zusammenhalt und müssen unsere
Stärken bündeln, lasst uns unsere Streitigkeiten beiseite legen,
lasst uns unsere Macken lieben und unsere Probleme zerstören,
um Hand in Hand in den Kampf zu gehen, denn ohne Community
gibt es keine Liebe und ohne Liebe gibt es keine Community

Wir haben viele Gesichter, aber vor allem sind wir Roma
Rromale lasst euch nicht den Mund verbieten!

Wir flüstern es

Wir singen es

Wir weinen es

aber heute schreien wir es laut!

Wir sind Rromnja und stolz!

KRISE DES KRISENMANAGEMENTS?

BOB JESSOP IM GESPRÄCH

Die Rolle der deutschen Regierung bei der Durchsetzung der Kürzungspolitik in Europa wird oftmals als imperiale Politik gefasst. Du sprichst von »ökologischer Dominanz« Deutschlands innerhalb der EU – was meinst du damit? Wie verhält sich dies zu Interessen dominanter Kapitalfraktionen in der EU?

Die profitorientierte Marktwirtschaft ist m.E. in der Weltgesellschaft ökologisch dominant geworden, in der Wirtschaft selbst ist das Finanzsystem ökologisch dominant geworden. Auf dieser Basis ist der Neoliberalismus zur dominanten Wirtschaftsform auf dem Weltmarkt geworden. Das Versagen eines Kapitalismus mit einem ökologisch dominanten neoliberalen Finanzsystem hat viel stärkere Ansteckungseffekte für andere Kapitalismen oder für nichtkapitalistische Wirtschaftsstrukturen. So wurde die weltweite Finanzkrise in den USA verursacht und hatte Ansteckungseffekte weit über die Kernländer der neoliberalen Marktwirtschaft und weit über die Wirtschaftsstrukturen im engeren oder weiteren Sinne hinaus.

Diese Aussagen beziehen sich auf die Ebene von Weltmarkt und Weltgesellschaft. Die EU-Ökonomie ist ein wichtiger Bestandteil des Weltmarkts und wird von diesen allgemeineren Krisentendenzen beeinflusst. In ihrer wirtschaftlichen Organisation macht sich aber ein besonderer Konflikt zwischen drei teilweise widersprüchlichen Zwängen bemerkbar: **1** | dem globalen Trend zum Neoliberalismus, der vom transnationalen Kapital und von der Achse der neoliberalen Staaten vorangetrieben wird, **2** | dem Druck zu neoliberalen Formen der europäischen Integration, der auch auf dem Problem beruht, ein solches Sammelsurium von Volkswirtschaften (mitsamt ihren regionalen und urbanen Elementen) nach einem einzigen Steuerungsmodell unter einen Hut zu bringen, und **3** | dem Druck durch Deutschland und die mit ihm verbundenen wirtschaftlichen und politischen Interessen, der auf die Aufrechterhaltung des »Modells Deutschland« zielt, als Basis für Deutschlands exportorientierte Wettbewerbsfähigkeit nach innen und, wenn möglich, nach außen.

In diesem Spannungsverhältnis war das ökologisch dominante Wirtschaftsmodell nicht neoliberal (wie im Weltmaßstab), sondern neomerkantilistisch. Innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums könnte man sagen, dass die Dominanz des deutschen Neomerkantilismus im europäischen Krisenmanagement der Problemverursacher und Südeuropa der Problemabnehmer ist. Das scheint nicht plausibel, weil die Eurokrise im Süden ausbrach. Aber genauso wie die Asienkrise in den USA (durch den Neoliberalismus) verursacht wurde, aber in Ostasien

zum Ausbruch kam, könnte man auch sagen, dass die Krise der Eurozone in Deutschland (durch dessen Rolle bei der Gestaltung des europäischen Währungssystems) *konstruiert* wurde, aber in Südeuropa *ausbrach*.

Dies ist – wieder – keine Frage einseitiger Dominanz, sondern eine des relativen Gewichts im dynamischen Entwicklungszusammenhang eines politischen Wirtschaftsraums. Zum besseren Verständnis müssen wir das deutsche Wachstumsmodell untersuchen.

Das »Modell Deutschland« umfasst mehr als nur das »deutsche Modell« des Kapitalismus. Es bezieht sich auf das spezifische geoökonomische und politische Gewicht dieses deutschen Modells im europäischen und globalen Kontext. Politisch entstand der Begriff 1976 bei den Bundestagswahlen als Wahlkampfslogan der SPD, wobei unter »Modell« nicht nur eine Vision verstanden wurde, die man in Deutschland verwirklichen wollte (also ein Zukunftsmodell), sondern auch eine real existierende institutionelle Struktur, die man in Europa nachahmen sollte (also ein Vorbild). Es definiert sich durch ein neomerkantilistisches Wachstumsmodell, das die exportorientierte Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt aufrechterhalten will und auf stabilen Preisen, einem selektiven Korporatismus und einem korporatistischen Sozialstaatsmodell basiert. Das verbindet sich mit der Förderung von Deutschlands zentraler wirtschaftlicher Funktion in einer hierarchisch organisierten internationalen Arbeitsteilung, in der auch andere europäische Ökonomien als alliierte Kernökonomien oder als halbperiphere und periphere Ökonomien die zweite oder dritte Geige spielen.

Weil sich das deutsche Kapital auf die Produktion von (hauptsächlich technischen) Investitionsgütern und auf hochwertige, forschungsintensive Gebrauchsgüter spezialisiert, ist der heimische Binnenmarkt begrenzt. Es ist deshalb in seiner strukturellen Zusammensetzung anfällig für Krisen und allgemein ungleiche Entwicklung der Weltökonomie. Das erklärt sein Interesse an der Steuerung der Weltwirtschaft (schon seit 1945 und besonders in Zeiten der Krise und Krisenbewältigung), insbesondere an der Organisation des europäischen Wirtschaftsraums, wo seine Möglichkeiten der Einflussnahme größer als auf der Weltbühne sind.

Obwohl in der Wirtschaftspolitik des »Modells Deutschland« neoliberale Elemente aufgetaucht sind, haben diese nicht zu einem neoliberalen Systemwechsel wie in den USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland oder Irland geführt. Sie wurden vor allem eingeführt, um das überkommene Modell aufrechtzuerhalten.

Dies bestand vor allem darin, die Rolle Deutschlands im regionalen und internationalen Währungssystem zu sichern und die Probleme zu bearbeiten, die daraus entstanden, dass die D-Mark einerseits als *nationales* bzw. der Euro als *regionales* Zahlungsmittel und andererseits als *internationale* Währung diente. Die Bundesbank strebt nach wie nach einer national, regional und international entscheidenden Rolle Deutschlands, um Exportfähigkeit zu sichern, und als Faktor regionaler und internationaler Stabilität. Das sieht man an der ursprünglichen Konstruktion der europäischen Währungsunion und der Eurozone mit ihrem Stabilitäts- und Wachstumspakt, ihren Konver-

genzkriterien, der Orientierung der EZB-Politik auf Preisstabilität (aber nicht auf die Verhinderung von bzw. Förderung von Beschäftigung oder Wachstum) und an den Restriktionen, die der EZB beim Ankauf von Staatsanleihen oder der Ausgabe von Eurobonds auferlegt wurden.

Deutschland hat von der Eurozone in verschiedener Hinsicht profitiert: Der Euro hat einen niedrigeren Wechselkurs, als ihn die D-Mark hätte (was den Export fördert), er hat dadurch die Exportmöglichkeiten in Europa erweitert (besonders für hochwertige deutsche Konsumgüter), und er hat in Südeuropa Anlagemöglichkeiten für deutsches Kapital geschaffen (das zum Teil aus Exportüberschüssen stammt).

Obwohl ich die *problemverursachende* Rolle des Modells Deutschland betone und die damit verbundenen Anstrengungen seiner wirtschaftlichen und politischen Eliten (und ihrer nationalen und internationalen Verbündeten), die inneren und äußeren Bedingungen für seine Aufrechterhaltung zu schaffen, würde ich nicht von einem deutschen Imperialismus (im *traditionellen* Sinne militärischer Eroberung und der Kontrolle von *Territorien und Ressourcen*) sprechen. Das Modell beinhaltet vielmehr die *Organisation des Wirtschaftsraums* durch Verwaltung der internationalen Arbeitsteilung, durch Gestaltung zwischenstaatlicher Kooperation und durch den Aufbau regionaler und internationaler Wirtschaftsordnungen. Es geht um Deutschlands *ökologische Dominanz* in einer europäischen »Großraumwirtschaft«, nicht um deren Organisation durch Gewalt und Vorherrschaft.

Anders als in der Natur ist diese ökologische Dominanz nicht nur eine Sache blinder Ko-Evolution. Sie umfasst politisches Handeln,



Blockupy
Frankfurt, Eoghan
OLionnain

das sich in der institutionellen Gestaltung und in der Ausübung von Macht ausdrückt. Dies lässt sich im Sinne einer schwächeren Bedeutung von »Imperialismus« verstehen: Es entstehen dauerhafte Mechanismen, politische Maßnahmen werden beständig neu ausgerichtet auf die Reproduktion von Zentrum-Peripherie-Verhältnissen. In diesem Kontext versucht ein rheinisches [= deutsch-französisches, d. Übers.] Zentrum, das sich mit dem Modell Deutschland verbindet und Zentrum-Peripherie-Beziehungen geschaffen hat, die Krise der Eurozone in einer Form zu bewältigen, von der das Zentrum und nicht die Peripherie profitiert. **Die Krise verändert die Architektur der Europäischen Union. Was bedeutet dies aus deiner Sicht für das, was du als einen »variegated**

capitalism« (diversifizierten Kapitalismus) auf neoliberaler Grundlage bezeichnest?

Die Eurozone hat nicht so funktioniert, wie ihre Befürworter erwartet hatten. Das gilt auch, wenn wir den allgemeinen Einfluss der nordatlantischen Finanzkrise und ihre Ansteckungswirkungen in Rechnung stellen. Einige Länder traten ihr bei, ohne die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Und die jeweilige Wirtschaftskraft (Produktivität, Lohnkosten, private und öffentliche Verschuldung, Inflation, allgemeine Wettbewerbsfähigkeit) blieb sehr unterschiedlich. Die Krisenbewältigung wurde wiederum behindert durch **1** | gegensätzliche Interpretationen der Krise (wobei man erst spät erkannte, dass es sich um eine Solvenz- und nicht um eine Liquiditätskrise

handelt), durch **2** | unterschiedliche Ansichten über die Abwälzung der Anpassungskosten (wobei der Schutz des Finanzkapitals Vorrang vor den Interessen der Industrie, der Arbeiter und der Steuerzahler bekam) und **3** | durch die Versuche, die Erwartungen der Rentenmärkte mit notwendigen Wahlerfolgen angesichts zunehmend nationalistischer und populistischer Reaktionen in Einklang zu bringen.

Zwar haben sich die Auseinandersetzungen zwischen Vertretern verschiedener Spielarten des Kapitalismus durch die Finanzkrise verschärft, der Neoliberalismus in der EU ist aber eher gestärkt als geschwächt worden – ein gutes Beispiel für das Diktum von Karl Deutsch, dass Macht die Fähigkeit ist, aus Fehlern *nicht* lernen zu müssen. Die neoliberalen Finanzeliten haben anders als das Industriekapital, die Beschäftigten und andere subalterne Kräfte nach einer kurzen Phase der Desorientierung schnell wieder ihren klaren Kopf, ihre Macht und ihre Profite zurückgewonnen.

Eine andere Paradoxie zeigt sich in den politischen Strategien. Deutschland hat einerseits die neomerkantilistische Politik des Modells Deutschland (Subventionen für Kurzarbeit, Abwrackprämien zur Subventionierung der Automobilindustrie oder Exporthilfen) nach innen bekräftigt, sich aber andererseits für neoliberale Kürzungspolitik nach außen stark gemacht. Der betriebene Fiskalpakt wird den Neoliberalismus weiter festschreiben und Austerität zum permanenten Grundzug der Europäischen Union machen, mit einer stärkeren Fiskalunion und einer Überwachung der Staatshaushalte.

Die Krise hat auch den politischen und finanziellen Gegensatz zwischen Großbritannien und den anderen politischen Hauptak-


teuren in der EU verstärkt. Da Großbritannien der Eurozone nicht beigetreten ist, wollen seine politischen Eliten den britischen Beitrag zu den Rettungspaketen möglichst gering halten. Sie erkennen aber auch, gewarnt von der City of London, die Ansteckungsgefahr und die Anfälligkeit des britischen Finanzkapitals für den möglichen Zusammenbruch von Banken innerhalb der Eurozone.

Zweitens will die City of London, als Basis des internationalen Finanzkapitals und der dem internationalen Kapital dienenden Unternehmensdienstleistungen, den Finanzsektor weltweit so schnell wie möglich wieder auf Touren bringen und ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht auf den internationalen Finanzmärkten vergrößern. London ist wegen seiner schwachen Regulation augenblicklich die wichtigste Operationsbasis der Hedgefonds-Industrie. Das hat auf dem Brüsseler Gipfel von 2011 zu Konflikten geführt, als Premierminister Cameron die Hedgefonds-Industrie gegen EU-Kontrollen verteidigte und sich gegen eine Steuer für Finanztransaktionen sperrte. In Deutschland haben die exportorientierten Sektoren größeres Gewicht, und deutsche Großbanken tätigen ihre internationalen Finanzoperationen oft im schwächer regulierten Londoner Umfeld.

Südeuropa gerät durch die von Ratingagenturen, Anleihenmärkten und nordeuropäischen Ländern (vor allem Frankreich und Deutschland) geschnürten Sparpakete in mehrfacher Hinsicht ins Hintertreffen:

1 | werden die Bürgschaften vor allem zur Rückzahlung von Krediten an deutsche und französische Banken und zur Refinanzierung von Staatsanleihen benutzt.



Blockupy
Frankfurt, Eoghan
OLionnain 

2 | beinhalten die damit verbundenen Konditionen einen massiven Angriff auf den öffentlichen Sektor, der den Fahrplänen neoliberaler Politik entspricht, zusammen mit der Privatisierung von potenziell rentablem Staatseigentum.

3 | hat die Sparpolitik ohne ein allgemeines Wachstumsprogramm den Effekt, dass der Anteil der öffentlichen Verschuldung am Bruttoinlandsprodukt nicht kleiner, sondern größer wird, was ganz Europa in die Rezession treibt. Das wird die Zahl der Kernländer reduzieren, weil weitere Ökonomien in die Rezession stürzen; auch die Wachstumsaussichten Deutschlands werden geschwächt, weil in Südeuropa Absatzmärkte verloren gehen.

Es gibt also die Gefahr eines Bumerangeffekts. Das kommt wiederum in den

divergierenden Politikansätzen zum Ausdruck, die zur Reproduktion der Zentrum-Peripherie-Beziehungen in der heutigen europäischen »Großraumwirtschaft« angewandt werden. Im rheinischen Zentrum, besonders in Deutschland, erleben wir die Konsolidierung des ordoliberalen Modells mit einer Stärkung des autoritären Staatsdenkens; in Südeuropa beobachten wir die Durchsetzung neoliberaler Austeritäts- und Strukturanpassungsprogramme. Um den – auf den Dollar gemünzten – Ausspruch von Nixons Finanzminister Connally (»*It's our currency, but it's your problem*«) zu paraphrasieren: »Die Krise der Eurozone ist das Ergebnis unserer Konstruktion, aber sie ist euer Problem – und wir sagen euch, wie ihr sie bewältigen sollt.«

Du sprichst von einer »Krise des Krisenmanagements« – wie wirken sich die unterschiedlichen Tendenzen auf die Kräfteverhältnisse aus?

Krisen sind ständige Begleiterscheinungen der Kapitalakkumulation, der politischen Systeme und anderer institutioneller und gesellschaftlicher Ordnungen. Deshalb gibt es Gewohnheitsmechanismen, entstanden teilweise nach dem Trial-and-Error-Prinzip, um Krisen zu bewältigen und, wenn möglich, wieder für den normalen »Gang der Geschäfte« zu sorgen. In dieser Hinsicht können Krisen ein System, das aus den Fugen ist, wieder ins Lot bringen. Eine Krise der Krisenbewältigung heißt, die gewohnten Rezepte funktionieren nicht mehr oder können sogar kontraproduktiv sein. Das kann die Wiederherstellung des Systems erschweren und zu noch tieferen Krisen führen, in denen soziale Kräfte radikalere Lösungen fordern. Oder es führt zu anhaltenden Perioden gesellschaftlicher Stagnation oder Implosion.

Eine solche Krise der Krisenbewältigung wurde gegen Ende der fordistischen Nachkriegsexpansion mit ihrem keynesianischen Sozialstaatsmodell sichtbar. Es schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg des Neoliberalismus. Die jetzige Phase ist eine Periode, in der das neoliberale Krisenmanagement in den USA, Großbritannien und Irland zusammengebrochen ist, und es gibt ähnliche Anzeichen für eine Krise der Krisenbewältigung in der Europäischen Union. Das zeigt sich nicht nur in der ständigen Sackgasse der Versuche zu einer Lösung der Wirtschaftskrise, sondern auch in verschiedenen Symptomen einer politischen Krise.

Die Strategien der Krisenbewältigung in Europa ähneln denen in anderen Ländern des

Nordens, werden aber verkompliziert durch die unterschiedlichen Ebenen, auf denen sie in Europa und in der Eurozone angewandt werden müssen. Die vorherrschende Strategie der Führungsländer verbindet die Sozialisierung fauler Wertpapiere des Finanzkapitals (besonders von Banken, die so groß oder verflochten sind, dass sie nicht zusammenbrechen dürfen) mit einem Programm der quantitativen Lockerung. Es soll den Banken billiges Geld zur Verfügung stellen, damit sie kriselnden Unternehmen und privaten Haushalten verstärkt Kredite gewähren und dadurch das Wachstum ankurbeln (während sie in Wirklichkeit ihre Bilanzen aufpolieren, den Staaten Geld zu höheren Zinssätzen leihen, als sie selbst an die Zentralbanken zahlen, und das Interbankengeschäft reduzieren, mit verheerenden Folgen für die Liquidität). Durch reduzierte direkte und soziale Lohnkosten soll die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden.

Die Verfechter des neoliberalen Dogmas fragen kaum, wie die Verminderung der Binnennachfrage die Wettbewerbsfähigkeit steigern soll, wenn sich durch dieses Sankt-Florians-Prinzip für jedes Land die Nachfrage auf seinen europäischen Exportmärkten reduziert.

Zwei andere gängige Strategien werden mehr propagiert als angewandt. **1** | die Forderung nach kurz- oder mittelfristiger Erhöhung der Staatsausgaben, um der Dämpfung der privaten Inlandsnachfrage und dem krisenbedingten Exportrückgang entgegenzuwirken – eine in der Regel missverstandene Politik, die vom neoliberalen Finanzkapital als Rückfall in den Keynesianismus abgelehnt wird. **2** | der Vorschlag eines »Grünen New Deal«, der auf einen Aufschwung mit grünen Investitionen

zielt und auf einem neuen sozialen Kompromiss basiert. Die grüne Agenda wurde aber entweder im verzweifelten Bemühen um die Wiederherstellung des Wachstums ins Abseits gedrängt oder von neoliberalen Kräften im Blick auf die In-Wert-Setzung und Kapitalisierung von Naturressourcen vereinnahmt.

Es ist unwahrscheinlich, dass diese Strategien die Krise der Eurozone lösen können. Sie behandelt Löhne und Sozialleistungen als Kosten für die (internationale) Produktion und übersieht ihre Funktion, Nachfrage zu schaffen. Das führt zu kurzfristigen Gewinnsteigerungen auf Kosten der mittelfristigen Verbrauchernachfrage und ist einer der Hauptgründe für gebremstes Wachstum und sogar Double-Dip-Rezession. Es verbindet sich außerdem mit Strategien des Lohndumping und der »kollektiven Verelendung« nach der Devise »Wir sitzen alle in einem Boot«.

Das hat Konsequenzen nicht nur für das Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern auch innerhalb der Arbeiterklasse, weil die Verbindung von Prekarität und geschlechtlich bedingter Arbeitsteilung zusammen mit dem besonders heftigen Angriff auf den öffentlichen Sektor (der nicht nur für weibliche Beschäftigung sorgt, sondern auch ein wichtiger Rückhalt für Frauen und die Familie ist) zur Folge hat, dass Frauen tendenziell stärker unter der Krise leiden als Männer.

Das Krisenmanagement liegt im Interesse des Kapitals: **1** | Die Beschäftigten akzeptieren das herrschende Krisennarrativ oder sind durch den kumulativen Effekt von 40 Jahren neoliberaler Politik und ihren wirtschaftlichen Folgen dermaßen geschwächt, dass sie ihm nicht widerstehen können. **2** | Es bereitet den Boden für

Teile-und-herrsche-Taktiken, die auf dem nationalen und nationenübergreifenden Wettbewerb unterschiedlicher Gruppen und Schichten von Beschäftigten beruht. **3** | Alternative Strategien werden erschwert, die Beschäftigte, soziale Bewegungen und linke Parteien mobilisieren könnten, anhand einer europaweiten solidarischen Politik, die über vereinzelte (und dadurch oft unwirksame) Abwehrmaßnahmen hinaus zu einer hegemoniefähigen wirtschaftlichen und politischen Vision führen könnte.

Das neoliberale Krisenmanagement schützt fremdfinanzierte, oft betrügerische und räuberische Finanzinstitutionen, indem es faule Wertpapiere übernimmt oder sogar zu fiktiven Preisen in Mengen aufkauft: durch Schaffung von Staatsschuldscheinen zu Lasten der staatlichen Steueraufkommen. Wenn diese faulen Titel auf Zentralbanken, andere Finanzinstitutionen mit staatlichem Hintergrund oder direkt auf Staaten in Mengen übertragen werden, die über die Steuer- und Kreditaufnahmekapazität der Staaten hinausgehen, führt das zur Forderung von Anleihenmärkten, Sparkommissaren und Organisationen wie dem IWF nach Kürzung der öffentlichen Ausgaben.

Die ursprüngliche Reaktion auf die Krise ermöglichte dem Finanzkapital, die Kosten seiner Fehler zum großen Teil abzuwälzen; die Abrechnung ist so nur vertagt worden. Ob sich diese Strategie aufrechterhalten lässt, ist eine Frage, die von der Politik und nicht von unveränderlichen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beantwortet wird. Ich fürchte aber, dass die Eurozone an ihre Grenzen stößt.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

DER AUSVERKAUF DER COMMONS

DER FALL GRIECHENLAND

MARICA FRANGAKIS

In den 1980er und verstärkt in den 1990er Jahren durchliefen die Länder Europas eine Privatisierungsphase, in deren Ergebnis die Wohlfahrtsstaaten drastisch reduziert wurden. Die Begründungen dafür unterschieden sich je nach Wirtschaftssektor, Land und Zeitpunkt voneinander, auch die Form der Privatisierung. Doch handelt es sich um ein Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus, »eine Verschiebung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, die politisch, sozial und ökonomisch einen durchgreifenden Wandel darstellt« (Frangakis u.a. 2009, 10).

Die Staatsschuldenkrise hat diese Verschiebung zugunsten des privaten Sektors vorangetrieben; besonders deutlich zeigt das Griechenland.

Griechenland hat erst in den späten 1990er Jahren mit der Privatisierung begonnen, war dabei aber eines der aktivsten EU-Länder. Der gegenwärtige Schub der Privatisierungen ist der Versuch, das abzustößen,

was vom öffentlichen Eigentum Griechenlands übriggeblieben war.

Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm, das mit dem ersten Rettungspaket im Mai 2010 verbunden war, enthält einen detaillierten Privatisierungsplan nach Vermögentyp, Verkaufsmodus und erwarteten Erlösen für den Zeitraum 2010 bis 2015. Der angestrebte Erlös wurde auf 50 Mrd. Euro festgesetzt. Keine dieser Behauptungen ist durch Erfahrungen oder Untersuchungen der gegenwärtig betroffenen Sektoren oder Länder begründet. Somit sind sie lediglich Ausdruck der politischen und ideologischen Sichtweise der europäischen Eliten und der mit ihnen verbundenen Interessengruppen. Die EU begünstigt Privatisierung nicht nur als Lösung der Staatsschuldenkrise, sondern auch als Mittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

HINTERGRUND UND GESCHICHTE DER PRIVATISIERUNG IN GRIECHENLAND

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat Griechenland mehrere Verstaatlichungswellen durchlaufen: eine »Entwicklungswelle« in den 1950er und 1960er Jahren zur Förderung der Industrialisierung des Landes, eine »Demokratisierungswelle« mit der Rückkehr zur Demokratie nach dem Ende der Militärherrschaft 1974 und eine »sozialistische Welle« in den 1980er Jahren, deren Ziel es war, eine große Zahl überschuldeter Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu bewahren (Pagoulatos 2005, 358, 389). Somit hatten staatliche Unternehmen Mitte der 1980er Jahre einen beträchtlichen Anteil an der griechischen Wirtschaft, vergleichbar mit der Situation in Spanien oder Portugal (vgl. Tabelle 1). Die Privatisierung verlief in umgekehrter Reihenfolge,

TABELLE 1: ANTEIL STAATLICHER UNTERNEHMEN AN DER VOLKSWIRTSCHAFT (IN PROZENT)

	Spanien		Griechenland		Portugal	
	1980	1985	1980	1985	1980	1985
Größe des öffentlichen Sektors (a)						
i. Anteil am Wertzuwachs	9,0	14,0	k.A.	k.A.	13,0	13,0
ii. Investitionsanteil	22,0	21,0	12,7	19,0	18,3	18,3
iii. Beschäftigungsanteil	5,0	6,0	3,5	4,5	5,2	5,2
Schuldenaufnahme/BIP (b)	-0,7	-1,2	-1,9	-2,7	-9,3	-9,3
Subventionen für staatliche Unternehmen/BIP	2,1	2,4	2,4	3,0	4,8	4,8

(a) Die Größe des öffentlichen Sektors ergibt sich für Spanien aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich, in Portugal aus dem Nicht-Finanz-Sektor.

(b) Für Spanien ergibt sich das operative Defizit aus den wichtigsten nicht-finanziellen Bereichen des öffentlichen Sektors.

Quelle: OECD Economic Studies 16, Frühling 1991, Tabelle 2, 180

beginnend mit den zuletzt verstaatlichten Unternehmen. Zwischen 1977 und 1992 lagen die Erlöse aus dem Verkauf öffentlichen Eigentums bei 1,19 Prozent der entsprechenden Erlöse der ehemaligen EU15, von 1993 bis 2007 stieg das Verhältnis auf 2,85 Prozent. Von 1977 bis 2007 betrug die Privatisierungserlöse beinahe 14 Prozent des BIP, was Griechenland an die fünfte Stelle unter 17 EU-Mitgliedsstaaten setzt (Grafik 1). Ähnlich anderen kleineren Volkswirtschaften wie Finnland oder Irland waren es »vergleichsweise riesige Privatisierungsbemühungen« (Clifton u.a. 2006, 744).

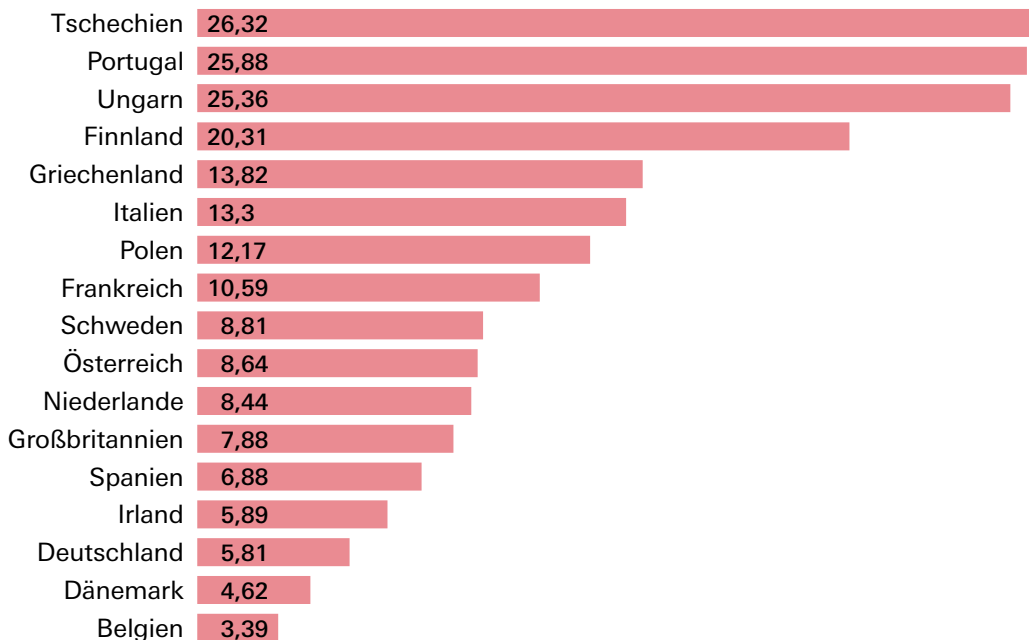
PRIVATISIERUNG ALS »STRUKTURREFORM«

Das umfangreiche Privatisierungsprogramm, das Griechenland für das Rettungspaket zur Bedingung gemacht wurde, gilt als »ein

entscheidendes Instrument zur Stützung von Wachstum und finanzpolitischer Nachhaltigkeit« (EK 2011, 28): »Die griechische Regierung ist einer der europäischen Souveräne mit dem größten Bestand an Vermögenswerten. Dazu gehören börsennotierte und nicht börsennotierte Unternehmen, Konzessionen und kommerziell tragende Immobilien (Gebäude und Grundstücke). [...] Eine Privatisierung dieser Werte wird zum Schuldenabbau beitragen, ohne größere oder überhaupt Einbußen an künftigen Erträgen zu verursachen. Privatisierung fördert zugleich ökonomische Aktivitäten und ausländische Direktinvestitionen.« (ebd., 2)

Eine lange Liste öffentlicher Vermögen wurde erstellt, darunter Telekommunikation, Transport, Energie, Wasserversorgung, die

GRAFIK 1: PRIVATISIERUNGSERLÖSE IN PROZENT DES BIP (1977–2007)



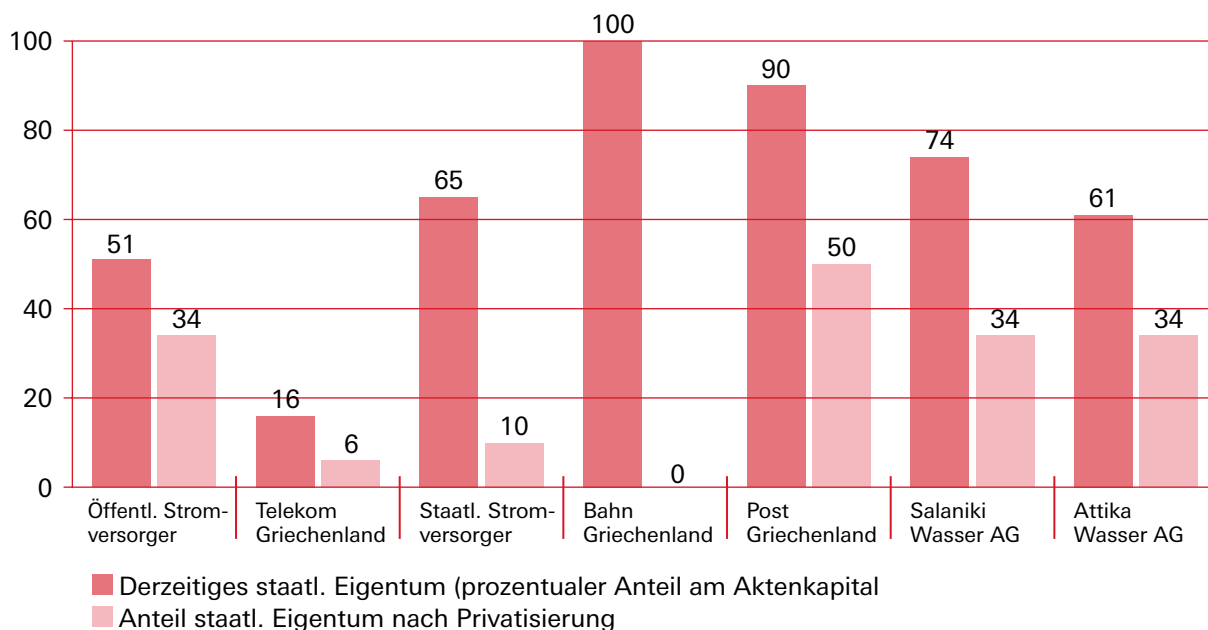
Quelle: Privatization Barometer; OECD; eigene Berechnungen der Autorin

wichtigsten Häfen des Landes, der Flughafen Athen, Banken, Post, Autobahnen, Immobilien, Lotterien usw. Die meisten dieser Unternehmen waren bereits teilprivatisiert. Durch die neue Privatisierungswelle wird der Anteil öffentlicher Vermögen radikal abnehmen oder völlig verschwinden (vgl. Grafik 2). Neben dem angestrebten Gesamterlös der Privatisierung wurden jährliche Ziele festgesetzt (vgl. Grafik 3). Im Verhältnis zum BIP übersteigt das Gesamtziel von 20 Prozent des BIP in nur fünf Jahren den historischen Rekord an Privatisierungserlösen von 14 Prozent in der Periode von 1977 bis 2007 bei weitem! Daran zeigt sich die schiere Größe des Programms, das Griechenland von seinen Gläubigern aufgezwungen wurde, aber auch sein Notverkaufscharakter.

Im ersten Jahr des Programms (2011) lag der erzielte Erlös bei 1,56 Mrd. Euro; darin eingeschlossen waren OPAP-Lizenzen – für einen in den 1950er Jahren zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen gegründeten Fußballwettenanbieter –, ein Lizenzausbau der Mobiltelefonfrequenzen und vier Flugzeuge. Die Summe lag unter den für dieses Jahr anvisierten 2 Mrd. Euro. Obwohl deutlich geworden ist, dass die geplanten Privatisierungen länger dauern werden, ist das Gesamtziel nicht angepasst worden (EK 2012).

Vorbild für den dafür eingerichteten Privatisierungsfonds ist die deutsche Treuhandanstalt, die Anfang der 1990er Jahre die ostdeutschen staatlichen Vermögenswerte privatisierte. Das ökonomische Anpassungsprogramm sieht vor, dass ein solcher Fonds »unabhängig und

GRAFIK 2: STAATLICHES EIGENTUM AN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN VOR UND NACH DEM AKTUELLEN PRIVATISIERUNGSPLAN



Quelle: Y. Efstathopoulos, 2011, The »black book« of privatizations (unpublished)

unpolitisch« ist, das heißt sein Personal nicht aus dem öffentlichen Sektor stammen soll. Außerdem sollen zwei von der Kommission und der Euro-Gruppe nominierte Beobachter mit aufgenommen werden (EK 2011, 31).

Der Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF) wurde am 1. Juli 2011 mit einem Stammkapital von 30 Mio. Euro gegründet (Gesetz 3986) und nahm seine Arbeit im August 2011 auf. Eine ganze Reihe öffentlicher Vermögenswerte ist bereits auf den HRADF übertragen worden. Dem ersten Quartalsbericht (1.7.2011–30.9.2011) zufolge hat der Fonds fast 30 Mitarbeiter, seine Ausgaben lagen in den ersten drei Monaten bei 135 413 Euro und seine Einnahmen bei 61 495 Euro.

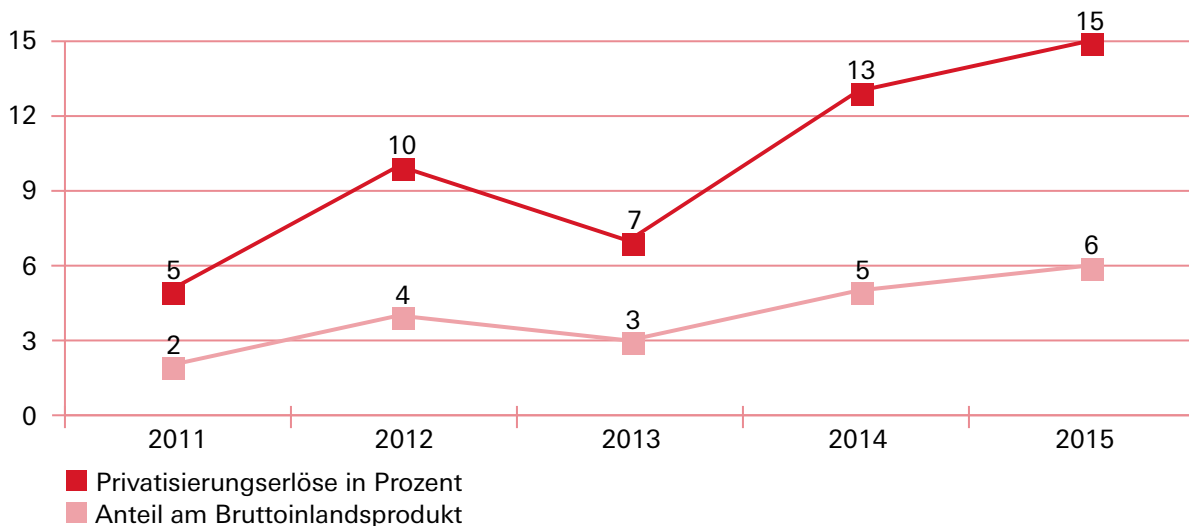
FOLGEN DES AKTUELLEN PRIVATISIERUNGSTRENDS IN GRIECHENLAND

In Artikel 345 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union heißt es: »Die Verträge lassen die Eigentumsordnung in den

verschiedenen Mitgliedsstaaten unberührt.« Der Enthusiasmus, mit dem die Europäische Kommission Privatisierung als Bedingung für das griechische Rettungspaket gesetzt hat, ist Hinweis auf ein neues Selbstverständnis. Der neoliberale Umbau der EU in den 1990er Jahren hatte zwar starken Einfluss auf den Privatisierungsschub dieser Zeit, doch die Kommission gab sich zurückhaltend und sprach sich nicht offen zugunsten einer Privatisierungspolitik aus. Das scheint sich geändert zu haben.

Es ist ein Trugschluss, dass Privatisierungen Defizit und Schulden eines Landes abbauen helfen. Privatisierung, »die zum Abbau kurzfristiger Schulden genutzt wird (indem ablaufende Staatsanleihen ausgezahlt werden), [führt] tatsächlich zu höheren Risikoprämien bei langfristigen Schuldpapieren« (Gros 2011, 1). Das liegt daran, dass »der Wert der verbleibenden (langfristigen) Staatsschulden in privater Hand sinken muss, weil im Fall der Zahlungsfähigkeit der Gewinn

GRAFIK 3: ZIELE FÜR DIE PRIVATISIERUNGSERLÖSE 2011–2015



Quelle: EK 2011; Berechnungen der Autorin

der Gläubiger (durch den Nominalbetrag) begrenzt ist, während sich ihr Verlust im Fall des Zahlungsausfalls erhöht« (ebd.). Der Verkauf von Staatseigentum schiebt also lediglich Ansprüche zwischen verschiedenen Gläubigergruppen hin und her, statt die Rückkehr des verschuldeten Landes an den Kapitalmarkt einfacher oder schneller herbeizuführen.

Auch die Behauptung, dass Privatisierung Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und Wachstum fördert, gründet nicht auf einer Untersuchung der privatisierten Vermögenswerte. In dem Maße, wie es sich dabei noch um öffentliche Einrichtungen und andere »natürliche« Monopole handelt, wird Privatisierung eher zur Erhöhung von Monopolprofiten führen als zu Wachstum.

Schon die Erfahrungen, die mit der deutschen Treuhandanstalt gemacht wurden, waren negativ: Im Zeitraum ihres Bestehens (1990–1994) verkaufte sie 8500 Unternehmen mit ursprünglich 4 Mio. Beschäftigten. Am Ende waren davon 2,5 Mio. arbeitslos und die Anstalt selbst, die eigentlich einen Profit hatte abwerfen sollen, hatte 400 Mrd. Dollar Schulden aufgehäuft. Angesichts des Zeitdrucks und des planlosen Vorgehens des HRADF wird dieser wohl ähnlich enden.

Im Juli 2011 verkündete der Präsident der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, dass die Griechenland aufgebürdeten Sparmaßnahmen – die Privatisierung ist Teil dieses Pakets – zur Folge haben werden, dass »die Souveränität Griechenlands massiv eingeschränkt wird«. (Finch 2011) Die Herrschenden in Griechenland sind mit der Abwertung des Prozesses demokratischer Kontrolle noch weiter gegangen. In einer an die IWF-Vorsitzende



Blockupy
Frankfurt,
kellerabteil/flickr
① ②

Christine Lagarde gerichteten Absichtserklärung des damaligen Premierministers Lucas Papademos, des Vizepremierministers und Finanzministers Evangelos Venizelos sowie des Präsidenten der Bank von Griechenland Georgios Provopoulos vom Februar 2012 heißt es: »Wir bleiben einem von politischem Druck abgeschirmten Prozess verpflichtet.« (Letter of Intent, Abschnitt 27) Vergleichbare schriftliche Versicherungen haben die Vorsitzenden der zwei großen Parteien, der Sozialisten (PASOK) und der Konservativen (Neue Demokratie), abgegeben. Die Zusagen gehörten zu den Bedingungen für das zweite Rettungspaket 2012.

Schnelle Privatisierung im großen Stil ohne Sorge um ihre sozialen Folgen untergräbt die Rechte der Bevölkerung. Der unabhängige

Experte der UN für Auslandsschulden und Menschenrechte Cephias Lumina warnt: »Die Umsetzung von [...] Sparmaßnahmen und Strukturreformen, die eine umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und staatlichen Vermögenswerten einschließen, wird wahrscheinlich schwerwiegende Auswirkungen auf grundlegende soziale Dienste und damit auf die Menschenrechte des griechischen Volks haben, besonders auf die verwundbarsten Teile der Bevölkerung wie die Armen, die Alten, die Arbeitslosen und die Menschen mit Behinderung.« (UN News Center 2011)

WIR BRAUCHEN EINE ANDERE ERZÄHLUNG

Anfang 2009, bevor die Staatsschuldenkrise in Griechenland ausbrach, schrieb der im Dezember 2009 verstorbene Jörg Huffschmid: »Solange die zugrunde liegenden Ursachen der Überakkumulation der Finanzwerte nicht thematisiert werden, wird der Druck bestehen bleiben, immer höhere Profite für diese Werte zu organisieren. [...] In dieser Situation kann der Privatisierungsdruck sogar noch wachsen.« (Frangakis u.a. 2009, 58f) Der Fall Griechenland ist ein Beleg dafür.

Die Griechenland auferlegten Sparmaßnahmen liegen auf der Erzählung auf, dass die Griechen »über die eigenen Verhältnisse gelebt haben« und daher Strafe verdienen. Die umfangreiche Privatisierung von staatlichen Gütern ist Teil einer solchen Bestrafung.

Diese Sichtweise blendet bequem alle anderen Faktoren der Verschuldung peripherer EU-Länder aus, darunter fehlende Verbindungsglieder in der EU-Architektur, die merkantilistische Politik der Kernländer wie Deutschland und die Rolle des Finanzkapitals auf einem

deregulierten Terrain. So lenkt sie den Druck, etwas zu verändern, von diesen Bereichen ab. Die Gewinner sind jene, die sich griechisches Eigentum zu Niedrigpreisen aneignen und Zugang zu Monopolspektoren bekommen werden.

Wir brauchen insgesamt eine andere Erzählung. Die Aufmerksamkeit muss sich den Grundlagen der Krise zuwenden, der Rolle des Finanzkapitals in Europa und in der Welt, dem unvollendeten Projekt der europäischen Einheitswährung, den Anforderungen einer wirtschaftlich entwickelten, einer sozialen Zusammenhalt bildenden, ökologisch nachhaltigen und demokratischen Europäischen Union. In einer solchen Perspektive hat der Ausverkauf öffentlichen Eigentums keinen Platz. Im Gegenteil, diese Güter müssen verteidigt und im Interesse zukünftiger Generationen weiter entwickelt werden.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

LITERATUR

- Clifton, Judith, Francisco Comín, und Daniel Díaz-Fuentes, 2006: Privatizing public enterprises in the EU 1960–2002: ideological, pragmatic, inevitable?, in: *Journal of European Public Policy* 8/2006, 736–756
- Europäische Kommission, 2011: *The Economic Adjustment Programme for Greece*
- Europäische Kommission, 2012: *Second Adjustment Programme for Greece*
- Finch, Julia 2011: Greek sell-off »threat to sovereignty«, in: *The Guardian online* vom 3.7.2011, www.guardian.co.uk/business/2011/jul/03/greece-bailout-privatisation-junker-treuhand, 8.5.2012
- Frangakis, Marica, Christoph Hermann, Jörg Huffschmid, und Karoly Lorant, 2009: *Privatisation against the European Social Model*, Basingstoke
- Gros, Daniel, 2001: *Privatization is no salvation*, CEPS Commentary, 23.6.2011
- Pagoulatos, George, 2005: The politics of privatization: redrawing the public-private boundary, in: *West European Politics*, Bd. 28, Nr. 2, 358ff
- UN News Center, 2011: Greek austerity measures could violate human rights, UN expert says, 30.6.2011, www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=38901_15.4.2012



aus·ter·i·ty [ʊs'teriti]

Enthaltensamkeit *f*; Entbehrung *f*;
Knappheit *f*

SPAREN WIE IN GRIECHENLAND

Auf Deutschland übertragen würde das griechische Sparprogramm bedeuten ...

Öffentlicher Dienst

Gehälter
-490 €

Die Gehälter von durchschnittlich 3250 € im Monat werden um 490 € gekürzt.

Beschäftigte
-460 000 €

460 000 Stellen werden gestrichen.

Sozialversicherungen

Rente/Jahr
-1000 €

Rentenempfänger müssen im Schnitt auf 1000 € im Jahr verzichten.

Krankenvers.
+530 €

Der Beitrag der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht sich um 530 € im Jahr.

Arbeitslosengeld
-900 €

Empfänger von Arbeitslosengeld müssen auf 900 € jährlich verzichten.

Steuern

Mehrwertsteuer
22%

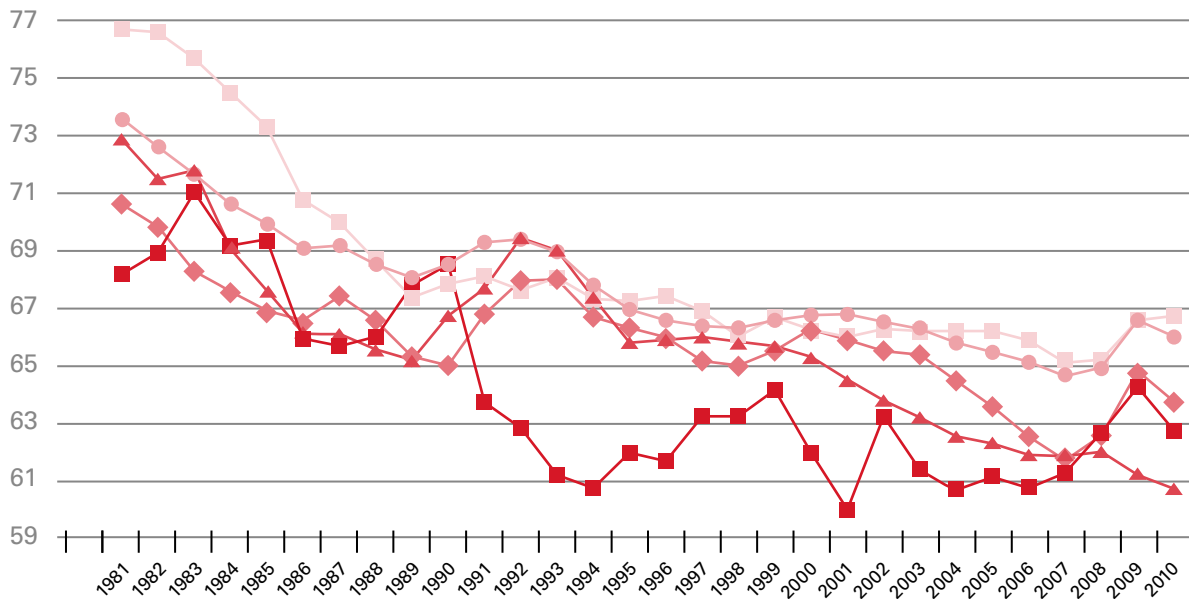
Die Mehrwertsteuer wird von 19% auf 22% erhöht.

Mineralölsteuer
+33%

Steuern auf Benzin, Zigaretten und Alkohol erhöhen sich um 33%.

Quelle: IMK 2011

RÜCKGANG DER LOHNQUOTEN

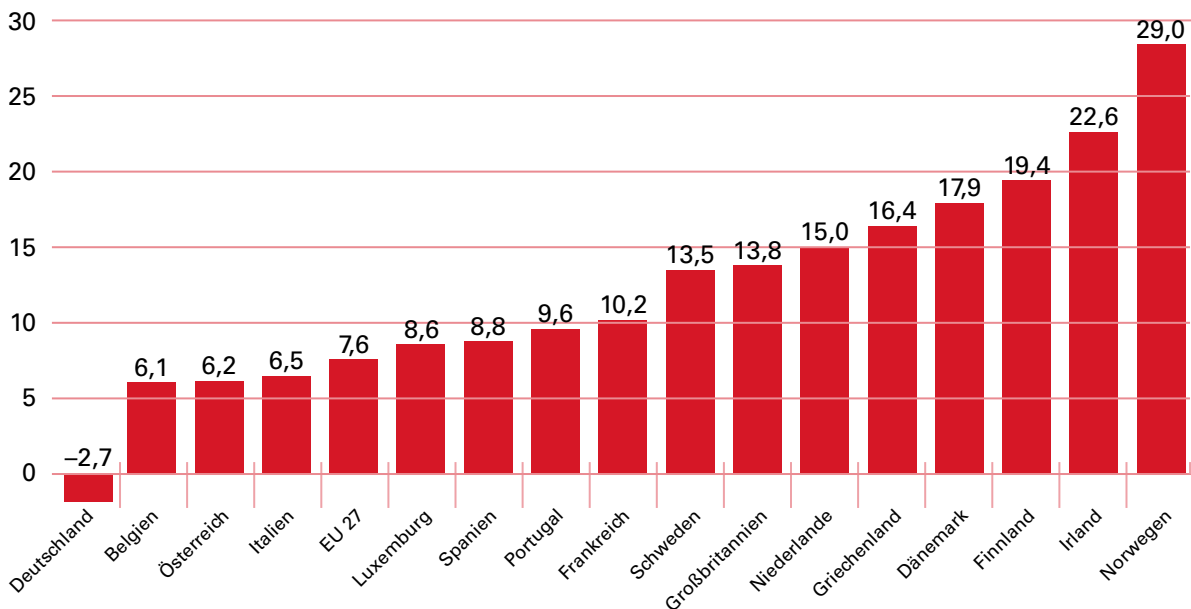


Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttoinlandsprodukt

■ Frankreich ● EU 15 ▲ Deutschland ◆ Spanien ■ Griechenland

Quelle: Europäische Kommission, ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik

STEIGERUNG DER REALLÖHNE PRO KOPF 2000 GEGENÜBER 2010 (IN PROZENT)



Quelle: Europäische Kommission: Ameco-Datenbank (Deflator: privater Konsum, Stand: März 2012)
ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik

RECHTE GEGEN EUROPA

THILO JANSSEN

Die europäische Schuldenkrise ist auch eine Krise der (repräsentativen) Demokratie. In Griechenland und Italien wurden gewählte Regierungen durch Sparfunktionäre ersetzt, die sicherstellen sollen, dass die Forderungen der Gläubiger auf Kosten der unteren und mittleren sozialen Schichten erfüllt werden – im Namen der deutschen und französischen Regierungen und der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds. Die Austeritätspolitik in den Defizitstaaten könnte man das »deutsche« EU-Modell nennen (frei nach CDU-Bundestagsfraktionschef Volker Kauder). So scheint es auch gedeutet zu werden: Bei einer Umfrage des griechischen Magazins *Epikaira* vom Februar 2012 bejahten 77 Prozent der Befragten die Frage, ob Deutschland ihrer Meinung nach ein »Viertes Reich« errichten wolle. In Ungarn baut der nationalkonservative Ministerpräsident Viktor Orban, dessen Partei *Fidesz* (wie Merkels *Christ-Demokraten* und Sarkozys *Union pour un Mouvement Populaire*) zur *Europäischen Volkspar-*

tei gehört, das Land in ein völkisch-autoritäres Gemeinwesen um und belebt groß-ungarische Kräfte. Die europäischen Konservativen stützen Orbans Kurs; inzwischen leitete die EU-Kommission mehrere Verfahren wegen Verletzung der EU-Verträge ein. Die ungarischen Neo-Faschisten von *Jobbik* liegen in Umfragen noch über dem 17-Prozent-Wahlergebnis von 2010. Im Nachbarland Österreich nähert sich die *Freiheitliche Partei Österreichs* den 30 Prozent und könnte stärkste Kraft werden. In Frankreich holte Marine Le Pen von *Front National* 18 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen und drängt ihren Konkurrenten nationalistische Themen auf. In Finnland haben die rechtspopulistischen *Wahren Finnen* das politische Konsenssystem durcheinander gewirbelt. Die völkische *Dänische Volkspartei* konnte zeitweise eine Wiedereinführung der Kontrollen an Dänemarks Außengrenzen erzwingen. Die *United Kingdom Independence Party* macht Stimmung gegen die EU als »modern day Völkerkerker« (Parteiführer Nigel Farage) und drängt auf ein Referendum zum EU-Austritt Großbritanniens. Geert Wilders' *Partij voor de Vrijheid* gelingt es als Stütze der rechtsliberalen Minderheitenregierung der Niederlande, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen, wie die Blockade gegen den Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens. In Lettland marschierten im März die Anhänger der lettischen Waffen-SS-Legionen, mit Unterstützung der rechten und konservativen Parteien sowie des Staatspräsidenten Andris Bērziņš; solche Aufmärsche finden auch in Estland und Litauen statt. Die Regierungen Großbritanniens und Tschechiens aus der *Conservative Party* und der *Občanská Demokratická Strana*, den führenden Mitgliedern der nationalkonservativen

Europapartei *Alliance of European Conservatives and Reformists* (AECR), verweigerten als Einzige dem von Deutschland vorgelegten Fiskalpakt die Gefolgschaft – er rüttle zu sehr an der nationalen Selbstbestimmung.

WARUM WIRD RECHTS GEWÄHLT?

Die Forschung zum Wählerverhalten zeigt, dass die soziale Lage eine wichtige Rolle bei individuellen Wahlentscheidungen spielt. Alan Kessler und Gary Freeman führen in einem Vergleich von Forschungsergebnissen (2005) auch das Versagen linker und sozialdemokratischer Parteien bei der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen »benachteiligter Gruppen« an. Dies gebe rechten Parteien den Raum, aus Ressentiments Kapital zu schlagen und sozialen Verwerfungen mit nationalen Identitätsangeboten zu begegnen.

Seit den 1970er Jahren findet ein globaler ökonomischer und sozialer Wandel statt: Die Schlagworte sind Individualisierung, Entgrenzung, globale wirtschaftliche Verflechtung. Der Keynesianismus wurde vom Neoliberalismus abgelöst, weil »die Schicht, deren Interessen er vertrat, – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer –, sich in einem historischen Niedergang befand« schreibt Colin Crouch (2011, 19).

Die – je nationale – Arbeiterklasse stellte bis dahin die Stammwählerschaft der linkssozialistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien. Der keynesianische Klassenkompromiss erodierte; die resultierende soziale Ungleichheit hatte »negativen Einfluss [...] auf das Ansehen von Parlamenten, Politikern und der Demokratie« (Schäfer 2010, 151). Das bietet Anknüpfungspunkte für

rechte und rechtsextreme Parteien, die sich als »Anti-System« und »Anti-Eliten-Parteien« präsentieren.

In der Europäischen Gemeinschaft trieben spätestens seit Anfang der 1980er Jahre wirtschaftliche Interessenverbände, nationale Regierungen und die EU-Kommission die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes (freier Waren-, Kapital-, Dienstleistungs-, Arbeitskräfteverkehr) voran, 1992 wurde der Vertrag über die Europäische Union in Maastricht verabschiedet. Dessen neoliberale Weichenstellung bestimmt die EU-Integration bis heute. Linksozialisten und Kommunisten in Europa hielten mehrheitlich am Bild von der Arbeiterklasse aus industriellen Hochzeiten fest und versuchten, die im 20. Jahrhundert erkämpften nationalen Sozialsysteme gegen die europäisierten und globalisierten Liberalisierungsprozesse zu verteidigen, während sich sozialdemokratische Parteien seit Ende der 1990er Jahre bemühten, die konservativen und liberalen Parteien mit neoliberalen Programmen zu übertrumpfen. Weder den beiden traditionellen linken Parteienfamilien noch den europäischen Gewerkschaften ist es gelungen, den entgrenzten und diversifizierten sozialen

Strukturen ein neues linkes Gesellschaftsprojekt entgegen zu stellen.

Die sozialwissenschaftliche Literatur zeigt vielfach, dass soziale Schichten und Milieus, deren materielle Interessen nicht mehr repräsentiert werden, sich verstärkt rechten Parteien zugewandt haben. Der Kampf gegen Re-Nationalisierung ist ein sozialer. Menschen, die aufgrund des post-industriellen Wandels sozial absteigen, also all jene, deren individuelle Chance, die eigene Haut auf deregulierten EU-Märkten zu verkaufen, gering ausfällt, neigen am ehesten dazu, Einwanderer und ethnische Minderheiten für die widrigen Bedingungen verantwortlich zu machen, und wenden sich der extremen Rechten zu. Angst vor sozialem Abstieg kann ein wichtiger Faktor für rechte Wahlerfolge sein (vgl. Hentges u.a. 2003). Gegen Prekariisierung und globalisierte Wirtschaftsprozesse, offene Grenzen und Einwanderung erscheint das eigene »Volk«, die eigene »Nation«, der Nationalstaat als rettende Insel.

Die Angaben zu den Eurobarometer-Umfragen¹ der EU-Kommission zeigen, dass auch die Bewertung der EU von der Position auf der »sozialen Leiter« (Kommission)

TABELLE 1: RECHTE EUROPAPARTEIEN UND FRAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AECR	Alliance of European Conservatives and Reformists	(kongruent mit ECR-Fraktion)
EAF	European Alliance for Freedom	(≈ teilweise verbunden mit EFD-Fraktion)
EANM	European Alliance of National Movements	(– keine Fraktionszugehörigkeiten)

Rechte Europaparteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament 2012
(offizielle Parteien auf EU-Ebene, finanziert vom EU-Parlament)

ECR	Fraktion European Conservatives and Reformists	(kongruent mit AECR-Europapartei)
EFD	Fraktion Europe of Freedom and Democracy	(≈ teilweise verbunden mit EAF-Europapartei)

Rechte Fraktionen im Europäischen Parlament seit 2009 (nicht immer kongruent mit Europaparteien)

abhängt: Die oberen Schichten bewerten die EU-Integrationspolitik positiver als Menschen auf den unteren »sozialen Stufen«. Daniela Braun u.a. (2010) zeigen, dass ablehnende Haltungen gegen EU-Integration und Zuwanderung tendenziell zusammenfallen.

Zusammengefasst: Je stärker die sozialen Verwerfungen durch die Krisen des neoliberalen Kapitalismus, je stärker die Bedrohung von sozialen Standards, je geringer die Macht linker Parteien und Gewerkschaften, dieser Entwicklung auf föderaler europäischer Ebene ein eigenes Modell entgegenzusetzen, desto größer sind die Chancen für die politische Rechte auf Zustimmung für ihre national-kollektiven Inselangebote.

RECHTE MODELLE FÜR EUROPA: RÜCKKEHR ZUR NATION

Derzeit können grob zwei alternative Modelle für die Zukunft der EU unterschieden werden, die rechts vom hegemonialen »deutschen« Entwicklungsmodell stehen; eine kurze Übersicht bietet Tabelle 1.

»VATERLAND UND NEOLIBERALISMUS«

Das EU-Modell der Europapartei AECR und der mit ihr kongruenten ECR-Fraktion im EU-Parlament (EP) kann das *Vaterland- und Neoliberalismus-Modell* genannt werden: Erhalt der »sovereignty of our nations«, »opposition to EU federalism«, »free enterprise« und »small government«, die Familie als »bedrock of society« sowie »effectively controlled immigration and an end to abuse of asylum procedures«. ² Im Grunde handelt es sich um das thatcheristische Programm, das die *Conservative Party* seit 30 Jahren verfolgt. Sie stellt mit 26 Abgeordneten

auch die stärkste nationale Delegation in der ECR-Fraktion im EP (insg. 52), gefolgt von der tschechischen *Občanská Demokratická Strana* mit zehn Abgeordneten, der polnischen *Prawo i Sprawiedliwość* mit sechs Abgeordneten sowie kleineren Delegationen mit meist nur einem Abgeordneten. Aufgrund der Hegemonie der *Conservative Party* vertritt die ECR keine offen xenophoben oder homophoben Positionen. Auch deshalb sind vier polnische Abgeordnete von der ECR zur radikaleren Fraktion *Europe of Freedom and Democracy* (EFD) gewechselt. Die dominanten AECR-Parteien gehören zum politischen Establishment in ihren Mitgliedsstaaten und stellen dort regelmäßig die Regierung (derzeit David Camerons *Conservative Party* in Großbritannien und Petr Necas' *Občanská Demokratická Strana* in Tschechien, Jarosław Kaczyńskis *Prawo i Sprawiedliwość* in Polen bis 2007).

»ETHNO-NATIONALISMUS UND ANTI-IMPERIALISMUS«

Das zweite rechte EU-Modell ist das ethnonationalistische und anti-imperialistische. Die nationalen Parteien, die dieses Modell verfolgen, sind auf EU-Ebene weniger homogen organisiert als die AECR-Gruppe. Ihre wichtigsten EU-Akteure sind die Europaparteien *European Alliance of National Movements* (EANM) und *European Alliance for Freedom* (EAF).

Im EP gibt es keine dazu kongruenten Fraktionen. Die nationalen Mitgliedsparteien sind fraktionslos³ oder in der EFD-Fraktion organisiert, kooperieren aber regelmäßig miteinander. Die wichtigsten Themen der Zusammenarbeit dieser extremen Rechten sind die Kämpfe gegen Einwanderung, Min-

TABELLE 2: ZUORDNUNG DER NATIONALEN RECHTEN PARTEIEN ZU EUROPAPARTEIEN UND FRAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Europapartei Europafraktion	AECR – Alliance of European Conservatives and Reformists	EANM – European Alliance of National Movements	EAF – European Alliance for Freedom (hauptsächlich Einzelmitgliedschaften)	Nicht in Europapartei oder personell mit solcher verbunden
ECR-Fraktion European Conservatives and Reformists Group	Conservative Party (UK) Občanská Demokratická Strana (CZ) Prawo i Sprawiedliwość (PL) Polska Jest Najważniejsza (PL) Lijst Dedecker (BE) Magyar Demokrata Fórum (HU) ChristeUnie (NL) Tēvzemei u Brīvībai/LNNK (LV) Lietuvos Lenkų Rinkimų Akcija (LT)			
EFD-Fraktion Europe of Freedom and Democracy Group			Godfrey Bloom (United Kingdom Independence Party, UK) Rolandas Paksas/ Juozas Imbrasas (Tvarka ir Teisingumas, LT)	Lega Nord (IT) Dansk Folkeparti (DK) Mouvement pour la France (FR) Perussuomalaiset (FI) Laikos Orthodoxos Synagermos (GR) Slovenská Národná Strana (SK) Staatkundig Gereformeerde Partij (NE) Io amo l'Italia (IT)
NI – Non Inscrits		Jobbik (HU)	Kriszti a Morvai (Jobbik, HU)	Ataka (BG)
Fraktionslose Parteien (hier aufgeführt nur jene aus dem rechten Spektrum)		Front National (FR) British National Party (UK)	Marine Le Pen (Front National, FR) Franz Obermayr/ Andreas Mölzer (Freiheitliche Partei Österreichs, AT) Philip Clayes (Vlaams Belang, BE)	Partidul România Mare (RO) Partij voor de Vrijheid (NL)
Nicht im EU-Parlament	Alternativ Demokratesch Reformpartei (LU) Sjálfstæðisflokkur (IS)	Fiamma Tricolore (IT) Movimiento Social Republicano (ES) Front National (BE) Nationaldemokraterna (SE) Partido Nacional Renovador (PT) Svoboda (UA)	Torste Groß (Bürger in Wut, DE) Kent Ekeroth (Sverigedemokraterna, SE) Sharo Ellul-Bonici (Labour Party, MT)	

derheiten und den EU-Beitritt der Türkei. Die Europaparteien EANM und EAF unterscheiden sich vor allem in ihrer Organisationsform.

Die EANM ist ein klassisches Parteienbündnis. Sie gründete sich im Oktober 2009 auf Initiative der ungarischen *Jobbik* und des französischen *Front National*, auch die *British National Party* ist Mitglied. 2012 wurde sie offiziell als Europapartei anerkannt und erhält deshalb rund 290 000 Euro vom EP für das laufende Jahr. *Front National*, *Jobbik* und *British National Party* sind mit jeweils drei bzw. zwei Abgeordneten im EP vertreten, allerdings ohne einer Fraktion anzugehören. Dazu kommen nicht im EP vertretene Parteien wie *Fiamma Tricolore* (Italien), *Movimiento Social Republicano* (Spanien), *Nationaldemokraterna* (Schweden). Die gemeinsame Politik richtet sich gegen EU-Föderalismus und Globalisierung, gegen Neoliberalismus und Sozialdumping, gegen Imperialismus und Finanzkapital sowie gegen Einwanderer und offene Grenzen. Sie hetzen außerdem gegen »EU-Eliten«, Linke und Minderheiten (Homosexuelle, Roma).

Die EAF stammt z.T. aus dem gleichen Parteienspektrum, kommt aber bürgerlicher-seriös daher, konzipiert als Aktionsplattform gegen EU-Föderalismus. Sie hat vor allem Individualmitglieder – darunter Godfrey Bloom (UKIP/UK), Marine Le Pen (Front National/FR), Andreas Mölzer (FPÖ/AT) und Philip Claves (Vlaams Belang/BE) –, deshalb gibt es personelle Überschneidungen mit der EANM. Die EAF will Kräfte vereinen, die über die politischen Lager von rechts und links hinweg die »Freiheit der Nationen« gegen die EU verteidigen wollen.⁴ Generalsekretärin ist die Sozialdemokratin und Anti-EU-Aktivistin

Sharon Ellul-Bonici aus Malta. Die erste große Aktion der EAF, die dieses Jahr bis zu 360 000 Euro vom EP erhält, soll eine Europäische Bürgerinitiative gegen den EU-Beitritt der Türkei werden.

Nach Jahren der Uneinigkeit und einer Vielzahl zerbrochener Bündnisse ist die ethnonationalistische, anti-imperialistische Rechte inzwischen gut aufgestellt. Das EP bietet Möglichkeiten zu Vernetzung und Finanzierung; damit lässt sich nationale Propaganda gegen eine offene europäische Gesellschaft organisieren. Die undemokratische Struktur der EU, v.a. die Schwäche des Parlaments, das deutsche Machtübergewicht, die sozialen Auswirkungen der Krise sowie die bessere Organisation der Arbeitgeber und Kapitalverbände gegenüber Gewerkschaften, linken Parteien und sozialen Bewegungen spielen den EU-Nationalisten in die Hände.

LITERATUR

- Braun, Daniela u.a., 2010: *Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration – Eine Mehrebenenanalyse*, in: MZES Arbeitspapiere Nr. 136
- Crouch, Colin, 2011: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Bonn
- Hentges, Gudrun u.a., 2003: *The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populism. European Synthesis Report on Qualitative Findings*, Wien
- Kessler, Alan E., und Gary P. Freeman, 2005: Support for Extreme Right-Wing Parties in Western Europe: Individual Attributes, Political Attitudes, and National Context, in: *Comparative European Politics*, 2005/3, 261–88
- Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 2010/4, 131–56

1 European Commission, Public Opinion: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

2 European Conservatives and Reformists, Policy: The Prague Declaration, www.ecrgroup.eu/policy-prague.asp

3 Das Spektrum der fraktionslosen Abgeordneten wird NI – für französisch »Non Inscrits« – genannt.

4 European Alliance for Freedom – The people's voice in Europe. Über EAF: www.eurallfree.org/?q=node/325

UNGARNS NEUE SOLIDARITÄT

SILVIU MIHAI

Budapest – Auf dem Blaha-Lujza-Platz, einem der zentralen Verkehrsknotenpunkte der Stadt, warten an einem milden Samstagnachmittag dutzende Bedürftige auf eine warme Mahlzeit, die ihnen christliche Hilfsorganisationen anbieten. Aus den Lautsprechern tönen immer wieder die gleichen Bibelverse. Eine Frau teilt rötliche Bohnensuppe in Plastikschüsseln mit einer dicken Scheibe Graubrot aus, »im Namen Christi«. Männer und Frauen schlürfen wortlos ihre Teller leer, dann verschwinden sie in die benachbarten Seitenstraßen.

Mit mehr als zehn Prozent Arbeitslosigkeit, mit einer hohen Inflationsrate und einer rasch abwertenden Währung kriecht Ungarns Volkswirtschaft seit mehr als drei Jahren vor sich hin. Vorbei sind die Zeiten des Konsumoptimismus, verschwunden die enthusiastischen Experten, deren Analysen kurz nach dem EU-Beitritt des Landes eine Investitionsflut und Wachstumsraten in chinesischem Ausmaß voraussagten. Stattdessen präsentieren ausländische Banken und Investoren Ungarn eine unbezahlbare Rechnung. Aus Wut und Enttäuschung wählten

die Bürger 2010 die Sozialdemokraten ab, es wurde ein Erdrutschsieg für Viktor Orbáns rechtspopulistische Partei Fidesz.

Seitdem vergeht kaum eine Woche, ohne dass die Regierung einen Schritt weiter Richtung Abbau der Grund- und Sozialrechte geht. Auf die umstrittenen Mediengesetze folgte eine neue Verfassung, die die Macht des Ministerpräsidenten stärkte und seine Entscheidungen praktisch unumkehrbar macht. Auf jede weitere Herabstufung der ungarischen Staatsanleihen durch US-Rating-Agenturen, die die Finanzierung des Defizits erschweren, reagiert Orbán mit einer weiteren Drehung an den Daumenschrauben: Eine tiefgreifende Reform des Arbeitsrechts setzt den Kündigungsschutz so gut wie außer Kraft, verkürzt das Arbeitslosengeld auf drei Monate und verpflichtet die Arbeitslosen zu gemeinnütziger Arbeit. Kurz vor Weihnachten wurde das Gesetzespaket im Parlament durchgepeitscht – unter heftigen, vergeblichen Protesten der Opposition.

Zum einen möchte die Regierung mit der Reform ihre rechtskonservative Agenda durchsetzen und den Forderungen von Arbeitgeberorganisationen entgegenkommen. Diese beschwerten sich seit Jahren über das angeblich zu komplizierte Arbeitsrecht sowie über die niedrige Beschäftigungsrate, die der Staat durch zu viele Sozialleistungen und falsche Anreize nicht erhöhe. Ausländische Banken und Konzerne – die die Politik der Orbán-Regierung in anderer Hinsicht kritisieren – unterstützen den Abbau der Arbeitnehmerrechte. »Es ist nicht normal, dass ganze Familien von Arbeitslosengeld, Kindergeld und diversen anderen Sozialleistungen leben, statt einen Job zu suchen«, meint Zsolt Kond-

rát, Chefökonom bei der größten ungarischen Bank in deutschem Besitz (MKB).

Zum anderen sind die neuen Arbeitsgesetze Teil der umfassenden Fidesz-Agenda, die eine Neujustierung sämtlicher Institutionen vorsieht. »Die Reform macht die Ausübung des Streikrechts abhängig vom guten Willen der Arbeitgeber oder der Gerichte und stellt dadurch eine erhebliche Einschränkung unseres Spielraums dar. Das neue Arbeitsgesetzbuch ist definitiv gewerkschaftsfeindlich«, erklärt Károly György, Leiter der Abteilung für Internationale Kooperation beim Landesgewerkschaftsverband MSZOSZ.

»Als wir letztes Jahr von diesen neuen Plänen der Regierung erfahren haben, konnten wir es kaum glauben«, erinnert sich Péter Kónya. Der 42-jährige Mann trägt einen hellbraunen Pullover und sitzt an seinem Schreibtisch im Haus des Verbands der Unabhängigen Gewerkschaften. Er redet langsam und überlegt. »Danach haben wir verstanden, dass sie es ernst meinen, obwohl die sogenannten Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern ein schlechter Witz waren«, fährt er fort. »Im Herbst haben wir angefangen, uns mit vereinten Kräften dagegen zu organisieren. Die Reform konnten wir nicht verhindern, aber wir geben nicht auf.«

Bis vor kurzem war Kónya Oberstleutnant und vertrat 15 Jahre lang die Interessen der Beschäftigten der ungarischen Armee, Polizei und Feuerwehr. Gegen Kürzungen im öffentlichen Sektor und Erhöhungen des Renteneintrittsalters ist 2011 sein Gewerkschaftsverband mehrmals auf die Straße gegangen. Doch wie alle anderen Protestaktionen hatten sie keinen Erfolg. »Die Regierung ist keinen Zentimeter

zurückgewichen und wir haben langsam verstanden, dass wir nur gemeinsam, als große Plattform überhaupt eine Chance haben, Einfluss zu nehmen«, sagt Kónya. In seinem Büro warten mehrere Kollegen von anderen beruflichen Verbänden auf einen Bus, mit dem sie gleich zur nächsten Veranstaltung fahren.

Es war die Idee einiger weniger Gewerkschaftsvertreter, noch vor der Ankündigung der jüngsten Arbeitsrechtsreformen eine Sammelbewegung zu gründen, die die Kräfte von Arbeitnehmerorganisationen und kleineren, aber sehr aktiven Bürgerinitiativen vereinen soll. »So ist die Protestplattform Szolidaritás entstanden, die jetzt landesweit, in allen wichtigen Städten und Landkreisen vertreten ist. Auf diese Art und Weise können wir viel mehr Bürger erreichen und mobilisieren, als durch klassische Aktionen einzelner Gewerkschaften, die die Regierung immer wieder als Verteidigung des Eigeninteresses abtut.« Beim Namen haben sie sich von der polnischen Solidarnosc inspirieren lassen: »Genau wie unsere Kollegen aus Gdansk verlangen wir nicht nur unsere sozialen Rechte, sondern protestieren gegen eine autoritäre Regierung.«

Ein paar Meter von der Suppenküche entfernt sammeln sich auf dem Blaha-Lujza-Platz am selben Nachmittag die Anhänger der neuen Bewegung. Junge Aktivisten, die von ihren Mobiltelefonen aus auf Facebook zur Demo aufrufen, unterhalten sich mit 50-jährigen Arbeitnehmern, die sich an die Zeiten vor der Wende erinnern. »Genossen, hier ist das Ende!«, steht auf den Transparenten, die nicht ohne Ironie die Vertreter der rechtskonservativen Fidesz-Regierung mit den alten staatssozialistischen Parteikadern vergleichen.

»Orbán und seine Leute bezichtigen jede oppositionelle Stimme als kommunistisch. Dabei sind es doch sie selbst, die den ungarischen Rechtsstaat Stück für Stück abbauen!«, empört sich Sándor Székely, einer der Szolidaritás-Vorsitzenden. Für den Sommer seien landesweit Protestaktionen geplant.

Anfang März, kurz vor dem ungarischen Nationalfeiertag, rief die Plattform zu einer Großaktion vor dem ungarischen Parlament auf. Nicht nur Vertreter von traditionell linksorientierten Organisationen traten auf, auch ehemalige Dissidenten wie der Pfarrer Gábor Iványi, der vor der Wende gegen die Kádár-Regierung auftrat. Jetzt kritisiert Iványi scharf die Sozialpolitik der Fidesz-Regierung und das neue Gesetz, das Obdachlosigkeit kriminalisiert. Auf dem weiten Platz vor den Rednern versammeln sich fast 10 000 Szolidaritás-Sympathisanten, Gewerkschaftsmitglieder, viele aus dem chronisch unterfinanzierten öffentlichen Dienst, aber auch gut verdienende Ungarn aus dem bürgerlichen Milieu unter den weißroten Fahnen mit unverwechselbarer Schrift gegen die »neue soziale und politische Sklaverei« und die »Abschaffung der Republik«.

Mit der neuen Verfassung hat Fidesz selbst den offiziellen Namen des Landes geändert: Es heißt nun nicht mehr »Ungarische Republik«, sondern einfach »Ungarn«. Für die rechtskonservativen Regierenden gehört diese Geste zu einer symbolischer Restauration, wie die jüngsten Versetzungen von Statuen in Budapest. Das Denkmal von Mihály Károlyi, einem der progressiven Gründer der ersten ungarischen Republik und 1918 für kurze Zeit Ministerpräsident des Landes, musste Ende März den Platz vor dem Parlament verlassen. Jede Spur des Kommunis-



Kundgebung auf dem Blaha-Lujza-Platz, Budapest, März 2012
© Dagmar Gester

mus und der linksliberalen Tradition sollte aus der Öffentlichkeit entfernt werden.

Eine Entscheidung über die Zukunft von Szolidaritás steht zumindest offiziell noch aus. »Im Moment halten wir uns alle Optionen offen, von einer breiten sozialen Bewegung, die mit den Oppositionsparteien zusammenarbeitet, bis hin zur direkten politischen Partizipation als neuer Partei«, erklärt Péter Kónya. Szolidaritás könnte bei den nächsten Parlamentswahlen 2014 als eine Art gewerkschaftsnahe Partei antreten. Die linksgrüne Initiative *Politik kann anders sein* (Lehet más a Politika, LMP) konnte 2010 schon ein Jahr nach ihrer Gründung mit sieben Prozent der Stimmen ins Parlament einziehen – ungarische Politik kann durchaus überraschend sein.

Die Sozialdemokraten von der MSZP haben fast zwei Jahre nach ihrer Wahlniederlage noch immer ein Korruptions- und Glaubwürdigkeitsproblem; eine Fraktion der Anhänger ihres ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány hat sich abgespalten. Eine neue politische Kraft, die für die Rechte der Beschäftigten eintritt, hätte also Chancen. Allerdings wäre Szolidaritás nicht die einzige Bewegung, die eine Art außerparlamentarische Opposition darstellt. Viele kleine Bürgerinitiativen wurden ins Leben gerufen, die Unbehagen mit den Maßnahmen der Fidesz-Regierung ausdrücken. Wer dieser bunten Szene eine kohärente Stimme gibt, kann sich politische Hoffnungen machen – solange in Ungarn die demokratischen Grundlagen noch in Kraft sind.

VERTEIDIGUNG DER EUROPÄISCHEN WOHLFAHRTSSTAATEN?

STRATEGIEN FÜR BEWEGUNGEN, GEWERKSCHAFTEN UND

LINKE PARTEIEN IN DER KRISE

ASBJØRN WAHL

Soziale Kämpfe sind ein ständiges Merkmal unserer Gesellschaften; sie sind bestimmt von gegensätzlichen Kräften, widerstreitenden Interessen und sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. In den letzten Jahrzehnten waren Gewerkschaften und soziale Bewegungen dabei meist in der Defensive seit den schweren Niederlagen der Bergarbeiter in Großbritannien und der Fluglotsen in den USA. Viel wurde verloren, doch es wurden auch Kämpfe gewonnen. Und beständig sind neue Gruppen, Bündnisse und Netzwerke auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene entstanden.

Die Initiativen der Sozialforen z.B. haben der breiteren Linken neue Kraft verliehen. Nach 20 Jahren neoliberaler Globalisierung, Rückschritten, Pessimismus und Demobilisierung in vielen Ländern brachten die Sozialforen neuen Enthusiasmus, neue Arbeitsmethoden, neue Mobilisierung und neue Inspiration für Hunderttausende. Zehn Jahre später jedoch ist die Situation viel unklarer: Die ehr-

geizigen Ziele und Hoffnungen, die nach dem *Battle of Seattle* aufgekommen waren, erfüllten sich nicht. Die Bewegung der Sozialforen ist nicht zur »Zweiten Supermacht« aufgestiegen. Obwohl in ganz verschiedenen Teilen der Welt viel wichtige Arbeit und Mobilisierung unter dem Schirm der Sozialforen geleistet wird, ist in der Bewegung zunehmend von Krise oder Niedergang die Rede.

Es gibt viele Gründe für diese Krise der Sozialforen. Besonders in Europa ist sie u.a. an der seit 2002 stetig rückläufigen Beteiligung deutlich zu spüren (Wahl 2010b). Die Sozialforen waren als Antwort auf die ideologische und politische Krise der traditionellen Linken entstanden, konnten jedoch viele ihrer Schwachpunkte nicht ausgleichen. Die enorme Verschiebung der Kräfteverhältnisse, die Krise der Linken und das Fehlen starker sozialer und Arbeiterbewegungen beeinträchtigten auch die Bewegung der Sozialforen. Trotz allem Enthusiasmus und guter Intentionen mangelt es vielen Aktivistinnen und NGOs, die in den Sozialforen aktiv sind, an theoretischer und politischer Klarheit und Einigkeit, an einem Verständnis der Klassenverhältnisse, sozialer Kämpfe und der Frage gesellschaftlicher Macht.

Im Zusammenhang der anhaltenden Krise der traditionellen Linken erscheinen auch Gewerkschaften in den Industriestaaten als geschwächte, von Bürokratie geplagte Organisationen. Sie sind stark von der Ideologie der Sozialpartnerschaft beeinflusst; in manchen Regionen gibt es gelbe Gewerkschaften, und paternalistische Haltungen gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen des globalen Südens sind weit verbreitet.

Viele neue Bewegungen wandten sich daher von den Gewerkschaften ab. Manche schützten das Kind mit dem Bade aus – und die Arbeiterklasse als potenzielle gesellschaftliche Kraft verschwand gleich mit. In Ermangelung einer gesellschaftlichen Mobilisierung lag der Fokus weitgehend auf Lobby-Arbeit, symbolischen Demonstrationen und Unterschriften-Aktionen.

Seit sich in der Wirtschaftskrise die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zuspitzen, halten Themen wie Klasse, Gewerkschaften, Konfrontation und Macht wieder Einzug in die Arena des Sozialen. Sollten die Sozialforen nicht in der Lage sein, diese Tendenzen aufzunehmen, laufen sie Gefahr, ihre kurze Rolle bereits zu Ende gespielt zu haben. In Auseinandersetzungen formulierten sie wichtige Kritik an rigiden ideologischen und organisatorischen Strukturen in der Linken und steuerten neue Arbeitsweisen und Prinzipien bei, die für zukünftige Organisation und Koordinierung von großer Bedeutung sein werden. Die Sozialforen werden von vielen gesellschaftlichen Kräften, die gegen autoritäre Machtstrukturen und dramatische Auswirkungen der Wirtschaftskrise kämpfen, nicht als natürliche oder notwendige Werkzeuge wahrgenommen. Mit den Angriffen auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten wächst der Widerstand – ein Grund für die breiten Mobilisierungen in Island, Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Irland und Großbritannien. Auf der Agenda der Gewerkschaften stehen wieder Generalstreiks, vor allem in Griechenland, wo drakonische Maßnahmen die sozialen und ökonomischen Lebensstandards der Bevölkerung bedrohen.

Auch in Portugal, Italien, Spanien und Irland kam es zu Generalstreiks und Massendemonstrationen, jedoch in unterschiedlicher Intensität und Ausmaß.

Obwohl Gewerkschaften und soziale Bewegungen sich in der ersten Runde nicht durchsetzen konnten, gewannen sie an Selbstbewusstsein, schmiedeten breitere gesellschaftliche Bündnisse und erlangten größere Einheit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Ohne Zweifel bricht in Europa eine neue Phase sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe um den Wohlfahrtsstaat an. Die Krise polarisiert Unterschiede und spitzt Konfrontationen zu. »Gepaart mit einer anhaltenden Deflation verstärkt sich sogar die Gefahr einer Depression. Massive soziale und wirtschaftliche Verwerfungen in Deutschland und Europa wären programmiert.«¹ Ihren Lippenbekenntnissen zum Trotz haben sich die Eliten vom europäischen Gesellschaftsmodell, wie wir es aus seiner Blütezeit kannten, abgewandt.

INTERNE POLITISCH-IDEOLOGISCHE HINDERNISSE

Die Europäische Union stellt wichtige äußere Hindernisse für soziale Kämpfe dar, aber es gibt auch interne Hindernisse, die die Gewerkschaften davon abhalten, ihre historische Aufgabe in der aktuellen Situation zu erfüllen. Das betrifft die politisch-ideologische Ebene; auch ihre traditionellen und organisatorischen Strukturen verlieren an Wirksamkeit im Umgang mit der globalen neoliberalen Offensive – die u.a. internationale Restrukturierungen der Produktion, prekäre Arbeitsverhältnisse, zunehmende Migration und Deregulierung der Arbeitsmärkte mit sich bringt.

Auf politisch-ideologischer Ebene wird die Situation stark von der Krise der Linken beeinflusst. Hier ist zentral, dass Sozialpartnerschaft und Sozialer Dialog in den einflussreichen Zirkeln der Gewerkschaften zu ideologischen Maximen erhoben wurden – auf europäischer wie vielfach auf nationaler Ebene (Australien und Neuseeland eingeschlossen). Der Soziale Dialog wird dabei als Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten angesehen – losgelöst von einer Analyse der realen Machtverhältnisse und der Frage, wie diese die Chancen mindern, wirkliche Zugeständnisse zu erringen. Dass eine breite gesellschaftliche Mobilisierung notwendig ist, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird häufig nicht gesehen. Dabei müssen Gewerkschaften natürlich immer mit Arbeitgebern diskutieren und verhandeln, das ist nicht Gegenstand der Kritik.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Soziale Dialog in vielen Ländern gerade deshalb zu Ergebnissen geführt, weil die Machtverhältnisse zuvor zugunsten der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften verschoben worden waren. Klassenkompromiss und Sozialer Dialog waren Ergebnisse von Mobilisierungen und harten Auseinandersetzungen. Doch in den aktuellen Erzählungen werden sie nicht als Ergebnis, sondern als Ursache des größeren Einflusses der Gewerkschaften dargestellt. Das führt zu analytischen Kurzschlüssen, z.B. im Verständnis sozialer Widersprüche, wie sie aus diesem Zitat des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) sprechen: »Die EU basiert auf dem Prinzip der Sozialpartnerschaft: ein Kompromiss zwischen den verschiedenen



Auf dem Markt
in Athen,
Nov. 2011, Ed
Yourdon

gesellschaftlichen Interessen *zum Wohle aller.*«
(Herv. d. Verf., 2007)

Im Lichte der verstärkten Angriffe von Kapital und Regierungen auf Gewerkschaften und soziale Rechte scheinen solche ideologischen Versicherungen fragwürdig. Es besteht wenig Zweifel, dass das europäische Kapital den historischen Kompromiss mit der Arbeiterklasse aufgekündigt hat; Sozialleistungen und Institutionen, die zuvor im Namen dieses Kompromisses akzeptiert waren, werden auf breiter Front angegriffen. Trotzdem ist der Soziale Dialog in seiner ideologisch überhöhten Version im Denken führender Kräfte der europäischen Gewerkschaftsbewegung fest verankert, etwa beim Generalsekretär des EGB, John Monks: Sein Ausgangspunkt waren

Kampagnen zu allgemeinpolitischen Themen, die Aktivisten in US-amerikanischen Gewerkschaften durchführen: Gegen die Vorstellung, dass es in Europa Ähnliches geben könnte, erklärt er: »Angesichts der schwierigen Situation der Arbeitsmärkte und der verzweifelten Arbeitgeber ist es nicht an der Zeit für große Militanz.« Stattdessen »ist es Zeit, bessere Rahmenbedingungen für Sozialleistungen, Weiterbildungen, Mitspracherechte und die Einführung gerechterer Entlohnungssysteme zu fordern, sodass sich nach einem Ende der Krise die Ungleichheiten, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, nicht wiederholen« (*Economist*, 12.3.2009).

Monks sagt dies lange nachdem die Finanzkrise in mehreren europäischen

Ländern Polarisierungen verschärft hatte. Wie er mehr Sozialleistungen und gerechtere Entlohnungssysteme durchsetzen möchte, ohne auf altmodische Straßenproteste, Militanz oder ähnliches zurückzugreifen, lässt er offen. Vielleicht durch weitere Zugeständnisse an die »Arbeitgeber«¹ Der EGB veröffentlichte im Zuge der Vorbereitungen auf die 2020-Strategie der EU eine außerordentlich schwache gemeinsame Erklärung mit verschiedenen europäischen Arbeitgeberverbänden. Im Sommer 2010, nachdem die griechischen Beschäftigten mehrere Generalstreiks durchgeführt hatten, man sich in Spanien auf Streiks vorbereitete und in Frankreich mit großer Dynamik die Kämpfe gegen Rentenkürzungen herannahen, erklärten sie:

»Flexicurity«-Maßnahmen müssen mit stabiler makroökonomischer Politik, günstigen Bedingungen für Unternehmen, angemessenen finanziellen Ressourcen und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen einhergehen. Insbesondere muss die Lohnpolitik, die von den Sozialpartnern autonom ausgehandelt wird, sicherstellen, dass die Entwicklung der Reallöhne sich an den Produktivitätsentwicklungen ausrichtet, während Lohnnebenkosten, wenn angemessen, gesenkt werden sollten, um die Nachfrage an Arbeitskräften zu fördern. [Im Hinblick auf öffentliche Leistungen] müssen Zugang, Qualität, Effizienz und Effektivität verbessert werden, u.a. durch vermehrten Rückgriff auf die Vorteile ausgewogener Public-Private-Partnerships und Modernisierungen öffentlicher Verwaltungssysteme.« (EGB u.a. 2010)

Die folgenden massiven Angriffe haben sogar den Ton des EGB verschärft:

»Kommissionsbeamte ignorieren den Sozialen Dialog und Tarifverhandlungen und greifen direkt in Arbeitsmärkte dieser Länder ein. Es werden Diktate erlassen, die zu einer Senkung der Lebensstandards führen. Die Vorschläge zielen darauf ab, Mindestlöhne zu senken und »starre« Regelungen aufzuweichen, Rentenansprüche zu reduzieren und die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren. [...] Ich sollte sie nicht daran erinnern müssen, dass solche Maßnahmen detaillierten Eingreifens in Arbeitsmärkte alle bisherigen wohlklingenden Erklärungen der Kommission zur Autonomie der Sozialpartner, der Wichtigkeit des Sozialen Dialogs und des expliziten Ausschlusses jeder europäischen Einmischung in die Lohnpolitik in den europäischen Verträgen mit Füßen tritt. Ich bitte daher um ein Notfall-Treffen, um diese Fragen zu erörtern und um Sie zu warnen, dass der EGB derartiges Vorgehen der Europäischen Union, Vorschläge ökonomischer Steuerung oder jegliche neuen Verträge, die diese enthalten, nicht hinnimmt. Diese Bestimmungen erinnern in mancher Hinsicht an die Reparationszahlungen des Versailler Vertrages und reduzieren die Mitgliedsstaaten auf einen quasi kolonialen Status.« (Brief von Monks an Rehn, 11.1.2011)

Inzwischen sprachen sich EGB und Gewerkschaften weltweit für umfassendere politische Intervention in die Märkte, die Regulierung der Finanzmärkte und Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums aus.² Als Antwort auf die Finanzkrise kam es also auf politischer und rhetorischer Ebene zu einer gewissen Radikalisierung der internationalen gewerkschaftlichen Organisationen. Bis dem die notwendigen gesellschaftlichen Mobilisie-

rungen folgen, bei denen die Gewerkschaften ihre effektivsten Strategien einsetzen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist es noch ein weiter Weg.

Dies ist nicht der Fehler Einzelner an der Spitze der Gewerkschaften, sondern ein allgemeines Problem. Die EGB-Führung setzt sich z.B. aus Vertretern verschiedener nationaler Gewerkschaften zusammen, die von sehr unterschiedlichen Bedingungen und Logiken ausgehen; es ist schwierig, zu gemeinsamen Positionen zu kommen.³ Ein anderes internes Hindernis vieler Gewerkschaften ist ihre starke Bindung an die traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung. Die politische und ideologische Krise der Linken lässt viele dieser Parteien als Bündnispartner fragwürdig erscheinen. Sozialdemokratische Parteien (die in Südeuropa als sozialistische Parteien bezeichnet werden) haben sich in Ländern, in denen sie lange an der Macht waren, gewandelt: von Massenorganisationen für die Beschäftigten hin zu bürokratischen, etablierten Organisationen; ein dramatischer Rückgang der Mitgliederzahlen war die Folge.⁴ Die Parteiapparate wurden immer mehr zu Karriereleitern und Wahl-Maschinen für eine neue politische Elite.

In ihrer Blütezeit nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Aufgabe der Sozialdemokratie, den Klassenkompromiss zu verwalten: nicht die Beschäftigten gegen die Kapitalisten zu repräsentieren, sondern innerhalb des Rahmens einer regulierten kapitalistischen Wirtschaft zwischen den Klassen zu vermitteln. Als der Klassenkompromiss um 1980 einzustürzen begann, geriet die Sozialdemokratie in eine tiefe politische und ideologische Krise, die

weiter anhält. Die Parteien, die ja stark in den Staatsapparat integriert waren, veränderten sich schnell, als der Staat begann, sich unter der neoliberalen Offensive zu wandeln. Sie wurden von der neoliberalen Hegemonie beeinflusst und nahmen sie aktiv in sich auf.

In der Folge trugen sozialdemokratische Parteien massiv zur Deregulierung, Privatisierung und zu den Angriffen auf Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates bei – unter dem Label »Third Way« in Großbritannien oder »Die Neue Mitte« in Deutschland. Als sozialdemokratische Regierungen Ende der 1990er Jahre eine breite Mehrheit innerhalb der EU innehatten, änderte sich ihre neoliberale Politik in keiner Weise. Die Gewerkschaften reagierten unterschiedlich auf diesen politischen Rechtsruck. In vielen Ländern blieb die Loyalität zwischen nationalen Gewerkschaftsbünden und sozialdemokratischen Parteien erhalten (Norwegen, Schweden, Großbritannien). In anderen Ländern lockerten sich die Bindungen zwischen Gewerkschaftsbewegungen und den Parteien.

In Dänemark hat sich der wichtigste Gewerkschaftsbund – als einziger in Nordeuropa – von der Sozialdemokratischen Partei losgesagt, ohne jedoch radikalere Positionen zu beziehen. Manche Gewerkschaften, wie die britische Gewerkschaft des Verkehrs- und Transportsektors, National Union of Rail, Maritime and Transport Workers, haben mit der Sozialdemokratischen Partei gebrochen und einen deutlich linkeren Standpunkt eingenommen. In Deutschland haben die Angriffe der Regierung Schröder auf das Sozialsystem zu einem Vertrauensbruch zwischen den Gewerkschaften und der SPD

geführt. Obwohl die Partei zur Zeit aus der Opposition heraus – wie solche Parteien es in dieser Situation oft tun – versucht, das Vertrauen der Gewerkschaften zurückzugewinnen, werden solche Annäherungsversuche kühl aufgenommen:

»Das Problem im Umgang mit der SPD ist leider, dass die nicht glaubwürdig sind. Sie saßen bis September 2009 in der Regierung und trafen viele politische Entscheidungen, die aus unserer Sicht falsch sind.« (Michael Sommer, Fri Fagbevegelse, 8.10.2010)

In einigen Ländern (Frankreich, Italien, Norwegen) gingen Parteien links von den sozialdemokratischen Parteien mit diesen Koalitionsregierungen ein. Die Ergebnisse waren negativ bis desaströs. Unter den bestehenden Machtverhältnissen wurden linke Parteien zu Geiseln neoliberaler Politik und unterstützten Privatisierungen und US-amerikanische Kriegsabenteuer wie z.B. in Afghanistan.⁵ Eine dramatische und gefährliche Folge dieser Politik der (unterschiedlichen) Anpassung der traditionellen Arbeiterparteien an den Neoliberalismus ist, dass das Vertrauen an die politische Linke zusammenbricht und rechter Populismus an Zulauf gewinnt.

Die extremsten Beispiele konnten jüngst in Griechenland, Spanien und Portugal beobachtet werden, wo sozialdemokratische Parteien in der Regierung den Kampf gegen Gewerkschaften und den Wohlfahrtsstaat anführten. Die Rolle der Sozialdemokratie muss von weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung neu bewertet werden. Ein Zurück zur alten Form der Beziehung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist schwer vorstellbar. Zygmunt Bauman sagt es so:

»[Die Linke] hat sich an die Rechte verkauft, und sobald sie es realisiert, kann sie sich fragen, was den Graben zwischen ihr und ihren natürlichen Anhängern – den Armen und Bedürftigen, aber auch den Träumern – aufgetan hat, und es in Bezug setzen zu dem, was von ihren Prinzipien noch übrig ist. Denn es ist nicht mehr möglich, die Linke zu wählen, wenn die Linke aufgehört hat zu existieren.« (Bauman 2011)

Die Folgen sind nicht schwer vorherzusagen. Ignazio Ramonet, ehemals Chefredakteur der *Le Monde Diplomatique*, spricht über die Situation in Spanien unter der Regierung des Sozialdemokraten José Luis Rodríguez Zapatero:

»Nach ihrer Ablehnung durch die Wähler wird diese Regierung und die Führung des Landes an die konservative und populistische Opposition übergeben. Das ist meist das, was passiert, wenn linke Parteien ihre eigenen Werte über Bord werfen und beschämend rechte Politik machen, wie wir in Deutschland, Großbritannien und zuletzt in Schweden beobachten konnten.« (Ramonet 2010)

POLITISIERUNG UND STÄRKUNG

Dieser Rechtsruck und die politisch-ideologische Krise der Linken erfordern, dass die Gewerkschaften eine zentralere, unabhängigere und offensivere politische Rolle spielen. Nicht im Sinne von Parteipolitik, sondern sie sollte politisch sein in dem Sinne, dass sie sich umfassenderen Aufgaben in sozialen Kämpfen stellt. Die Gewerkschaften sind noch nicht bereit, haben aber das Potenzial

Auf dem Markt in Athen,
Nov. 2011, Ed Yourdon ① ② ③



dazu –, vor allem, weil sie diejenigen organisieren, die durch ihre Arbeitskraft die Werte in der Gesellschaft schaffen. Vorausgesetzt ist allerdings, dass die Gewerkschaften selbst sich verändern und auf die beschriebenen Veränderungen der Kampfbedingungen durch Neoliberalismus und Krise reagieren.

Teile der Gewerkschaftsbewegung in Norwegen haben in den frühen 2000er Jahren Schritte in diese Richtung unternommen. Der Kampf gegen Privatisierung, Outsourcing und neoliberale Umstrukturierung trug zu einer klareren politisch-ideologischen Polarisierung zwischen rechts und links bei. Das hatte auch mobilisierende Wirkungen. Zusätzlich entstanden neue, breite soziale Bündnisse, u.a. durch Kampagnen für den Wohlfahrtsstaat,⁶ in denen die Gewerkschaften die treibende Kraft waren, an denen aber auch Organisationen von Landwirten, Rentnern, Studierenden, Frauen und verschiedene Interessengruppen von Sozialleistungsempfängern beteiligt waren. Die Politik der Privatisierung wurde zugunsten von Entwicklungsmodellen aufgegeben, die auf die Kompetenz und Kreativität der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre enge Zusammenarbeit mit den Nutzern der Leistungen aufbauen (vgl. Wainwright 2009). Traditionell unterstützten die Gewerkschaften bei Wahlen eine oder mehrere politische Parteien. Jetzt entwickelten lokale Gewerkschaftsräte wie nationale Gewerkschaften ein eigenes politisches Programm bzw. eigene Forderungen für die Wahlen, die aus Bedürfnissen und Erfahrungen ihrer Mitglieder entstanden. Diese wurden an alle Parteien verschickt: Die Parteien, die die Forderungen tragen, würden unterstützt. Bei den Lokalwah-

len 2003 bescherte dieses Modell der Linken einen überwältigenden Sieg in der drittgrößten Stadt Norwegens, Trondheim, weswegen es als »Trondheimer Modell« bekannt wurde. Die Parteien, die die 19 konkreten Forderungen der Gewerkschaften unterstützten, gewannen über 60 Prozent der Stimmen; darunter war die Forderung nach einem Stopp aller Privatisierungen und der Rekommunalisierung einiger zuvor privatisierter Unternehmen.

Bei den Parlamentswahlen 2005 folgten die landesweiten Gewerkschaften diesem Modell weitgehend. Die Sozialdemokraten rückten nach links, erstmals in der norwegischen Geschichte gingen sie ein Bündnis mit einer Partei links von ihnen ein (der Sozialistischen Linken Partei). Die Mitte-Links-Regierung gewann die Wahl; sie hatte das fortschrittlichste Regierungsprogramm Europas (allerdings war die Konkurrenz nicht besonders groß). Die Gewerkschaft Kommunalen und Allgemeiner Beschäftigter spielte eine Schlüsselrolle beim Aufbau des gesellschaftlichen Bündnisses, das diesen Wahlsieg ermöglichte – auch mit Kräften jenseits der Gewerkschaften –, und unterstützte Think Tanks und Initiativen eines breiten linken Spektrums zur Abwehr neoliberaler Angriffe.

Alle, die sich für einen »wirklich neuen politischen Kurs« engagiert hatten (so der Slogan der Mobilisierung), waren enthusiastisch über den Regierungswechsel. Das Arbeitsschutzgesetz, das unter der vorherigen, rechten Regierung dramatisch geschwächt worden war, wurde wiederhergestellt, das Gesetz zu Privatschulen zurückgenommen und die Privatisierung der Bahn gestoppt. Den lokalen Behörden wurden mehr Ressourcen

zugeteilt, um Sozialleistungen auszubauen, und große Anstrengungen unternommen, die Versorgung mit Kita-Plätzen zu verbessern. Die Regierung nahm bei den WTO- und GATS-Verhandlungen ihre Forderung nach der Liberalisierung einer Reihe von Dienstleistungssektoren in Entwicklungsländern zurück.

Doch die Dinge entwickelten sich nicht weiter, wie sie begonnen hatten. Gewerkschaften und breite sozialen Bündnisse hatten wichtige neue politische Analysen beige-steuert. Trotzdem war die politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht stark genug, um als gesellschaftliche Macht für »ihre« Partei in der Regierung zu mobilisieren. Zudem traten theoretische, politische und strategische Schwächen der Sozialistischen Linken Partei zu Tage, die wenig in der Lage war, gegen die Rechtsbewegung der Sozialdemokratie anzusteuern. Der neue politische Kurs verebte. Die Grenze der radikalen Maßnahmen der Regierung verlief dort, wo es notwendig gewesen wäre, sich gegen starke wirtschaftliche Interessen innerhalb der Gesellschaft zu stellen.⁷

Diese vorsichtigen Versuche einer Neuorientierung zeigten aber, dass alternative Entwicklungen möglich sind. Eine zunehmende politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften, politisch-ideologische Polarisierung zwischen links und rechts, das Aufkommen neuer breiter gesellschaftlicher Bündnisse und die Entwicklung konkreter Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik waren die wichtigsten Elemente dieser Neuorientierung. Die Erfahrungen zeigen, dass Gewerkschaften die Initiative ergreifen können, um andere Lösungen herbeizuführen, z.B. indem sie Druck auf die Parteien

der Arbeiterbewegung ausüben und Wahlen beeinflussen.

Auf europäischer wie internationaler Ebene stehen den Gewerkschaften beträchtliche Herausforderungen gegenüber, die sowohl organisatorische Veränderungen als auch neue Strategien und Taktiken erfordern. Zu den wichtigsten dieser Herausforderungen gehören die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterklasse, zunehmende Migration, sinkende Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in vielen Ländern und die Notwendigkeit, größere Einigkeit zwischen Gewerkschaftsorganisationen des globalen Südens und Nordens herzustellen. Nationale Deregulierung, die freie Bewegung des Kapitals und die entscheidende Rolle internationaler und regionaler Institutionen in der neoliberalen Offensive erfordern eine globale Perspektive und koordinierten Widerstand über Ländergrenzen hinweg. Nur so können wir verhindern, dass in dem grenzenlosen Streben des Kapitals nach Profit und Kontrolle arbeitende Menschen gegeneinander in Stellung gebracht werden – Gruppen gegen Gruppen, Sozialleistungsniveaus gegen Sozialleistungsniveaus. Grenzüberschreitende Koordinierung braucht jedoch starke, aktive Bewegungen auf lokaler und nationaler Ebene. Es gibt keinen abstrakten, globalen Kampf gegen den Neoliberalismus. Soziale Kämpfe werden dann international, wenn lokale und nationale Bewegungen die Notwendigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Kampf gegen international wohl-koordinierte Kräfte erkennen. Internationale Koordination setzt voraus, dass es etwas gibt, das koordiniert werden kann. Widerstand lokal zu

organisieren und notwendige gesellschaftliche Bündnisse vor Ort aufzubauen, ist also umso wichtiger.

HINDERNISSE ÜBERWINDEN

Obwohl die Hindernisse für eine Europäisierung sozialer Kämpfe beträchtlich sind, lassen sich zunehmend – vereinzelt – Entwicklungen erkennen, bei denen Gewerkschaften und soziale Bewegungen erfolgreich Kampagnen und Aktionen über Ländergrenzen hinweg organisierten: etwa gegen die EU-Hafendienststrichlinie (die 2003 und 2006 im Europaparlament scheiterte) und die Bolkestein-Richtlinie über Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt, die zwar nicht abgelehnt, aber aufgrund des Widerstands modifiziert wurde. Die Mobilisierungen in mehreren Ländern gegen die Europäische Verfassung (Lissabonner Verträge) erlangten eine europäische Dimension, obwohl sie zunächst auf nationaler Ebene Wirkung entfalteten (zunächst in Frankreich und den Niederlanden, später in Irland). Dass sich die anti-demokratischen Eliten der EU weigerten, diese Niederlagen anzuerkennen, ist bekannt.

In den kommenden Jahren wird es in Europa entscheidend sein, Spaltungen zwischen Gewerkschaften und anderen sozialen Kräften entlang von Ländergrenzen zu verhindern. Als der Haushalt Griechenlands in Folge der Schuldenkrise 2010 unter die Kontrolle von Europäischer Kommission, EZB und IWF gestellt wurde, konnte man eine vor allem in den deutschen Medien groß angelegte Kampagne beobachten, die versuchte, die griechischen Beschäftigten für die Situation

verantwortlich zu machen. Der EGB und deutsche Gewerkschaften haben erstaunlich schnell Gegeninformationen und Unterstützung für die griechischen Gewerkschaften geliefert. »Wir sind alle Griechen!«, verteilte ver.di zur Mobilisierung für eine Demonstration am 12. Juni 2010 in Stuttgart. Wenn es den Gewerkschaften gelingt, Solidarität über Ländergrenzen hinweg zu stärken, eröffnet dies ganz neue Möglichkeiten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Tür für gesellschaftliche Veränderungen und Demokratisierung geöffnet. Durch die Entwicklungen der Krise eröffnete sich die Notwendigkeit eines neuen, radikalen politischen Kurses auf unbetene, aber nicht unvorhergesehene Weise. Dies setzt jedoch voraus, dass die Gewerkschaften zu einer politischen wie organisatorischen Wende in der Lage sind. Die unmittelbare Aufgabe ist ein Verteidigungskampf gegen die massiven Angriffe auf Sozialsysteme und Lebensstandards. Auf lange Sicht wird dies jedoch nicht ausreichen:

»Eine strukturelle Schwäche der Arbeiterbewegung, von der die Regierung und die herrschende Klasse profitieren, [...] entsteht aus dem Mangel einer glaubwürdigen, sichtbaren politischen Alternative zum Neoliberalismus. Eine solche politische Alternative ist keine notwendige Voraussetzung, um kurzfristig Angriffen zu widerstehen oder einzelne Schlachten zu gewinnen. Auf lange Sicht wirkt das Fehlen einer kohärenten Alternative jedoch demobilisierend. Dieses Problem ist älter als die aktuelle Krise, aber sie verleiht ihm größere Dringlichkeit. Die Perspektive einer Regierungsalternative ist notwendig, und sie muss von politischen Kräften verkörpert wer-

den, die eine glaubwürdige Chance haben, die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen – nicht unbedingt sofort, aber als Perspektive. Solch ein politisches Programm würde die demokratische Kontrolle und Ausrichtung der Organisation der Warenproduktion und der Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Bevölkerung beinhalten. Das bedeutet, die Wirtschaft aus dem Würgegriff des Finanzsektors zu befreien, einen staatlichen Finanzsektor zu erschaffen, öffentliche Leistungen wieder zu verstaatlichen und ein progressives Steuersystem und Maßnahmen einzuführen, die Eigentumsrechte in Frage zu stellen.« (Smith 2010)

Mehr als ein Mangel an Alternativen scheint es jedoch eine Frage der Fähigkeit und des Willens zu sein, die Mobilisierungen herbeizuführen und die notwendigen Mittel einzusetzen, um diese Politik durchzusetzen. Mit dem ideologischen Vermächtnis des Klassenkompromisses muss abgerechnet werden – mit der tief internalisierten Ideologie der Sozialpartnerschaft und dem Glauben daran, dass der Soziale Dialog der beste Weg sei, gesellschaftliche Probleme zum Wohle Aller zu lösen. Die massiven Angriffe der Kräfte des Kapitalismus, der Regierungen und der EU auf Sozialsysteme und Lebensstandards lassen sich mit dem Ansatz der Sozialpartnerschaft weder erklären noch verstehen.

Der Beitrag entstand auf Grundlage des 2011 erschienenen Buches von Asbjørn Wahl, »The Rise and Fall of the Welfare State«, mit freundlicher Genehmigung von Pluto Press.

Aus dem Englischen von Tashy Endres

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt, 2011: On sustainability – this time, of social democracy, in: *Social Europe Journal online*, 28.1., www.social-europe.eu/2011/01/on-sustainability-this-time-of-social-democracy
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) 2007: The European social model, www.etuc.org/a/2771
- Europäischer Gewerkschaftsbund, Business Europe, CEEP und UEAPME, 2010: *Joint Statement on the EU 2020 Strategy*, 4.6., www.etuc.org/a/7327
- Ramonet, Ignazio, 2010: Spain on the ropes, in: *IPS/Global Research*, 14.10., www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=21444
- Shutt, Harry, 2010: *Beyond the Profits System*, London
- Smith, Murray, 2010: Den europæiske arbejderbevægelse under angreb! [Angriff auf die Europäische Arbeiterbewegung!] in: *Kritisk Debat* 56, http://kritisk-debat.dk/articles.php?article_id=866
- Trade Unions Advisory Committee to the OECD (TUAC), IGB und globale Gewerkschaften, 2008: The Global Unions »Washington Declaration«, Trade Union Statement to the »G20 Crisis Summit«, November 2008, www.ituc-csi.org/IMG/pdf/0811_tuac_gf_G20.pdf
- Wainwright, Hilary, 2009: Demokratisierung als Transformation, in: *Luxemburg* 2/2009, 60–67
- Wahl, Asbjørn, 2010a: To be in Office, but not in Power: left parties in the squeeze between people's expectations and an unfavourable balance of power, in: Birgit Daiber (Hg.): *The Left in Government: Latin America and Europe compared*, Brüssel: Rosa Luxemburg Stiftung
- Ders., 2010b: The crisis and the future of the ESF, in: *Transform* 6
- Ders., 2011: How new social alliances changed politics in Norway, in: Andreas Bieler und Ingemar Lindberg (Hg.): *Global Restructuring: Labour and the challenges for transitional solidarity*, London/New York

- 1 DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, *Sparpaket: Bundesregierung setzt falsches Signal*, in: *klartext* 19/2010 vom 11.6.2010, www.dgb.de/themen/++co++45ebc728-754c-11df-6571-00188b4dc422.
- 2 Dies kam auch in mehreren Erklärungen im Zusammenhang mit internationalen Gipfeltreffen zum Ausdruck, vgl. z.B. TUAC (2008).
- 3 Es gibt auch Vertreter, die auf offensivere Positionen der Führung des EGB drängen, wie z.B. in den letzten Jahren der Vorsitzende der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), Eduardo Chagas.
- 4 Die Mitgliederzahlen der britischen Labour Party z.B. fielen in den ersten zehn Jahren, nachdem sie 1997 die Regierung übernommen hatten, von 405 000 auf 177 000 (Shutt 2010, 152).
- 5 Ausführlich: Wahl 2010a.
- 6 Der Verfasser dieses Artikels ist kein neutraler Beobachter dieser Entwicklungen, da er seit seiner Gründung 1999 der Vorsitzende dieses breiten Bündnisses war.
- 7 Ausführlich zu norwegischen Erfahrungen vgl. Wahl (2011).

GENERALSTREIKS IN WESTEUROPA

**KERSTIN HAMANN, ALISON
JOHNSTON UND JOHN KELLY**

Von 1980 bis 2011 haben Gewerkschaften in Westeuropa (15 EU-Staaten und Norwegen) 118 Generalstreiks durchgeführt. 18 davon fanden von 1980 bis 1989, 26 von 1990 bis 99 und 27 zwischen 2000 und 2009 statt. Allein in den Jahren 2010 und 2011 waren diese Länder Schauplatz von 24 Generalstreiks (vgl. Abbildung 1). In 13 weiteren Fällen wurde zu Streiks aufgerufen, die abgesagt wurden, nachdem Regierungen Zugeständnisse angekündigt hatten.

Die Zunahme von Generalstreiks in Europa ist aus vier Gründen besonders interessant:

Zum einen steht die Zahl der Generalstreiks in zwölf Ländern in deutlichem Gegensatz zu den Streikaktivitäten gegen Arbeitgeber – die durchschnittliche Zahl der Arbeitstage, an denen gestreikt wurde, sank von 16,6 Tagen pro 10 000 Beschäftigte in den Jahren 1980 bis 1982 auf nur 1,1 Tage pro 10 000 Beschäftigte in den Jahren 2004–06.

Zweitens fällt die Zunahme von Generalstreiks mit der Rückkehr konzertierter

Aktionen zusammen, insbesondere in Form von Solidarpakten zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern (Hamann/Kelly 2011). Diese Abkommen zielten oftmals auf die Einführung von umstrittenen Reformen der Renten- und Sozialversicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte. Weil die Gewerkschaften einbezogen waren, wäre eine Verminderung von Protesten und Streiks gegen die Regierung zu erwarten gewesen.

Drittens stellen die abweichenden Tendenzen politischer und ökonomischer Streiks einige Vorstellungen über Schwäche und Niedergang von Gewerkschaften in Frage. Trotz eines in vielen westeuropäischen Ländern sinkenden Organisationsgrads konnten Gewerkschaften in beinahe 40 Prozent der Generalstreiks zwischen 1980 und 2006 den Regierungen Zugeständnisse abverlangen.

In einigen Ländern mit vielen Generalstreiks – z.B. Griechenland und Italien – sind auch ökonomische Streiks häufiger. Doch auch in Ländern, in denen ökonomische Streiks auf einem historischen Tiefstand sind – z.B. Österreich und die Niederlande –, wurde zu Generalstreiks aufgerufen (Tabelle 1).

Wie lassen sich die Generalstreikmuster – unabhängig von Zeit und Ort – erklären? Und wie fassen wir die Ergebnisse der Generalstreiks?

GENERALSTREIK

Unter Generalstreik verstehen wir eine zeitlich begrenzte, landesweite Arbeitsniederlegung durch Beschäftigte verschiedener Branchen, die sich gegen den exekutiven oder legislativen Zweig einer Regierung richtet. Zu einem Generalstreik mobilisieren ein oder mehrere

TABELLE 1: NATIONALE GENERALSTREIK-MUSTER 1980–2011

Land	Gesamt (davon Drohungen)
Griechenland	50 (1)
Italien	22 (4)
Frankreich	13
Belgien	8
Spanien	8 (1)
Portugal	5
Luxemburg	4 (3)
Finnland	4 (4)
Niederlande	2
Österreich	1
Norwegen	1
Irland, Dänemark, Deutschland, Schweden, Großbritannien	0
gesamt	118 (13)

Quellen: s. Abbildung 1

Dachverbände ihre gesamte Mitgliedschaft und auch nicht gewerkschaftlich Organisierte. In der Regel richtet sich der auf diese Weise geäußerte Protest gegen ein von der Regierung unterbreitetes oder bereits eingeführtes Gesetzesvorhaben, oder zum Generalstreik wird nach dem Scheitern von Verhandlungen über politische Reformen aufgerufen.

Der allgemeine Aufwärtstrend der Generalstreikaufkommen seit 1980 weist drei Höhepunkte auf (s. Abbildung 1): zu Beginn der 1990er Jahre, Anfang bis Mitte der 2000er und Ende der 2000er Jahre. 50 der Streiks und Streikandrohungen fanden in einem einzigen

Land statt – Griechenland. Auch wenn man die griechischen Fälle in den Berechnungen nicht berücksichtigt, bleibt der Trend: Weder die ansteigende Tendenz der Generalstreikaktivitäten noch die drei Höhepunkte verändern sich. Anhand der Verteilung der Generalstreiks auf die verschiedenen Länder lässt sich eine Konzentration in südeuropäischen Volkswirtschaften, Griechenland, Frankreich, Italien, Spanien – weniger Portugal – erkennen.

Diese fünf Länder allein vereinen in dem gewählten Zeitraum 83 Prozent (98) der 118 Streikfälle auf sich. Viele der verbleibenden Streiks bzw. Streikandrohungen wurden in Ländern wie Österreich und Luxemburg organisiert, die seit mehreren Jahren die niedrigste Anzahl ökonomischer Streiks in ganz Europa aufweisen. Nur in fünf Ländern kam es nicht zu Generalstreiks oder -aufrufen: Dänemark, Deutschland, Irland, Schweden und Großbritannien. In Deutschland und Großbritannien werden solche Aktionen als ungesetzlich betrachtet, doch in beiden Ländern wird über die Interpretation der Anti-Streikgesetzgebung diskutiert (Ewing/Hendy 2012, Jacobs 2007).

Generalstreiks unterscheiden sich grundsätzlich von ökonomischen Streiks. Erstere richten sich gegen Regierungen und deren (geplante) Politik und nicht gegen Unternehmen. Statt entlang von Branchen- oder Arbeitsplatzbelangen werden Generalstreiks anhand breiter Themen organisiert wie etwa Sozialhilfeleistungen, die in der Regel nicht Teil von Tarifverträgen sind. Außerdem reicht die Mobilisierung über die eigene Mitgliedschaft der Gewerkschaften hinaus und richtet sich auch an nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Zur Erklärung der Muster und der Ergebnisse von Generalstreiks konzentrieren wir uns auf drei Faktoren: Einbeziehung oder Ausschluss von Gewerkschaften durch den Staat bei der Gestaltung umstrittener Gesetzesvorhaben, die Mitgliederinteressen berühren, an der Regierung beteiligte Parteien und die Stärke und den Zusammenhalt der Regierung.

Viele westeuropäische Regierungen haben seit den frühen 1980er Jahren Druck auf direkte und auf indirekte Lohnkosten wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Kündigungsschutz ausgeübt. In der Verfolgung dieser politischen Projekte können Regierungen entscheiden, ob sie Gewerkschaften in die Politikgestaltung einbeziehen – etwa mittels Solidarpakten –, oder ob sie sie davon ausschließen und versuchen, die Reformen unilateral legislativ durchzusetzen (Hamann/Kelly 2011). Die Einbeziehung von Gewerkschaften kann für die »Schuldvermeidung« (Pierson 1994) nützlich sein. Regierungen versuchen auf diese Weise, sich vor negativen Konsequenzen unbeliebter Reformen zu schützen, die bei zunehmend unbeständiger Wählergunst Stimmverluste nach sich ziehen könnten.

BESTIMMENDE FAKTOREN UND ERGEBNISSE

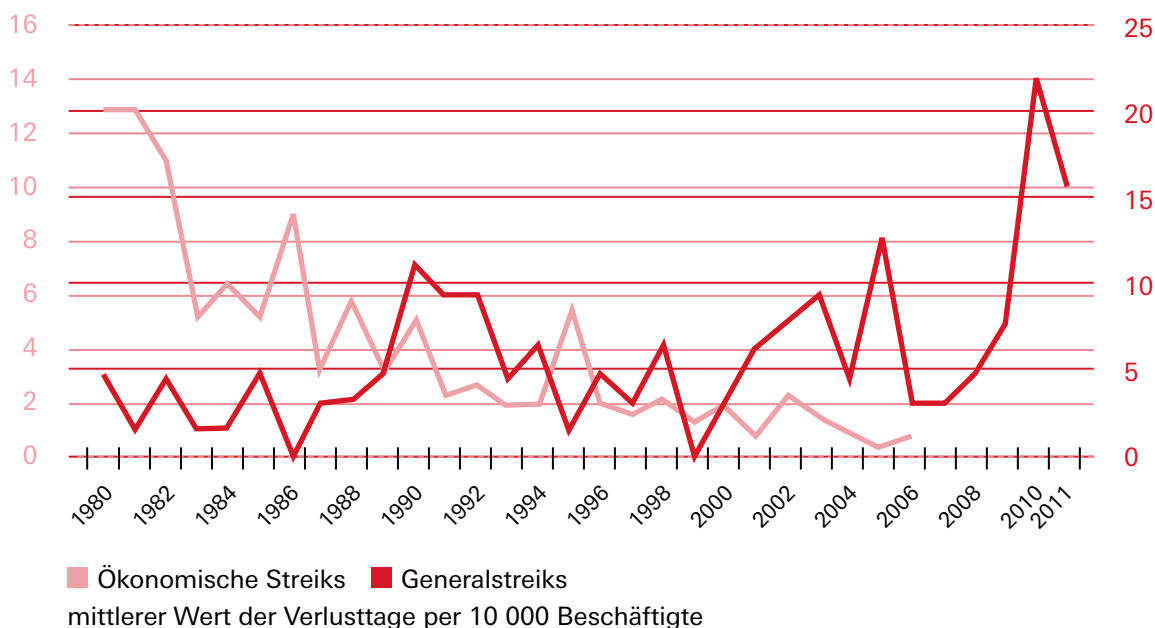
Die unserer Untersuchung zugrunde liegenden Daten erstrecken sich über den Zeitraum von 1980 bis 2006 und beinhalten 84 Generalstreiks und Streikankündigungen. Ergebnisse liegen allerdings nur für 68 dieser Streiks vor. Als Hauptinformationsquelle haben wir den *European Industrial Relations Review* (EIRR) und das Online-Portal *European*

Industrial Relations Observatory (EIRO) ausgewertet. Einer Regressionsanalyse unterzogen wurden die Variablen Streik- und Regierungskonstellationen sowie wirtschaftliche Variablen und solche der industriellen Beziehungen, darunter Arbeitslosigkeit, Entwicklung des Bruttonutzenprodukts und gewerkschaftlicher Organisationsgrad (für methodologische Details vgl. Kelly/Hamann/Johnston 2013).

Unsere Analyse hat ergeben, dass Generalstreiks in erster Linie als Reaktion auf den Ausschluss von Gewerkschaften aus der Politikgestaltung erfolgen. Wo Regierungen im Alleingang rein legislativ vorgegangen sind und Gewerkschaften von der Politikgestaltung ausschlossen, stieg die Wahrscheinlichkeit eines Streiks signifikant, wie etwa 1984 in Belgien, 1995 und 2005 in Frankreich, in

mehreren Jahren in Griechenland, 1989 und 2002 in Italien, 1982 in Luxemburg und 1988 in Spanien. Manchmal zogen sich Regierungen auf die legislative Ebene zurück, nachdem Verhandlungen für Solidarpakte gescheitert waren, auch dies zog Streiks nach sich: 2003 in Österreich, 1993 und 1996 in Belgien, 2000 in Griechenland, 1988 in Portugal und 1985, 1994 und 2002 in Spanien. Selbst in Fällen, in denen Regierungen Gewerkschaften in die Aushandlung von Solidarpakten oder umstrittenen Reformen einbezogen, brachte diese Strategie den gewerkschaftlichen Protest nicht vollständig zum Schweigen. In 17 Fällen setzten Gewerkschaften das Mittel des Generalstreiks ein, während die Verhandlungen im Gange waren, hauptsächlich um die Regierung zu weiteren Zugeständnissen

ABBILDUNG 1: ÖKONOMISCHE UND GENERALSTREIKS (EU15+NORWEGEN) 1980–2011



Quelle: EK 2011; Berechnungen der AutorInnen

zu drängen, etwa 2005 in Belgien, 1992 und 1996 in Finnland, 2003 in Frankreich, 1996–7 in Griechenland, 1991, 1998 und 2001–2 in Italien, 2001 in Luxemburg und 2002 in Portugal. Insgesamt weisen unsere Forschungen darauf hin, dass der Ausschluss der Gewerkschaften von der Politikgestaltung mindestens genauso viel Sprengkraft hat wie die Inhalte der umstrittenen Gesetzesvorhaben selbst.

Die Bereitschaft zum Generalstreik wächst, je rechter eine Regierung ist. Überdies gibt es Hinweise, dass Mehrheitsregierungen mit einem höheren Streikaufkommen konfrontiert sind als Minderheitsregierungen. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass Minderheitsregierungen in ihrer Politik bei umstrittenen Themen stärker auf die Beteiligung von Gewerkschaften setzen (Hamann/Kelly 2011). Regierungskoalitionen, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, sind nicht häufiger mit Generalstreiks konfrontiert als Einparteienregierungen. Die Wahrscheinlichkeit eines Generalstreiks ist höher, wenn das Wirtschaftswachstum gering oder negativ und die Arbeitslosigkeit hoch ist. Es besteht hingegen kein Zusammenhang zwischen dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, der Zentralisierung der Gewerkschaften oder der Tarifabdeckung und der Streikhäufigkeit. Mit Blick auf Deutschland oder Schweden mag dies überraschen, doch der Blick auf ganz Westeuropa zeigt, dass Generalstreiks überall durchgeführt werden: in Ländern wie Frankreich und Spanien, die einen geringen Organisationsgrad aufweisen (unter 15 Prozent), in Italien, das einen mittleren Organisationsgrad aufweist, und in

Ländern mit hohem Organisationsgrad (>50 Prozent) wie Belgien, Finnland und Luxemburg. Generalstreiks wurden in Ländern mit höchst unterschiedlichen institutionellen Arrangements erfolgreich durchgeführt – auch in stark korporatistisch organisierten Ländern wie Österreich und Luxemburg –, man kann also nicht behaupten, dass ein bestimmtes institutionelles Gefüge besonders geeignet oder ungeeignet für Generalstreiks ist.

Mit Blick auf die Streikresultate unterscheiden wir wesentliche Zugeständnisse – die Regierung zog ihre Vorschläge (fast) komplett zurück – und geringfügige Zugeständnisse – Details wurden verändert, aber das Gesetzesvorhaben im Wesentlichen beibehalten. Vorläufige Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen, dass in 8 von 68 Streiks wesentliche Zugeständnisse an die Gewerkschaften gemacht wurden, wie etwa Anfang der 1990er Jahre in Finnland und 2002 in Spanien. In beiden Fällen wurden Pläne zur Reform des Arbeits- bzw. Sozialversicherungssystems zurückgenommen. In 19 Generalstreiks konnten geringfügige Zugeständnisse erzielt werden – insgesamt konnten in 40 Prozent der Fälle Zugeständnisse errungen werden. In den verbleibenden 41 Fällen (60 Prozent) änderte die Regierung ihre Vorhaben nicht.

Vier Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass in Generalstreiks Zugeständnissen erzielt werden:

An erster Stelle steht die Organisation der Gewerkschaften selbst. Je größer die Geschlossenheit der Gewerkschaften, desto eher machen Regierungen Zugeständnisse. In vielen Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung



Auf dem Markt
in Athen,
Nov. 2011, Ed
Yourdon

in rivalisierenden Dachverbänden organisiert, sozialistische und kommunistische in Südeuropa, sozialistische und christdemokratische in anderen Ländern. Generalstreiks, die von einigen Dachverbänden unterstützt werden, von anderen hingegen nicht, sind signifikant weniger erfolgreich als solche, die von allen Dachverbänden unterstützt werden.

Zweitens sind die Regierungsparteien von Bedeutung: Zugeständnisse werden eher durch christdemokratische oder Mitte-Regierungen gemacht als von konservativer oder sozialdemokratischer Seite. Es ist nicht überraschend, dass Konservative weniger geneigt sind, Gewerkschaften Kompromisse anzubieten, wohl aber dass sozialdemokratische gleichsam unnachgiebig sind. Es lässt

sich nicht eindeutig feststellen, ob dieses Verhalten Ausdruck dafür ist, dass weiter nach rechts gerückte sozialdemokratische Parteien ihren Wählern beweisen wollen, dass sie mit Gewerkschaften hart umgehen können, oder ob die Sozialdemokraten in trilateralen Verhandlungen bereits so viele Zugeständnisse gemacht haben, dass für weitere kein Spielraum besteht – sogar angesichts eines Generalstreiks. Drittens spielt die Art der Regierung eine Rolle: Koalitionsregierungen machen eher Zugeständnisse als Einparteieregierungen.

Und viertens ist das Thema des Generalstreiks ausschlaggebend: Konzessionen sind wahrscheinlicher, wenn es um Renten geht, als wenn es um Arbeitsmarktreformen oder

den allgemeinen wirtschaftspolitischen Kurs geht. Es lässt sich nicht genau feststellen, ob dieses Ergebnis Ausdruck der komplizierten Rentenregelungen ist, bei denen es oft Spielraum für Veränderungen gibt, oder ob es Ausdruck von Regierungshandeln angesichts breiten öffentlichen Widerstands gegen die Reform ist. Interessanterweise werden die Ergebnisse von Generalstreiks nicht stark vom Grad der Arbeitslosigkeit, Schuldenstand oder Wachstumsraten beeinflusst.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus Perspektive der Gewerkschaften erscheinen Generalstreiks zunächst in einem positiven Licht, doch es gibt auch eine Kehrseite. Der Blick auf die jüngsten Streikaktivitäten gegen die Sparpolitik der Regierungen in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien zeigt, dass die Regierungen kaum Zugeständnisse gemacht haben. Vorläufige Daten zu den 15 zwischen Oktober 2008 und Februar 2011 gegen Sparpolitik gerichteten Streiks zeigen, dass nur zwei Regierungen Konzessionen angeboten haben (Frankreich und Griechenland, beide Anfang 2009). Streiks gegen die Wirtschaftspolitik einer Regierung hatten in der Vergangenheit nie großen Erfolg, z.B. in den 1980er und 1990er Jahren in Griechenland oder Italien. Die jüngsten Streiks gegen Sparzwänge scheinen diesem Muster zu folgen, eine wachsende Zahl von Regierungen weigert sich, unpopuläre Sparmaßnahmen zurückzunehmen.

Erfolgreiche Generalstreiks führen nur selten zu einer signifikanten Erhöhung der Mitgliederzahlen und der Organisationsdichte. Dies bedeutet nicht, dass Streiks keinen posi-

ven Effekt auf Mitgliederwerbung haben, aber die positiven Effekte des Streiks werden durch Faktoren wie Entlassungen oder Vorbehalte von Beschäftigten gegen den Aufruf zum Generalstreik aufgehoben. Weiterhin scheint es keine signifikante Erhöhung der Stimmenanteile linksradikaler Parteien zu geben, die üblicherweise die stärksten Unterstützer von Generalstreiks sind. Der Stimmenanteil von Parteien wie Rifondazione (Italien), KKE (Griechenland) und Vereinte Linke (Spanien) scheint unabhängig vom Zeitpunkt oder den Ergebnissen von Generalstreiks zu sein.

Generalstreiks sind für Gewerkschaften ein brauchbares Instrument. Sie können stärker politischen Einfluss nehmen, als es die Mitgliederverluste der letzten 30 Jahre vermuten lassen würden.

Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg

LITERATUR

- Allern, Elin Haugsgjerd, 2010: *Political Parties and Interest Groups in Norway*. Colchester: ECPR Press.
- Ewing, Keith and John Hendy, 2012: Days of Action: The Legality of Protest Strikes Against Government Cuts, *International Union Rights*, 18(4), March, 28.
- Hamann, Kerstin and John Kelly, 2011: *Parties, Elections and Policy Reforms in Western Europe: Voting For Social Pacts*. London: Routledge.
- Jacobs, Antoine, 2007: The Law of Strikes and Lockouts, in Roger Blanpain (ed.), *Comparative Labor Law and Industrial Relations in Industrialized Market Economies* 9th ed., The Hague: Kluwer, 633–87.
- Kelly, John, Kerstin Hamann, und Alison Johnston, 2013, i.E.; Unions Against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980–2006, *Comparative Political Studies*, September.
- Pierson, Paul, 1994: *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and The Politics of Retrenchment*. New York: Cambridge University Press.
- Van Hecke, Steven and Emmanuel Gerard (Hg.), 2004: *Christian Democratic Parties in Europe Since the End of the Cold War*. Leuven: Leuven University Press.



KAMPF UM DEMOKRATIE

POLITISCHER STREIK ALS STRATEGIE GEGEN

DIE EUROPÄISCHE KRISENPOLITIK

ALEXANDER GALLAS

UND JÖRG NOWAK

Seit Ausbruch der Krise 2008 gab es zeitlich befristete, politische Streiks in Belgien, Frankreich, Finnland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Meist richten sie sich gegen konkrete Regierungsentscheidungen: Dazu gehören Kürzungsmaßnahmen, Steuererhöhungen, Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe sowie die Beseitigung von Absicherungen auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Kelly u.a. in diesem Heft).

Den Gewerkschaften geht es dabei vor allem um eine *Machtdemonstration*: Die Streiks sind branchenübergreifend und somit als Generalstreiks angelegt. Gelingt die Mobilisierung und kommt es vorübergehend zum wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Stillstand, zeigt sich die Abhängigkeit von Arbeitsleistung und politischer Zustimmung der Bevölkerung. Sind politische Streiks ein brauchbares Mittel, um der Kürzungspolitik¹ in Europa zu begegnen? Wir unterscheiden verschiedene Streiktypen und Kampfsituationen.

DEMOKRATIE ALS KLAMMER DER PROTESTE

Ab Mitte der 1970er Jahre sind die Mechanismen *klassenbasierter Repräsentation* – wirkmächtige Arbeiterparteien, Gewerkschaften mit politischem Einfluss und tripartäre Gremien – zersetzt worden (vgl. Gallas/Nowak 2011). Seit den 1990er Jahren wird auch ihre Infrastruktur zerstört, die sozialstaatlichen Institutionen, die überhaupt eine Interessenpolitik im Sinne der Lohnabhängigen ermöglichen. Die Kürzungspolitik der europäischen Regierungen führt diese Linie fort. Mit dem Übergehen der Wirtschaftskrise in eine Krise staatlicher Schuldverschreibungen seit 2010 werden auch die Institutionen der repräsentativen Demokratie selbst beschädigt: Der europäische Stabilitätspakt beschneidet das Recht nationaler Parlamente, über ihren Haushalt zu entscheiden. Zudem wird an der europäischen Peripherie durch die Verknüpfung von Finanzhilfe mit Auflagen zu Fiskal- und Wirtschaftspolitik eine eigenständige Wirtschaftspolitik verhindert.

Politische Einwirkung über Repräsentation wird erschwert: Politischer Streik ist hier eine der wenigen Möglichkeiten für die Lohnabhängigen, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung zu nehmen. Es ist daher nicht erstaunlich, dass er in vielen Ländern Europas als angemessenes Kampfmittel angesehen wird. Politischer Streik bleibt eine *Waffe im Kampf um Demokratie* (vgl. Abendroth 1954, 59): Der politische Charakter der Streiktage in West- und Südeuropa liegt nicht nur darin, dass gegen Kürzungsdiktate protestiert wird. Je mehr die Krisenpolitik demokratische Verfahren untergräbt, desto stärker tritt der Charakter politischer Streiks als Kampfmittel zur Verteidigung der Demokratie in den Vordergrund.

Es ist zu erwarten, dass sich die Forderungen deutscher GewerkschafterInnen nach einer Legalisierung politischer Streiks bzw. nach der »Rückeroberung« dieses Kampfmittels (Sauerborn 2010) verstärken werden. Die Vorsitzenden von ver.di, Frank Bsirske, und IG BAU, Klaus Wiese, haben sich bereits für ein Recht auf politischen Streik stark gemacht; die Bundeskongresse ihrer Gewerkschaften haben sich dieser Forderung angeschlossen. Wenn das Recht auf politischen Streik mit der Demokratiefrage verbunden wird, kann Unterstützung gewonnen werden. Eine »demokratische Erzählung« könnte die verschiedenen Einsprüche von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen die Austeritätspolitik verklammern: Der Kampf gegen Kürzungen wird als Kampf um Demokratie ausgetragen.

STREIKTYPEN UND EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN STREIKS

Eine grundsätzlich positive Einschätzung politischer Streiks und ihres demokratischen Gehalts sollte nicht dazu verleiten, sie als Allheilmittel anzusehen. Politische Streiks erfüllen in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Zwecke und können Ausdruck der Stärke wie auch der Schwäche der organisierten Beschäftigten sein. Dies wurde bereits von den organischen Intellektuellen der Arbeiterbewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert ausführlich diskutiert. Zu einem besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation ist es hilfreich, diese analytischen Raster heranzuziehen, die sich z.B. in *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906) von Rosa Luxemburg finden:

Ausrichtung ökonomischer vs. politischer Streik
Umfang sektoraler vs. Generalstreik



Funktion Erreichung selbstgewählter Ziele (offensiver Streik) vs. Abwehr ökonomischer oder politischer Angriffe (defensiver Streik)

Form Demonstrationstreik vs. Kampfstreik²

In Wirklichkeit läuft das alles »durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen« (Luxemburg 1906): Im Europa der Krise gibt es weiterhin ökonomische, sektorale, offensive Kampfstreiks; der Streik der Flugsicherung in Deutschland Anfang 2012 ist dafür ein Beispiel. Die derzeitigen politischen Streiks sind bislang vor allem Generalstreiks, Demonstrationstreiks und defensive Streiks: Sie setzen auf eine möglichst umfassende Mobilisierung an einem festgesetzten Streiktag, an dem zu

Demonstrationen aufgerufen wird; und sie beziehen sich auf politische Entscheidungen bzw. Maßnahmen, die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern und vorhandene soziale Absicherungen beseitigen sollen.

DEFENSIVER CHARAKTER

Die Streiks entzündeten sich meist an national spezifischen Regierungsentscheidungen im Zusammenhang mit der europäischen Kürzungspolitik. Sie sind entsprechend »defensiv«. Das betrifft fast alle Streiks in Griechenland, Italien und Frankreich – hier fanden 29 von 35 Generalstreiks statt. Auch die beiden Generalstreiks in Spanien im September 2010 und im März 2012 waren gegen Kürzungen und die Verschlechterung des Kündigungsschutzes gerichtet. Der Anlass für den Streiktag im öffentlichen Sektor in Großbritannien im November 2011 und für den Generalstreik in Belgien vom Januar 2012 waren vor allem Verschlechterungen bei den Renten; die Generalstreiks in Portugal im November 2010 und November 2011 richteten sich allgemein gegen Kürzungsmaßnahmen.

Selten werden positive Gegenentwürfe nach vorn gestellt. Das begrenzt – mit dem defensiven Charakter des Streiks – die politische Wirksamkeit. Die Befürworter des Sparkurses können die Streikenden so als destruktiv und schädlich und sich selbst als Kräfte der Mäßigung und Vernunft darstellen.

Um aus der Defensive zu kommen, müssten die Streikenden betonen, dass die herrschende Politik antidemokratisch und krisenverschärfend ist – und dass die einzige nachhaltige Alternative ein umfassender Schuldenschnitt auf Grundlage einer breiten



Auf dem Markt
in Athen,
Nov. 2011, Ed
Yourdon

gesellschaftlichen Diskussion darüber ist, wer die Krisenkosten tragen soll. Voraussetzung für eine solche Demokratisierung des Schuldenmanagements wäre eine Verstaatlichung des Finanzsektors. Das mag utopisch klingen, weil es auf die Schaffung einer neuen Wirtschafts- und Eigentumsordnung hinausläufe. Es gibt zumindest Ansatzpunkte für eine Umsetzung: Im Zuge der Krise haben bereits umfassende Verstaatlichungen stattgefunden, die bislang nicht zur Ausdehnung der demokratischen Kontrolle über das Finanzwesen genutzt worden sind. So hat die Bundesregierung die HypoRealEstate verstaatlicht, und in Großbritannien besitzt der Staat nach wie vor in etwa die Hälfte des Geschäftsbankensektors.

DEMONSTRATIONSTREIKS UND KAMPFSTREIKS

Gewöhnlich handelt es sich bei den Streiks um Demonstrationstreiks: An einem bestimmten Tag wird die Arbeit ausgesetzt, um die Ablehnung bestimmter Regierungsmaßnahmen zum Ausdruck zu bringen – eine symbolische Machtdemonstration.

Aber nicht alle politischen Streikaktionen seit Beginn der Krise waren Demonstrationstreiks. So wurde beim Streiktag in Belgien im Februar 2012 nicht demonstriert, sondern symbolische Macht demonstriert, indem die öffentliche Infrastruktur lahm gelegt wurde.

In mindestens drei Situationen kam es zu *Kampfstreiks* oder kampfstreikähnlichen Aktionen. Kampfstreiks sind unbefristet und dienen

der Erreichung eines bestimmten Ziels. Sie werden erst beendet, wenn dieses Ziel entweder erreicht worden ist – oder wenn die Streikenden zu der Einschätzung gelangen, dass es sich nicht durchsetzen lässt, und sie den Streik abbrechen bzw. einen Kompromiss schließen.

1 | In Griechenland kam es mehrmals zu ein- bis zweitägigen Generalstreiks. Sie fanden zeitgleich mit den Parlamentssitzungen statt, in denen Kürzungen beschlossen werden sollten. Ziel war, das Parlament zu blockieren und die Verabschiedung der Gesetze zu verhindern. Dies gelang nicht; es kam aber zur Teilblockade und zur vorübergehenden Besetzung verschiedener Ministerien. Damit waren einige Generalstreiks so angelegt, dass sie sich im Zuge ihrer Durchführung von Demonstrations- in Kampfstreiks hätten verwandeln sollen – sie waren aber als solche nicht erfolgreich. Das heißt allerdings nicht, dass sie keine politischen Auswirkungen hatten: Die Demonstration in Athen vom 15.6.2011 hatte 300 000 TeilnehmerInnen. Sie veranlasste Premierminister Giorgos Papandreou, der konservativen Oppositionspartei Nea Demokratia ein Bündnis vorzuschlagen. Diese lehnte ab; stattdessen setzte Papandreou seinen innerparteilichen Gegner Evangelos Venizelos als Finanzminister ein. Die Proteste Ende Oktober 2011 wiederum veranlassten Papandreou, ein Referendum über die Kürzungspläne vorzuschlagen. Die Ablehnung des Referendums durch Merkel und Sarkozy wiederum führte zum Rücktritt Papandreous und der Einsetzung der Technokraten-Regierung unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten der EZB Lukas Papademos (vgl. Kouvelakis 2011). Damit haben die Proteste in Griechenland zu einer Umstrukturierung der politischen Herrschaft

geführt, aber ihre Ziele einer Abschwächung oder Rücknahme der Sparpläne verfehlt.

2 | Die Generalstreiks auf den Karibikinseln Guadeloupe und Martinique im Januar und Februar 2009 wurden als unbefristete Kampfstreiks gegen die hohen Lebensmittel- und Benzinpreise sowie für die Anhebung des Mindestlohns um 200 Euro im Monat geführt. Beide Inseln gehören als französische Überseedepartments zur EU. Die Kampfmaßnahmen waren erfolgreich; die wichtigsten Forderungen der Streikenden wurden erfüllt. Sie gaben zudem den Anstoß für Streiks auf dem französischen Festland.

3 | Der Streik in Frankreich gegen die Rentenreform im Oktober und November 2010 war unbefristet – und fand auf Grundlage defensiver Forderungen statt: Ein neues Gesetz zur Rentenreform wurde abgelehnt. Trotz einer breiten Mobilisierung und der Blockade aller Erdö Raffinerien war der Streik erfolglos. Präsident Sarkozy saß den Massenprotest aus – ein Novum in der jüngeren Geschichte sozialer Kämpfe in Frankreich. Die 2010 von der Arbeiterbewegung in Frankreich erlittene Niederlage scheint tief zu sitzen: Nach den sechs Generalstreiks 2009 und 2010 wurde kein neuer Versuch mehr gewagt.

In Griechenland wurde der defensive Horizont zwar zum Teil überschritten, da im Sommer 2011 auch der Rückzug der ganzen politischen Klasse gefordert wurde und die Ablehnung der Kürzungspläne im Oktober 2011 eine Staatspleite bedeutet hätte. Aber die drei linken Parteien, die in den Umfragen (Ende März 2011) 39 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten, verfolgen keine gemeinsame Strategie. Seit dem letzten Generalstreik im

Februar 2012, bei dem es zu erheblichen Krawallen kam, gab es keine größeren Mobilisierungen mehr. Dennoch trugen die politischen Streiks mit dazu bei, das politische Klima zu beeinflussen. Bei den jüngsten Wahlen im Mai 2012 wurde die Regierung der Kürzungstechnokraten abgewählt. Jene Linksparteien, die die Auflagen der Troika ablehnen, konnten die meisten Stimmen hinzu gewinnen.

In Frankreich waren die wichtigsten Gewerkschaften CFTD und CGT im Oktober 2010 nicht zur Eskalation und einem Sturz der Regierung Sarkozy bereit, da die Sozialistische Partei noch keine personellen und programmatischen Richtungsentscheidungen getroffen hatte und daher nicht zur Regierungsübernahme bereit war. Die Gewerkschaften orientierten auf einen Regierungswechsel. Daher konnte dieser Kampfstreik nicht erfolgreich sein – sein Erfolg war von den Führungen der wichtigsten Gewerkschaften nicht gewollt und die Basis war nicht gut genug organisiert, um sich gegen die Führung durchzusetzen und die Regierung Sarkozy ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Allerdings nahm der sozialistische Präsidentschaftskandidat Hollande schon im Wahlkampf eine kritische Position zur einseitigen Kürzungspolitik in Europa ein – nicht zuletzt aufgrund der Mobilisierungserfolge der Linksfrente um Jean-Luc Mélenchon. Mit den Stimmen der Linken gewann Hollande im zweiten Wahlkampf die Wahlen.

BEZUG AUF SOZIALE BEWEGUNGEN UND PARTEIEN

Eine wichtige Ursache für das Aufflammen der Streiks dürfte sein, dass die Opposition gegen die Austeritätspolitik auf parteipolitischer Ebene (bis auf wenige Ausnahmen) schwach

ist. Lange trugen sozialdemokratische und linksliberale Parteien die Kürzungspolitik mit, während es den Linksparteien kaum gelang, sich Gehör zu verschaffen. Diese Situation birgt auch Chancen: In einigen Ländern gehen Gewerkschaften möglicherweise auf Distanz zu neoliberalen politischen Kräften, die nominell der linken Mitte angehören. Ihre Integrationsfunktion träte zurück, Radikalisierungspotenziale könnten frei werden. So befanden sich die griechischen Gewerkschaften im offenen Konflikt mit der technokratischen Regierung von Lukas Papademos, an der auch die sozialistische PASOK beteiligt war. In Großbritannien denken die an die Labour Party angegliederten Gewerkschaften darüber nach, der Partei auf Grund ihrer Unterstützung für Sparpolitik den Rücken zuzukehren. Es gibt inzwischen offenen Streit zwischen führenden RepräsentantInnen der britischen Gewerkschaften und der Labour-Führung um Ed Miliband.³

Die Streikbewegungen beziehen sich unterschiedlich auf andere Protestakteure, Parteien oder soziale Bewegungen. In Großbritannien stehen die Gewerkschaften bei den Krisenprotesten an vorderster Front: Neben den Studierendenprotesten im Herbst und Winter 2010 waren eine Großdemonstration gegen die Kürzungen in London im März 2011 und der Streiktag im öffentlichen Dienst im November 2011 die bislang wichtigsten Protestaktionen; bei letzteren spielten die Gewerkschaften eine tragende Rolle. Die Kürzungspolitik betrifft vor allem Beschäftigte im öffentlichen Dienst, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad dort ist noch vergleichsweise hoch. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sind eher von gegen-

seitiger Unterstützung als von Abgrenzungen geprägt. In Spanien hingegen grenzt sich die ¡Democracia real YA!-Bewegung unter den Stichworten *apartidismo* und *asindicalismo* ausdrücklich von Parteien und Gewerkschaften ab. In der Bewegung der Empörten sind dennoch GewerkschafterInnen und Angehörige linker Organisationen und Parteien maßgeblich aktiv. Die Bewegung entstand im Mai 2011; bereits im September 2010 war es zum Generalstreik gekommen. Nach dem Angriff auf Arbeitsrechte durch die neue rechtskonservative Regierung haben nun die Gewerkschaften mit einem Protesttag an einem Wochenendtag mit einer Million TeilnehmerInnen und einem eintägigen Generalstreik (beide im März 2012) wieder die Initiative ergriffen. Ein Jahr nach dem 15M zogen am 12. Mai 2012 wieder Hunderttausende Empörte auf die Plätze. In Spanien gibt es damit eher eine Pendelbewegung zwischen gewerkschaftlichen Demonstrationsstreiks und der Bewegung der Empörten. Die Erfahrungen, die die Gewerkschaftsbasis mit den Platzbesetzungen gemacht hat, könnten dazu beigetragen haben, dass die Gewerkschaftsführungen im Frühjahr 2012 die Initiative ergriffen haben.

Die Kürzungspolitik betrifft unterschiedliche Stellungen im Sozialgefüge und berührt die Belange von durchaus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Nur auf Lohnabhängige und die Arbeitswelt Bezug zu nehmen, ist daher nicht erfolgsversprechend. So kam es etwa in Großbritannien bereits zu Mobilisierungen von SchülerInnen und Studierenden, Behinderten, Umweltgruppen und LandschaftschützerInnen.⁴ Die organisierten Beschäftigten verfügen auf Grund ihrer Möglichkeit zur Unterbrechung der Produktion über ein wirk-

sames Druckmittel, das den anderen Gruppierungen fehlt. Und sie verfügen im Moment des Generalstreiks über ein Verallgemeinerungspotenzial, mit dessen Hilfe sich verschiedene Teilforderungen aufeinander beziehen und zu einem umfassenden politischen Projekt zusammenfassen lassen. Die Nutzung dieses Potenzials aber setzt voraus, dass sie Forderungen stellen, die über die bloße Verteidigung des Status quo hinausgehen.

POLITISCHE AUSWIRKUNGEN

Die Erfolge der Krisenproteste sind bislang eher beschränkt. In Irland läuft eine recht erfolgreiche Kampagne gegen die Haushaltssteuer, eine Kopfsteuer in Höhe von 100 Euro im Jahr für Hausbesitzer; Gewerkschaften sind beteiligt. Bis zum Ablauf der Frist Ende März hat sich nur knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen für die Zahlung der Steuer registrieren lassen. In Island und Rumänien sind Regierungen auf Grund von Protesten aus der Bevölkerung gegen das Krisenmanagement gestürzt worden. In beiden Fällen spielten die Gewerkschaften keine hervorgehobene Rolle. In Großbritannien, wo die Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Organisation von Protesten spielen und Mobilisierungserfolge erzielt worden sind, sind die Konzessionen der Regierung äußerst gering – und das bei einem Regierungsprogramm, das grundsätzlich die Existenz eines öffentlichen Sektors in Frage stellt und auf dessen weitgehende Privatisierung zielt (vgl. Gallas 2010). Die bisher breiteste Streikbewegung im Kontext der Krise gegen die Rentenreform in Frankreich im Herbst 2010 war ebenfalls erfolglos. Materielle Zugeständnisse



»Kicken«
© Mehran Khalili
mehralkhalili.com

(im Unterschied zu Regierungswechseln) hat bisher nur der Streik in Belgien erreicht, und nur in geringfügigem Umfang: Es kam zu einer gewissen Abschwächung der geplanten Umstrukturierungen bei den Renten.

Die Proteste scheinen ins Leere zu laufen: Die Verhandlungsspielräume für Regierungen an der europäischen Peripherie sind erheblich verengt. Das ist Teil der Krise der Demokratie.

In Deutschland gab es bislang keine einschneidenden Kürzungspläne. Die Einbindung der Gewerkschaften ins wettbewerbskorporatistische Regime funktioniert weitgehend und trotz einer Diskussion ums politische Streikrecht (s.o.) wird auf Generalstreiks verzichtet. Ansätze zu politischen Streiks fanden sich nur dort, wo vermeintlich mit Streikverbot belegte

Beschäftigtengruppen wie Beamte und Angestellte der kirchlichen Sozialeinrichtungen zu Arbeitskampfmaßnahmen griffen und damit ihr Streikrecht durchsetzten.⁵

National spezifische Faktoren spielen eine erhebliche Rolle bei der Wahl der Kampfformen. Politische Streiks sind kein Allheilmittel gegen die herrschende Krisenpolitik, aber ein wichtiger Mobilisierungspunkt, der Krisenproteste beflügelt. In Deutschland bewirkt die bloße Forderung nach politischen Streiks keine erhebliche Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Eine Erweiterung des Repertoires der hiesigen Kampfformen um politische Streiks und Generalstreiks wäre wichtig, um der herrschenden Krisenpolitik, der steigenden

sozialen Ungleichheit sowie der Versperrung politischer Einflussnahme von Lohnabhängigen entgegenzuwirken (vgl. Gallas/Nowak 2011).

STRATEGISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Politische Streiks adressieren mit der Klassenherrschaft eine zentrale Machtasymmetrie in kapitalistischen Gesellschaften; und sie stellen eine Form des Massenprotests dar, die mit erheblichen Druckmitteln versehen ist. Diese werden allenfalls angedeutet, solange man sich auf Demonstrationstreiks beschränkt. Gleichzeitig erfordert das Übergehen vom Demonstrations- zum Kampfstreik eine Bereitschaft der Lohnabhängigen zu militantem Eingreifen und eine positive »Erzählung«, die den fraglichen Eingriff und die von ihm ausgehenden Störungen begründet.

Die Forderung nach »echter« Demokratie ist ein strategisch günstiger Anknüpfungspunkt für eine solche »Erzählung«. Sie setzt kritisch an der politischen Einflussnahme von Kapitalgruppen an und hinterfragt die kapitalistische Kontrolle über den Produktionsprozess. Insofern hat sie in der gegebenen Konjunktur durchaus ein Umwälzungspotenzial.

Weil die Krisenpolitik die Demokratie in Europa zersetzt, muss eine europäische »Gegenerzählung« die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche in den Mittelpunkt stellen. Organisationen und Kampfformen von Lohnabhängigen müssen stärker »europäisiert« werden, auch die politischen Streiks. Die gemeinsame Aktion der Gewerkschaften im Rahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes beschränkt sich seit 2008 auf gelegentliche gemeinsame Appelle und Forderungen, wie sie zum Beispiel vor dem G8-Gipfel in London

im Frühjahr 2009 erfolgten, jedoch nicht auf eine gemeinsame europäische Koordination von Protesten oder Streiks. Im Fall der Bolkestein-Richtlinie wurde 2006 erfolgreich europaweit gegen eine weitere Liberalisierung bei Dienstleistungen innerhalb des Binnenmarkts mobilisiert. Im Kontext der Krise haben die Gewerkschaftsführungen wieder stärker im nationalen Rahmen agiert.

Eine Alternative besteht in der Verallgemeinerung der Proteste und in der spontanen Ausbreitung von Aktionsformen über nationale Grenzen hinweg, wie sie sich im Fall der Occupy-Bewegung ereignet hat. Viele spontane Aktionsformen lassen sich nur schwer exportieren, weil sie national spezifische Bedingungen spiegeln. Ein Beispiel ist das »Bossnapping«, das sich 2009/2010 in Frankreich ereignete. Dieses war möglich angesichts der faktisch sehr weitgehenden Aktionsfreiheit der organisierten Arbeiterschaft in Frankreich; in anderen Ländern würde es sicherlich als Akt der Freiheitsberaubung gesehen werden, und nicht als legitime Protestform. Eine »exportfähige« Aktionsform sind die Betriebsbesetzungen, die es zu Beginn der Krise in mehreren europäischen Ländern gab (vgl. *Luxemburg* 3/2011, *Standpunkte* 37/2011), und die heute vor allem in Griechenland stattfinden. Für Belegschaften ist es schwierig, ihren Betrieben in der Krisensituation eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen. Auch die Platzbesetzungen in Spanien und zeitweise in Portugal und Griechenland, die wiederum vom arabischen Frühling inspiriert waren, wurden in anderen europäischen Ländern kaum aufgegriffen, wo die Lage noch nicht vergleichbar ernst ist.

Es gibt neben nationalen Protestformen bereits eine länderübergreifende: den eintägigen General- bzw. Demonstrationsstreik mit defensivem Charakter. Politische Forderungen verbleiben jedoch trotz der Europäisierung der Krisenpolitik weitgehend auf nationaler Ebene. Einem gemeinsamen Protest im Rahmen des EGB steht die zögernde Haltung vieler Gewerkschaften entgegen, die offenen politischen Schlagabtausch vermeiden. Trotz der dramatischen Lage sehen viele Gewerkschaftsführungen die Aufgaben ihrer Organisationen darin, lediglich im nationalen Rahmen Zugeständnisse auszuhandeln bzw. existierende Absicherungen zu verteidigen. Führende VertreterInnen der deutschen Gewerkschaftsbewegung verkünden zwar Solidarität mit den Arbeitenden in Griechenland, wie mit dem Aufruf »Europa neu begründen!« Zu Beginn der Krise haben die deutschen Gewerkschaften mit Unruhen gedroht, in der Praxis jedoch eher Co-Management betrieben (Candeias/Röttger 2009). Der prozyklische, d.h. die Rezession verstärkende Charakter der Kürzungspolitik wird aber über kurz oder lang auch erhebliche Auswirkungen auf die Lebenssituation von Lohnabhängigen in den »wirtschaftsstarken« EU-Ländern haben. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung braucht neue Protestformen.

LITERATUR

- Abendroth, Wolfgang, 1954: Der politische Streik, in: ders., 1975: *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik*, Frankfurt/M., 54–63
- Candeias, Mario, und Bernd Röttger, 2009: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise, in: *Das Argument* 284, 51. Jg., H. 6, 894–904
- Demirović, Alex, und Thomas Sablowski, 2012: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: *Prokla* 166, 42. Jg., H. 1, 77–106
- Gallas, Alexander, 2010: Brothers in Arms. Zur politischen Strategie der britischen Koalitionsregierung, in: *Linksnetz*, November 2010, www.links-netz.de/K_texte/K_gallas_brothers.html
- Ders. und Jörg Nowak, 2011: Die Krise der Demokratien. Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 40. Jg., H. 2, 139–54
- Institut für Gesellschaftsanalyse, 2011: Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, RLS-papers, Berlin
- Kouvelakis, Stathis, 2011: The Greek Cauldron, in: *New Left Review* 72, Nov.–Dec. 2011, 17–32
- Luxemburg, Rosa, 1906: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: *Marxists Internet Archive*, www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm
- Sauerborn, Werner, 2010: Das politische Streikrecht. Wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen, in: *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, H. 1/2010, www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/sauerborn2.html

1 Vgl. für Details Demirović/Sablowski 2012; Gallas 2010; Gallas/Nowak 2011; IfG 2011.

2 Diese Unterscheidungen bauen auf Rosa Luxemburgs Text *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906) auf.

3 Die von Kelly in diesem Heft vertretene These, dass Generalstreiks generell nicht zu größerer Unterstützung für Linksparteien führen, können wir nicht bestätigen. In Griechenland haben die drei Parteien links von der Pasok seit der letzten Parlamentswahl im Oktober 2009 erheblich an Stimmen gewonnen. Im Mai 2012 hatten sie geringfügig Stimmen verloren (jeweils weniger als 1 Prozent). In Spanien hat die Izquierda Unida bei den Wahlen im November 2011 drei Prozent mehr Stimmen erhalten. Die guten Umfragewerte für Hollande und Mélenchon in Frankreich stimmen ebenfalls nicht mit Kellys These überein. Gegenbeispiele: Eine von zwei Linksparteien in Portugal hat bei der Parlamentswahl im Juni 2011 erheblich an Stimmen eingebüßt, (4,6 Prozent), während der Stimmenanteil der zweiten stabil blieb. In Italien hat sich der Stimmenanteil von Rifondazione Comunista, den Grünen und den Italienischen Kommunisten zwischen der Parlamentswahl im April 2008 und der Europawahl im Juni 2009 kaum verändert. Der Niedergang der 2009 gegründeten Linkspartei NPA in Frankreich ist zum größten Teil auf parteiinterne Entwicklungen und die Konkurrenz mit der Parti de la Gauche zurückzuführen und steht nicht im Zusammenhang mit den Generalstreiks. Wir sehen nicht, dass ein linearer Zusammenhang zwischen Generalstreiks und Parteientwicklungen hergestellt werden kann.

4 Diese protestierten erfolgreich gegen einen Plan zur Privatisierung der Wälder im Besitz der öffentlichen Hand.

5 Bspw. beim Streik hessischer Lehrer im November 2009 und beim Streik in Einrichtungen der Diakonie im September 2011.

STREIKS GEGEN SOZIALABBAU

KLAUS ERNST

Es ist eine zentrale Forderung der Linken, das Recht auf politischen Streik in der Bundesrepublik Deutschland fest zu verankern. Doch es gehört mehr dazu, als nur das Recht zu verändern.

Der Schwerpunkt der politischen Streiks liegt in Südeuropa; nicht nur, weil dort die Rechtslage anders ist, es liegt auch an einer anderen politischen Kultur.

Viele hatten die Hoffnung, dass mit dem gemeinsamen Europa ein Aufschwung verbunden wäre, eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Mit dieser Hoffnung war die – bei allen kritischen Fragen – breite Zustimmung für dieses gemeinsame Europa in der BRD und in anderen Ländern verbunden. Das betrifft nicht die Verträge von Lissabon, sondern in erster Linie das Projekt. Doch wir müssen feststellen, dass die Entwicklung gänzlich anders verlaufen ist.

In der Folge der Finanzkrise wird versucht, die Verteilungsverhältnisse in Europa

grundlegend zu verändern, teilweise ist es schon gelungen. Die Finanzeliten Europas stellen die Frage »Wer bezahlt eigentlich die Krise?«. Die Antwort der Wirtschaftseliten lautet: die Bürgerinnen und Bürger Europas. Welche Konsequenz hat es, die Verteilungsfrage auf diese Art zu regeln? In Griechenland holen Eltern ihre Kinder nicht mehr von den Kindergärten ab, weil sie sie nicht ernähren können. In Krankenhäusern fehlen Handschuhe und Spritzen, Operationen können nicht mehr durchgeführt werden. Das Wissen darum ist in der Mitte angekommen (vgl. *FR*, 20.2.2012).

Renten Kürzung, Absenkung des Mindestlohns, Massenentlassungen... und wir wissen, dass sich die Krise verschärft. In Spanien wird der Kündigungsschutz aufgeweicht, Löhne können willkürlich an Tarifverträgen vorbei gesenkt werden, das Tarifvertragssystem wird ausgehebelt. Das Rentenalter wird erhöht, Zuzahlungen bei Medikamenten gestrichen, im Bildungsbereich wird gespart. In Italien müssen die Tarifverträge nicht mehr eingehalten werden, der Kündigungsschutz soll gelockert, das Rentenalter heraufgesetzt werden. In Portugal werden Feiertage gestrichen, Gehalts- und Lohnkürzungen sind an der Tagesordnung.

Die Schuldenbremse in Deutschland führt dazu, dass die Städte immer weniger in der Lage sind, die Grundversorgung der Bürger aufrechtzuerhalten. Schwimmbäder werden geschlossen, Schulen nicht mehr renoviert.

Wir haben es mit einer Zerschlagung des europäischen Sozialstaatsmodells zu tun. Wesentliche Elemente der Demokratie in Europa werden geschliffen.

Das ist die Legitimation für einen politischen Streik. Ein Blick auf die politische Landschaft der Linken in Europa zeigt: In Italien ist sie zersplittert, hat kaum politischen Einfluss. Die Linke in Griechenland hat hinzugewonnen, aber mindestens in vier Parteien, die kaum miteinander sprechen können. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist die politische Linke nicht in der Lage, diese Politik aufzuhalten – trotz einer Stärkung der europäischen linken Kräfte. Selbst in Frankreich, mit dem sehr erfreulichen Wahlergebnis bei der Präsidentenwahl im Mai 2012, zeichnet sich wenig Handlungsfähigkeit ab; auch die Rechten haben dramatisch gewonnen. Die Linke kündigt immer wieder an, dass sie mit diesen Entwicklungen Schluss machen will, kann es aber nicht. Darunter leidet ihre Glaubwürdigkeit.

Welche Konsequenz ziehen wir daraus?

Die politische Linke in Europa muss sich zusammenschließen – auch in der Bundesrepublik. Ohne Bündnisse sind wir nicht in der Lage, dem wirklich etwas entgegenzusetzen. Bündnispartner sind diejenigen, die außerparlamentarische Kämpfe organisieren können; nur mit wirklichen Bewegungen auf der Straße kann etwas bewegt werden.

Der politische Streik ist in diesem Zusammenhang ein Mittel. Ich spreche vom politischen, nicht vom Generalstreik – sonst wäre die Niederlage vorprogrammiert. Generalstreik heißt, dass alle streiken – leicht werden die aufgezählt, die nicht dabei sind, Steuerbeamte, Polizisten etc. Beim politischen Streik werden die gezählt, die mitmachen. Daher ist der Begriff strategisch sinnvoller und zutreffend.

In Europa gibt es immer mehr Widerstand. Nicht nur auf der Ebene der Parteien, sondern tatsächlich auf der Straße.

In Frankreich sollte vor einigen Jahren der Kündigungsschutz für die unter 25-Jährigen verschlechtert werden; das konnte nicht durchgesetzt werden. In der Bundesrepublik wurde der Kündigungsschutz nun massiv geschliffen. Aber wir haben eine ganz andere Kultur des Widerstands. Die Tradition in der Bundesrepublik hat dazu geführt, dass die Gewerkschaften in ihrer Führung, ihrer Struktur und ihrer Mitgliedschaft nicht jeden Tag an der Tür kratzen und sagen, lasst uns mal politisch streiken. Wir als Linke müssten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ansetzen; dort wird oftmals davon ausgegangen, als sei Gegenwehr gar nicht möglich. Selbst der DGB Bayern hat in seiner Landesbezirkskonferenz den politischen Streik als mögliches Mittel beschlossen; ver.di diskutiert oft darüber.

Nach der gegenwärtigen Rechtsauffassung dürfen die Gewerkschaften nur zum Streik aufrufen, wenn es um die Er kämpfung eines Tarifvertrages geht. Das bedeutet in der Umkehr, gibt es einen Tarifvertrag, sind die Gewerkschaften an die Friedenspflicht gebunden. Würden sie dann streiken, würden sie sich in die Gefahr begeben, schadensersatzpflichtig zu werden für Ausfälle in Produktion und Gewinn in den Betrieben. Wir haben das umschifft, indem wir nicht zum Streik, sondern zum Protest während der Arbeitszeit aufgerufen haben. Und das war möglich und erfolgreich.

Es gab auch in der Vergangenheit politische Streiks. In der bayerischen Ver-

fassung ist verbürgt (Artikel 110, Abschn. 1): »Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- und Anstellungsvertrag hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.«

Daher haben wir unter Berufung auf die Verfassung zu Aktionen aufgerufen. Juristisch würde die Landesverfassung hinter dem Bundesrecht zurückstehen. Meine Erfahrung ist aber, dass bei erfolgreicher Mobilisierung die juristische Auseinandersetzung ausbleibt. Wo wir uns trauen, wo wir es vernünftig vorbereiten, dort ist es möglich und erfolgreich.

Die Klammer für gemeinsame Aktionen in Europa, auch für politische Streikaktionen könnte sein: direkte Finanzierung der Staatsschulden über die EZB. Das wäre wahrscheinlich kein Ansatz für Massenmobilisierungen. Wohl aber: Rücknahme und Kampf gegen Kürzungen von Renten, Löhnen und Sozialleistungen. Um diese Punkte muss die Linke in allen europäischen Ländern mobilisieren und organisieren. Natürlich nicht allein; wir müssen als nächstes mit Gewerkschaften, Initiativen und Sozialverbänden ins Gespräch kommen und gemeinsam eine Widerstandsbewegung zustande bringen.

Streiks sind in der Bundesrepublik bei den Bürgerinnen und Bürgern eher negativ belegt. Daher haben nur zwei Länder weniger Streiktage: die Schweiz und der Vatikanstaat. Das ist doch schon bemerkenswert. Trotzdem wurden hier bis vor zehn oder zwölf Jahren die höchsten Löhne gezahlt. Das wurde auch als Argument gegen Streiks verwendet. Die

Bereitschaft oder die Notwendigkeit, sich für die Interessen einzusetzen, auch durch Streiks, ist vorhanden; ein Problem besteht oft bei den Verhandlungsführern, die nach nächtelangen Streitereien erschöpft vor die Kamera treten und sagen: Wir haben es geschafft! Dieses Bild hat dazu beigetragen, dass die Streikbereitschaft selbst bei Gewerkschaftsmitgliedern nicht hoch war bzw. immer wieder enttäuscht wurde. Hinzu kam das stark reglementierte Streikrecht.

Dann die Umbrüche: Wegfall der Systemkonkurrenz, ab 1998 die rot-grüne Regierung, mit Agenda 2010 und massiver Schwächung der Gewerkschaften; und es gab die Selbstbeschränkung der Gewerkschaften. Die Situation veränderte sich dramatisch. Allein in den letzten zehn Jahren hat das Absenken der Lohnquote in der Bundesrepublik dazu geführt, dass den abhängig Beschäftigten ca. 140 Milliarden Euro an Lohnsumme in einem Jahr entzogen wurden.

So drastische Lohnkürzungen gab es nur in Deutschland, was m.E. auch mit Recht und Praxis des Streiks zu tun hatte. Tarifverhandlungen bringen keine Ergebnisse mehr, auf die politisch verwiesen werden kann.

Wie gehen wir mit dieser Situation um? Die Linken müssen **1** | die rechtlichen Auseinandersetzungen ums Streikrecht führen. Sie müssen **2** | die Inhalte in den Vordergrund schieben, für die Menschen politisch streiken wollen würden. Welche Inhalte können das sein? Ein zentraler Punkt für den politischen Streik ist aus meiner Sicht die Verteilungsfrage: dort, wo die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes eingreifen,



»Hutverkäufer in Athen«, Mehran Khalili, mehran-khalili.com

zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger. Das betrifft Lohn, Rente, Sozialleistungen. Ein weiteres Thema ist die Friedenspolitik. Ich glaube, an diesen Fragen können auch in Deutschland politische Streiks organisiert werden – allerdings gut vorbereitet. Ohne Vorbereitung, ohne Agitation der Gewerkschaften, wie der Parteien und Bewegungen, wird die Beteiligung schwach bleiben. Um die geht es aber. Politischer Streik ist keine Theorie, sondern muss Praxis sein.

Redaktionell bearbeitete Rede, gehalten auf der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Politische Streiks im Europa in der Krise« am 5.5.2012 in Berlin

DIE ILO-KONVENTION GUTE ARBEIT FÜR HAUSARBEITERINNEN

MEHR ALS EIN VERSPRECHEN?¹

**CHRISTINE BONNER,
BARBRO BUDIN, KARIN PAPE**

Am 16. Juni 2011 entrollten Hausarbeiterinnen von der Empore des Sitzungssaals der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO²) ein Transparent mit der Aufschrift »Jetzt steht die Hausarbeit der Regierung an. Ratifiziert! Implementiert!« Die Konvention für Hausangestellte (189) war mit einer überwältigenden Mehrheit von 396 der 475 Delegierten angenommen worden: Sie bildete den Abschluss von langen Verhandlungen auf den Internationalen Arbeitskonferenzen 2010 und 2011 und eines noch längeren Kampfes der Hausarbeiterinnen um Respekt, Rechte und eine Anerkennung als »Arbeiter« (vgl. den Beitrag von Ai-Jen Poo in *Luxemburg* 4-2011).

Die Konvention spricht allen HausarbeiterInnen, einschließlich migrantischen Beschäftigten, grundlegende Arbeiterrechte zu – wie das Recht, Gewerkschaften zu bilden, ihnen beizutreten und Tarifverhandlungen zu führen. Ihre Arbeitsbedingungen müssen entsprechend gestaltet werden: Sie haben ein Recht auf Mindestlohn – wo es ihn

gibt –, auf bezahlte Überstunden, bezahlten Bereitschaftsdienst und Urlaub. Auch die besonderen Arbeitsbedingungen von Hausarbeiterinnen werden aufgegriffen, etwa dass angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss, sofern sie beim Arbeitgeber wohnen, und dass sie ein Recht auf Privatsphäre haben. Die Verabschiedung der Konvention richtet die internationale Aufmerksamkeit auf weitgehend missachtete, unterbezahlte und überwiegend weibliche (83% nach Schätzung der ILO) Beschäftigte und sichert ihnen Anerkennung und Würde. Sie schafft eine Grundlage für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Millionen Arbeiterinnen. Aber das Transparent weist darauf hin: Dies ist nur der Beginn eines mühevollen Prozesses, die genannten Versprechen in Realität zu wenden. Die Regierungen müssen die Konvention ratifizieren, nationale Gesetze schaffen, implementieren und durchsetzen.

Entscheidend für den Erfolg – wir sprechen als in der Kampagne Aktive – war die Beteiligung vieler Vertreterinnen von Gewerkschaften und anderen Organisationen der Haushaltsarbeiterinnen an der Vorbereitung und während der Verhandlungen. Wahrscheinlich zum ersten Mal in der Geschichte der ILO waren diejenigen, über die verhandelt wurde, gleichberechtigt an dem Prozess beteiligt. Die provisorische Gründung des Internationalen Netzwerks der Hausarbeiterinnen (IDWN) half ihnen, sich Gehör zu verschaffen, zu mobilisieren und sich mit einer Reihe von Bündnispartnern abzustimmen – besonders mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Büro für Arbeitnehmeraktivitäten der ILO (ACTRAV). Diese Kontakte werden

auch in Zukunft wichtig sein, wenn es darum geht, die Gesetze zu implementieren. Ohne starke Organisationen der Hausarbeiterinnen und die Unterstützung der Gewerkschaften und anderer Verbündeter wird es schwierig sein, die Konvention umzusetzen.

MIT DER ILO-KONVENTION EINE BEWEGUNG AUFBAUEN

Die erste internationale Konferenz von Organisationen der Hausarbeiterinnen wurde 2006 vom holländischen Gewerkschaftsbund (FNV) in Amsterdam ausgerichtet. Die Teilnehmenden waren überrascht, wie viele Hausarbeiterinnen-Organisationen es weltweit gab und dass sie voneinander meist nichts wussten. Sie beschlossen, auf eine ILO-Konvention hin zu arbeiten – sahen dies jedoch nur als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer globalen Vernetzung der Hausarbeiterinnen. Die Internationale Gewerkschaft für Nahrungs- und Genussmittel (IUF) stellte für diesen Prozess die Infrastruktur zur Verfügung und wurde von WIEGO, einem globalen Netzwerk im Bereich informeller Beschäftigung tatkräftig unterstützt.

2008 setzte die ILO dann »Gute Arbeit für Hausarbeiterinnen« auf die Tagesordnung der Konferenzen für 2010 und 2011. Vertreterinnen der Hausarbeiterinnen-Organisationen aus verschiedenen Teilen der Welt planten eine globale Kampagne, für die sie sich eine provisorische Struktur gaben: das Internationale Netzwerk von Hausangestellten (IDWN). Entscheidungsbefugnis konnten darin nur Frauen erlangen, die selber Hausangestellte waren oder sind. Das Netzwerk wurde während des Prozesses von WIEGO, IUF und

anderen unterstützt – deren VertreterInnen hatten jedoch kein Stimmrecht. Ernsthafte Vorbereitungen für die Kampagne begannen im Juni 2009 mit der erstmaligen Teilnahme von Vertretern der Hausarbeiterinnen an der ILO-Konferenz. Sie wollten sich mit dem ILO-Prozess vertraut machen, um für die Verhandlungen vorbereitet zu sein – und wie sie vorbereitet waren! Die Regionalvertreterinnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika bildeten das Rückgrat einer globalen Kampagne, die sich zunächst an Gewerkschaften und nationale Regierungen richtete. Gleichzeitig wurden Hausarbeiterinnen mobilisiert und Bündnisse geschaffen. Ein Forderungskatalog versammelte die Anliegen und wurde auf der ILO-Konferenz verbreitet. Ein wichtiges Ziel war es, möglichst viele Hausarbeiterinnen als gleichberechtigte Delegierte in den nationalen Gewerkschaftsdelegationen unterzubringen. 2010 führte diese Strategie zum ersten Erfolg: Einige nationale Delegationen nahmen Aktivistinnen auf; sie waren damit Delegierte mit Rede- und Stimmrecht in der Kommission »Gute Arbeit für Hausarbeiterinnen«.

Die Arbeitgeber verhandelten 2010 hart während der ersten Lesung. Am Ende stimmte jedoch die Mehrheit der Regierungen für eine Konvention, nicht nur für eine Empfehlung – das war wichtig, weil eine Konvention das einflussreichere Instrument ist.

Positionen können sich ändern. Über das folgende Jahr war es deshalb notwendig, die Regierungen zu stützen, die sich als »Verbündete« erwiesen hatten, und die gegnerischen zu überzeugen. Hausarbeiterinnen verschafften sich Gehör mit Radiosendungen, Presseerklärungen, öffentlichen Veranstaltungen,

Treffen und Workshops. Sie engagierten sich bei Regierungen, Gewerkschaften und bisweilen bei Arbeitgeberverbänden. Das IDWN erwies sich als Partner auf Augenhöhe mit der ILO und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei regionalen Gewerkschaftsveranstaltungen wie in Sao Paulo, Singapur und Johannesburg. Darüber hinaus entwickelte es mit einigen internationalen und regionalen NGOs einen »globalen Aktionsplan« für wichtige Ereignisse, wie z.B. den internationalen Frauentag.

»WIR SPRECHEN FÜR UNS SELBST«

Bei der entscheidenden Konferenz 2011 gab es von Seiten der lateinamerikanischen und afrikanischen Regierungen keine Überraschungen: Sie unterstützten die Konvention. Die Länder der Europäischen Union blieben bei ihrer Linie von 2010: Sie waren im Prinzip für die Konvention; die von ihnen geforderten Änderungsanträge würden den Inhalt der Konvention schwächen. Eine große Überraschung war die indische Regierung, die nicht mehr nur eine allgemeine Diskussion (wie 2010), sondern auch die Konvention unterstützte; auch die Golfstaaten, die bislang vehemente Gegner gewesen waren, sprachen sich für die Konvention aus. Die Regierungen beteiligten sich aktiv an den Debatten, besonders die zuvor »stummen Unterstützer« machten ihre Positionen – nach Ermutigung durch Hausarbeiterinnen aus ihren Ländern – nun öffentlich.

Hausarbeiterinnen waren während der Konferenz in die Arbeitnehmergruppe der ILO integriert und so gleichberechtigt am Entscheidungsprozess beteiligt. Das war Ergebnis von viel Arbeit in den jeweiligen Heimatlän-

dern. Das IDWN verfolgte eine »Tandemstrategie«: von Seiten der Gewerkschaften können normalerweise zwei Delegierte für jedes ILO-Komitee benannt werden; IDWN setzte durch, dass zusätzlich jeweils eine Hausarbeiterin vertreten sein sollte. Ihr Einfluss war entsprechend groß.

Während der Konferenz organisierte das IDWN jeden Morgen eine Sitzung, um die Ergebnisse des vergangenen Tages auszuwerten und das weitere Vorgehen zu besprechen. Viele Delegierte der Hausarbeiterinnen fanden das hilfreich, um zu verstehen, was warum geschah. Gleichzeitig konnten sie wichtige Informationen aus den Gesprächen mit ihren jeweiligen Regierungen einbringen.

Eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, Medien- und ILO-ExpertInnen unterstützte die Arbeit vor Ort; die Öffentlichkeitsarbeit konnte so parallel in Genf und in den Heimatländern der Delegierten organisiert werden. Als die Abstimmung schließlich gewonnen war, standen die Hausarbeiterinnen im Mittelpunkt des Medieninteresses. »Hausarbeiterinnen sprechen für sich selbst« wurde so Wirklichkeit.

KONVENTION 189: NUR EIN ANFANG

Da viele Regierungen die Konvention unterstützt haben und der Widerstand der Arbeitgeber begrenzt war, stehen die Chancen für eine Ratifizierung und die Durchsetzung relevanter Veränderungen in absehbarer Zeit nicht schlecht. Damit sich dieses Fenster nicht wieder schließt, haben die Hausarbeiterinnen und ihre Verbündeten, insbesondere der IGB, ILO ACTRAV, die IUF und WIEGO, direkt mit der Organisation der nächsten

Phase begonnen: einer Kampagne für die Ratifizierung und Implementierung. IGB und IDWN versuchen eine relevante Anzahl von Regierungen zu einer schnellen Ratifizierung zu bewegen. Gleichzeitig will das IDWN seine provisorische Struktur auf der Basis eines demokratischen Prozesses organisieren (geplant ist ein Gründungskongress im Jahr 2013) und Gewerkschaften der Hausarbeiterinnen vor Ort sollen gestärkt werden.

Erste positive Entwicklungen sind absehbar: Uruguay hat als erstes Land im April 2012 die Konvention ratifiziert. Paraguay hat die Ratifizierung angekündigt, auch in Südafrika ist die Ratifizierung und Veränderung der Landesgesetze auf den Weg gebracht.

Zwei Punkte werden für langfristige Erfolge entscheidend sein: eine starke globale Kampagne, die von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt wird, und ein starkes globales Netzwerk der Hausangestellten-Organisationen. Dann könnte sich das Leben von Millionen Hausarbeiterinnen und ihren Familien wirklich verändern. Regierungen vergessen leicht; Hausarbeiterinnen können sich das nicht leisten.

BRAUCHEN HAUSANGESTELLTE IN DEUTSCHLAND EINE ILO-KONVENTION?

In Deutschland sind Hausangestellte anderen ArbeitnehmerInnen formal gleichgestellt. Ein Vergleich der ILO-Konvention mit den relevanten deutschen Schutzgesetzen lässt vermuten, dass die Rechtslage in Deutschland ausreicht, um das Übereinkommen ratifizieren zu können.

Angelehnt an das Vorbild europäischer Nachbarn (Frankreich und Belgien) gibt es ein

Haushaltsscheckverfahren, das die einfache Anmeldung von Beschäftigten im Bereich »haushaltsnahe Dienstleistung« ermöglicht. Es ist eine Form des Minijobs und wird von der Knappschaft verwaltet. Minijobs wurden unter der Annahme einer vorübergehenden oder zusätzlichen Beschäftigung von RentnerInnen, Studierenden oder Wiedereinsteigern in den Arbeitsmarkt kreiert. Sie sollten eine Brücke zum regulären Arbeitsmarkt darstellen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Minijobs verdrängen zunehmend reguläre Beschäftigungsverhältnisse und die geringeren Pauschalbeiträge zu den Kranken- und Rentenversicherungsträgern trocknen die Sozialkassen aus. Wer über einen langen Zeitraum in Minijobs beschäftigt ist, kann sich keine eigenständige Alterssicherung aufbauen.

Gegen eine vereinfachte Regelung von Beschäftigung im Haushalt ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Allerdings müssen die Bedingungen stimmen: In Frankreich und in Belgien gibt es gesetzliche Mindestlöhne und in beiden Ländern ist das Haushaltsscheckverfahren verknüpft mit einem allgemein verbindlichen Tarifvertrag, der anständige Löhne und Arbeitsbedingungen, einschließlich Weiterbildungsmaßnahmen, gewährleistet. Sozialabgaben werden ab der ersten Stunde gezahlt. All das ist in Deutschland nicht der Fall.

Die Wenigsten wissen, dass es in Deutschland einen Tarifvertrag für Hausangestellte zwischen der Gewerkschaft NGG und dem DHB-Netzwerk Haushalt gibt. Eine Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages, also Gültigkeit unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband, scheiterte bisher jedoch am Tarifvertrags-

gesetz. Es sieht vor, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der Beschäftigten eines Sektors beschäftigen. Bisher wurden keine Anstrengungen unternommen, diesen Passus zu verändern, was insbesondere deshalb erstaunt, weil die Kritiker eines Mindestlohns argumentieren, er solle von den Tarifpartnern einer Branche verhandelt werden. Für die Hausangestellten in Deutschland wäre die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages ein Fortschritt.

Der Großteil der in Privathaushalten beschäftigten Putzfrauen, Kinderbetreuerinnen, Altenpflegerinnen usw. arbeitet jedoch informell, also ohne Anmeldung zur Sozialversicherung und ohne Steuern zu zahlen. Schätzungen differieren zwischen 70 und 95 Prozent. Die Wenigen, die angemeldet sind (oder über ihre Ehemänner zumindest über eine Krankenversicherung verfügen), sind meistens deutsche Staatsangehörige. Der überwiegende Teil der informell Arbeitenden sind MigrantInnen – mit und ohne Aufenthaltsstatus. Nach wie vor gilt Arbeit im Haushalt als etwas, das Frauen für ihre Familien sowieso tun, unentgeltlich. Dass den Beschäftigten in Privathaushalten Arbeitnehmerrechte zustehen, ist im Bewusstsein der Wenigsten verankert. Das gilt sowohl für die Arbeitgeberhaushalte als auch für die beschäftigten Frauen. Oft werden informelle Arrangements bevorzugt – von beiden Seiten, weil »brutto für netto« als vorteilhaft angesehen wird. Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall oder während des Urlaubs sind selten.

Für MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus kommt hinzu, dass sie über keine Krankenversicherung verfügen. Die wenigsten wissen,

dass nach deutschem Recht auch undokumentierte (»illegale«) MigrantInnen nicht nur zu den Sozialversicherungen angemeldet werden können, sondern müssen. Da aber öffentliche Stellen nach § 87 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet sind, MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus zu melden, was in der Regel zu einer Abschiebung führt, können diese Rechte kaum in Anspruch genommen werden. Diese Menschen sind dadurch faktisch abhängig und rechtlos. Und das, obwohl die Rechtslage ihnen formal zahlreiche Rechte und Handlungsmöglichkeiten gibt.

Durch das besondere, persönliche Abhängigkeitsverhältnis kann es zu Fällen schwerer Ausbeutung kommen. Gesellschaftliche Folgekosten, insbesondere bei der Alterssicherung, werden bei den informellen Arrangements von beiden Seiten außer Acht gelassen.

WARUM SOLLTE DEUTSCHLAND TROTZDEM DAS ÜBEREINKOMMEN 189 RATIFIZIEREN?

Durch eine Ratifizierung internationaler Arbeitsabkommen bringen die Staaten zum Ausdruck, dass diese Mindeststandards in ihren Ländern gelten sollen. Es ist ein Bekenntnis, dass in einer globalisierten Welt die Konkurrenz nicht zu einer Abwärts-Spirale der Arbeits- und Lebensbedingungen führen soll.

Ratifizierungen von ILO-Standards sind auf Dauer angelegt und nicht abhängig vom Programm einzelner Parteien oder aktueller Regierungsvorhaben. Internationale Verpflichtungserklärungen spiegeln wider, wie sich ein Land in der internationalen Staatengemeinschaft sieht. Die Ratifizierung einer ILO-Konvention kann erst nach zehn Jahren rückgängig gemacht werden. Der

Überwachungsmechanismus der ILO ist einzigartig innerhalb des UN-Systems und gewährleistet die Einhaltung der Standards. In regelmäßigen Abständen muss der ILO über die Anwendung der Standards berichtet werden. Damit geht ein Land die Selbstverpflichtung ein, nach einer Ratifizierung keine gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, die eine Verschlechterung der betreffenden ILO-Konvention beinhalten würde.

Für Deutschland gilt, was global gilt: Wenn den Hausangestellten nicht die Möglichkeit gegeben wird, sich zu organisieren und ihnen damit eine Stimme zu verleihen, wird es keine guten Regelungen geben bzw. wird die Umsetzung auch guter Regelungen schwierig. Die gewerkschaftlichen Anlaufstellen für undokumentierte MigrantInnen in Hamburg, Berlin und Frankfurt und der »runde Tisch Hausangestellte« in Bremen sind ein guter Anfang. Allerdings zeigen internationale Erfahrungen, dass das nicht ausreicht. Hausangestellte brauchen mehr als eine Organisation. Nur durch eine breite Allianz von Hausangestellten und unterstützenden Organisationen, wie z.B. Frauenorganisationen, Kirchen usw., können ihre Rechte und Belange wirksam geschützt werden. Hier könnte die ILO-Konvention einen Beitrag leisten.

1 Der Text basiert auf einem Artikel der Autorinnen in der Zeitschrift: »International Union Rights« 3/2011. Für *LuXemburg* wurde er von Karin Pape ergänzt.

2 Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO, engl. ILO) ist die einzige Organisation, in der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Sie ist für die Ausarbeitung und Überwachung der internationalen Arbeitsnormen zuständig. ILO-Übereinkommen gelten in den Ländern, die sie ratifiziert haben – mit Ausnahme der acht Kernarbeitsnormen, die als Teil der Menschenrechte für alle Mitgliedsländer verbindlich sind.





PROTESTE IN KANADA FÜR FREIE BILDUNG UND FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG

Studierende in Quebec protestieren seit Februar 2012 gegen die Erhöhung der Studiengebühren; mit Besetzungen und Demonstrationen, auch nachts; bislang gab es 31 »Casseroles« (Kochtopfdemonstrationen). Erkennungszeichen der Proteste ist ein rotes Viereck. Übers Auge gemalt erinnert es an einen Studenten, der in Auseinandersetzungen mit der Polizei ein Auge verloren hat. Gegen die nicht abreißen Besetzungen, Demonstrationen und Universitätsstreiks wurde am 18. Mai ein Notstandsgesetz erlassen (Bill 78), das u.a. Versammlungen, Blockaden und Aufruf zu Streiks (auf/in der Nähe des Universitätsgeländes) verbietet. Gegen dieses Gesetz gingen am 22. Mai hunderttausende Menschen auf die Straße (Zahlen zwischen 250 000 und 400 000 werden genannt). Es gab Solidaritätskundgebungen in ganz Kanada und den USA.

Alle Fotos: scottmontreal 

GRATWANDERUNGEN

EIN POLITISCH-SOLIDARISCHES NETZWERK FÜR DIE RECHTE

MIGRANTISCHER HAUSARBEITERINNEN

RESPECT

WG-Wohnungen, Villen oder Büroetagen zu putzen, Kinder von Kita und Schule abzuholen oder auch Babys ganztätig zu betreuen, ist für viele Migrantinnen in Deutschland die einzige Möglichkeit der Existenzsicherung – egal welche Berufserfahrung oder Ausbildung sie haben. Dies gilt besonders für Frauen, die keinen oder nur einen prekären Aufenthaltsstatus haben. Ihre Arbeitsverhältnisse sind gleichzeitig Folge und Motor einer weitreichenden Transformation von Sorge- und Hausarbeit. Bisher unbezahlte Arbeiten werden aus dem Haushalt outgesourct und zu Waren gemacht, »kommodifiziert«. Neue, scheinbar private Hierarchien entstehen in einer weitgehend deregulierten Arbeitswelt, innerhalb derer die weiterhin Frauen zugeschriebene Arbeit neu verteilt wird – entlang von Klassenzugehörigkeit und rassistisch zugewiesener Position. Diese Arbeitsverhältnisse ermöglichen den ArbeitgeberInnen, bestimmte Qualitätsstandards im hygienisch perfekten Zuhause zu erreichen. Sie ermöglichen, entgrenzte neoliberale Erwerbsverhältnisse mit Reproduktionsarbeit kombinieren zu können, ohne dass die geschlechtliche Arbeitsteilung in Frage

gestellt wird – und ohne dass kollektive Lösungen für die alte Grundsatzfrage der Reproduktionsarbeit gefunden werden müssen.

Unter dem Stichwort »Globalisierung von Sorgearbeit« wird dieses Phänomen inzwischen in sozialwissenschaftlichen und politischen, feministischen Diskussionen um Care-Arbeit diskutiert. Obwohl es um eine dringende Frage emanzipatorischer politischer Praxis geht, gibt es in Deutschland nur wenige Versuche, Netzwerke der Solidarität zu gründen, um für Arbeitsrechte der Beschäftigten im Privathaushalt sowie alternative Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten einzutreten und den schleichenden Prozess der Etablierung dieses segregierten Arbeitsmarktes aufzuhalten.

Eine der wenigen Ausnahmen bildet die respect-Initiative Berlin, die sich seit Jahren für Arbeitsrechte im Privathaushalt engagiert und Frauen ohne Aufenthaltsstatus unterstützt. Ziel ist es, praktische Solidarität mit politischer Organisation und Protest zu verbinden. Das folgende Papier ist eine Selbstreflexion der Gruppe darüber, wie Organisationsprozesse unter prekären Aufenthalts- und Arbeitssituationen möglich sind – und ein Rückblick auf Ansätze des Organizing. Die Unterstützung zur politischen Selbstorganisation von papierlosen Migrantinnen erweist sich aus vielen Gründen als kompliziert. Durch kontinuierliche Zusammenarbeit sind jedoch Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung entstanden. Sie tragen dazu bei, Verhandlungsmacht in prekären Arbeitsverhältnissen zu stärken und in individuell aussichtslosen Situationen kollektive Lösungen zu finden. Gleichzeitig reflektiert das Papier viele Fallstricke und Gratwanderungen einer gemeinsamen Organisation von Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte – und von politisch Interessierten ebenso wie persönlich Involvierten.

DIE RESPECT-INITIATIVE: POLITISCHE AKTION UND PRAKTISCHE SOLIDARITÄT

»Wir wollen Migrantinnen ohne Aufenthaltsstatus, die hier in Deutschland vor allem in privaten Haushalten arbeiten, unterstützen, damit sie ihre Interessen selbst vertreten und sich selbst organisieren können.« So formulierten wir ein wichtiges Anliegen unserer Gruppe. Die respect-Initiative Berlin besteht seit zwölf Jahren als freier Zusammenschluss von Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte – sie ist also keine NGO und kein eingetragener Verein.

1999 gründeten wir uns als Teil des europäischen Netzwerkes für die Rechte von Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit RESPECT. Zunächst organisierten wir bundesweite Treffen von feministisch-antirassistischen Gruppen und Beratungsstellen, um die Arbeitsbedingungen von Frauen ohne Aufenthaltsstatus gemeinsam zu diskutieren und politische Strategien zu entwickeln. Damals standen vor allem die Themen Flucht, Heiratsvermittlung und Frauenhandel im Zentrum feministischer Diskussionen zu Migration, während der Alltag der Putz- und Betreuungsarbeit in deutschen Haushalten kaum thematisiert wurde und weitgehend unsichtbar blieb.

In den folgenden Jahren haben wir uns mit anderen antirassistischen Gruppen vernetzt und uns als Teil von »Kein Mensch ist illegal« an politischen Aktionen beteiligt oder die »Gesellschaft für Legalisierung« in Berlin mitorganisiert. Wir initiierten ein Netzwerk von Gruppen in Berlin, das den »AK undokumentiertes Arbeiten« bei ver.di betreibt und seit 2009 eine Anlaufstelle für ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus aufgebaut hat.

Im Rahmen von Veranstaltungen problematisieren wir seitdem die weiterhin ungleichen Geschlechterverhältnisse in der Haus- und Sorgearbeit und kritisieren, dass diese Arbeiten zunehmend an Migrantinnen delegiert werden. In einer solchen Situation entstehen Machtverhältnisse zwischen Frauen entlang von Klassenzugehörigkeit und Zuschreibungen der »Ethnizität«. Ebenso wenden wir uns gegen die restriktiven Einwanderungsbedingungen, die diese rassistische Segregation des Arbeitsmarktes verschärfen.

Seit Anfang der 1990er Jahre sind wir außerdem Teil eines Netzwerkes feministischer Gruppen in Berlin, das Frauen und Kinder ohne Aufenthaltsstatus praktisch und solidarisch unterstützt. Kontinuierlich hat dieses Netzwerk insbesondere Neuankömmlinge mit Wohnungen versorgt, hat Kita- und Schulplätze für Kinder ohne Papiere gesucht, Frauen wieder aus dem Abschiebeknast geholt oder im Kontakt mit dem Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Gesundheitsversorgung organisiert. Einmal im Monat treffen wir uns, um uns auszutauschen und gemeinsam zu kochen; dies ist ein sozialer Raum, der auch eine offene Anlaufstelle für Frauen ohne Papiere ist, um Kontakte zu knüpfen oder sich über Alltagsprobleme in der Illegalität auszutauschen. Unsere Aufgabe als respect-Initiative innerhalb dieses arbeitsteiligen Netzwerkes ist es, für alle Belange rund um das Thema Arbeit ansprechbar zu sein: Wie finde ich schnell einen Job? Wie schütze ich mich bei einem Bewerbungsgespräch in einem Privathaushalt vor sexueller Anmache? Welche langfristigen beruflichen Perspektiven kann ich in Deutschland in meinem im Herkunftsland erlernten Beruf entwickeln?

ORGANISIERUNG NACH INNEN: VON DER HILFE ZUR SELBSTORGANISIERUNG ZUM SOZIALEN NETZWERK

Der Anfang war manchmal etwas skurril: Wir erinnern uns an zähe Veranstaltungen, bei denen deutsche politische Aktivistinnen den von ihnen unterstützten Migrantinnen Vorträge hielten. Sie berichteten, welche antirassistische Demonstration in Berlin geplant wurde oder welche politischen Debatten es um die Forderung nach Legalisierung in der Antira-Szene gerade gab. Die Vorträge wurden ins Spanische übersetzt (aufgrund der politischen Geschichte und der Sprachkenntnisse der Beteiligten hatten sich vor allem Kontakte zu Lateinamerikanerinnen entwickelt). Das Publikum – Frauen, die sich meist aufgrund praktischer und oftmals existenzieller Alltagsprobleme an das Netzwerk gewandt hatten – waren eher stumm. Selten trauten sich die »Latinas« überhaupt, Fragen zu stellen, geschweige denn Kritik oder Desinteresse an den Anliegen der »Alemanas« zu äußern.

Im Laufe vieler Jahre der Zusammenarbeit entstanden allerdings gleichberechtigte, vertrautere Beziehungen. Viele der ehemals Unterstützten wurden selbst zu Unterstützerinnen – und es gab einige Initiativen, bei denen Frauen ohne Aufenthaltsstatus auf anonymisierte Weise öffentlich politisch aktiv wurden: Die »Frauen ohne Gesicht« stellten selbst genähte Wandbilder aus; auf Demonstrationen wurden vorher aufgenommene Redebeiträge abgespielt oder »Kein-Mensch-ist-illegal-Taschen« aufgestellt, in denen sich Radios befanden, die Statements der Frauen ohne Aufenthaltsstatus abspielten.

GRENZEN EINER SELBSTORGANISIERUNG UNDOKUMENTIERTER HAUSARBEITERINNEN

Im Rahmen des Netzwerkes entwickelte sich dennoch keine dauerhafte politische Vertretungsstruktur der papierlosen Migrantinnen, innerhalb derer sie ihre Interessen hätten repräsentieren können.

Es gibt viele Gründe dafür: Im bürokratischen deutschen Alltag ist die Erfahrung der Kriminalisierung als »Papierlose« allgegenwärtig und die zermürbende Angst vor Abschiebung verhindert, dass Frauen ohne Aufenthaltsstatus es wagen, ihr Gesicht zu zeigen und für ihre Belange zu sprechen.

Existenzsicherung steht im Mittelpunkt eines Lebens ohne Aufenthaltsstatus und nimmt oft alle Energie in Anspruch: Stundeweise Putz- und/oder Kinderbetreuungsjobs – oftmals über ganz Berlin verstreut – müssen unter einen Hut gebracht werden; der Bedarf an Babysitting, Kinderbetreuung oder Putzen ist oftmals befristet und so gibt es über die Sommermonate, bei Umzug der Arbeitgeber oder wenn das betreute Kind in den Kindergarten kommt, immer wieder Kündigungen – oft ohne Vorankündigung. Die Einkünfte müssen zudem nicht nur für die eigene Existenz reichen; wenn es geht, muss auch gespart werden – für Zeiten der Krankheit oder um die Kinder nachzuholen oder Angehörige in Lateinamerika zu unterstützen. Wohnen ist ein Dauerproblem: Billige Wohnmöglichkeiten sind schwierig zu bekommen und prekär, denn sie bedeuten Abhängigkeit von anderen, die eine Migrantin bei sich wohnen lassen oder einen Mietvertrag unterschreiben. Ohne umfangreiche deutsche Sprachkenntnisse ist es schwierig, die politische Gemengelage in

Deutschland überhaupt zu überblicken und sich darin politisch zu orientieren.

Es gibt einen weiteren Grund, warum sich die Frauen in unserem Netzwerk nicht in einem klassischen Sinne politisch organisieren: Während die Gründerinnen des Unterstützungsnetzwerkes durchweg aus links-feministischen Zusammenhängen kommen, also eine politisch ziemlich homogene Gruppe darstellen, sind die Differenzen innerhalb der Migrantinnen, die zum Netzwerk stoßen, groß. Ihr politischer Background ist vielfältig: Manche blicken auf eine lange kämpferische Geschichte politischer Organisation in Lateinamerika zurück, andere haben noch keine politischen Erfahrungen gesammelt oder fangen gerade erst an, sich zu politisieren; manche sind Feministinnen und engagieren sich für Frauenrechte, andere wiederum sind eher konservativ und finden das lesbische Leben mancher Unterstützerinnen bestenfalls befremdlich; manche suchen die Gemeinschaft eher in der Kirche oder interessieren sich einfach überhaupt nicht für Politik.

Auch der soziale Hintergrund ist unterschiedlich: Manche kommen aus der Mittelschicht, andere aus ärmeren Verhältnissen, manche haben eine akademische Ausbildung hinter sich, andere nur die Grundschule; manche hatten in ihrem Herkunftsland selbst eine Hausangestellte, andere haben auch dort schon in prekären Jobs gearbeitet. (Auch bei den Alemanas gibt es Unterschiede in der sozialen Herkunft und Familiengeschichte; die einen haben »Dienstmädchen« und die anderen »Hausherrinnen« als Großmütter.)

Zudem war und ist für viele das Netzwerk eine Durchgangsstation: Sie stoßen aus

konkreten Notlagen oder auf der Suche nach Kontakt zum Netzwerk – und entfernen sich auch wieder, wenn die Probleme gelöst sind, wenn sie geheiratet und ein Aufenthaltsrecht erworben haben, wenn sie einen Job gefunden oder ein eigenes soziales Umfeld aufgebaut haben.

Wenn es um die Frage geht, sich als »Hausarbeiterinnen« zu organisieren, stellt sich zudem die Frage: Identifiziere ich mich so mit dieser Arbeit, dass ich mich darin organisieren will? Manche haben sich auf die Tätigkeit als Putzfrau oder Kinderbetreuerin eingestellt und fordern die Wertschätzung dieser komplexen und qualifizierten Tätigkeiten ein. Viele Frauen im Netzwerk lassen sich auf Putzen und Babysitten zunächst als vorübergehende Notlösung ein – eine Notlösung, die allerdings aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes in Deutschland oftmals zum Dauerzustand wird. Sich politisch damit zu befassen und als »Hausarbeiterin« zu verorten, kann sich so anfühlen, als ob es diese Zwangslage festschreibt – und ist somit kein attraktiver Ausgangspunkt der Politisierung oder politischen Selbstverortung.

ZWISCHEN ABHÄNGIGKEITEN UND SOZIALEM NETZWERK

Welche Konsequenzen haben sich aus den Erfahrungen des Unterstützungsnetzwerkes für politische Arbeit in der respect-Initiative ergeben? Tatsächlich kann eine gemeinsame Organisierung nur funktionieren, wenn die existenziellen Alltagsprobleme von papierlosen Migrantinnen Teil des Politischen sind, wenn es also jenseits antirassistisch-feministischer Parolen praktische Alltagssolidarität gibt.

In unseren Anfangsjahren führte dies oft zu Abhängigkeitsverhältnissen: Die einen riefen sich in ihrer Helferinnenrolle auf, gefielen sich darin teils und fühlten sich für fast alles zuständig, was an individuellen Katastrophen und auch Alltagsproblemen an sie herangebracht wurde; die anderen nutzten politische Treffen der respect-Initiative eher dazu, ihre persönlichen Belange vorzutragen – und begaben sich dabei auch in Konkurrenz und in Konflikte untereinander.

Seitdem haben wir gelernt, dass es um einen Balanceakt geht: Unsere respect-Gruppe kann keine Anlaufstelle für individuelle Unterstützungsanfragen sein. Eine Bedingung für die Teilnahme ist nun ein allgemeines politisches Interesse an unseren Anliegen. Ohne praktische Solidarität geht es jedoch nicht, wenn sehr unterschiedliche soziale Situationen in der respect-Gruppe oder dem weiteren Netzwerk aufeinandertreffen. Wenn eine aus dem Netzwerk gerade in Abschiedsbehaftung sitzt oder eine andere dringend eine ärztliche Behandlung braucht, kann das nicht beiseite geschoben werden.

Zudem haben wir gelernt, wer die größten Kompetenzen für die Lösungen von Problemen im Arbeitsalltag hat, wer am besten beraten und Ideen für Unterstützung beitragen kann: diejenigen, die selbst in Privathaushalten arbeiten oder gearbeitet haben, und inzwischen im Berliner Überlebenskampf mehr Erfahrungen gesammelt haben als so manche Neuzugezogenen. Wer selbst regelmäßig darüber verhandelt, was in wie viel Zeit geputzt werden soll oder ob die Fahrkarte bezahlt wird oder nicht, kann am besten erklären, wie sich Frau würdevoll und

stark in die Verhandlungen mit einer Arbeitgeberin begeben kann.

WORKSHOPS UND MULTIPLIKATORINNEN

Entstanden ist aus diesen Erfahrungen zweierlei:

Zum einen bieten wir Workshops an, um gegenseitige Beratung und Unterstützung systematischer zu ermöglichen. Themen waren etwa: Wie kann ich meine Arbeitsrechte durchsetzen? Hier reichte die Diskussion von alltäglichen Verhandlungsspielräumen mit ArbeitgeberInnen bis zur Frage »Was bringt mir ein Gewerkschaftsbeitritt?« Oder es ging um Arbeitssuche und die Frage, wie und wo Anzeigen aufgegeben werden können. Ein Workshop handelte davon, wie in Deutschland ausländische Berufstitel anerkannt werden; ein anderer, was die ILO-Konvention für die Rechte der Hausangestellten für unsere Situation in Deutschland verbessern könnte (vgl. den Beitrag von Pape u.a. im Heft).¹

Über die Jahre sind Vertrauensverhältnisse zwischen Alemanas und Latinas entstanden – allerdings meist zwischen denen, die sich schon lange kennen und zwischen denen die Abhängigkeit nicht mehr so groß ist. Viele Frauen, die früher Unterstützung erfahren haben, sind selbst wichtige Unterstützerinnen und Multiplikatorinnen geworden. Wir sind auf dem Weg zu gleichberechtigten Beziehungen als Freundinnen und Compañeras.

Nicht das Politische im klassischen Sinne der »Selbstorganisation« ist entstanden, wohl aber etwas, das die Grenzen des Politischen erweitert und insofern radikaler ist: ein soziales Netz, das es Jahr für Jahr Frauen ermöglicht, nicht im Nichts in Berlin

anzufangen – und das die Basis dafür ist, eine antirassistische und feministische Politik zu Fragen der Illegalisierung und Ausbeutung zu machen, die weiß, wovon sie spricht. Auf dieser Grundlage entstehen neue Initiativen, die den Schritt einer »Organisierung nach außen« wieder gehen und nach Wegen suchen, die für Frauen ohne Papiere angemessen sind – jüngst eine Theatergruppe. Die Gratwanderungen zwischen Unterstützung und gleichberechtigter Kooperation, die Konflikte, die aus den extremen sozialen Unterschieden erwachsen, bleiben dennoch. Was für die einen ein weitgehend vom eigenen Alltag getrenntes Engagement ist, ist für die anderen eine Frage des Überlebenskampfes. So wundert es nicht, dass diejenigen, die eher aus politischen Gründen aktiv sind, Konflikten eher aus dem Weg gehen, während es zwischen denen, bei denen es existenziell um ihre Lebenssituation geht, oft dramatischere Konflikte und Machtkämpfe gibt.

ZWISCHEN ALLTAGSPOLITIK UND KRITIK DER REPRODUKTIONSVERHÄLTNISSE

Wie aber präsentieren wir unsere feministisch-antirassistische Politik nach außen? Wie verbinden wir die Arbeit im sozialen Netz mit gesellschaftspolitischen Forderungen und Aktionen? Auch hier wollen wir auf einige Widersprüche und Gratwanderungen hinweisen, die sich aus der Geschichte solidarisch-politischer Organisation ergeben:

Ein Balanceakt betrifft die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten für »Hausarbeiterinnen« sowie die nach einer anderen gesellschaftlichen Organisation von Sorge- und Hausarbeit.

Prinzipiell wenden wir uns aus einer feministisch-antirassistischen Perspektive dagegen, die Versorgung von Kindern und Alten und die Haushaltsarbeit zunehmend schlecht bezahlt an Migrantinnen zu delegieren. Das Problem der geschlechtlichen Arbeitsteilung bleibt so ungelöst und wird mit der Delegation an Migrantinnen nur individuell bearbeitet. Kollektive Lösungsmodelle bleiben unthematisiert. Oftmals wird bezahlte Arbeit im Privathaushalt damit gerechtfertigt, dass hier angeblich zwei Notlagen von Frauen aufeinander treffen: einerseits die Frau, die Erwerbsarbeit leistet und mit der Verantwortung für Haushalt und Kinderbetreuung alleine dasteht – und auf der anderen Seite diejenige, die nur so Geld verdienen kann. Die Formel von den zwei Notlagen blendet jedoch die Hierarchien aus, die zwischen den Frauen bestehen (Wer fragt zum Beispiel nach der Kinderbetreuung für die Kinder der Hausarbeiterin?). Außerdem trifft die Behauptung einer Notlage nur auf einen Teil dieser Arbeitsverhältnisse zu – und sie negiert Handlungsspielräume, wie Reproduktionsarbeit auch heute schon anders organisiert werden kann: Bei der Putzarbeit etwa geht es nicht um eine Notlage, sondern um Sauberkeitsstandards und Statusfragen. Bei der Kinderbetreuung behindert die individuelle »Lösung«, eine Auseinandersetzung um alternative, egalitäre Organisationsmöglichkeiten.

Auch die Argumentation, diese Jobs stellten für Migrantinnen eine Möglichkeit der Existenzsicherung dar und seien deswegen ein Akt der Solidarität oder der Nächstenliebe, greift zu kurz: Unterstützung könnte auch anders aussehen – es könnten auch mal andere Jobs sein, die Migrantinnen zugeschoben

werden. Auch gibt es eine Vielfalt an Möglichkeiten, wie finanziell umverteilt werden könnte.

Dennoch bleibt vielen der Frauen in unserem Netzwerk nichts anderes übrig, als in Privathaushalten zu arbeiten. Die respect-Initiative macht darauf aufmerksam, dass auch ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus bestimmte Rechte haben – etwa auf Auszahlung des verabredeten Lohns oder das Recht, unfallversichert zu sein. Darüber hinaus können Rechte auch jenseits der Gesetzeslage in alltäglichen Aushandlungsprozessen erobert werden. Soziale und Arbeitsrechte müssen von Anfang an untereinander geregelt werden, sei es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsfristen oder klare Abkommen über Arbeitszeiten und Arbeitsinhalte.

Die Gratwanderung ist: Wann weisen wir auf was hin? Stellen wir uns der Auseinandersetzung mit einem Bekannten, der eine Putzfrau sucht, und diskutieren wir mit ihm unsere politischen Positionen – oder vermitteln wir ihm eine Freundin als Angestellte? Oder anders: Sollten wir lieber Workshops zu legerer Haushaltsführung oder zu Erziehungsmaßnahmen für träge MitbewohnerInnen anbieten?

LATEINAMERIKANISCHE BETROFFENEN-GESCHICHTEN – DEUTSCHE EXPERTISE?

Eine zweite Gratwanderung betrifft die Frage unseres öffentlichen Auftretens auf Veranstaltungen und Diskussionsrunden. Als Gruppe, in der mehr *Alemanas* als *Latinas* dauerhaft politisch aktiv sind, stehen wir vor der Frage, wie wir unsere Arbeit nach außen vertreten. Wir sind zwar Teil des beschriebenen sozialen

Netzwerkes und haben mit den Lebenslagen in der Illegalität eng zu tun – dennoch betreiben auch wir teilweise Stellvertreterinnenpolitik. Eine politische Kritik an der aktuellen Organisation der Reproduktionsverhältnisse und an rassistischen Arbeitsverhältnissen ist unser aller Anliegen; in der deutschen politischen Kultur werden wir aber immer wieder darauf verwiesen, dass die Sprecherinnenposition zentral ist. So erfahren wir auch in gesellschaftskritischen Kreisen, dass eine Latina aus unserer Gruppe meist nicht als politische Aktivistin wahrgenommen und schon gar nicht als Expertin angesprochen und angefragt wird. Stattdessen wird angenommen, dass sie selbst Erfahrungen in der bezahlten Putzarbeit gemacht hat und darüber berichten kann. Je nachdem, ob wir eher als Hausarbeiterinnen-Organisation oder als politische Gruppe angesprochen werden, wird von uns Erfahrungswissen abgefragt oder aber ein politisches Positionspapier erwartet. Die Analysen über Arbeitsverhältnisse im Privathaushalt fallen demgegenüber meist den akademischen Expertinnen zu. Um dieser Aufteilung in deutsche Expertin vs. lateinamerikanische Betroffene entgegenzutreten, halten wir Vorträge oft zu mehreren und überlegen schon im Vorfeld, wie wir solche Zuschreibungen unterlaufen können. Trotzdem – auch in unserer Gruppe sind die Schreibenden meistens die mit deutschem Hintergrund.

Eng damit im Zusammenhang steht eine andere Erfahrung: Anfangs waren die Arbeitsbedingungen Illegalisierter in Deutschland weitgehend unsichtbar, im Laufe der letzten Jahre hat sich das geändert: Dass Haus- und Sorgearbeit in Deutschland viel von Mig-

rantinnen mit prekärem oder ohne Aufenthaltsstatus geleistet wird, ist in den Medien und Universitäten, insbesondere den Gesellschaftswissenschaften angekommen. Unsere Gruppe wird seitdem oft von JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen angesprochen. Allerdings interessieren sich die meisten nicht für unsere Erfahrungen solidarischer Organisation oder unsere politischen Analysen, sondern erwarten die Vermittlung von Interviewpartnerinnen, Dienstleistung für ein neu erschlossenes Feld journalistischer oder akademischer Expertise.

Die Fülle der Anfragen macht ein Missverhältnis deutlich: Während das journalistische Interesse an der »Schattenarbeit« und die akademische Expertise über die »Globalisierung von Sorgearbeit« wächst, gibt es keine entsprechende Vielfalt politisch-solidarischer Organisation für die Arbeitsrechte von Migrantinnen – und mit ihnen. Trotz der offenen Fragen und genannter Widersprüche: wir rufen dazu auf, in diese Richtung aktiv zu werden. Wichtig ist, sich des Balanceaktes bewusst zu sein. Und: Vertrauensbeziehungen und solidarische Netzwerke entstehen nur auf lange Sicht; mit kurzfristigem, »projektformigem« Arbeiten sind sie nicht vereinbar.

respect-Initiative Berlin

Weitere Informationen und Kontakt:

www.respectberlin.org

1 Fazit war, dass die Konvention zwar international ein wichtiges Signal ist und auch in Deutschland ratifiziert werden sollte, dass sie aber für die Situation von papierlosen MigrantInnen und auch von Minijob-ArbeiterInnen solange nichts bringt, wie Illegalisierung und Prekarisierung rechtlich etabliert sind (siehe: www.respectberlin.org).

KEIN LEERSTAND: OCCUPY THE HOOD

REBECCA BURNS

Tene Smith hat drei Jahre auf der Couch ihrer Schwester gelebt, bis sie sich entschlossen hat, mit ihrer Familie in ein Haus zu ziehen, das seit mehr als zwei Jahren leerstand. Mit Hilfe der Organisation *Liberate the South Side* aus Chicago – einer Organisation, die gezielt leerstehende Häuser sucht und renoviert –, ist sie mit ihren drei Kindern im Januar 2012 eingezogen. Der Einzug wurde mit einer öffentlichen Feier begangen, an der Menschen aus der Nachbarschaft und Pressevertreter teilgenommen haben. »Zuerst hatte ich Angst«, berichtet sie. »Aber nach einigen Tagen kehrte ein Gefühl von Unabhängigkeit zurück, das mir seit langem abhanden gekommen war.«

Der Begriff »Hausbesetzer« beschwört Bilder von jungen, urbanen Hipstern herauf, die in vergangenen Jahrzehnten leerstehende Gebäude etwa in New Yorks Lower East Side übernahmen. Doch stehen in den USA fünfmal mehr Häuser leer, als Menschen obdachlos sind; die »Hausbesetzer«, die in zwangsgeräumte Häuser in Chicago, New York oder Minneapolis

einziehen, sind Familien wie die Smiths, die von der Krise hart getroffen worden sind, oder junge Aktivisten, denen es um eine politische Aussage geht. Noch kommt die Hausbesetzerbewegung nicht an ihre historischen Vorgänger heran: Die Historiker Richard Boyer und Herbert Morais schätzen, dass Arbeitslosenräte im Jahr 1932 allein in New York City 77 000 zwangsgeräumten Familien wieder zum Einzug in ihre Wohnungen verhalfen. Die Occupy-Bewegung hat den Recht-auf-Wohnen-Gruppen Auftrieb verschafft.

Mehr als eine Milliarde Menschen leben weltweit in informellen Siedlungen. Durch Hausbesetzungen werden in Entwicklungsländern mit die meisten Wohnmöglichkeiten geschaffen, argumentiert der Journalist Robert Neuwirth. Im Zusammenhang mit der globalen Krise der Zwangsvollstreckungen entsteht quer durch die »entwickelte Welt« eine Hausbesetzerbewegung, die ansonsten freistehende Gebäude zum Wohnen beansprucht.

In Spanien haben sich bestehende Netzwerke von Hausbesetzern mit der M-15-Bewegung der *Indignados* verbunden. »Hausbesetzung wird in Spanien eher mit linksradikaler Politik und den Autonomen verbunden«, erläutert Miguel Ángel Martínez, Soziologe an der Universität Madrid. »M-15 hat das aufgegriffen, angesichts der Tragödien, die sich auf den Plätzen abspielten: Menschen auf den Versammlungen baten um Hilfe, sie lebten auf der Straße oder waren von Räumung bedroht.« Seit 2007 hat es in Spanien ca. 350 000 Zwangsräumungen gegeben. Aus der Zusammenarbeit von erfahrenen Besetzern und M-15-Aktivisten sind unter anderem gut funktionierende »Besetzungsbüros« entstan-

den, die in den wichtigsten Städten Informationen über leerstehende Gebäude weitergeben und Leute beraten, die besetzen wollen.

In Irland haben Hausbesetzer aus dem Umfeld der Occupy-Bewegung angefangen, tausende Immobilien zu übernehmen, die die Spekulanten der National Asset Management Agency (NAMA) übergeben hatten – einer staatlichen Bank, die geschaffen wurde, um nach dem Zusammenbruch des Wohnungsmarktes schlechte Immobilienkredite aufzukaufen. In Cork besetzten Aktivisten ein NAMA-Gebäude und wandelten es in ein Community-Center um, mit einer Bibliothek und kostenfreier Beratung.

Länder, in denen die Traditionen von Hausbesetzung stärker sind, haben häufig weniger strenge Gesetze und bieten bessere Möglichkeiten, leerstehende Gebäude für die Community zu übernehmen. In vielen Staaten in den USA legen die Gesetze fest, dass wer ein Gebäude länger als 30 Tage besetzt gehalten hat, nur mittels eines formellen Prozesses geräumt werden kann – eine mehrdeutige Formulierung, die für Familien in leerstehenden Häusern durchaus gefährlich werden kann.

Nachdem Tene Smith und ihre Familie ihr neues Zuhause länger als einen Monat besetzt hatten, tauchte der frühere Besitzer wieder auf, der 2007 zwangsgeräumt worden war. Smith entschloss sich, das Haus zu verlassen, weil »unser Kampf der Bank und nicht dem Hausbesitzer galt«. Doch das Haus wurde im Februar plötzlich zum Kauf ausgeschrieben und *Liberate the South Side* hat den Verdacht, dass die Bank of America, die den ursprünglichen Kredit gewährt hatte, dem Hausbesitzer Verhandlungen in Aussicht gestellt hatte,

nachdem Smith im Januar eingezogen war. (Die Bank war zu keinem Kommentar bereit.)

Die Hausbesetzer-Gruppen haben in den vergangenen zwei Jahren weniger widersprüchliche Siege errungen und konnten Banken zwingen, von den Zwangsversteigerungen abzusehen. Erstmals wird diese Forderung

auch von Politikern aufgegriffen. Doch Max Rameau, Organizer bei *Take back the Land*, meint, es wäre schade, wenn die Bewegungen jetzt in ihren Anstrengungen nachlassen würden. »Das Angebot der Regierung, die Forderungen grundsätzlich zu reduzieren, hilft nur den Kreditnehmern, die noch Arbeit haben.



Arme *people of color*, die am meisten unter der Krise zu leiden hatten, haben nichts von diesen Angeboten. Wenn die Bewegungen darauf anspringen, ist das ein Ausverkauf.« Die Kreditkrise hat einen politischen Raum geschaffen, in dem sich eine Bewegung herausbilden konnte. Letztlich muss es darum gehen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Gemeinden die Kontrolle darüber zu übertragen,

wie dieser verwaltet wird. »Unser wichtigstes Ziel ist es nicht, die Banken anzugreifen«, sagt Rameau. »Unser Ziel ist es, das Menschenrecht auf Wohnen durchzusetzen.«

Der Beitrag »No Vacancies: Squatters Move In« ist im Mai 2012 in In These Times erschienen.

Aus dem Amerikanischen von Christina Kaindl



Beide Fotos: »Peace«. Studierendenproteste
in Quebec, Zehntausende demonstrieren
nächtlich, Doug Tanner ① ② ③

LIEBE, KRISE UND KLASSENVERHÄLTNISSE

**GESPRÄCH MIT
EVA ILLOUZ**

Christina Kaindl: Vielleicht können wir mit der Frage der Klassenverhältnisse beginnen. In deiner Arbeit beschreibst du sehr genau, wie Leute entscheiden, wen sie kennenlernen oder als (Sexual-)PartnerIn auswählen wollen. Es scheint darin sehr viel Mobilität zu geben, neue Wege, wie und wo Partner gefunden werden usw. Siehst du auch Prozesse sozialer Abgrenzung?

Eva Illouz: Nein, ich würde nicht von Mobilität sprechen, im Gegenteil – Menschen denken sehr genau darüber nach, wen sie auswählen, um nicht abwärts zu rutschen, um in ihrer Klasse zu bleiben oder um im Idealfall aufzusteigen. Natürlich wird das nicht offen so formuliert, Leute sagen sich nicht, dass sie mit anderen aus ihrer Klasse zusammen sein wollen. Sie sagen sich, dass sie jemanden suchen, die oder der sie im Sinne einer tiefen Seelenverwandtschaft verstehen kann. Dieses Verstehen basiert nach Bourdieu meist darauf, dass sie über den gleichen Habitus verfügen, also die gleichen sozialen Erfahrungen teilen.

Es ist daher nicht überraschend, dass die Person, der wir uns am nächsten fühlen würden, die Person ist, mit der wir am meisten soziale Erfahrungen teilen. Diejenigen, die am gefährdetsten sind und sich am stärksten um ihren sozialen Status sorgen, tun dies am meisten. Ich würde sagen, dass Leute aus der Mittelklasse sich sehr viel öfter nach oben orientieren als Angehörige der Arbeiterklasse. Sie sind sich der Strategien in der Partnerwahl sehr viel stärker bewusst. Man bedenke, wie wichtig das ist, was wir »Kommunikation« nennen: Gedanken und Geheimnisse zu teilen bedeutet, die tiefsten und am wenigsten artikulierten Bereiche unseres Habitus, unserer Klasse und unserer soziokulturellen Zugehörigkeit zu teilen.

CK: Gab es früher mehr Möglichkeiten, über den Heirats- oder Sexualpartnermarkt sozial aufzusteigen, hat sich das im Laufe der Zeit verändert?

El: Die Tatsache, dass Menschen rational über ihre Partnerin oder ihren Partner nachdenken, hat sich nicht verändert: Familienpolitik war auch für die Weise, wie Menschen in vormodernen Gesellschaften geheiratet haben, ziemlich zentral. Entgegen dem konventionellen Verständnis von moderner Heirat als Liebesheirat behaupte ich, dass gerade weil die Trennung zwischen der rationalen Entscheidung der Familie und der privaten Zuneigung des Individuums aufgehoben ist, das Individuum heute viel mehr von der rationalen Strategie verinnerlicht hat, die zuvor von der Familie verfolgt wurde. Das ist ein Aspekt. Wenn wir die Veränderung des Gefühls oder Ereignisses oder der Episode des »Sich Verliebens« betrachten, können wir, denke ich, ziemlich leicht feststellen: **1 |** »Sich

zu verlieben« geschieht seltener, nicht so leicht und nicht so jung – vor allem, weil es so viel mehr Auswahl gibt. **2 |** Individuen haben eine unverhältnismäßige Vorstellung davon entwickelt, welche wachsende Anzahl von Eigenschaften sie in einander finden wollen. Der Geschmack bei der Partnerwahl hat sich unglaublich verfeinert und ist immer spezifischer geworden. Im 16. oder 17. Jahrhundert suchten HeiratskandidatInnen nach jemandem mit einem gewissen sozialen Status, die Frauen mussten eine bestimmte Aussteuer mitbringen und sie wussten, wie viel das war, denn es wurde vor der Hochzeit ausgehandelt. Weiter suchten sie nach guten Charakterzügen in einem sehr allgemeinen Sinne, und sie suchten nach jemandem, der nicht zu unangenehm anzusehen, nicht schrecklich hässlich war. Die Kriterien waren also allgemein und vage. Heute können die Leute genau benennen, welche Art von Brüsten sie bei einer Frau wollen, die Form ihrer Beine, die Art von Hüfte – und das ist noch sehr viel weniger detailliert als die Beschreibung der psychologischen, emotionalen und sexuellen Eigenschaften, die sie genau definieren, wenn sie nach PartnerInnen suchen. Leute würden also sagen: »Es hat nicht geklappt, weil wir verschiedene Interessen in unserer Freizeit haben«. Oder: »Es hat nicht geklappt, weil ich sexuelle Phantasien hatte, die er nicht erfüllen konnte.« Oder: »Es hat nicht geklappt, weil ich mich nicht so gehört gefühlt habe, wie ich es mir ersehne«. Es bestehen also extrem hohe, spezifische Forderungen und Erwartungen daran, wie die andere Person sein sollte. Deshalb kann ich sagen, dass moderne Menschen sehr viel rationaler sind als in vormodernen Zeiten in dem Sinne, dass sie die

Kriterien genau benennen können, die sie von einer anderen Person erwarten. Die Rationalität selbst wurde rationalisiert. Rationalität ist also noch intensiver rational als zuvor.

CK: Ein Thema deiner Arbeit ist, wie sich mit dem Aufkommen des Kapitalismus für die Menschen Gefühle verändert haben und dass sie sich mit weiteren Entwicklungen oder Verschiebungen des Kapitalismus ebenfalls weiter verändern. Viele Menschen beobachten als Veränderung in der Arbeitsethik und im Arbeitsalltag, dass sie so viel mehr Gefühle in die Arbeit einfließen lassen müssen. Hast du den Eindruck, dass dies die Art und Weise verändert, wie Menschen mit ihren Gefühlen umgehen, über ihre Gefühle denken und mit dieser emotionalen Anforderung umgehen?

El: Was das Management von Gefühlen am Arbeitsplatz am meisten veränderte, ist die Tatsache, dass Arbeit am kapitalistischen Arbeitsplatz Arbeit innerhalb von Unternehmen ist. Wenn man hauptsächlich mit Menschen arbeitet anstatt allein oder mit stofflichen Materialien, dann gehe ich davon aus, dass die Unternehmensführung oder ihre beratenden PsychologInnen auf verschiedene Weisen versuchen werden, die Menschen zu »managen«, also Konflikte zu verhindern, die Menschen produktiver und effizienter zu machen. Sie versuchten, die Affekte der Menschen am Arbeitsplatz zu stabilisieren, denn Stabilität bedeutet Berechenbarkeit, und Berechenbarkeit bedeutet, dass man mehr Kontrolle ausüben kann. Daher wurden negative Emotionen zunehmend vom Arbeitsplatz verbannt: kein Ärger, keine Eifersucht, kein Neid. Natürlich war es jedoch im Interesse der Unternehmer, Rituale zu schaffen, also Affekte zu stabilisie-

ren, die negative Gefühle herausnehmen und Freundlichkeit und Heiterkeit als eine Art Kitt ermutigen. Heiterkeit zum Beispiel war keine männliche Eigenschaft im 19. Jahrhundert, sondern ein Attribut von Weiblichkeit: die heitere Frau zu Hause. Erst am Arbeitsplatz wurde sie zu einer männlichen Eigenschaft. Heiterkeit bedeutete in diesem Fall, dass man eine Art Energie ausstrahlte, die dann durch die gesamte Gruppe strömen konnte, in der man war. Diese emotionalen Veränderungen waren also Reaktionen auf die veränderten Anforderungen der Unternehmen. Und dann kam irgendwann in den 1960ern und 1970ern die Idee auf, dass man Arbeit benutzen sollte, um sich selbst zu verwirklichen. Mit dieser Selbstzentrierung und Selbstverwirklichung sind wir heute sehr weit entfernt von den Zeiten, als ArbeiterInnen von der Ware und von den Produktionsmitteln entfremdet waren, sodass sie ihr eigenes Selbst als gespalten wahrnahmen, wie Marx es beschreibt. Darin gibt es das Selbst, das arbeitet, und das Selbst außerhalb der Arbeit. Und das Selbst, das arbeitet, ist entfremdet. Das war der Zustand des Selbst und von Identität unter den Bedingungen des Kapitalismus.

Heute ist das Ziel jedoch nicht mehr, Emotionen zu managen und Menschen so zu manipulieren, dass sie freie Mitglieder in einem Team sein können und dieses Team damit so produktiv wie möglich machen. Sondern man zielt darauf ab, die Arbeit vollständig in ihr Selbst zu integrieren, die Arbeit zum Ausdruck ihres Selbst und ihrer tiefen Emotionen werden zu lassen. Arbeit wird zu einer emotionalen Angelegenheit. Dazu kommt die Tatsache, dass in vielen Berufen die Gefühle der Arbeitenden tatsächlich dazu benutzt

werden, um Produkte zu produzieren, z.B. bei Menschen, die in der Werbeindustrie oder im Kunstbereich arbeiten. Durch die Auffassung, dass sie dabei ganz sie selbst sein müssten, werden die Grenzen zwischen den Künsten und den kreativen Räumen des Kultur-Kapitalismus verwischt, z.B. bei Menschen, die für Film, Fernsehen oder Magazine etc. arbeiten. JournalistInnen machen Gebrauch von ihren eigenen Erfahrungen und Gefühlen, um etwas zu produzieren, das eine Leserschaft interessieren wird. Die Ware, die sie versuchen zu produzieren, ist also eine recycelte Form ihrer eigenen Erfahrungen, Gefühle oder Gedanken. Das ist, denke ich, der neue Gebrauch von Emotionen im Kapitalismus.

CK: Glaubst du, das ist auf diesen Bereich beschränkt? Manche Leute sagen, dass diese Form von emotionaler Arbeit sich in fast jede Art von Arbeitsplätzen einschleicht, sogar in die Autoindustrie und ähnliche Sektoren. Zumindest auf der Ebene der Gruppenorganisation sind diese werbungsartigen Aspekte Bestandteil von vielen Präsentationen innerhalb der Firmen und die MitarbeiterInnen müssen ununterbrochen lernen, diese Formen von Emotionen zu benutzen.

EI: Das Problem vieler Unternehmen ist es, wie sie Treue und Engagement herstellen können. Im England des frühen 19. Jahrhunderts z.B. zerstörten die Ludditen¹ Maschinen, sabotierten die Arbeit oder streikten (1811–13). Ein effizienter Weg, Sabotage von Maschinen und Arbeitsprozess zu verhindern, ist es, Treue und Engagement herzustellen. Wie man das tut? Man schafft Identifikation mit dem Unternehmen, indem man die Firma zu einer Frage der Entwicklung des eigenen Selbst der

MitarbeiterInnen werden lässt – bis die Krise kommt und sie ohne Zögern entlassen werden.

CK: Wie gehen Menschen mit ihrer Aggression um, wenn sie ihren Arbeitsplatz nicht sabotieren?

EI: Ich glaube, die meisten Menschen denken, sie seien unangemessen, wenn sie Aggressionen fühlen. Man denke an das Wort »Professionalität«. »Professionell« sein heißt, komplette Kontrolle über seine Gefühle zu haben. Stell dir einen Manager vor, der oft ärgerlich oder traurig ist und nicht die Maske von Kontrolle und Neutralität trägt. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde diese Person als unangemessen empfunden werden, selbst wenn sie extrem intelligent wäre. Ich glaube, wenn Menschen bei der Arbeit oder wegen der Arbeit aggressiv oder depressiv sind, denken sie meist, dass etwas mit ihnen nicht stimmt – und dass es ihre Aufgabe ist, dieses Problem zu lösen. Es wird so viel Negativität am Arbeitsplatz und durch den Arbeitsplatz produziert, für die die Menschen sich dann schuldig fühlen und denken, dass sie an ihrem Selbst arbeiten müssten, um sie besser zu managen. Also gehen sie zu Yogakursen, zu Workshops in Aggressionsbewältigung und zu allen möglichen anderen Aktivitäten, um Dampf, Wut und Frustration abzulassen, die sie wegen ihres Arbeitsplatzes fühlen, wo sie sich nicht anerkannt genug oder schlecht behandelt fühlen etc.

CK: Siehst du in dieser Form des Umgangs auch Reibungen? Haben Menschen den Eindruck, dass sie ihr Ziel nie erreichen können, dass sie Yoga und Therapien satt haben und eine andere Form von Veränderung wollen? Haben sie überhaupt noch die Möglichkeit dazu, wenn sie die ganze Zeit damit beschäftigt



sind, die Emotionen im Alltag zu managen, was bleibt an Ressourcen für Engagement, Unzufriedenheit, Protest?

EI: Historisch gibt es ganz sicher Überschneidungen zwischen der Verallgemeinerung der Techniken für Glück, Wohlbefinden und dem Management von Gefühlen und der Privatisierung von Glück. Ich glaube nicht, dass kollektive Utopien sich nicht mit Glück befassen. Wir behandeln sie mit einer breiten, umfassenden Perspektive. Das Verständnis war, dass das, was dich glücklich machen würde, mich auch glücklich machen würde. Die Idee von Glück wurde als kollektiv verstanden. Die Privatisierung des Glücks, zusammen mit der Post-Moderne und der Psychologie bedeuten, dass das, was dich glücklich macht, nicht unbedingt

mich glücklich macht. Wenn das Ziel immer noch die Verwirklichung von Glück ist, wir jedoch nicht glauben, dass es eine kollektive Formel für Glück gibt, dann gibt es natürlich eine Privatisierung von Glück. Jede und Jeder verteidigt ihr oder sein eigenes Glück.

Dementsprechend erscheint die Relevanz und Dringlichkeit kollektiver Utopien für unser eigenes Glück nicht mehr so offensichtlich. Denn wir haben uns während der letzten 30 oder 40 Jahre ungemein daran gewöhnt, über alles auf eine individualistische Weise nachzudenken. Ich glaube, wir sind damit beschäftigt, unsere eigenen Gefühle zu managen, aber es ist nicht nur die Frage, wie ausgelastet wir damit sind – es ist auch so, dass Kollektivität und kollektive Identitäten als Konzepte immer abstrakter geworden sind. Unsere überwältigende Realität ist eine sehr private, individuelle. Es erscheint offensichtlich, denn wir kennen uns immer selbst. Aber man denke zum Beispiel an die Art und Weise, wie Priester im 18. Jahrhundert Emotionen gemanagt haben. Vor einer großen Gemeinde sagte der Priester: »Du sollst keinen Zorn in deinem Herzen tragen, du sollst Liebe in deinem Herzen tragen.« Er sagte es zu allen und jeder nimmt die Botschaft für sich selbst. Aber jetzt, da wir private Coaches und PsychologInnen haben, wird diese Arbeit darauf ausgerichtet, dir auf eine sehr spezifische Weise *deine* Aggression und *deine* Liebesunfähigkeit zu erklären, mit deiner extrem spezifischen, hoch individualisierten Geschichte. In unserer Kultur verfügen wir über Unmengen kultureller Techniken, um unsere eigene Individualität für uns real zu machen – die in meinen Augen jedoch nicht mehr oder weniger real ist als unsere Kollektivität. Aber da dies die vorrangige

Realität ist, mit der wir umgehen, ist es, glaube ich, schwerer, in kollektiven Zusammenhängen zu denken.

CK: Ich finde es sehr interessant, wie auf der einen Seite in diesen Techniken so spezifische Annäherungen an jede Person gewählt werden und es auf der anderen Seite bestimmte Formeln gibt, die so oft reproduziert werden in der Weise, wie Leute, TherapeutInnen oder TrainerInnen sprechen. Siehst du eine Perspektive, wie nicht nur die Idee von Kollektivität wieder gewonnen werden kann?

EI: Auf eine Weise denke ich, dass wir auf die nächste große Krise des Kapitalismus warten müssen.² Zurzeit sehe ich noch nicht die Bedingungen für Bewegungen, die mit den sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts vergleichbar wären in ihrer Fähigkeit, die Machthabenden so sehr zu bedrohen, dass diese sich wirklich bewegen würden. Es könnte sozialistische Organisationen geben, aber sie würden die Zentren der Macht nicht wirklich bedrohen. Die Frage ist also, wie bedroht man den Status quo? Wenn nicht eine Massenbewegung entstehen würde, die aufhören würde zu konsumieren, halte ich das für extrem schwierig. Menschen, die einfach aufhören würden zu kaufen, die verstehen würden, dass die gleiche Maschine, die ihnen das Gefühl von Wert und Ehre verleiht, sie um ihre Arbeit und Sicherheit beraubt. Wenn das geschähe, wären die Machtzentren ernsthaft bedroht. Ich weiß nicht, was sonst passieren müsste.

CK: Würdest du sagen, die Tatsache, dass die aktuelle große Krise des Kapitalismus lange keine vergleichbare Situation provoziert hat, liegt daran, wie mächtig die Privatisierung von Gefühlen und deren Management sind?



Beide Bilder:
Demonstration
18. März,
Montreal,
© Stéphanie
Amesse

EI: Nein, ich glaube, es ist nüchterner. Das liegt daran, dass die Regierungseliten und Finanzeliten tief miteinander verbunden sind. Die Vorstandsvorsitzenden von Citibank oder AIG oder so haben wahrscheinlich mehr mit den Gesetzgebern und Regierungslenkern gemein, als die Regierenden mit den Bürgern. Weder sie noch irgendjemand anderes wurde je für irgendetwas zur Rechenschaft gezogen. Das liegt daran, dass die Leute, die diese Gesetze verabschieden, und die Leute, die andere zur Rechenschaft ziehen sollen, ein und derselben Gruppe angehören. Ich weiß nicht, was glaubst du?

CK: Sicher hast du Recht; auf der anderen Seite ist es verwunderlich, dass der Dissens von denen, die von dieser Gruppe ausgeschlossen

sind, nicht stärker oder deutlicher formuliert wird. In Griechenland oder Spanien zum Beispiel sind Menschen außer sich vor Wut und sagen, dass dies nicht länger hinnehmbar ist. Natürlich kann ich ihre Position verstehen, sie ist zu erwarten, wenn man durch solche Erfahrungen geht. Aber in Deutschland sind die Menschen stärker eingebunden.

EI: Wer schert sich schon um Protest? Wenn du der Chef von einer großen Bank bist, oder irgendeinem anderen Konzern, fühlst du dich bedroht, wenn ein paar Leute auf einem Platz sitzen? Ich glaube nicht. Du fürchtest nicht um dein Leben oder deinen Besitz. Der Staat beschützt dich mit so viel Macht. Als die Menschen dagegen 1848 auf die Straße gingen, hatten die Machthabenden Angst. Sie dachten, die Arbeiterklasse würde sie stürzen. Das sehe ich heute nicht. Im Wesentlichen fehlt es an Bündnissen zwischen den Klassen. Sie sind zu zersplittert, jede fühlt und arbeitet für ihr eigenes Projekt, die Mittelklasse ist tief getrennt von der Arbeiterklasse. Wenn es keine Klassenzugehörigkeit gibt oder keine ernsthaften Bündnisse zwischen Klassen, z.B. zwischen MigrantInnen und der lokalen Arbeiterklasse oder zwischen der Arbeiter- und der Mittelklasse, gibt es keine bedeutsame politische Aktion. Die Arbeiterklasse ist tief gespalten entlang den Linien von Religion, Immigration, Ethnizität, Nationalität etc. Sie wirken wie Soll-Bruchstellen. Und die Migranten sind zu sehr damit beschäftigt, dazuzugehören, um sich zu organisieren. Unglücklicherweise entscheiden sie sich vielfach für den religiösen Weg – vielleicht konnten z.B. die Türken und Muslime nicht anders.

CK: Es scheint, als bestünde das Angebot an die Arbeiterklasse, die soziale Leiter herauf-

zuklettern und irgendwie Teil der Mittelklasse zu werden. In Deutschland war der Kern der Arbeiterklasse im Wesentlichen die Mittelklasse. Die amerikanische Arbeiterklasse versteht sich selbst als Mittelklasse. Ich glaube das hört auf, wenn sich die derzeitige Situation fortsetzt und die Leute merken, dass ihnen dieser Zugang in die Mittelklasse nicht länger gewährt wird und sie spüren, dass die Krise nicht aufhören wird. Vielleicht entstehen dann neue Formen von Solidarität.

EI: In Israel funktioniert die Rechts-Links-Aufteilung des politischen Spektrums anders als andernorts. Weil die Energien ganz vom israelisch-palästinensischen Konflikt aufgezehrt werden, ist es möglich, dass die unerträglichsten Kapitalisten linke Positionen vertreten, wenn es um den israelisch-arabischen Konflikt geht. Zwischen den Arbeiterklassen und den linken Mittel- und Oberklassen fehlt jede Solidarität. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die israelische Rechte auf sehr geschickte Weise große Teile der Arbeiterklassen durch Themen wie Religiosität, Ethnizität, Stolz und Anerkennungspolitik für sich einnehmen konnte. Die linken Gruppen benutzten eine koloniale Rhetorik, um viele dieser ethnischen Gruppen zu beschreiben, und befremdeten sie dadurch komplett. So entstanden sehr tiefe Spaltungen.

Aus dem Englischen von Tashy Endres

1 Textilarbeiter in England, die gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch die Industrielle Revolution kämpften.

2 Das Gespräch fand im Spätsommer 2011 statt, Anm. d. Red.



»15. Mai 2012 in Madrid«, ©Anne Steckner

WIEDERKEHR DER MONSTER

VAMPIRE, ZOMBIES UND KAPITALISMUS

DAVID MCNALLY

Insgeheim sind wir fasziniert von Monstern – von Zombies, Vampiren, Werwölfen oder welches Geschöpf es auch sei. Das mag wie eine verschrobene Obsession scheinen, und darüber zu sprechen, macht Spaß. Doch in welchem Sinne sind diese Monster ein Bild für das Leben in einer kapitalistischen Gesellschaft?

Die *Time* erklärte den Zombie zum »offiziellen Monster der Rezession«.¹ Ausdrücke wie »Zombiebanken«, »Zombiekapitalismus«, »Zombiewirtschaft«, »Zombiekonzerne« füllen die Finanzmarktseiten der Zeitschriften und Zeitungen. In einer großartigen Passage über die Finanzkrise beschrieb ein US-Journalist die Investmentbank Goldman Sachs als »einen riesigen Vampirtintenfisch, der sich über das Antlitz der Menschheit gelegt hat und erbarmungslos seine Fangarme um alles schließt, was nach Geld riecht«.² Vampire liegen als Metapher nahe: Sie saugen Blut, saugen anderen das Leben aus – ein einfaches Bild. Doch das Bild des Zombies scheint mir

als Metapher für den Kapitalismus besonders wichtig und mächtig.

Zu den Gebieten, die von der neoliberalen Globalisierung am stärksten getroffen wurden, gehört Subsahara-Afrika. Der Lebensstandard sank dramatisch, Armut und Kindersterblichkeit haben sich enorm verbreitet. Zugleich ist dort in den letzten eineinhalb Jahrzehnten ein ganzes Genre an Vampir- und Zombiegeschichten neu entstanden: In Nigeria zum Beispiel zirkuliert die Erzählung, dass man, wenn man auf ein Motorradtaxi steigt und den vom Fahrer angebotenen Helm aufsetzt, automatisch in ein Hotelzimmer gebracht wird, in dem man unkontrolliert anfängt, Geld auszuspucken, also gewissermaßen zu einem menschlichen Geldautomaten wird. Daneben gibt es eine Reihe von Geschichten, in denen Menschen behaupten, völlig erschöpft aufgewacht zu sein, weil sie in der Nacht entführt und auf eine Zombieplantage verbracht worden seien, wo sie die ganze Nacht für Kapitalisten und andere Blutsauger geschuftet hätten.

Zur historischen Einordnung können wir einen Blick auf das wahrscheinlich berühmteste Monster in der Geschichte des Kapitalismus werfen: Frankenstein's Geschöpf. Die literarische Erfindung von Frankenstein's Monster durch Mary Shelley begann in derselben Nacht im Jahr 1816 bei einem Dichterwettbewerb, aus dem auch die erste Vampirerzählung der Literaturgeschichte hervorging.

Im frühen 19. Jahrhundert ist mit der sogenannten Industriellen Revolution und dem Fabrikssystem die Entwicklung zum modernen Kapitalismus enorm vorangeschritten, besonders in Großbritannien. *Frankenstein* entstand in einer Zeit, in der Menschen aus der Arbei-

terklasse in London regelmäßig in zwei Arten von Kämpfen verwickelt waren, die heute kaum noch bekannt sind: Die erste entwickelte sich im Kontext öffentlicher Hinrichtungen. Die meisten so genannten Kriminellen, die öffentlich gehängt wurden, stammten aus der Arbeiterklasse, sie waren arm und hatten gestohlen, um sich am Leben zu halten. Diese Menschen wurden nicht nur kriminalisiert und eingesperrt, sondern als Teil ihrer Erniedrigung routinemäßig in aller Öffentlichkeit gehängt. Heute ist allgemein bekannt, dass bei diesen öffentlichen Hinrichtungen die Volksmenge zusammenströmte, doch nur wenige wissen, dass diesen Veranstaltungen häufig stundenlange Straßenschlachten folgten, in denen um den Leichnam gerungen wurde. Das Urteil lautete häufig Tod durch Erhängen mit nachfolgender Sektion: Die so genannten Anatomen erhielten den Körper des Hingerichteten, um ihn sezieren zu können. Zu Hunderten und Tausenden sammelten sich Menschen aus der Arbeiterklasse an den Galgen und kämpften um die Körper der Armen, damit sie nicht auch noch aufgeschnitten wurden.

Was geht hier vor sich? Um dies zu beantworten, müssen wir uns vergegenwärtigen, wozu der Kapitalismus Arbeiter tageslang zwingt: Du verkaufst deinen Körper an einen Arbeitgeber, und dieser Arbeitgeber kontrolliert während der Arbeit deine physischen Bewegungen. Er kontrolliert, wie du deine Lebensenergie einsetzt. Wenn du in eine Fertigungskette eingebunden bist – ob du bei McDonalds das Fleisch auf den Big Mac legst, an einem Automontageband stehst oder als Reinigungskraft in Hotels arbeitest und dabei eine festgelegte Zeit für die



Scott Beale, flickr
©

Reinigung jedes Gegenstands in den Bädern, den Schlafzimmern usw. hast –, dann werden deine physischen Bewegungen, Körperaktivitäten und Kräfte von Kapitalisten mit der Uhr gestoppt, sie werden berechnet, justiert, vermessen, diszipliniert und reguliert. Wenn die Arbeiter bei den Galgen in London darum kämpften, dass die Körper nicht angeeignet und aufgeschnitten wurden, drückten sie eine verbreitete Wut über das aus, was der Kapitalismus mit der Lebenskraft anstellt.

Die zweite Art von Kämpfen fand auf den Friedhöfen statt. Denn die Anatomen gruben auch Leichname der Armen wieder aus, um sie sezieren zu können. Der Verkauf von Körperteilen war Teil der Geschichte des Kapitalismus dieser Zeit und zieht sich durch die Erzählun-

gen der Populärkultur, bis in die Gegenwart hinein – etwa in John le Carrés Roman *Der ewige Gärtner*. Heute lassen sich die Armen in Asien, Afrika und Lateinamerika aufschneiden und verkaufen einen Teil ihres Körpers, beispielsweise eine Niere, um überleben zu können. Diese Idee, das eigene Leben, die eigene Energie, die körperliche Existenz verkaufen zu müssen, um zu überleben, zieht sich durch die gesamte Geschichte des Kapitalismus. Auch der Ausdruck *body-snatcher* (Leichenräuber), den man heute aus Filmen wie *The Invasion of the Body-Snatchers*³ kennt, geht auf diese Zeit des sich durchsetzenden Kapitalismus zurück, als die Armen auf den Friedhöfen die Leichname ihrer Lieben verteidigten. Leichenraub ruft Entsetzen hervor, weil der Körper bereits zu Lebzeiten (durch den Kapitalismus) geraubt wurde, also soll er wenigstens im Tod verteidigt werden, wenigstens im Tod soll die unwürdige Kontrolle über den Körper der Armen ein Ende haben.

Auch Victor Frankenstein hat, wie Mary Shelley schreibt, Gräber ausgeraubt, um sein Monster zu erschaffen. Jeder Leser aus der Arbeiterklasse wusste, was das bedeutete. Frankenstein beschaffte sich all diese verschiedenen Leichenteile (darunter auch solche von Tieren), fügte sie zusammen und legte elektrische Spannung an. Ich schlage vor, dies als eine äußerst kraftvolle Metapher dafür zu lesen, wie der Kapitalismus diese neue soziale Gruppe, die heute Arbeiterklasse heißt, zusammengesetzt hat. Er sammelte die Einzelteile der Menschheit zusammen und warf sie in diese Fabriken genannten modernen Gefängnisse – und das ist es, was Fabriken sind, wir haben uns nur so sehr daran gewöhnt, dass wir vergessen haben, dass die

Arbeiterklasse vor mehreren hundert Jahren so über sie dachte: Die Armen taten alles, um nicht dort arbeiten zu müssen, sie flohen aufs Land, drangen in die Wälder reicher Landbesitzer ein und wilderten Kaninchen, stellten sich flüchtige Behausungen wie Zelte auf, um zu leben, um Natur und Umwelt zu *okkupieren* und sich diese von den Kapitalisten und Landbesitzern wieder anzueignen.

Mary Shelley modellierte ihr Geschöpf also bewusst nach der Weise, wie der Kapitalismus die Arbeiterklasse zusammensetzt. Das klassische Bild des durch den Körper zuckenden elektrischen Stroms verweist auf die Elektrizität, die neben der menschlichen Körperkraft benötigt wird, um die Maschinen der Fabriken zu betreiben.

Zwei wichtige Motive der Frankenstein-geschichte sind weitgehend in Vergessenheit geraten, weil sie in den späteren Filmversionen entfernt wurden. Erstens verfügt Frankensteins Geschöpf in Mary Shelleys Version über *Sprache*, es lernt sogar lesen. Der Text, von dem es am meisten lernt, war einer der radikalsten sozialistischen und antiras-sistischen Schriften dieser Zeit, verfasst von dem französischen Revolutionär Constantin François Volney und höchst populäre Lektüre bei den Revolutionären der späten 1790er Jahre.⁴ Volneys Werk war ein entschieden antikapitalistischer Text und eine leidenschaftliche Polemik gegen Sklaverei und Rassismus. Volney argumentierte früh, dass die menschliche Zivilisation ihren Ursprung in Afrika hat, in dem Sinne, dass die gesamte Menschheit afrikanische Vorfahren besitzt. Das war eine machtvolle Stellungnahme inmitten des aufsteigenden Kapitalismus und des organi-



flickr/twm1340
©

sierten, systematischen Rassismus, der zum Sklavenhandel und Kapitalismus dazugehört.

Zweitens muss die Meuterei der Matrosen hervorgehoben werden: In einem späten Teil der Geschichte steht eine weitere Katastrophe bevor, weil Frankenstein auf der Jagd nach seinem Geschöpf das Schiff weiter durch die Eisberge treiben will, unter Einsatz des Lebens der ganzen Mannschaft. Die Schiffsarbeiter revoltieren. Bei Mary Shelley heißt es – dies ist in allen modernen Versionen unterdrückt worden –, dass nur die Revolte der Matrosen weitere menschliche Tragödien verhindern kann. Wenn das keine Metapher für *die Revolte der 99 Prozent*, die Revolte der Arbeiter der Welt ist!

In den meisten modernen Versionen kann Frankensteins Geschöpf nicht mehr



»Vampire Anger«,
SoulStealer.co.uk ⓘ

sprechen, nicht mehr lesen und ganz bestimmt nicht revoltieren – es wird »zombifiziert«. Zombies liefern ein anderes wichtiges Bild. Der Zombie ist ein Kulturprodukt Haitis. Wenn jemals die wahre Geschichte des modernen Kapitalismus und der revolutionären Bewegungen gegen ihn geschrieben werden soll, muss die Geschichte Haitis richtig erzählt werden. Haiti war in der Geburtszeit des Kapitalismus die größte Sklavenkolonie der Welt. Und es war Schauplatz der ersten und einzigen erfolgreichen Sklavenrevolution, die erste Gesellschaft, die in dieser gegen das französische, spanische und britische Kolonialreich siegreichen Revolution die Sklaverei abschaffte und ausmerzte. Und in Haiti hat jenes Bild des Zombies seinen Ursprung, das

sich Hollywood in den 1920er und 1930er Jahren aneignete.

Was ist der Schlüssel zu diesem Bild? Es handelt sich um das klassische Motiv des lebenden Toten: Ein Mensch wird seiner Identität, Erinnerung, Subjektivität und seines Bewusstseins beraubt – ein Mensch wird auf bloßes Fleisch reduziert, darauf, *nichts als* ein Körper zu sein. Ich möchte behaupten, dass der Zombie zum mächtigsten Bild des modernen Lebens wird, weil er uns ein Geheimnis über den Kapitalismus verrät: dass Kapitalismus für die meisten Menschen bedeutet, den größten Teil des wachen Lebens unter den lebenden Toten zu verbringen, als jemand, der vom Standpunkt des Kapitalisten nichts als Körperteile, nichts als physische Energie darstellt, die angewandt werden will in der Profite generierenden, Kapital generierenden, Macht generierenden, Reichtum produzierenden Ausbeutungsmaschinerie, die der Kapitalismus darstellt. Es gibt einen Grund, weshalb wir von Zombies so fasziniert sind, weshalb wir von diesem Bild so stark angezogen werden: Uns berührt die Idee, dass wir selbst die lebenden Toten sind.

Und die Zombies erwachen und schlagen zurück: Ein wesentliches Motiv, das sich durch die interessantesten Zombiefilme und -erzählungen zieht. Sie nehmen Rache, richten Chaos und Verwüstung an und zerstören die höfliche, zivilisierte, geordnete, reglementierte, kontrollierte bürgerliche Gesellschaft, sprengen sie, stellen sie auf den Kopf und verbreiten Anarchie und Zerstörung. Das gehört zu der Botschaft, mit der wir uns alle in Zombiefilmen identifizieren. Denn wenn Kapitalismus eine Gesellschaft ist, die versucht, uns zu zombifi-

zieren, dann drückt die Sprache des Horrors, das Horrorggenre in dieser Gesellschaft den wundervollen Gedanken aus, dass sie Angst haben. Wenn sie uns in bloße Arbeitsmaschinen, bloße Ansammlungen menschlichen Fleisches verwandeln, sodass unsere Leben, unsere Wünsche, unsere Liebe, unser Hass, unsere Leidenschaften und Träume nichts zählen, weil die 1 Prozent alles kontrollieren, weil sie über eine Maschinerie des Reichtums und der Macht verfügen, von der sie leben und für deren Fortgang wir nur die physische Energie liefern, dann besteht ihre Angst genau darin, dass alle jenseits des einen Prozents eines Tages zurückschlagen, dass wir nicht sprachlos und identitätslos sind, nicht ohne Träume und Hoffnungen. Der Zombie ist auch ein Bild des rebellierenden Monsters.

Das rebellierende Monster verbindet Frankenstein's Geschöpf mit der Rache der Zombies. Dieses Motiv findet sich in einigen großartigen Produkten der Populärkultur. Thelonious Monk, einer der größten Jazzmusiker aller Zeiten, schuf sehr eigenartige und bizarre Rhythmen, die überhaupt nicht zu der Musik passten, die alle gewohnt waren. Die Pianistin Mary Lou Williams bezeichnete Thelonious Monks Musik als »Zombiemusik«. Sie meinte damit, dass er der Welt dieses Gefühl spiegelte, dass alles aus den Fugen und aus dem Rhythmus geraten war, sich aber merkwürdigerweise inmitten dieser Welt wirklich Schönes einfangen lässt. Eine Komposition von Thelonious Monk trägt den Titel *Ugly Beauty*.⁵ Wenn die Zombies kehrtmachen und zurückschlagen, wenn es ihnen gelingt, in die Einkaufszentren einzufallen, die Straße zu übernehmen und die höfliche bürgerliche Gesellschaft in Angst und

Schrecken zu versetzen, sind die rebellierenden Monster »hässliche Schönheiten«.

Kapitalismus basiert also auf der Idee, uns alle zu zombifizieren – so ist es die größte Angst des einen Prozents, dass wir nie vollständig zombifiziert sind, dass wir aufwachen und unsere Träume wieder ins Zentrum unseres Lebens stellen können, dass wir uns andere Organisationsformen der Gesellschaft vorstellen können und völlig neue Lebensweisen erschaffen. Das ist die hässliche Schönheit von Rebellion und Revolution, von der Aktivitäten wie Occupy Toronto⁶ leben. Sie lässt uns Halloween feiern und erinnert daran, dass es in dieser Nacht nicht nur um »Süßes oder Saures« geht, sondern darum, die Visionen und Hoffnungen einer Welt miteinander zu teilen, in der sich Zombies wirklich ihre Menschlichkeit, ihre Träume und ihre Persönlichkeit wieder aneignen und die Welt erneuern.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

1 www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1890384,00.html

2 Matt Taibbi (2010): The Great American Bubble Machine, in: Rolling Stone, 5.4. www.rollingstone.com/politics/news/the-great-american-bubble-machine-20100405. Die Assoziation von Kraken und »Blutsaugern« ist im Deutschen zwar in der Bezeichnung »Vampirtintenfisch« aufgegriffen, aber nicht in gleicher Weise verbreitet wie im Englischen.

3 In den deutschen Titeln geht diese Verbindung verloren: Die Dämonischen (1956) und das Remake Die Körperfresser kommen (1978); Anm. d. Übers.

4 Gemeint ist seine 1791 erschienene Schrift *Les Ruines Ou Méditations Sur Les Révolutions Des Empires* [Die Ruinen oder Betrachtungen über die Revolutionen der Reiche]; Anm. d. Red.

5 Mein Buch *Monsters of the Market* schließt mit einer Diskussion dieses Stücks.

6 Der Beitrag basiert auf einer Rede, die vom Autor auf Occupy Toronto am 30.10.2011 – Halloween – gehalten wurde; Anm. d. Red.



»15. Mai 2012 in Madrid«, © Anne Steckner

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

PERRY ANDERSON Historiker, Prof. für Geschichte und Soziologie an der University of California in Los Angeles, war Herausgeber der *London Review of Books* und der *New Left Review*. V: Über den westlichen Marxismus (1978); Nach Atatürk. Die Türken, ihr Staat und Europa (2009); The New Old World (2009)

HEINZ BIERBAUM Politiker und Soziologe, stellv. Vorsitzender der Partei Die Linke und stellv. Landesvorsitzender im Saarland, Prof. für Betriebswirtschaft an der HTW Saarbrücken, Leiter des INFO-Instituts

CHRISTINE BONNER Direktorin des WIEGO-Programms »Organisation and Representation«, arbeitet mit Organisationen informell Beschäftigter

BARBRO BUDIN Frauen- und Gleichstellungsreferentin der International Union of Food and Allied Workers (IUF)

REBECCA BURNS Sozialwissenschaftlerin, Autorin von *In These Times*, MA an der University of Notre Dame's Kroc Institute for International Peace Studies, Schwerpunkt: Globale Rechte auf Land und Wohnraum

FABIO DE MASI Diplom-Volkswirt und Master in Internationalen Beziehungen, war Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Der Linken im Bereich Wirtschafts- und Europapolitik.

FILIZ DEMIROVA Studentin, Empowerment-Trainerin, Aktivistin

TASHY ENDRES Architektin, Aktivistin, Übersetzerin, derzeit Konflikttrainerin und Organizerin bei Occupy Wall Street, NY. Co-Übersetzung: Eyal Weizman, Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung (2009)

KLAUS ERNST Politiker, Vorsitzender der Partei Die LINKE

und Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [pæris]

MARICA FRANGAKIS freie Wissenschaftlerin und Mitglied des Nicos Poulantzas Institute, der EuroMemo Gruppe und von Attac Hellas. V: Privatisation against the European Social Model (Mithg., 2010)

ALEXANDER GALLAS Autor und Übersetzer, Lehrbeauftragter am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der HU Berlin. Forschungsschwerpunkte: Staats-, Klassen- und Demokratietheorie; politische Ökonomie Großbritanniens. V: Reading Poulantzas (Hg., mit Lars Bretthauer, John Kannankulam und Ingo Stützle, 2011)

THOMAS HÄNDEL Abgeordneter des Europäischen Parlaments (EP), stellv. Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, langjähriger hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär

KERSTIN HAMANN Prof. für Politikwissenschaften an der University of Central Florida. V: Parties, Elections, and Policy Reforms in Western Europe: Voting for Social Pacts (mit John Kelly, 2011)

MICHEL HUSSON Ökonom und Aktivist, Mitarbeiter am *Institut de recherches économiques et sociales* im Bereich Beschäftigungspolitik, Mitglied des wiss. Beirats von Attac France. V: Kapitalismus pur; Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession (2009)

EVA ILLOUZ Soziologin, Prof. für Soziologie an der Hebrew University, Jerusalem. V: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. (2007); Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe (2009)

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

THILO JANSSEN Politikwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter bei Gabi Zimmer (MEP). Schwerpunkte: europäische Integration, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU, Rechtsextremismus in Europa. V: Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament? (2012)

BOB JESSOP Prof. für Soziologie an der Universität Lancaster/Großbritannien, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, Berlin. V: The Future of the Capitalist State (2002), Kapitalismus, Regulation, Staat: Ausgewählte Aufsätze (2007)

ALISON JOHNSTON Dozentin für Vergleichende Politische Ökonomie an der Oregon State University. V: Unions Against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980-2006, in: *Comparative Political Studies* Vol. 46(9) (mit John Kelly und Kerstin Hamann, im Erscheinen)

JOHN KELLY Soziologe, Prof. für Industrial Relations am Birkbeck College der University of London. V: Ethical Socialism and the Trade Unions: Allan Flanders and British Industrial Relations Reform (2010)

RALF KRÄMER Gewerkschaftssekretär bei ver.di, war Mitglied der Programm- und Redaktionskommission Der Linken für das neue Grundsatzprogramm.

THOMAS LAUGSTIEN Freier Lektor und Übersetzer (VdÜ), 1981-1998 Redaktionssekretär und Redakteur von *Das Argument*

DAVID MCNALLY Aktivist und Prof. für Politikwissenschaft an der York University in Toronto, Mitglied der New Socialist Group. V: Monsters of the Market: Zombies, Vampires and Global Capitalism (2011); Global Slump: The Economics and Politics of Crisis and Resistance (2010)

SILVIU MIHAI Freier Journalist und Osteuropa-Korrespondent.

V: Die Erdbeerwaisen, in: *Berliner Zeitung* v. 2.11.2010

JÖRG NOWAK Politikwissenschaftler. Schwerpunkte: Staatstheorie, Klasse und Geschlecht, Kapitalismus und Demokratie, V: Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft (2009)

KARIN PAPE Europa-Koordinatorin von WIEGO und IDWN, war dort 2009-11 internationale Koordinatorin. V: Internationale Ansätze zur Regularisierung von Hausarbeit (2010)

FRANK PUSKAREV Büroleiter von Thomas Händel im EP und Mitglied des Personalrates der Abgeordneten-AssistentInnen des EP, war mehrere Jahre Sekretär der Vorstände von WASG und der Partei Die Linke

HAJDI RANDJELOVIC Studentin, Empowerment-Trainerin, Aktivistin

CATHARINA SCHMALSTIEG Psychologin und Promovendin im FB Soziologie an der FSU Jena, Redakteurin von *LuXemburg*

PANAGIOTIS SOTIRIS Mitarbeiter des Fachbereichs Soziologie an der Universität Aegean, Griechenland. V: Days of unrest and hope, in: *Greek Left Review* (2011)

MARGARITA TSOMOU Autorin für Print und Radio, Mitherausgeberin des Missy Magazines, Promotionsstipendium an der Hafen City Universität Hamburg; griechische Aktivistin in der Vernetzung zwischen deutscher und griechischer Krisenbewegung; Theatermacherin/Performerin siehe »Wir sind ein Bild aus der Zukunft« (HAU, 2012)

ASBJØRN WAHL Historiker und Soziologe, Berater der Norwegischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. V: The Rise and the Fall of the Welfare State (2011)

VSA: Jede Menge Alternativen

Bücher für linke LeserInnen: www.vsa-verlag.de



U. Brand u.a. (Hrsg.)
ABC der Alternativen 2.0
 Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft
 In Kooperation mit
 Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.
 taz die tageszeitung
 ISBN 978-3-89965-500-1



karl heinz roth
griechenland – was tun?
 eine flugschrift
 96 Seiten | € 8.80
 ISBN 978-3-89965-524-7
 Bei K.H. Roth bekommt eine »Gesellschaft am Abgrund« ein Gesicht und neue Perspektiven.



Steffen Lehndorff (Hrsg.)
Ein Triumph gescheiterter Ideen
 Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länder-Fallstudien
 288 Seiten | € 19.80
 ISBN 978-3-89965-511-7
 Ein Panorama des Kapitalismus in Europa.



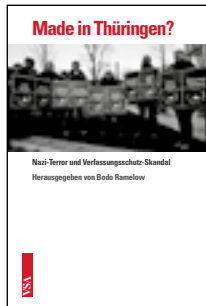
Elmar Altvater
Marx neu entdecken
 Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie
 144 Seiten | € 9.00
 ISBN 978-3-89965-499-8
 Brennende Probleme der Gegenwart – mit Marx neu beantwortet.



JARICOMIC
Das Kapital
 für Anfängerinnen und Anfänger
 VSA: Reprint I
 Ein Einstiegs-Comic
 144 Seiten | € 10.80
 ISBN 978-3-89965-514-8



Klaus Ernst/Thomas Häßel/Katja Zimmermann (Hrsg.)
Was war? Was bleibt?
 Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE
 208 Seiten | € 12.80
 ISBN 978-3-89965-522-3



Bodo Ramelow (Hrsg.)
Made in Thüringen?
 Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal
 224 Seiten | € 12.80
 ISBN 978-3-89965-521-6



Werner Fricke/Hilde Wagner (Hrsg.)
Demokratisierung der Arbeit
 Neuaufzüge für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie
 288 Seiten | € 19.80
 ISBN 978-3-89965-510-0

Vier linke Zeitschriftenprojekte:



www.sozialismus.de

monatlich
 64 Seiten
 + jeden 2. Monat ein Supplement.
 Abo: 62,- € (erm.: 44,- €);
 3 Hefte als Probeabo: 10,- €.
 Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:

WISSEN Eine linke Denkwerkstatt:



Transfer

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: www.wisstransfer.info

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: www.zeitschrift-LUXEMBURG.de

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: www.prager-fruehling-magazin.de

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: www.transform-network.org

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie **21**
lunapark Heft 17



Kriegsgeschäft war sells

M. Dietenberger · G. Fülberth · G. Oberansmayr · D. Reuben-Shemia · R. Taheri

72 Seiten · Einzelheft 5,90 Euro · Abo BRD/Österreich: Normalabo 24 Euro (4 Hefte/ Jahr) · Abo-Plus 32 Euro (4 Hefte plus 2 Extrahefte/ Jahr) // Seit April im Bahnhofsbuchhandel // Probeheft oder Abo per Mail abo@lunapark21.net // per Post Lunapark21 · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf // per Telefon 03 32 05-4 46 94

www.lunapark21.net

Außerdem: Euro, Hellas & Hades N. Chilas · T. Konicz · W. Rügemer · W. Wolf // McNulty-Report: Bahnprivatisierung in UK B. Knierim // Deutsche Bank fordert EU-weite Privatisierungen C. Waßmuth // Schicksale des Klimawandels Fotos von M. Braschler & M. Fischer

Deutsche Euros rollen wieder!



Schwerpunkt: Protektorat statt Europarat? Wird in Griechenland bald mehr als nur Deutsch gesprochen?

Dem Einmarsch stellen sich Lucas Oberndorfer und Johannes Jäger entgegen.

Jörg Schindler erklärt warum die Linke endlich eine europäische Sozialpolitik bekommen muss.

Außerdem: Robert Stadlober über kulturindustrielle Arbeitsverhältnisse und das „Rütteln am Zaun.“ Stefanie Gräfe über Biopolitik und Feminismus u. v. m.

Bestellen: www.prager-fruehling-magazin.de

arranca!

한글어 제8화신(化身)으로 중재함).
 #Krise [kri:zə] f., -n. [gr. krisis 'Er-
 dung', 2. krinein 'entscheiden, unter-
 den' (vgl. Kritik)] 1. (안위(安危)의
 집, 위기) 2. (경제) 분리의
 ② [經濟] 공황.
 kriseln i. (h.) 《俗》 es kriselt 날
 상치 않다; 《比》 풍운이 급하다, 위
 쳐오고 있다.
 krisen-fest a. 위기 · 공황에도 끄떡
 Krisen-theologie f. 위기 신학, -
 위기 · 공황 시대

Nr. 45 Eurokrise www.arranca.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



THE REST WILL FOLLOW

330

iz3w

Arabischer Frühling 2.0 – die Wut ist nicht verrauht

Außerdem: ▶ Flüchtlingsdrama im Sinai ▶ WTO im Stillstand ▶ Gambia im Würgegriff ▶ Revolten im Film ... 52 Seiten, Einzelpreis € 5,30

auch als PDF-Download

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
 info@iz3w.org · www.iz3w.org

15 Euro, 288 Seiten, 8.10.2007 Verlag, ISBN-Nr. 9 783 3 381049 25 6 0



Seit dem Crash von Lehman Brothers im September 2008 hat sich die Welt radikal verändert. Was als Finanzkrise begann, hat sich längst zu einer Staats- und Demokratiekrise ausgeweitet.

Wie aber ist dieser Krise zu begegnen? Wie sehen wirksame politische Alternativen zum realexistierenden Kapitalismus aus?

Mit Beiträgen von: Elmar Altvater, Samir Amin, Colin Crouch, Tim Jackson, Tony Judt, Birgit Mahnkopf, Robert Misik, Antonio Negri, Kate Pickett, Harald Welzer, Ellen M. Wood u.v.a.

Ab sofort im Buchhandel und auf www.blaetter.de

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

296 Schönes neues China

A. MARVAKIS: Lehrstück Griechenland

W.-D. NARR: Habermas über Europa

China in der Welt

W. ADOLPHI: Nagelprobe für weltweites Miteinander

W.F. HAUG: Herr-Knecht-Dialektik im Verhältnis USA-China

I. SOLTY: Die US-China-Politik zwischen Einbindung und Eindämmung

K.G. ZINN: China und Indien

M. EBENAU & S. SCHMALZ: Krisenreaktionen der BRICS

Gesellschaft im Umbruch und Arbeitskämpfe

Th. HEBERER: Zur politischen und sozialen Lage

LI QIANG: Die Entwicklung der Sozialstruktur

A. CHAN & K. SIU: Wanderarbeiter und Klassenbewusstsein

R.E. KARL: Maos Bedeutung fürs heutige China und die Welt

H. NEDDERMANN: Mao passé? Aktuelle Relevanz des chinesischen Sozialismus

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de · 10999 Berlin Redaktion DAS ARGUMENT · Sissy Müller · 20357 Hamburg
Reichenberger Str. 150 · Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270 Glashüttenstr. 28 · Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Ostdeutsche Kleinstädte gelten häufig als der idealtypische Ort für rechtsradikale Strukturen und deren Aktivisten. Thomas Bürk untersucht in seiner Studie den Umgang von Flüchtlingen, MigrantInnen und nicht-rechten Jugendlichen in Städten, die von einer rassistischen Dominanz geprägt sind. Die lokalen Aushandlungskonflikte um das „Recht auf Stadt“ manifestieren sich für diese Gruppen in einer spezifischen sozialräumlichen Topologie der Stadt – einer Machtgeographie der alltäglichen Bewegungsmöglichkeiten. Der kontingente Charakter dieser symbolischen Ordnungen der Städte verdeutlicht die Bedeutung und Wirksamkeit eigenständiger Formen eines strukturellen Rassismus wie etwa der Residenzpflicht oder der Lagerunterbringung von Flüchtlingen.

2012 - 383 Seiten - € 34,90
ISBN: 978-3-89691-894-9

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis, G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog, H. Schäppi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder, P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, € 16,- (Abonnement € 27,-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

DIE SINNE SCHÄRFEN: AK TESTEN!

ak

Jetzt testen:
4 Ausgaben
ak für 10 Euro!
Bestellungen:
www.akweb.de

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ich möchte die nächsten 4 akt.
Ausgaben zum Preis von
10 Euro (gg. Vvk.)



Ausgabe 5/12 u. a.:

- Aufruf zum »No Border Camp«: »Wider die Ökonomisierung des Lebens« – für ein Europa des Willkommens
- »Spital statt Fabrik«, Aktion Gsundi Gesundheitspolitik zur Industrialisierung der Schweizer Krankenhäuser
- »Gut oder schlecht für die Beschäftigten?« ver.di NRW zur Entgeltstruktur-Reform im EZ
- Au Loong Yu / Bai Ruixue: »Neue Zeichen der Hoffnung«, Widerstand in China heute
- Fritz Hofmann: »Blumen, vom Pferderücken betrachtet«, über einen chinesisch-deutschen Perspektivwechsel
- Christos Laskos / John Milios / Euclid Tsakalotos: »Austreten oder nicht?«, kommunistische Dilemmata in Griechenland

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de

www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84

transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

wird herausgegeben von transform!
Europe, einem Netzwerk aus linken Organisationen, Parteien und Zeitschriften. »transform!« erscheint zweimal jährlich mit ca. 248 Seiten und schafft eine lang erwartete Arbeitsbasis zwischen unterschiedlichen politischen Kulturen der Linken. Die englische und deutsche Version werden vom VSA: Verlag vertrieben.



Das Thema der **Ausgabe 10/2012** (Juni 2012) lautet:
Europas Demokratie in Gefahr
Einzelheft: € 8,-; Jahresabonnement (zwei Ausgaben): 15 €
Infos, Abos und Kontakt:
www.transform-network.org www.vsa-verlag.de

DENKANSTOSS VON LINKS!



Wer seinen eigenen Kopf benutzt, braucht eine Zeitung, die selbstbestimmt und mutig täglich neuen Anstoß gibt: Das »nd«, die überregionale sozialistische Tageszeitung aus Berlin berichtet aus dem Blickwinkel derjenigen, die nach mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kultur und Friedfertigkeit streben.

Testen Sie das »nd« 2 Monate für nur 31 Euro. Die Belieferung endet automatisch.

☎ 030/2978-1800

🌐 NEUES-DEUTSCHLAND.DE/ABO

**JETZT
TESTEN!**

neues deutschland
▶ DRUCK VON LINKS

jungewelt.de

Rudi, der
Zweikampf
geht weiter!

Jetzt die junge Welt
3 Wochen gratis testen!
www.jungewelt.de/testabo

**Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt*
3 Wochen kostenlos lesen. Das Abo endet automatisch.**

Frau Herr

Name/Vorname luxemburg

Telefon

E-Mail

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Coupon ausgefüllt einsenden an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44.

E-Mail: abo@jungewelt.de. **Abotelefon:** 0 30/53 63 55 50.

Bestellung übers Internet: www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php

INTERESSANTE KOMBINATION.



SEHR INTERESSANTE
KOMBINATION.



Der Citroen DS ist das fliegende Auto des legendären Verbrechers Fantômas. Nicht minder legendär ist das neue Kombi-Abo der taz: Sie erhalten das tägliche ePaper optimiert für Ihr Endgerät bereits am Vorabend per E-Mail oder Download. Die Wochenendausgabe der taz mit Sonntaz erhalten Sie zusätzlich gedruckt in Ihren Briefkasten. Das Wochenendabo kostet Sie nur 12,90 Euro/Monat. Die Zubuchung des ePapers können Sie für 1 Euro/Woche tätigen. Mehr Infos und Bestellformular zur zeitgenössischen Form des Lesens erhalten Sie unter: www.taz.de/kombiabo | abo@taz.de | T (030) 25 90 25 90